

DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 25



Legitimationskrise des
Neoliberalismus –
Chance für eine neue
politische Ökonomie?

DISKURS · STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 25

Legitimationskrise des Neoliberalismus

—

Chance für eine neue politische Ökonomie?

*Herausgegeben von
Hans-Georg Draheim und Dieter Janke*

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
LEIPZIG 2007

ISBN 978-3-89819-258-3

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007
Harkortstraße 10, D-04107 Leipzig
Telefon (0341) 9 60 85 31 · Fax (0341) 2 12 58 77
www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de
RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Umschlaggestaltung unter Verwendung einer Lithographie von Honoré Daumier

Redaktion & Satz: Lutz Höll
Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH, Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

Vorwort	5
<i>Herbert Schui</i> : Theoretische Grundlagen des Neoliberalismus	7
<i>Karl Georg Zinn</i> : Grundzüge und Besonderheiten des Neoliberalismus in Deutschland	27
<i>Jürgen Leibiger</i> : Krise des Neoliberalismus - Realität oder Wunschtraum?	53
<i>Klaus Müller</i> : Alternative Geldpolitik – Irrweg oder Chance?	71
<i>Horst Müller</i> : Historische Schranken der Kapitalwirtschaft und die Frage nach der konkreten Alternative	105
<i>Karl Mai</i> : Im Spannungsfeld zwischen neoliberalen Leitbildern und anti-neoliberalen Alternativen (Thesen)	123
<i>Hans-Jürgen Gericke</i> : Gedanken zum Thema des Workshops und zu einem neoliberalen Experiment	136
<i>Joachim Bischoff</i> : Finanzmarktkapitalismus und politische Alternativen	142
<i>Christa Luft</i> : Sozialpflichtigkeit des Eigentums heute	157

<i>Klaus Steinitz</i> : Nachhaltigkeit und die Weiterentwicklung der politischen Ökonomie	173
<i>Joachim Tesch</i> : Sozialismus aus dem Computer?	186
Über die Autoren	204

Vorwort

Legitimationskrise des Neoliberalismus –
Chance für eine neue politische Ökonomie?

»Mehr Markt – weniger Staat«, so die Losung, unter der der neoliberale Mainstream vorgibt, erfolgreich gegen die großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen wie Massenarbeitslosigkeit und Staatsverschuldung anzugehen. Durch drastische Senkungen der Steuer- und Abgabenquote müsse der Wirtschaftsstandort Deutschland wieder fit für den sich mit der Globalisierung verschärfenden internationalen Wettbewerb gemacht werden. Vor allem die aufgrund der ausufernden Kosten der sozialen Sicherungssysteme und des Gewerkschaftskartells hohen Arbeitskosten seien die Ursache für die derzeitige Wettbewerbschwäche der deutschen Unternehmen und die anhaltende Kapitalflucht.

Sowohl im Theoretischem als auch im Praktischen hat sich die Ökonomie dabei unter neoliberaler Dominanz aus ihrem gesellschaftlichen Kontext verabschiedet. Ihre Adepten in den Lobbyverbänden und akademischen Zirkeln bedienen zwar mit der Übertragung der einzelwirtschaftlichen Logik auf die Erklärung volkswirtschaftlicher Zusammenhänge den Alltagsverstand und erklären den Neoliberalismus als alternativlos. Die Ökonomie wurde dabei jedoch aus seiner gesellschaftspolitischen Verankerung herausgerissen. Wirtschaft wird zum Selbstzweck – ihre theoretischen Reflexion verkommt zu einer asozialen Disziplin, deren zunehmender Realitätsverlust eine der Gründe für die Legitimationsprobleme neoliberaler Politik ist.

Alternative Ökonomen hingegen gehen von einem sozialwissenschaftlichen Selbstverständnis ihrer Disziplin aus, das die Wirtschaft nicht zum Selbstzweck verkommen lässt. Am 30. September 2006 haben sich auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. namhafte Vertreter in Leipzig zu einem Workshop zusammengefunden, um Probleme der neoliberalen Theorie und Politik vor allem aber

auch um Schwerpunkte alternativer Wirtschaftskonzepte darzustellen und zu diskutieren. Ihre Beiträge werden in diesem Sammelband einer breiteren Öffentlichkeit mit dem Ziel vorgestellt, der Debatte um die Profilierung einer alternativen politischen Ökonomie Impulse zu verleihen.

Die Herausgeber

HERBERT SCHUI

Theoretische Grundlagen des Neoliberalismus

Neoliberalismus als Theorie ist ein sehr facettenreiches Phänomen. Seine explanative und prognostische Funktion läßt sich am leichtesten erfassen in seinem Antagonismus zum Keynesianismus, oder allgemeiner, in seiner Gegnerschaft zu allen theoretischen und politischen Bestrebungen, die die Autonomie der Unternehmer einzuschränken. Der Neoliberalismus definiert sich vor allem negativ, konkret in der Abgrenzung zum wohlfahrtsstaatlichen Keynesianismus und sicherlich zu allen sozialistischen Tendenzen: Er ist das moderne Projekt der Gegenauflösung, die den Kapitalismus von allen politischen Strömungen befreien soll, die ihn bedrohen könnten. Hierbei konzentriert sich der Neoliberalismus weniger auf die Gefahren des Kommunismus. Dieser wurde offenbar für die westlichen Industrieländer als weniger attraktiv und weniger gefährlich eingeschätzt. Der Hauptgegner ist vielmehr der Wohlfahrtsstaat, wie er auf der Grundlage des Keynesianismus entwickelt worden ist. Warum er für die Neoliberalen der »Weg zur Knechtschaft« ist, läßt sich leicht auf der Basis keynesianischer Wirtschaftstheorie erklären.

Klassischer Kapitalismus läßt sich verstehen als eine gesellschaftliche Organisationsform zur Beschränkung des Massenkonsums mit dem Ziel, die Kapitalakkumulation zu maximieren. Dieser Kapitalismus ist solange »mit sich im Reinen«, wie die Armut der Arbeitenden und ihr Verzicht auf Konsum die Entwicklung der Produktivkraft vortreiben. In der wirtschaftlichen Entwicklung läßt sich dies kennzeichnen als die Phase der Kapitalrestriktion, des Mangels an Realkapital. Wenn allerdings die Produktionsverhältnisse den Massenkonsum unverändert niedrig halten, die Produktivität der Arbeit aber mit der Akkumulation wächst, dann wird eine Entwicklungsetappe erreicht, in der die Differenz zwischen Vollbeschäftigungsausgang und Konsum von den Unternehmen nicht mehr vollständig in Form von Investitionen rentabel verwendet werden kann: »Wenn in der Realität die Verteilung des Einkommens zwischen Arbeitern und Kapitalisten und die Sparneigung der Kapitalisten solche Werte annehmen, dass dies eine

Akkumulationsrate erforderlich macht, die dasjenige Wachstum des Kapitalbestandes übertrifft, das dem technischen Stand angemessen ist, dann ergibt sich ein chronischer Überschuss des möglichen Angebotes von Realkapital im Verhältnis zur Nachfrage.«¹ Die Entwicklungsbarriere für das System ist nun Nachfragerestriktion.² Was liegt nun näher, als die fehlende Investitionsnachfrage durch Konsumnachfrage zu ersetzen, indem der Massenkonsum zu Lasten der Gewinne gesteigert wird? Bekanntlich baut alle Sozialstaatspolitik der reformerischen Sozialdemokratie auf dieser Forderung auf. Dies ist der wesentliche Gegner des Neoliberalismus. Sein Anliegen lässt sich am einfachsten enträtseln, wenn man sich zunächst Klarheit über die theoretischen Grundlagen und die politischen Implikationen der Theorie der effektiven Nachfrage verschafft.

Keynes charakterisiert die Nachfragerestriktion bei der Kommentierung von Hobsons Unterkonsumtionstheorie damit, »dass ein verhältnismäßig schwacher Hang zum Verbrauch dadurch beiträgt, Arbeitslosigkeit zu verursachen, dass er die Begleitung durch eine ausgleichende Menge neuer Investitionen erfordert, aber *nicht* erhält.«³ Lassen sich die Investitionen nicht hinreichend steigern, dann ist beim Hang zum Verbrauch anzusetzen. Dieser ist für Keynes bestimmt durch die Höhe des Volkseinkommens und dessen Verteilung: »Der Betrag, den das Gemeinwesen für den Verbrauch ausgibt, stützt sich offenbar (...) teilweise [auf] die Grundsätze, nach denen das Einkommen (...) verteilt wird.«⁴ Dass Keynes diesen Gesichtspunkt in der Diskussion, die auf die Allgemeine Theorie folgt, erneut betont, unterstreicht, wie bedeutend die Einkommensverteilung für ihn bei der Bestimmung der effektiven Nachfrage ist.⁵ Keynes war nicht abgeneigt, Unterkon-

1 Joan Robinson: Rosa Luxemburg's Accumulation of Capital. In: Joan Robinson: Collected Economic Papers. Vol. III. Oxford 1975. S. 71.

2 Vgl.: Michal Kalecki: The Difference between crucial Economic Problems of Developed and Undeveloped non-socialist Economies. In: Jerzy Osiatynsky (Hrsg.): Collected Works of Michal Kalecki. Vol. V. Developing Countries. Oxford 1995. S. 13f.

3 John Maynard Keynes: Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin 1955. S. 313.

4 Ebenda. S. 78.

5 Vgl.: John Maynard Keynes: The General Theory of Employment. In: Donald Moggridge: The Collected Writings of John Maynard Keynes. Vol. XIV. The General Theory and after. London 1975. S. 119.

sumtion – neben der Schwäche der Investitionsausgaben – für Stagnation verantwortlich zu machen. So hält er der Wirtschaftstheorie von Mill und seinen Nachfolgern vor, dass sie »die Theorien des Unterverbrauchs« in den »Winterschlaf« versetzt hätten: »Ihre Methode war, das Problem vom corpus der Wirtschaftslehre abzuweisen, nicht indem sie es lösten, sondern indem sie es nicht erwähnten.«⁶

Damit lieferte Keynes der reformerischen Sozialdemokratie diejenige theoretische Ausrüstung, mit der sie ihre Forderung nach dem Sozialstaat begründet hat: Eine Verteilungspolitik zu Lasten des Gewinns steigert die effektive Nachfrage und den Output und schafft durch diesen zusätzlichen Output nicht nur mehr Beschäftigung, sondern allgemein die wirtschaftliche Basis für sozialstaatlichen Konsum

Im Sinne der Theorie der Unterkonsumtion schafft sich der Sozialstaat also diejenige Produktion, die er zu seinem Funktionieren benötigt. Das Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung an einem besseren Lebensstandard kann allerdings nur mit einer partizipativen Massendemokratie verwirklicht werden. Darin besteht das Dilemma für den Kapitalismus: Die Bedingung für die Überwindung seiner Krise ist, dass die Demokratie als sein feindlicher Zwillingsbruder an Bedeutung dazu gewinnt. Sicherlich können autoritäre Regimes wie der deutsche Faschismus einige Facetten des Keynesianismus instrumentell nutzen, so besonders die Staatsverschuldung. Aber auf einen Sozialstaat, der sich auf mehr Produktion als Ergebnis einer Verteilungspolitik zu Lasten des Gewinns gründet, können sich diese Regimes nicht einlassen. Wenn demnach Demokratien auf Verteilungspolitik setzen, dann muss dies die Autonomie der Kapitalisten beschränken, ja den Kapitalismus selbst bedrohen. Zunächst geht es um die Eigentumsrechte an der Stromgröße Output, in der Folge dann auch an der Bestandgröße Produktionsmittel, was Nationalisierungen bedeutet. Dies lässt sich nicht mehr mit Keyneszitate belegen, aber die Sozialdemokratie bleibt nicht bei Keynes stehen; sie nimmt ihre eigene Entwicklung. Wenn Verteilungspolitik – zugunsten des Sozialstaates und der individuellen Löhne – die Nachfragerlücke zu schließen und Vollbeschäftigung zu gewährleisten hat (der *Weg* zur Vollbeschäftigung verlangt überdies Budgetdefizite), dann kann eine Situation eintreten, in

6 John Maynard Keynes, Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. S. 308.

der der Gewinn, der bei hinreichender Nachfrage zugestanden werden kann, für eine angemessene Profitrate nicht mehr ausreicht. Große Wirtschaftsbereiche können nun nicht mehr privatwirtschaftlich betrieben werden. Soll demnach das politische Projekt des Sozialstaates konsequent weiter verfolgt werden, so werden Nationalisierungen ganzer Wirtschaftszweige erforderlich. In jedem Fall aber kann es keinen Sozialstaat ohne einen großen öffentlichen Sektor geben. Die Wirtschaftstheorie hatte sich in ihrer Mehrheit seit den 1950er Jahren zunächst an solche Perspektiven gewöhnt: Es war selbstverständlich, vom modernen Kapitalismus als einem gemischtwirtschaftlichen System zu reden.

Aber nicht nur der Sozialstaat der Industrieländer stellte eine Bedrohung der kapitalistischen Idee dar, auch sein Pendant, der Entwicklungsstaat der Entwicklungsländer musste Anlass zu großer Sorge sein: Dieser ist entstanden, weil sich unter der Herrschaft der Kolonialherren keine Industriebourgeoisie und erst recht keine anderen gesellschaftlichen Institutionen herausgebildet haben, von denen die Akkumulation hätte organisiert werden können. Folglich hat der neue Staat, oft in Zusammenarbeit mit einer aufkeimenden Industriebourgeoisie, diese Aufgabe übernommen. All dies hat Ähnlichkeiten mit der Wirtschaftsförderung im europäischen Absolutismus – die Gemeinsamkeit liegt in der Verbindung von nationaler Souveränität und wirtschaftlicher Planung. Im Entwicklungsstaat war das Ergebnis ebenso wie im Sozialstaat ein großer öffentlicher Sektor, wiewohl dieser nicht bei der Überwindung der Nachfragerrestriktion entstanden ist, sondern um die Kapitalrestriktion planvoll zu beseitigen und häufig auch, um durch Nationalisierung über Bodenschätze verfügen zu können. Auch hier wurden, ähnlich wie im Sozialstaat, Aktionsradius und Autonomie der Unternehmerschaft beträchtlich eingeengt – vorrangig der transnationalen Konzerne, wenn die neuen Staaten eher den Weg einer national-kapitalistischen Entwicklung einschlugen, oder der Unternehmerschaft insgesamt, wenn sie eher ein sozialistisches Projekt verfolgten. Es ist einleuchtend, dass vom Standpunkt der Unternehmen der Industrieländer Sozial- und Entwicklungsstaat gleichermaßen gefährlich waren: Beiden war der Garaus zu machen.

Dies gelingt zunehmend – oder sollte realistischerweise gesagt werden, der Prozess ist im Grunde abgeschlossen? Der Neoliberalismus

als Idee war hierbei nicht das auslösende Moment, vielmehr sind der sozialstaatliche Reformismus und der Entwicklungsstaat aus Gründen, die in ihrer Funktionsweise angelegt waren, in eine prekäre Lage gekommen, in eine Krise, die sie nicht lösen konnten. Hierzu fehlte es an Konsequenz und politischer Kraft. Beides hat damit zu tun, dass sie mehr Kompromiss und Prozess waren und weniger konsolidierte Systeme. Der Sozialstaat ist an seinem Unvermögen gescheitert, die Verteilungspolitik auch dann durchzuhalten, als die Unternehmen aufgrund der günstigen Auftragslage – dies war das zwingende Ergebnis der Nachfragepolitik – zu Ende der 1960er Jahre begannen, die Preise zu erhöhen. Sie konnten sich so der Einkommenspolitik entziehen. Der nächste, notwendige Schritt wäre eine weitere Beschränkung ihrer Autonomie gewesen, nun im Bereich der Preisbildung. Dem Entwicklungsstaat ist schließlich seine Auslandsverschuldung zum Verhängnis geworden. Nicht zuletzt haben die niedrigen, oft negativen Realzinsen der 1970er Jahre die Entwicklungsländer zu einer umfangreichen Kreditaufnahme ermutigt. Dies sollte den Sprung nach vorn ermöglichen. In den 1980er Jahren wurden diese Länder zahlungsunfähig, weil die Politik extrem hoher Zinsen in den USA ab 1979 nicht selten die Zinslast in kurzer Frist verdreifachte. Gleichzeitig setzte ein weltweiter Konjunkturabschwung ein, was die Deviseneinnahmen aus Exporten erheblich verminderte. In der Folge haben die vom Internationalen Währungsfonds geführten Gläubiger das Ende der geld- und wirtschaftspolitischen Souveränität der Schuldnerländer durchgesetzt. Ein Schuldenboykott wäre eine mögliche Alternative gewesen, aber für die kapitalistische Oberschicht dieser Länder schien es vielfach zweckmäßig, Macht und Reichtum in Koalition mit den Gläubigern zu sichern, als sich auf eine Koalition mit dem eigenen Volk einzulassen, um einen Schuldenboykott durchzuhalten.⁷ Die Öffnung der Märkte, der freie Kapitalverkehr, die Budgetauflagen, der Verkauf der Staatsunternehmen an ausländische Konzerne, all dies hat jede unabhängige Planung mittlerweile so gut wie unmöglich gemacht. Dieser Prozess lässt sich als Beginn der Globalisierung verstehen. Sie hat eine Reihe von internationalen Oktrois und Abkommen zur Grundlage, die das Ziel haben, die internationalen Wirtschaftsbe-

7 Vgl.: Herbert Schui: Die Schuldenfalle. Schuldenkrise und Dritte-Welt-Politik der USA. Köln 1988.

ziehungen zu verdichten. Diese tragen viel dazu bei, selbst den Gedanken an eine Renaissance des Entwicklungs- oder Sozialstaates im Keim zu ersticken. Ob es sich nun um die Bewältigung der Schuldenkrise, um die Dämpfung der Inflationsraten in den Industrie- oder in den Entwicklungsländern oder um die Wachstumsschwäche in den Industrieländern handelt: extern inszenierte Militärputschs, die Ernüchterung, die Ratlosigkeit, besonders aber die politische Schwäche oder die falsche Orientierung haben die neoliberale Theorie zum vorherrschenden Interpretationsmuster werden lassen.

Was macht nun die neoliberale Theorie aus? Da der Neoliberalismus sich negativ definiert, ist es wichtig, erst einmal die Konzepte des Wohlfahrtsstaates und des Keynesianismus, denen er antagonistisch gegenübersteht, näher zu untersuchen, um eine gründliche Analyse liefern zu können. Dabei sind der Wohlfahrtsstaat und die Aufklärung als kulturelle Errungenschaften zu verstehen und der Neoliberalismus als ihre Verleugnung.

Das entscheidende Merkmal des modernen Wohlfahrtsstaates ist die direkte Verantwortlichkeit des Staates für das Wohlergehen seiner Bürger. Dies wiederum geht auf die frühen absolutistischen Regierungssysteme zurück, in denen der Staat direkt auf die Wirtschaft Einfluss nahm um Handel und Industrien zu fördern. Dabei wird mehrheitlich akzeptiert, dass dieser Absolutismus eine notwendige Bedingung für die Entwicklung des Kapitalismus war. Nach einiger Zeit kam dann der (Wirtschafts-) Liberalismus auf, dessen hauptsächliche Eigenschaft es ist, den gesellschaftlichen Überschuss nicht nur durch Zwang, sondern auch durch Verbesserung der Produktionstechniken und der Arbeitsproduktivität und durch Kapitalakkumulation zu erhöhen. Diese Produktionsweise führt dazu, Löhne und Konsumtion niedrig zu halten. Das wiederum führt zu verfügbaren Ressourcen für die Produktion von Kapitalgütern, was wiederum die Akkumulation und die Arbeitsproduktivität fördert, und so zu einem Überschuss, der die Akkumulation noch weiter vorantreibt.

Die Weltwirtschaftskrise in den 30ern zeigte allerdings die Grenzen der Theorie des Wirtschaftsliberalismus auf. Insbesondere wurde deutlich, dass sich Wirtschaftswachstum verlangsamen kann – mit dramatischen Auswirkungen auf die Menschen: Der Bestand an fixem Kapital wächst schneller als der Gesamtoutput, doch nur bis zu einem bestimmten Punkt. Der Input-Output Koeffizient ist technisch be-

stimmt, und sobald dieser bestimmte Punkt überschritten ist, lohnen sich Investitionen nicht mehr. Damit ergibt sich ein Widerspruch zwischen den Faktoren, die die Löhne niedrig halten und den anderen Faktoren, die die obere Grenze für Investitionen festlegen.

Keynes Gegenargument zum Wirtschaftsliberalismus hingegen besagt, dass Krisen und Arbeitslosigkeit das Ergebnis von ungenügender Nachfrage sind. Im Kern von Keynes' Theorie steht die Annahme, dass einerseits Staatsdefizite genutzt werden können, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, und andererseits eine funktionierende Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Vermögen effektiv umverteilt, genutzt werden kann, um ein optimales Wirtschaftswachstum zu erreichen.

Außerdem argumentierte Keynes, dass der Staat einen richtungsgebenden Einfluss auf die Konsumneigung auszuüben hat, um zu mehr Konsum zu gelangen beispielsweise mit Hilfe der Besteuerung. Eine Stabilisierung der Investitionsausgaben erlangt der Staat nur mit einer »umfangreichen Sozialisierung von Investitionen«, da es »unwahrscheinlich ist, dass der Einfluss der Bankenpolitik auf die Zinsen für sich genommen genug sein wird, um die optimale Investitionsquote festzulegen«.⁸

Diese Aussagen von Keynes zusammengenommen stellen sowohl die theoretische als auch die praktische Grundlage des modernen Wohlfahrtsstaates dar, wie er sich nach dem 2. Weltkrieg in den westlichen Industriestaaten durchsetzte. Hohe Steuern auf Gewinneinommen erlaubten es dem Staat, die wohlfahrtstaatlichen Elemente wie Bildung, Gesundheitssystem, Wohnungsbau etc. zu finanzieren. Niedrige Zinsen sollten Investitionsausgaben fördern. Zum Erreichen der Vollbeschäftigung trugen aber auch die Gewerkschaften wesentlich bei. Die politischen Umstände waren günstig und gaben den Gewerkschaften die Möglichkeit, durch erfolgreiche Tarifverhandlungen die Löhne zu erhöhen, die dann wiederum durch den Verteilungseffekt wesentlich zur Erhöhung der Gesamtnachfrage und der Beschäftigung beigetragen haben.

Diese weitestgehende Aufhebung der »freien Marktordnung« und der Wechsel zur so genannten Mischwirtschaft war unbestritten erfolgreich im Hinblick auf die Interessen der Mehrheit. Allerdings wa-

8 John Maynard Keynes: *The General Theory of Employment*. Vol. VII. S. 378.

ren die Konsequenzen für die Unternehmen, dass die Politik in die Eigentumsrechte an ihren Einnahmen eingriff sowie ein genereller Verlust an Autonomie – nicht nur durch die Parlamente und Gewerkschaften, die nun die Höhe des Profits mitbestimmten, sondern auch durch die Beschäftigten selbst, die durch die Vollbeschäftigung zu neuem Selbstbewusstsein gelangten, dadurch weniger Arbeitsdisziplin zeigten und die gesellschaftliche Stellung des Chefs in Frage stellten. Keynesianismus und der dazugehörige Reformismus können daher auch als neue Aufklärung verstanden werden.

Aber auch die Neoklassik führt nicht zur uneingeschränkten Legitimierung der Herrschaft der Kapitalisten: die Existenz von Marktversagen wird ohne Umschweife eingestanden, und damit auch die Notwendigkeit eines Staates, der Regeln setzt auch außerhalb des Marktes. Außerdem konnte die Neoklassik nichts zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise in den 30ern beitragen (während keynesianische Theorie den Verlauf erklären und Ratschläge zur Überwindung liefern konnte). Auch sieht die Neoklassik keine gesellschaftliche Entwicklung vor, die es ansonsten den Geisteswissenschaften möglich machen würde, als Legitimierung für den Kapitalismus zu dienen. Letztendlich wollte die Neoklassik die effiziente Allokation der Güter durch den freien Markt und den freien Wettbewerb erreichen und hier unterscheidet sie sich fundamental vom Neoliberalismus. Während die Neoklassik Wohlfahrt noch als messbares Kriterium für die Effizienz der Allokation heranzog, tut das der Neoliberalismus nicht mehr.

Weder die Neoklassik noch der Keynesianismus sind also Theorien, die den Interessen der Kapitalisten angemessen sind: beide schränken die Autonomie selbiger ein, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Das ist der objektive Grund, der zur Ausbildung des Neoliberalismus führte. Er zielt darauf ab, die Menschen im Kapitalismus mit ihrer Not zu versöhnen (selbst bei hoher Arbeitsproduktivität) und die Geisteswissenschaften daran zu hindern, Theorien zu entwickeln, die diese vermeintliche Notwendigkeit hinterfragen.

Die weltweiten Folgen des Neoliberalismus sind Finanzkrisen, verstärkte Polarisierung von Einkommen und Vermögen, zunehmende Armut sowie eine Unterbrechung, oft auch ein Rückgang der Industrialisierung in den Entwicklungsländern, Nicht-Nutzung wirtschaftlicher Ressourcen dort als auch in den Industrieländern bei sinkendem Lebensstandard. Unter abstrakteren Aspekten ist der Neoliberalismus

zu würdigen als ein Ende der Reformierung der Produktionsverhältnisse, als die Entmaterialisierung des Glücksversprechens der Moderne – Neoliberalismus ist das moderne Projekt der Gegenaufklärung.

Wenn der Kapitalismus nicht mehr in der Lage ist, sein Versprechen vom Wohlstand der Nationen einzulösen, dann gilt im Sinne der Aufklärung unverändert (auch wenn der Kapitalismus ihr Abkömmling ist), dass die Menschen das Recht haben, ihre gemeinsame Lage zu bessern, indem sie sich von Traditionen, Institutionen, Normen und Konventionen befreien, die nicht, oder *nicht mehr*, vernunftgemäß zu begründen sind: Der Mensch ist nicht nur befähigt, die Naturgesetze zu erkennen und sie sich nutzbar zu machen, er kann auch die sozialen Verhältnisse als allgemein menschliche Verhältnisse zum Nutzen aller rational gestalten⁹: »Seit je hat Aufklärung im umfassendsten Sinn fortschreitenden Denkens das Ziel verfolgt, von den Menschen die Furcht zu nehmen und sie als Herren einzusetzen.«¹⁰ Befreiung von materieller Not, besonders dann, wenn der Produktivkraftstand dies zulässt, gehört ohne jeden Zweifel hierher und damit auch das Ziel der partizipativen Massendemokratie als politischer Mittelpunkt des Projektes vom reformistischen Sozialstaat. Die Moderne müsste also, um an Habermas anzuknüpfen, in diesem Sinne weiter vollendet werden. Oder ist sie verloren zu geben, indem »die kognitiven Potentiale, soweit sie nicht in technischen Fortschritt, ökonomisches Wachstum und rationale Verwaltung einfließen, so eingedämmt (...) [werden], dass eine auf erblindete Traditionen verwiesene Lebenspraxis nur ja unberührt bleibt.«¹¹

Der Neoliberalismus setzt zwar auf diese Eindämmung der kognitiven Potenziale, aber das Ziel ist nicht einfach die Bewahrung »erblindeter Traditionen«, sondern einen uneingeschränkten Kapitalismus zu restaurieren – mit Hilfe einer pseudo-wissenschaftlichen Basis.

9 Vgl.: Winfried Schröder: Aufklärung. In: Hans-Jörg Sandkühler u. a. (Hrsg.): Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Hamburg 1990. S. 279f.

10 Max Horkheimer / Theodor Adorno: Dialektik der Aufklärung. Frankfurt/M. 1998. S. 9.

11 Jürgen Habermas, Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. In: Jürgen Habermas (Hrsg.): Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze 1977–1992. Leipzig 1992. S. 42.

Dies bringt ihn in einen Gegensatz zum traditionellen Konservatismus: Neoliberalismus ist bereit, alle Traditionen zu zerstören, wenn denn nur der Kapitalismus ungehindert von politischen und ethischen Einreden bleibt. Darin liegt das Umstürzlerische der Ideologie. Sie kann sich modern geben, sie kann alle lieb gewonnenen Traditionen über den Haufen werfen, der Religion und dem Brauchtum den Untergang bereiten, aber sie kann auch Elemente hiervon als ideologische Klebmasse nutzen, wenn damit die Autonomie der Kapitalisten bejaht wird oder wenn sie als Refugium dienen könnte, in das die Menschen einen Teil ihrer privaten Existenz verlagern. Tatsächlich aber wird das Umstürzlerische überwiegen, teils, weil die materiellen Verhältnisse, die der neue unbeschränkte Kapitalismus schafft, die Orte idyllischer Zuflucht beseitigen, teils auch, weil solche Sphären nicht in Einklang sind mit einer kapitalistischen Sozialisation. Denn schließlich ist es eine Eigenheit des Kapitalismus, dass »kein anderes Band zwischen Menschen übrig gelassen wird als nacktes Interesse und bare Zahlung. Fromme Schwärmerei und spießbürgerliche Wehmut sind im eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt; die persönliche Würde ist im Tauschwert aufgelöst«. ¹²

Es lässt sich sagen, dass mit dem Neoliberalismus der Kapitalismus seiner ideologischen Vollendung entgegenstrebt – darin liegt aber auch seine Gefährdung: Kann der Kapitalismus als reine Marktgesellschaft überleben? Oder benötigt er den Staat, seinen Staat wenigstens als geschäftsführender Ausschuss, der mehr tut, als die vielgenannten Rahmenbedingungen wie Privateigentum, Vertragsfreiheit und Vertragsvollstreckung, Wettbewerb und freien Marktzutritt und -austritt sicherzustellen? Die neoliberale Theorie eines Hayek, Buchanan und Becker hat keine positiven praktischen Anweisungen formuliert. Sie hat sich in eine Art destruktiven Rausch gesteigert, in eine Euphorie, die einem unbeteiligten Betrachter objektiv unbegründet erscheint, die sich subjektiv äußert in heiterer Gemütsverfassung mit allgemeiner Hochstimmung, gesteigertem Lebensgefühl, optimistischer Zukunftserwartung und verminderten Hemmungen – so die lexikalische Definition von Euphorie. Diese ist – besonders mit ihrem Wesenszug verminderter Hemmungen – ein auffälliger Charakterzug von Politi-

¹² Karl Marx / Friedrich Engels: Manifest der kommunistischen Partei. In: Karl Marx / Friedrich Engels: Werke. Bd. 4. Berlin 1974. S. 464f.

kern, ob sie nun den Neoliberalismus unverblümt oder als Dritten Weg vertreten. In der zweiten Reihe allerdings, dort, wo die ideologischen Leitlinien zu konkreter Politik gemacht werden, gibt es nicht den »schlanken Staat«, der lediglich die Rahmenbedingungen garantiert. Die vielfältigen Regulierungen werden nicht beseitigt, wohl aber verändert, um besser der Maximierung der Rentabilität zu dienen, nicht aber der Praxis des Sozialstaates. Aber die Ideologie verhindert den großen Entwurf, der einem entfesselten Kapitalismus zur Stabilität verhelfen könnte. Darin besteht der Widerspruch: Auch der völlig bereinigte Kapitalismus braucht *seinen* Staat als Gegenpol. Will er lebensgefährliche Krisen vermeiden, dann reicht ein Flickwerk von vielen Einzelregelungen nicht aus. Der Begriff des organisierten Kapitalismus macht dies deutlich.

Diese allgemeine Charakteristik des Neoliberalismus deutet bereits die logische Struktur des Ensembles seiner zahlreichen Theorien an. Alle Einzelaussagen, so zur Höhe von Output und Beschäftigung, zur Rolle der Demokratie oder zur »wahren« Natur des Menschen lassen sich aus dem einen Ziel der unbeschränkten Autonomie der Kapitalisten deduzieren. Dieses Ziel folgt aus den Erfahrungen, die mit dem Sozialstaat gemacht worden sind. Diese negativen Erfahrungen und Wahrnehmungen werden trotz allen Theoretisierens im Grunde nicht zu einer abstrakten Theorie verdichtet, neoliberale Theorie bleibt der Unmittelbarkeit verhaftet. Andererseits aber *muss* sie abstrahieren, um das Interesse des einzelnen Kapitalisten an Autonomie als Interesse aller Individuen zu verallgemeinern. Sie muss ein universelles Interesse konstruieren. Dies erfordert eine erweiterte Definition des »Gutes«, gemeinsame praxeologischen Regeln der Gewinn- oder, allgemeiner, der Vorteilsmaximierung für Kapitalisten und Arbeitende und damit die Abstraktion von der jeweiligen Stellung in der Gesellschaft und der Verteilung der gesellschaftlichen Macht.

Grundlage des Systems neoliberaler Aussagesätze ist der methodische Individualismus – die Einheit der Analyse ist das Individuum. Die Individuen ihrerseits leben und verhalten sich unter der Bedingung der Knappheit von Gütern. Der Begriff des Gutes geht hierbei über das Verständnis der traditionellen Ökonomie hinaus: Er bezieht nicht nur materielle Güter mit ein, sondern *alle* psychischen, moralischen, geistigen, intellektuellen Eigenschaften von Menschen. Diese Güter erfahren je nach Individuum und je nach der Menge der indivi-

duellen Ausstattung mit diesen Gütern unterschiedliche Wertschätzungen. Durch Tausch wird der individuelle Nutzen maximiert. Damit lässt sich alles menschliche Verhalten durch ein umfassendes System relativer Preise oder relativer Nutzen beschreiben. Dass jede Person eine Vielzahl von Gütern (in dieser umfassenden Definition) unter der Bedingung von Knappheit anstrebt, dies durch Tausch zu erreichen versucht, dass die persönlichen Bewertungen von Gütern (die Präferenzen) unterschiedlich sind und dass der Nutzen von Gütern mit steigender Menge sinkt, all dies sind Postulate, die als »Haupt-eigenschaften der menschlichen Natur« gelten.¹³ Diese Postulate haben ihre Grundlage sämtlich in der Neoklassik; das Neue daran ist allerdings die erweiterte Definition von »Gut«, die alles traditionell Außer-Ökonomische einschließt. Dies ist der neoliberale Methoden-imperialismus, den Hirshlifer positiv für seine Richtung reklamiert: »(...) economics really does constitute the universal grammar of social science«.¹⁴

Indem die genannten Postulate für alle Menschen Geltung beanspruchen, behaupten sie in dieser Weise die Gleichheit der Menschen. Sie erlauben es, die Gesellschaft als reine Tauschgesellschaft zu denken, als ein Ensemble von paarweisen Tauschbeziehungen, von reziproken Benutzungsverhältnissen. Darin drückt sich ihre Universalität aus. Diese Gesellschaft wird nicht erzwungen. Zwei theoretische Varianten haben sich herausgebildet, um die Abwesenheit von Zwang einleuchtend zu machen. Hayek setzt auf Internalisierung von Zwang, auf ein moralisches Korsett der Gesellschaft, wie er es nennt. Gemeint sind damit nicht polizeistaatliche Vorkehrungen, sondern eine zivilgesellschaftliche Lösung. Hayek schreibt dazu: »Doch daß das Verhalten innerhalb des privaten Bereichs nicht Gegenstand staatlicher Zwangs-anwendung sein soll, heißt nicht notwendig, daß in einer freien Gesellschaft ein solches Verhalten auch vom Druck der allgemeinen Meinung oder der Missbilligung frei sein soll (...). Jedenfalls fördert es die Klarheit, wenn man den Druck, den die öffentliche Zustimmung oder Ablehnung ausübt, um die Befolgung von Moralregeln und Konventionen zu sichern, nicht Zwang nennt (...). Im Großen

13 Armen Alchian / William Allen: Production and Exchange. Theory in Use. Belmont California 1969.

14 Jack Hirshlifer: The Expanding Domain of Economics. In: The American Economic Review. Vol. 75. No. 6. Pittsburgh 1985. S. 53.

und Ganzen stellen Konventionen und Normen des gesellschaftlichen Verkehrs und des persönlichen Verhaltens keine ernstliche Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit dar, sondern sichern ein gewisses Mindestmaß an Gleichheit des Verhaltens, das die persönlichen Bemühungen sicherlich eher unterstützt als behindert.«¹⁵

Eine andere Variante findet sich bei den modernen Gesellschaftsvertragstheoretikern, so bei Buchanan.¹⁶ Die Existenz des Staates wird innerhalb eines umfassenden Tauschsystems erklärt: Ein Teil der individuellen Freiheit wird aus wohlverstandener Eigeninteresse gegen die Garantie des übrigen Teiles der Freiheit eingetauscht. Die Grundlage ist Hobbes' contractarianism: Das einzige, was zählt und bewertet werden kann, ist, was eine Person wünscht oder vorzieht, nicht aber, was sie wünschen oder vorziehen sollte. Rationale Handlungen sind solche, die die Verwirklichung dieser Wünsche und Vorlieben bewirken. Einzig diese Handlungen sind moralisch. Das gesellschaftliche Vorhandensein dieser Moral und Rationalität impliziert Gegenseitigkeit. Damit ist der freiwillige Tausch begründet. Er ermöglicht, auf der Basis einer gegebenen persönlichen Ausstattung, so das Arbeitsvermögen, Präferenzen zu realisieren. Eine funktionsfähige, friedliche Gesellschaft kann sich dann herausbilden, wenn jede Person kooperationsbereit ist und Kooperation erwartet, also nicht durch Aggression in die persönliche Ausstattung des anderen, das heißt dessen persönliches Eigentum eingreift. Ob dies so ist, ist wiederum eine Frage der Rationalität: Die Furcht, Objekt einer Aggression zu werden, muss sie davon abhalten, selbst aggressiv zu handeln. Dies ist, das ist für die weiteren Überlegungen festzuhalten, dann um so wahrscheinlicher, je mehr alle rationalerweise erwarten können, durch Tausch ihre Lage zu verbessern. Bei gleichverteiltem Eigentum ist dies eher wahrscheinlich, weniger dagegen, wenn Personen kein Eigentum zu verlieren haben oder vom Tausch ausgeschlossen sind. Der Staat spielt hier die Rolle der letzten Instanz, die fast nie eingreift.

Diese Harmonie setzt voraus, dass alle in die Tauschgesellschaft aufgenommen sind. Dies bedeutet, sie müssen eine ökonomische Aus-

15 Friedrich von Hayek: Die Verfassung der Freiheit. Tübingen 1971. S. 176f.

16 James M. Buchanan: The Limits of Liberty. Between Anarchy and Leviathan. Chicago 1975.

stattung (in der umfassenden Definition des Neoliberalismus) haben als Voraussetzung für den Tausch, und es muss ihnen möglich sein, auf der Grundlage ihrer Ausstattung das Fehlende einzutauschen, ihren Lebensunterhalt zu finden. Auch wenn Hayek nicht zu den neoliberalen Gesellschaftsvertragstheoretikern zählt, sein Begriff der »Kattallaxie« beziehungsweise die Verbform »kattallaktein« beschreiben mit ihren beiden Bedeutungen »Handel treiben« und »in die Gesellschaft aufnehmen« die Existenzbedingung für diese Tauschgesellschaft. Denn wenn es einigen verwehrt ist, Handel zu treiben, dann ist diese Gesellschaft nicht universell. Dies steht ihrer Stabilität entgegen. Denn besonders, wenn Menschen nur mit der Befähigung zur Arbeit (dem Humankapital) ausgestattet sind, kann die Möglichkeit zum Tausch fehlen. Dies ist einleuchtenderweise für den ganzen Entwurf entscheidend. Entsprechend entwickeln Arbeitsmarkttheorien, zunächst auf die Neoklassik gestützt, Vorstellungen, wonach es auf einem unregulierten Arbeitsmarkt keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit geben könne. Weiterführende Theorien stellen dar, dass es in der Natur des Arbeitsmarktes liegt, nicht zu markträumenden Preisen kommen zu können. Aber schließlich muss alle Theoriebildung darauf hinauslaufen, dass es trotz einiger besonderer Details keinen systematischen Ausschluss vom Markt für bestimmte Gruppen geben könne. Denn dann könnte neoliberale Theorie nicht von sich behaupten, universell zu sein. Sie würde sich als das dekuvirieren, was sie ist: Theorie im Interesse einzig der Unternehmerschaft.

Im Gegensatz zu dieser Ansicht ist es jedoch sehr wahrscheinlich, dass der Zwang des Staates sich nicht nur manchmal gegen eine zufällig ausgewählte Gruppe, die die Regeln des Systems missachten, richtet, sondern dass der Staat systematisch diejenigen ausschließt, deren einzige ökonomische Ausstattung in ihrer Arbeitskraft besteht. Wenn aber Zwang genutzt wird, um bestimmte Klassen von der Verfolgung ihrer eigenen Interessen abzuhalten, kann von Imperialismus gesprochen werden. Neoliberalismus funktioniert hier in mehrerer Hinsicht als kultureller Imperialismus. Erstens versucht der Neoliberalismus in Gestalt eines methodischen Individualismus, die Leistungsfähigkeit der Geisteswissenschaften einzuschränken, indem er überall darauf drängt, das Prinzip der ökonomischen Rationalität anzuwenden. Damit werden die Geisteswissenschaften in ihrer Methodenvielfalt sehr stark eingeschränkt. Zweitens zielt der Neoliberalis-

mus darauf ab, den Zwang zu internalisieren – die Individuen müssen also freiwillig akzeptieren, was immer der Markt ihnen als Ergebnis vorsetzt. Das heißt aber nicht, dass der neoliberale Staat keinen Zwang ausübt, sobald seine soziale Ordnung gefährdet ist. Schließlich steckt im Neoliberalismus auch eine Form von weltweitem Wirtschafts-imperialismus – seine Ziele sind uneingeschränkter Handel und uneingeschränkte Kapitalbewegungen mit unbegrenzten Eigentumsrechten in den Entwicklungsländern.

Doch zurück zur Konstruktion einer reinen Tauschgesellschaft: Sie bietet den Vorteil, dass alles eigentlich politische eliminiert ist: Es existieren nur individuelle Präferenzen, die sich einzig im Tausch realisieren. Die Existenz einer sozialen Präferenz wird verneint. Dies ist bekanntlich mehr als eine rein modelltechnische Frage. Denn eine soziale Präferenz bedeutet ja, dass große Menschengruppen in ihrem wohlverstandenen Interesse eine *einheitliche* Präferenz haben. Klasseninteresse auf der Grundlage von Klassenbewusstsein ist eine solche soziale Präferenz: Die Klasse zielt darauf ab, durch kollektive Willensbildung und politische Aktion ihre Lage zu verbessern. Partizipative Massendemokratie oder Gewerkschaften sind bekanntlich wesentliche Einrichtungen, die einer sozialen Präferenz, so der Forderung nach dem Sozialstaat, zur Geltung verhelfen können. Eine reine Tauschgesellschaft hat hierfür keine Institutionen.

Es ist daher nur logisch, wenn der Neoliberalismus neben der positiven Fiktion der reinen Tauschgesellschaft – negativ – versucht nachzuweisen, dass eine demokratische Willensbildungen unmöglich sei. Hierfür steht die Theorie der kollektiven Entscheidungen beziehungsweise weite Facetten der Neuen Politischen Ökonomie. Stichworte sind in diesem Zusammenhang das Wahlparadox¹⁷, nach dem die Ergebnisse von Wahlen nicht widerspruchsfrei sein können, oder Hayeks Vorstellung von der Mehrheit, die nur durch Unterstützung der »Schlechtesten« zustande komme¹⁸. Weiter seien die Machtmittel des Staates auf die genannten Garantien (Privateigentum usw.) zu begrenzen, weil sie sonst von einer tyrannischen Bürokratie usurpiert oder die Beute wohlorganisierter Interessen, besonders der Gewerkschaften, würden. Damit wird behauptet, dass alle bisherigen Verfahren der kollektiven Willensbildung unbrauchbar seien.

17 Vgl.: Kenneth Arrow: Social Choice and Individual Values. New York 1963.

18 Vgl.: Friedrich von Hayek: Die Verfassung der Freiheit. S. 166.

Wenn das Politische also nicht halten kann, was es verspricht, dann ist Marktversagen, das ja die Neoklassik durchaus eingeräumt hat und das für sie die theoretische Begründung des Staates als eines Residuums war, anders zu bewerten: Der Markt mag versagen, aber die Politik versagt um so mehr. Folglich heißen die Kampfparolen des Neoliberalismus Staatsversagen und Demokratiever sagen. Die Lösung kann nur eine Gesellschaft sein, die auf bewusste, kollektive Willensbildung und Entscheidung verzichtet, und die sich statt dessen auf der Grundlage von individuellen Präferenzen konstituiert, die auf dem Markt durch den Wettbewerb zu einem Ergebnis zusammengeführt werden. Damit ist die Marktwirtschaft die beste, die am meisten entwickelte Form der Demokratie. Denn hier bestimmt nicht einfach der Wille der Mehrheit, vielmehr werde jede individuelle Präferenz berücksichtigt und geht in das Gesamtergebnis ein. Diese Mechanik der Freiheit kann allenfalls auf den ersten Blick faszinieren: Denn wenn Beschäftigung und Output nur maximiert werden können, indem ganze ökonomische Aggregate, das Konsumieren, das Investieren durch Verteilungs- und Geldpolitik aufeinander abgestimmt werden, dann greifen individuelle Aktionen und Präferenzen zu kurz. Dann schafft erst die politische Aktion die Voraussetzungen dafür, dass individuelle Präferenzen mit einer größeren Wahrscheinlichkeit verwirklicht werden. (Die Vorliebe, nicht arbeitslos zu sein, hat – in einem keynesianischen Sinn argumentiert – eine höhere Chance realisiert zu werden, wenn die effektive Nachfrage dies zulässt.) Mit anderen Worten: Die Reichweite individueller Anstrengungen ist zu begrenzt, um die Wahrscheinlichkeit der Verwirklichung der individuellen Präferenzen zu maximieren.

Die Neoklassik war ehrlich genug, diese Frage offen anzugehen. Für sie war eindeutig, dass bei freiem Wettbewerb und offenen Märkten die Allokationseffizienz maximiert würde und damit Beschäftigung und Output angesichts der vorhandenen wirtschaftlichen Ressourcen einen Höchststand erreichen könnten. Indem ein solches Ergebnis in Aussicht gestellt wurde, war ein Kriterium formuliert, diese Theorie zu falsifizieren. (Neoklassische Politik hat sich bei Verfehlen dieses Zieles allerdings stets darauf verlegt, die Ursachen in unvollkommenem Wettbewerb und unfreien Märkten zu suchen.) Ein weiterer Aspekt der Neoklassik sollte nicht unerwähnt bleiben: Um die Logik der Theorie zu erhalten, waren zunächst all die Versor-

gungsbereiche auszugliedern, die auf Güter angewiesen waren, für die das Ausschlussprinzip nicht durchzusetzen war. Diese mussten öffentliche Güter sein, die vom Staat unentgeltlich bereitgestellt wurden. Dies begründete den Residualcharakter des Staates. Aber damit war auch der Weg frei, meritorische Güter zu definieren, die zwar Gegenstand des Ausschlussprinzips sein konnten, es aber aus politischen Gründen nicht sein sollten. (Die unentgeltliche Schule ist hier das prominenteste Beispiel, oder auch die medizinische Grundversorgung.) Dies räumt dem Politischen Platz ein, denn nun war festzulegen, was alles meritorische Güter sein sollten und wer sie zu finanzieren hatte.

Mit all dem hat der Neoliberalismus aufgeräumt. Weder sind im Sinne von Keynes die ökonomischen Aggregate politisch aufeinander abzustimmen, noch soll es ein materielles Kriterium im Sinne der Neoklassik geben, um die Gültigkeit der Theorie zu überprüfen: Die Triftigkeit des neoliberalen Entwurfes soll nicht an materiellen Ergebnissen, an allgemeiner Wohlfahrt, bestmöglicher Nutzung der wirtschaftlichen Ressourcen gemessen werden. Ein materielles Glücksversprechen soll diese Moderne nicht haben. Zweck des Kapitalismus ist nicht die Vermehrung des Wohlstands, dieser ist vielmehr Dreingabe. Denn die Beschränkung der Staatsgewalt in England, so Hayek, habe sich historisch »aus purem Misstrauen gegen die Herrscher« ergeben. Im nachhinein habe man beobachtet, dass die größeren politischen Freiheiten eine »vorher nicht da gewesene materielle Blüte« hervorgebracht hätten.¹⁹ Kapitalismus ist also nicht eine zweckrationale Ordnung zur Steigerung des Wohlstands, kein bewusster Entwurf mit einem definieren Zweck. Vielmehr ist Kapitalismus Ergebnis von Evolution – niemand hat ihn ausdrücklich gewollt, er ist entstanden als ein offenes, vorher nicht bestimmtes Ergebnis individueller Handlungen bei der Verfolgung individueller Präferenzen. Politische Aktion auf der Grundlage eines gesellschaftlichen Entwurfes (damit kann ein sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaat ebenso gemeint sein wie eine sozialistische Gesellschaftsordnung als Ziel einer Revolution) ist stets der »Weg zur Knechtschaft«.²⁰ Denn der Rationalismus

19 Friedrich von Hayek: Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung. In: Viktor Vanberg (Hrsg.): Gesammelte Aufsätze von F. A. von Hayek. Tübingen 1969. S. 109.

20 Friedrich von Hayek: Der Weg zur Knechtschaft. München 1991.

und Konstruktivismus der europäischen Aufklärung zielen im Rahmen eines gesellschaftlichen Entwurfes darauf ab, »die Kräfte der Gesellschaft in derselben Weise zu beherrschen, wie dies bei der Beherrschung der Kräfte der Natur gelungen ist. (...). Dieser Weg führt nicht nur zum Totalitarismus, sondern auch zur Vernichtung unserer Kultur und mit Sicherheit zur Verhinderung des Fortschritts in der Zukunft.«²¹

Es ist die Evolution, der wir uns anvertrauen müssen – sagt uns der Neoliberalismus. Denn alle Entwürfe laufen, indem sie durchgesetzt werden, auf Zwang hinaus: der Mehrheit gegenüber den bei der Abstimmung Unterlegenen, der Revolutionäre gegenüber den Repräsentanten der alten Ordnung. Dieser politische Zwang aber könne Freiheit nicht begründen. Welche Freiheit ist gemeint? Nicht Freiheit von materieller Not als positive Freiheit, jedenfalls dann nicht, wenn sie mehr erfordert als individuelle Bemühungen, wenn ihre Voraussetzungen durch kollektive, bewusste politische Aktion herbeigeführt werden müssen. Denn das würde zum Ende der Freiheit führen, den Weg in die Knechtschaft bedeuten. Demnach muss alles bei der Verwirklichung negativer Freiheit stehen bleiben – das Individuum wird von anderen nicht gestört. Allein die negative Freiheit ist mit unbeschränkter unternehmerischer Autonomie vereinbar. Dass auch jemand, der in äußerster materieller Not geraten ist, frei ist, lässt sich mit Hayek illustrieren: »Auch wenn ihn selbst [ein beliebiges Individuum, H. S.] und vielleicht seine Familie die Gefahr des Hungers bedroht und ihn zwingt, eine ihm widerwärtige Beschäftigung für einen sehr geringen Lohn anzunehmen und er der Gnade des einzigen Menschen ausgeliefert ist, der bereit ist, ihn zu beschäftigen, so ist er doch weder von diesem noch von irgend jemand anderem in unserem Sinne gezwungen. Solange die Handlung, die seine Schwierigkeiten verursacht hat, nicht bezweckte, ihn zu bestimmten Handlungen und Unterlassungen zu zwingen, solange die Absicht der Handlung, die ihn schädigt, nicht die ist, ihn in den Dienst der Ziele eines anderen zu stellen, ist ihre Wirkung auf seine Freiheit keine andere als die einer Naturkatastrophe – eines Feuers oder einer Überschwemmung, die sein Heim zerstört, oder eines Unfalles, die seine Gesundheit schädigt.«²² Doch nicht nur ist dieser Mensch frei: Die Verhältnisse, in denen er lebt,

21 Ebenda. S. 254.

22 Ebenda. S. 166.

sind gerecht. Hierbei kann es sich nicht um soziale Gerechtigkeit handeln, denn diese ist eine Norm, die – gegebenenfalls von einer Mehrheit gesetzt – die Verwirklichung der individuellen Präferenzen einer Minderheit beschränken würde. Denn »(t)atsächlich ist es eines der Hauptziele des Liberalismus, die ethischen Probleme dem Individuum zu überlassen, damit es mit diesen Problemen allein fertig werden kann«. ²³ Gerechtigkeit existiert daher nur in der Form »prozeduraler Gerechtigkeit« ²⁴, das heißt unter *gegebener* Ausstattung der Individuen und mit dem besonderen Freiheitsbegriff, kann sich Gerechtigkeit nur noch auf den Tauschvorgang beziehen. Ganz im Sinne des contractarianism ist diese Prozedur dann gerecht, wenn niemand beim Tausch (etwa durch Zwang) Nutzen einbüßt, sondern wenn beide Tauschpartner Nutzen dazu gewinnen. Massenarbeitslosigkeit, miserable Arbeitsbedingungen oder niedrige Löhne sind offenbar mit diesem Verständnis von Freiheit und Gerechtigkeit vereinbar.

Unter dieser Freiheitsdefinition kann Wohlfahrt nur aus privater, individueller Verantwortung und Effizienz bestehen (Das Leben ist, was *Du* draus machst). Neoliberalismus gibt keine Antwort auf die Frage nach der sozialen Folge der einzelnen individuellen Bemühungen, die in der Gesellschaft vorgenommen werden. Das einzige, was er in dieser Hinsicht zu bieten hat, ist das vage Versprechen des Überlebens. Was wahr ist in Bezug auf das Individuum – also die Präferenz, eher mehr Güter anzuhäufen als weniger –, gilt nicht für die Gesellschaft als Ganzes, so wie es in der Neoklassik noch der Fall war.

Hayek scheint besser als viele Neoliberale verstanden zu haben, dass die Frage nach den sozialen Folgen der individuellen Handlungen eine offene ist. Seine Antwort darauf ist Unterwürfigkeit – der Einzelne muss bereit sein, sich generell den Resultaten der sozialen Vorgänge zu unterwerfen, die niemand geplant hat und deren Gründe vielleicht niemand versteht. ²⁵ Hayek unterstreicht sehr oft, dass dies die freie Gesellschaft ist, die er im Kopf hat und dass nur so eine Gesellschaft überleben könne. Jede Alternative, die versucht, auf der

²³ Friedrich von Hayek: The fatal Conceit. The Errors of Socialism. In: W.W. Bartley (Hrsg.): Collected Works. Vol. 1. London 1988. S. 33.

²⁴ Robert Nozick: Anarchie, Staat und Utopie. München 1976.

²⁵ Friedrich von Hayek: Falscher und wahrer Individualismus. In: Walter Eucken / Franz Böhm: ORDO-Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Politik. Bd. I. 1948. S. 38.

Grundlage rationalen und kollektiven Handelns die sozialen Vorgänge zu steuern, muss scheitern, da das Wissen unter vielen unterschiedlichen Individuen verteilt ist und weil es kein anderes Verfahren als den Wettbewerb unter freien Individuen gibt um dieses Wissen auf der sozialen Ebene nutzbar zu machen.²⁶

Das grundlegende Problem der neoliberalen Theorie ist, dass sie implizit eine Marktungleichheit in der Verteilung von Macht zugibt, die nicht auf vernünftige Gründe zurückgeführt werden kann und daher schwierig zu rechtfertigen ist. Daher erfordert die Legitimierung des Neoliberalismus die Schaffung einer neuen theoretischen Welt, und dies wiederum erklärt die Gewalt und Aggressivität, mit der der Neoliberalismus gegen die Geisteswissenschaften vorgeht. Der springende Punkt ist, dass im Neoliberalismus die Autonomie des Kapitalisten gegen die Produktion des gesamten möglichen Reichtums einer Gesellschaft und seines Einsatzes für das Gemeinwohl steht. Die Autonomie der Kapitalisten muss daher reichen, um das erlittene und zu erleidende Mühsal zu legitimieren – das geht nur mit der Schaffung einer »biologisch-ökonomischen Natur des Menschen«. Menschen agieren demnach nur individuell und nie kollektiv, sie versuchen nie, die Rahmenbedingungen zu gestalten, und sie akzeptieren jedes Versagen ohne sich zu beschweren.

Unter den dargelegten Bedingungen bleibt für die Wissenschaft im Neoliberalismus lediglich die Aufgabe, zu leugnen, zu verstecken, zuzudecken oder zu unterdrücken was sie eigentlich versuchen sollte, zu lösen. In diesem Sinne ist die Zielsetzung des Neoliberalismus eine negative. Neoliberalismus vergrößert daher nicht unser Verständnis von unserer sozialen Umgebung, vielmehr radiert er menschliches Wissen und Bewusstsein aus – Neoliberalismus ist nichts als Barbarei.

²⁶ Friedrich von Hayek: Missbrauch und Verfall der Vernunft. Ein Fragment. Frankfurt/M. 1959.

KARL GEORG ZINN

Grundzüge und Besonderheiten des Neoliberalismus in Deutschland

I. Historische Einordnung – Zur erschlichenen Tradition des Neoliberalismus

Am Ende der Weimarer Republik gerieten Kapitalismus und wirtschaftsliberalistische Ideologie in eine scheinbar irreversible Akzeptanzkrise. Ein Jahr bevor das nationalsozialistische Regime den kapitalistischen Mechanismus für seine Zwecke instrumentalisierte und damit zugleich den deutschen Kapitalismus vor dem drohenden Untergang rettete, befand der Soziologe Theodor Geiger (1891–1952), während der 1920er Jahre Leiter der Berliner Arbeiterhochschule, dass der Kapitalismus in einer schweren Vertrauenskrise steckte. Geigers Untersuchung der schichtenspezifischen Mentalitäten¹ ergab eine überwiegend feindselige Einstellung gegenüber dem liberalistischen Kapitalismus »*Die jüngsten Ereignisse im deutschen Parteienwesen offenbaren diese ›Krisis des kapitalistischen Denkens‹ drastisch: es gibt heute keine große und starke Partei mehr, die den Gedanken der freien kapitalistischen Wirtschaft vertritt.*«²

Der deutsche Neoliberalismus entstand (erst) als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise nach 1929 und die fast flächendeckende Vertrauenskrise in den Kapitalismus. Eine weit in die deutsche Geschichte zurück reichende Tradition beansprucht er daher zu Unrecht. Deshalb ist es erstaunlich, dass sich eine so traditionsarme und vor 1933 in der Breite des deutschen Volkes desavouierte Ideologie in Deutschland seit den 1980er Jahren zur herrschenden Lehre aufschwingen

1 Theodor Geiger: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage. (= Soziologische Gegenwartsfragen. Heft 1.) Stuttgart 1952.

2 Ebenda. S. 84.

konnte.³ Erstaunlich auch, weil nach Ende des Zweiten Weltkriegs der Kommunismus in den westeuropäischen Ländern breite Zustimmung fand. Doch gerade diese Tatsache sowie die mit dem Ost-West-Konflikt eintretende Umkehrung von Freund-Feind-Verhältnissen bestimmten die USA, ihre Besatzungspolitik gegenüber dem besiegten Deutschland zu revidieren – und auch auf eine konsequente Entnazifizierung zu verzichten.⁴ Die unter dem Einfluss der Westalliierten in Kooperation mit dem deutschen Konservatismus nach Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgte Restaurierung kapitalistischer Verhältnisse – nur abgemildert durch die grundgesetzlich verankerte Sozialstaatlichkeit – bot dem deutschen Neoliberalismus die Chance, sich als sozialökonomische Leittheorie zu etablieren. Hierbei erleichterte die personalpolitische Restauration, nämlich die Wiederbeschäftigung nationalsozialistischer Fachleute in allen staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen, die relativ ausgreifende ideologische Installation des vor 1945 längst konzipierten deutschen Neo- bzw. Ordoliberalismus. Er diente als ideologischer Zufluchtsort für jene neuen alten Führungskräfte – jedenfalls nach außen und in Lippenbekenntnissen –, die sich einer liberalen Maske bedienten, um eine demokratische Läuterung zu signalisieren und ganz unmaskiert ihrem herkunftseigenen Anti-Kommunismus die Zügel schießen zu lassen. Der Durchbruch des jüngeren Neoliberalismus' angelsächsischen Ursprungs in der Bundesrepublik während der 1970er Jahre war somit durch die Entwicklung während der ersten Nachkriegsjahrzehnte gewissermaßen angebahnt worden; es wurde sozusagen prinzipiell die Möglichkeit offen gehalten, dass die bundesdeutsche Wirtschaft und Gesellschaft auch

3 Wir wagen allerdings zuversichtlich zu prognostizieren, dass die neoliberalistischen Jahrzehnte nur eine Episode bleiben werden und eine Renaissance des Interventionismus ansteht, mit der dann auch die Keynesische Theorie ihrer theoretischen und historischen Überlegenheit entsprechend das wirtschaftswissenschaftliche Denken bestimmen wird. Deutschland könnte sich jedoch infolge der während der jüngeren Vergangenheit praktizierten neoliberalistischen Gleichschaltung des ökonomischen Wissenschaftsbetriebs besonders schwer tun, sich der bereits aufdämmernden Keynesianischen Renaissance zu öffnen. Vgl. zu der sich abzeichnenden Rückbesinnung auf Keynes: Olaf Storbeck: Wo Keynes doch Recht hatte und Friedman falsch lag. In: »Handelsblatt« Nr. 10 vom 15. Januar 2007, S. 9.

4 Stefan-Ludwig Hoffmann: Das Dilemma der Besatzer. Alliierte Deutschlandpolitik nach 1945: Pragmatismus vor Rigorismus. In: WZB Mitteilungen, Nr. 114 vom Dezember 2006, S. 15–17.

erneut in ein unsoziales, wieder offen Klassenverhältnisse zulassendes, sie gar beförderndes System zurück kippen könnte, – sofern die geschichtlichen Veränderungen solcher Regression zuspielten. Die Wachstumskrise als Katalysator einer Richtungsänderung der sozial-ökonomischen Entwicklung zu verstehen, heißt nicht, dass damit auch schon vorgegeben war, in *welche* Richtung die Weichen politischen gestellt würden. Die Krise steigert oder weckt gar erst Veränderungsbestrebungen. Auf Seiten der Abhängigen, der primär von der Krise Betroffenen, die in den kapitalistischen Verhältnissen die Ursachen der Krise angelegt sehen, wachsen Hoffnung und Wille, die Verhältnisse in eine aus ihrer Sicht fortschrittliche Richtung zu verändern. Die Formel »Mehr Demokratie wagen« – *nach* der ersten, die westdeutsche Gesellschaft emotional stark erregenden Rezession von 1967/68 formuliert – deutete die Qualität einer solchen Richtungsänderung an. Doch gerade die damit einhergehende Radikalisierung der »Bewegung der Abhängigen« (Septemberstreiks 1968; Studentenunruhen) provozierte durch die Heftigkeit, mit der die kapitalistischen Verhältnisse angegriffen wurden, die Gegenreaktion. Die ökonomische Machtprominenz im weiten Sinn wandte sich vom sozialpartnerschaftlichen Konsens ab, radikalisierte ihrerseits den ideologischen, insbesondere auch wirtschaftsideologischen Kampf und versuchte letztlich erfolgreich, die weitere Entwicklung in die marktradikale Richtung zu lenken. Der Angriff auf die staatsinterventionistische Keynesche Theorie von Seiten des anti-etatistischen Monetarismus, die Neuorientierung der Zentralbankpolitik unter monetaristischem Einfluss, die Mobilisierung des konservativen Wirtschaftsliberalismus und ihr Zugriff auf die Medien (Aushebeln der gesellschaftlichen Kontrolle über die »Vierte Gewalt« durch die Zulassung privatwirtschaftlicher elektronischer Medien) seien hier exemplarisch erwähnt.⁵

Die *anhaltende* Wachstumskrise der vergangenen drei Jahrzehnte begünstige dann mangels klarer Alternativen der »Linken« die rückwärts orientierte Politik. Doch die Wirtschaftskrise allein erklärt längst nicht die wirtschaftsliberalistische Renaissance in Deutsch-

5 Vgl. zu den regenerierenden Wirkungen von Protestbewegungen und radikalisierten Reform- bzw. Reformationsströmungen auf die gegnerische Seite, die jeweils angegriffene herrschende Schicht, die Darlegungen bei Theodor Geiger: Die Masse und ihre Aktion. Ein Beitrag zur Soziologie der Revolutionen (1926). Nachdruck: Stuttgart 1967. S. 158.

land, sondern um die geschichtlichen Entwicklung tendenziell wieder ins Reaktionäre ausschlagen zu lassen, bedurfte es einer Vielzahl historischer »Zufallseinflüsse«, von denen der Zusammenbruch der »re-alsozialistischen« Sozialökonomien besonders herausragt. Insofern war und ist der aktuelle Aufstieg des Neoliberalismus nicht zwangsläufig, einer Quasi-Gesetzmäßigkeit geschuldet, sondern jenen unvorhersehbaren und deshalb wohl auch mangels wirkungsvoller Gegenpositionen durchgreifenden Begünstigungen, die der Regeneration des kapitalistischen Brutalismus zufielen. Kurz gesagt: Es hätte auch anders kommen können, – und es kann künftig anders werden.

I.1 Deutschland war keine Hochburg des Liberalismus

Die Entwicklung der Nationalökonomie in Deutschland wurde weder im 19. Jahrhundert noch danach bis zur Gründung der Bundesrepublik 1949 vom *Wirtschaftsliberalismus* dominiert. Im Gegenteil hob sich Deutschland im 19. Jahrhundert als Hort des »Staatssozialismus« und der konservativen, dennoch fortschrittswirksamen Bismarckschen Sozialpolitik gegen die stärker vom Wirtschaftsliberalismus geprägten Länder (etwa Großbritannien und Frankreich) ab, und die Historische Schule der Nationalökonomie konnte ihre deutlich kritische Einstellung zum Wirtschaftsliberalismus bis weit in das 20. Jahrhundert hinein an den Hochschulen und in der breiten Öffentlichkeit vertreten. Auch der von Friedrich List propagierte Erziehungsprotektionismus und seine Betonung der nationalstaatlichen Wirtschaftsinteressen gegenüber der »kosmopolitischen« Freihandelsdoktrin stellten weitaus einflussreichere Ideen für die nationalökonomische Tradition Deutschlands dar als der Wirtschaftsliberalismus. Ptak führt in seiner umfassenden Neoliberalismus-Monographie aus, dass erst zwischen Ende der 1920er und Beginn der 1950er Jahre eine »mehr oder weniger geschlossene(r) Theorie des ›neuen‹ Liberalismus« konzipiert wurde und die von Hayek und anderen Neoliberalen behauptete Kontinuität zwischen altem und neuem Liberalismus bloße Legendenbildung darstellt.⁶ Eine wirtschaftsliberale Schule mit mäßiger Breiten-

6 Ralf Ptak: Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland. Opladen 2004. S. 23.

wirkung entstand in Deutschland erst während des »Dritten Reiches«, bestimmte dann aber in wesentlichen Komponenten die Wirtschaftsordnung und -politik der Bundesrepublik, was vor dem Hintergrund der schwachen liberalistischen Tradition Deutschlands erstaunt und bisher keine allgemein überzeugende Erklärung gefunden hat.

Der *politische Liberalismus* trat in Deutschland ebenfalls deutlich hinter die anderen Strömungen – die konservativen und die sozialistischen bzw. sozialdemokratischen – zurück und war stets in Fraktionen zersplittert sowie stark nationalistisch orientiert. Auch dieser Sachverhalt erscheint zum Aufschwung des (Wirtschafts-)Liberalismus während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Widerspruch zu stehen. Was aus heutiger Sicht bei manchen Autoren als ein quasi unaufhaltsamer Durchmarsch neoliberalen Gedankengutes in der kapitalistischen Nachkriegsepoche Deutschlands erscheint, dürfte weniger den endogenen Bedingungen des Landes geschuldet, sondern durch die politischen Außeneinflüsse bestimmt worden sein – vor allem die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Einwirkungen der USA auf das westliche Nachkriegsdeutschland sowie die Katalysatorwirkung des Ost-West-Konfliktes. Es war bis zur Radikalisierung des Neoliberalismus seit den 1970er Jahren auch keineswegs klar vorhersehbar, dass sich die in den angelsächsischen Ländern anbahnende neoliberalistische Wende auch in der Bundesrepublik – jedenfalls tendenziell – nachvollziehen und zur Abkehr von der Sozialstaatlichkeit führen würde. Denn die Etablierung der »Sozialen Marktwirtschaft«, die zwar von neoliberalen Vordenkern entworfen wurde, brachte keineswegs eine lupenreine Umsetzung der neoliberalen Vorstellungen, sondern wurde eben stark sozialstaatlich modifiziert. Das Sozialstaatsgebot im Grundgesetz trifft denn auch bis heute auf die Kritik der Neoliberalen und bildet altes sozialdemokratisches bzw. sozialistisches Gedankengut ab. Staatsinterventionistische Elemente und eine sowohl historisch als auch im internationalen Vergleich sehr fortschrittliche Sozial- und Beschäftigungspolitik führten zu vielfältigen Einschränkungen der neoliberalen Ausrichtung der Wirtschaftsordnung nach 1949. Deshalb zeichnet, wie bereits bemerkt, eine retrospektive Deutung des neoliberalistischen Aufstiegs ein schiefes Bild, wenn sie die permanenten Versuche der Neoliberalen, den deutschen Sozialstaat auszuwaschen, als quasi von Anfang an absehbaren Siegeszug konstatiert.

I.2 Der Neoliberalismus ist eine deformierte Schrumpfform des Liberalismus

Die Hauptmerkmale der heute unter der Bezeichnung »Neoliberalismus« subsumierten Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung bedeuten eine extreme Verengung der originären liberalen Idee einer freien Gesellschaft, für die die Anerkennung der Gleichheit aller Menschen unabdingbar ist. Somit stellt der Neoliberalismus der Gegenwart eine durch Verdrehungen und Auslassungen deformierte Schrumpfform des im 17. und 18. Jahrhundert gegen den Feudalismus gerichteten Liberalismus dar.⁷ Es gibt – Deutschland bildet hierin keinen Einzelfall – auch keine »liberale« Partei mehr, sondern man/frau nennt sich »Freie« Demokratische Partei, was auf die Distanzierung zum umfassenden liberalen Erbe verweist,⁸ das nicht von dem engen wirtschafts-

7 »Für den Bestand der marktwirtschaftlichen Kernelemente Privateigentum, Leistungswettbewerb und freies Unternehmertum waren die frühen Ordoliberalen bereit, zentrale Elemente der liberalen Weltanschauung einer fundamentalen Revision zu unterziehen.« (Ralf Ptak: Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. S. 106.) Die opportunistische Revision liberaler Ideen zugunsten der Stabilisierung der wirtschaftsliberalistischen Kernwerte, nämlich die »freie Verfügung des individuellen Wirtschaftssubjektes über das Privateigentum und die staatlich rechtlich garantierte Sicherheit dieser Verfügung« hatte Herbert Marcuse bereits 1954 herausgestellt (Herbert Marcuse: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung. In: Otto Bauer / Herbert Marcuse / Arthur Rosenberg u. a.: Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus. Neu hrsg. v. Wolfgang Abendroth. Frankfurt/M, Wien 1967. S. 44), und Theodor Geiger hatte wenige Jahre zuvor in seiner soziologischen Untersuchung der Masse bemerkt: »... das Bürgertum selbst als herrschende Schicht legt ... auf die Staatsform nur geringen Wert, während es einer Umformung der Wirtschaft größten Widerstand entgegengesetzt und jede Umgestaltung der Staatsform dulden wird, wenn es dadurch die Erhaltung der wirtschaftlichen Gestalten [= Produktionsverhältnisse – K. G. Z.] retten kann oder wenigstens nicht direkt bedroht sieht.« (Theodor Geiger: Die Masse und ihre Aktion. S. 61.)

8 »Die liberale repräsentative Demokratie, die zugleich ein freiheitlicher und sozialer Rechtsstaat sein soll, ist das politische Credo des Liberalismus bis heute in einem Lande, in dessen politischer Entwicklung sich der Liberalismus über der Frage der Zustimmung zur Demokratie lange immer wieder aufs neue gespalten hat, das Wort ›liberal‹ aus den Parteinamen längst verschwunden ist, aber die Notwendigkeit liberalen Denkens und Handelns, nicht zuletzt auch gegen andere Sinndeutungen und Praktiken der Demokratie, gesehen und betont wird.« (Rudolf

liberalistischen bzw. freihändlerischen Laissez-faire-Konzept ausgefüllt wird. Die ideengeschichtliche wie die realhistorische Sicht auf den Liberalismus lässt keine klar umrissene, gar einheitliche Kontur erkennen, sondern schon früh – seit den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts – beanspruchten deutlich unterscheidbare politische Gruppierungen, liberale Positionen zu vertreten. Ob dies als Zersplitterung oder als pluralistische Vielfalt beurteilt wird, ist nebensächlich. Wichtig jedoch ist es festzuhalten, dass von einer einheitlichen liberalen Schule nicht gesprochen werden kann.⁹ Dies trifft auf die Entwicklung des Liberalismus in Deutschland in besonderer Deutlichkeit zu, wo sich eine enge Verbindung von Liberalismus und Nationalismus ergab, die in ihrer sozialliberalen Richtung Anschluss an und Gemeinsamkeit mit der Sozialdemokratie suchte¹⁰, aber auch – personifiziert in Friedrich Naumann – imperialistische Positionen vertrat und dem Antisemitismus zuneigte¹¹. Die relative Vieldeutigkeit und politische Differenziertheit des Liberalismus hat denn auch zu unterschiedlichen in der Literatur vorfindbaren Typisierungsversuchen des Liberalismus geführt – beispielsweise zu der Unterscheidung in gouvernementalen, freihändlerischen und sozialen Liberalismus oder »geistig-politischer« und »wirtschaftlicher Liberalismus«¹² oder konservativen, anarchistischen und sozialistischen Liberalismus¹³. Das revolutionäre Anliegen des originären politischen Libera-

Vierhaus: Liberalismus. In: Otto Brunner / Werner Conze / Reinhart Koselleck (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Bd. 3. Stuttgart 1982. S. 785.)

9 H. Dräger: Liberalismus. IV. Der Liberalismus in ideengeschichtlicher Betrachtung. Teil 2. In: Joachim Ritter / Karlfried Gründer (Hrsg.): *Historisches Wörterbuch der Philosophie*. Bd. 5. Basel 1980. Sp. 265–272. – R. K. Hoevar: Liberalismus. III. Die Geschichte des L. als politische Bewegung. In: Joachim Ritter / Karlfried Gründer (Hrsg.): *Historisches Wörterbuch der Philosophie*. Bd. 5. Sp. 261–264.

10 Vgl.: Rudolf Vierhaus: Liberalismus. S. 778ff.

11 Vgl.: Franz Neumann: *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1945*. Frankfurt/M 1984. S. 181ff.

12 Vgl.: Wilhelm Röpke: *Die Ordnung der Wirtschaft*. Frankfurt/M 1948. S. 13ff. – Wilhelm Röpke: *Die Lehre von der Wirtschaft*. Erlenbach, Zürich, Stuttgart 1954. S. 296.

13 Vgl.: Raymond Boudon / François Bourricaud: Liberalismus. In: Raymond Boudon / François Bourricaud: *Soziologische Stichworte. Ein Handbuch*. Opladen 1992. S. 294.

lismus, seine radikale Betonung des Gleichheitsprinzips (u. a. völlige Beseitigung des Erbrechts), findet sich im frühen Wirtschaftsliberalismus nur noch abgeschwächt und wird vom heutigen Neoliberalismus faktisch verworfen. Der gegenwärtige Neoliberalismus amalgamierte vielmehr mit konservativen Vorstellungen, wobei gerade die reaktionären Momente besonders hervortreten. Aus der Ideologie des revoltierenden Bürgertums wurde die Ideologie der neuen herrschenden Klasse der Kapitaleigner. Die gegenwärtigen Spaltungsprozesse in den kapitalistischen Gesellschaften, die extreme Divergenz zwischen Arm und Reich, die Überlagerung der politischen durch die ökonomische Macht und die Kommodifizierung aller Lebensbereiche sind Wesenserscheinungen des *uneingeschränkten* Wirtschaftsliberalismus, also des marktradikalen »freien« Kapitalismus. Dies festzustellen, ist selbstverständlich redundant und für alle, die mit Marx' Werk vertraut sind, banal. Doch auch von eher konservativen Positionen aus wurde die für die Gesellschaft zerstörende Potenz des Wirtschaftsliberalismus synchron zur Marxschen Kapitalismusanalyse erkannt, und ein Zitat aus dem »in Verbindung mit deutschen Gelehrten und Staatsmännern« herausgegebenen »Staats- und Gesellschaftslexikon« von 1863 sei hier nicht zur quasi anekdotischen Auflockerung angeführt, sondern als ein Beleg für die kritische Betrachtung des Wirtschaftsliberalismus' in weiten Teilen der deutschen Staatswirtschaftslehre des 19. Jahrhunderts:

»Anstatt von einem inhaltvollen Freiheitsbegriff auszugehen, beschränkt sich der Liberalismus auf die Negation und wird dadurch zu einer vorzugsweise z e r s e t z e n d e n Kraft. Die Freiheit ist ihm nur die Losgebundenheit von den dem individuellen Belieben entgegenstehenden Schranken und indem er, von der Personalität ausgehend, alles auf das Individuum bezieht, muß die Freiheit, welche er anzustreben behauptet, schließlich in eine allgemeine Herrschaft der Interessen auslaufen. Der Liberalismus, welcher sich auf kirchlichem Gebiet als Rationalismus ..., auf ökonomischem als H a n d e l s- und G e w e r b e f r e i h e i t manifestiert, ist auf dem politischen dem Constitutionalismus nahe verwandt, ohne mit diesem zusammen zu fallen. In sofern nämlich der Liberalismus auch den Staat nur als ein Product der Individuen auffasst, nur um dieser willen vorhanden, erscheint er ihm als ein nothwendiges Uebel, welches den individuellen Bestrebungen den möglichsten Schutz zu gewähren, gegen welches er aber andererseits sich selbst zu

schützen habe. Einen solchen Schutz sucht er in Verfassungen, mit ihren ›Garantien der Freiheit‹ wie der Constitutionalismus. Aber bei der Leereheit seines Freiheitsbegriffs steht der Liberalismus mit keiner Staatsform im Widerspruch und wir haben nicht bloß in Deutschland gesehen, dass die am meisten rücksichtslos zugreifenden und mit Recht und Verfassung willkürlich umspringenden Fürsten als liberal und aufgeklärt gepriesen wurden; dieselbe Bezeichnung war seiner Zeit der Minister-Allgewalt in Spanien und Portugal bewilligt, und der Imperialismus in Frankreich beruft sich heut noch auf seine Mission, die liberalen Ideen von 1789 zu verwirklichen. Kann man aber sagen, dass der L. sich mit jeder Staatsform vertragen könne, weil jede Regierungsgewalt im Stande ist, die das Individuum beengenden Schranken hinwegzuräumen, so ist doch gewiß, dass er zur *D e m o k r a t i e* und von dieser zum Imperialismus führen *m ü s s e*. ... da aber das Individuum, auf sich selbst gestellt, nur sein *I n t e r e s s e* im Auge hat, das Interesse des Einzelnen durch die Demokratie aber am meisten gefährdet wird, so muß schließlich immer ein Kampf der Besitzenden mit den Besitzlosen entstehen, welcher durch die Waffen entschieden wird und dem glücklichsten Krieger als ›Retter der Gesellschaft‹ auf den Thron hilft. So schlägt der L., welcher von der Freiheit des Einzelnen ausgeht, in sein Gegenteil um, d. h. in die Willkürherrschaft des *E i n e n* über alle. Wenn dies die natürliche und durch die Geschichte bestätigte Folge der zersetzenden Kraft des L. ist, so führt derselbe auf *ö k o n o m i s c h e n* Gebiete zu einem ähnlichen Resultat. Indem er nämlich auch hier alle Verbindung löst und die Beweglichkeit zum Prinzip alles Erwerbs und Besitzes macht, muß er den beweglichsten Besitz – den Geldbesitz – am meistern fördern und die *G e l d h e r r s c h a f t*, die ekelste von allen, wird das Individuum dem *C a p i t a l* unterwerfen. Ueberall ist mit dem L. zugleich ›die Bestie des materiellen Interesses‹, die Geldmacherei eingeführt worden, welche in der Börse ihren Cultus findet. ›Hier vereinigt sich‹, wie Constant. Frantz in seiner ›Geschichte aller Parteien‹ sagt, ›Alles, was es für die liberale Gesellschaft Hohes und Heiliges giebt. Da ist nicht der Altar des unbekanntes Gottes, den Paulus in Athen fand, sondern der nun glücklich bekannt gewordene und offenbare Gott selbst, strahlend im Glanz der edlen Metalle rund um die Welt.‹¹⁴

14 Liberalismus in: Herrmann Wagener (Hrsg.): Staats- und Gesellschafts-Lexikon. Bd. 12. Berlin 1865. S. 279f.

Hier kann selbstverständlich nicht der historische Prozess der Umkehr des Liberalismus von einer revolutionären zur reaktionären, tendenziell autoritären und zur Demokratie konterrevolutionären Ideologie¹⁵ nachgezeichnet werden, aber eingedenk der progressiven Funktion, die der Liberalismus als ideologische Grundlage der bürgerlichen Revolution(en) einnahm und der in ihren historischen Wurzeln engen Verflechtung von Liberalismus und Sozialismus sollte doch bewusst bleiben, dass der aktuelle Neoliberalismus keineswegs als legitimer Erbe der Freiheitsidee des historischen Liberalismus zu verstehen ist, sondern als eine quasi pathologische Bewältigungsreaktion auf die seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert sichtbare Krise der wirtschaftsliberalistischen Ideologie – einer Krise, die sich mit dem Ersten Weltkrieg weiter verschärfte und schließlich in der Weltwirtschaftskrise zum – nur scheinbar endgültigen – Zusammenbruch der Ideologie führte. Doch gerade nach 1918, als der Liberalismus, insbesondere auch die wirtschaftsliberalistische Doktrin auf breiter Front ihr Ansehen verloren hatte, erlebte der Begriff »Liberalismus« eine stärkere Popularität. Rudolf Walther bemerkt hierzu:

»So erscheint der Begriff im Augenblick seiner späten Durchsetzung in der Fachwelt unter theoriegeschichtlichen Gesichtspunkten als ein Anachronismus, unter praktisch-politischen als ein unscharfer Tendenz- oder Parteibegriff.« Und: »Schließlich muß festgehalten werden, dass sich der Begriff Liberalismus für eine Wirtschaftstheorie und -politik erst durchzusetzen begann, als eine dem Terminus vernünftigerweise zuzuordnende Theorie in der Nationalökonomie nur noch eine marginale, in der wirtschaftspolitischen Praxis gar keine Rolle mehr spielte.«¹⁶

Bereits während des 19. Jahrhunderts hatte der Liberalismus mehr und mehr seinen weiten politischen Emanzipationsgehalt abgestreift und war vom inzwischen etablierten Kapitalismus auf die Legitimationsdimension für die neue herrschende Klasse zurechtgestutzt worden. Vom originären Liberalismus überdauerte eine auf das neue Klasseninteresse zugeschnittene wirtschaftsliberalistische Version. Die

¹⁵ Vgl.: Luciano Canfora: Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union. Köln 2006. S. 81ff. passim.

¹⁶ Rudolf Walther: Exkurs: Wirtschaftlicher Liberalismus. In: Otto Brunner / Werner Conze / Reinhart Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd. 5. Stuttgart 1982. S. 810f.

geschichtliche Kompromittierung des Wirtschaftsliberalismus in den 1920er und 1930er Jahren brachte jedoch gerade nicht das historische Ende dieser Ideologie. Vielmehr erlebte sie mit der zweiten Weltwirtschaftskrise des zwanzigsten Jahrhunderts, also seit Mitte der 1970er Jahre, einen zuvor unerwarteten und bis heute keineswegs in seinen Ursachen und Erfolgsbedingungen voll verstandenen Wiederaufstieg. Die Mehrzahl der kritischen Analysen zum Neoliberalismus bleiben denn auch vorwiegend deskriptiv und geben keine befriedigende, gar allgemein akzeptierte Ursachendeutung, wie es nach einer fast drei Jahrzehnte währenden sozial- bzw. wohlfahrtsstaatlichen Modifizierung des Kapitalismus von Mitte der 1970er Jahre an zu der heftigen »Regression«, um einen psychoanalytischen Begriff zu verwenden, in der sozialökonomischen Entwicklung kommen konnte.¹⁷

II. Deutscher Neoliberalismus – Reaktion auf die kapitalistische Katastrophe der Großen Depression

II.1 Nationale Differenzierungen der gegenwärtig herrschenden Wirtschaftslehre

Der Neoliberalismus stieg in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten zur herrschenden Wirtschaftsideologie der hoch entwickelten, westlichen Länder auf. Er versteht sich als »rational« im Sinn ausschließlicher Richtigkeit, wobei Rationalität auf den ökonomischen Maximierungskalkül verengt wurde. Vernunft im Sinn diskursiver Suche nach Zustimmungsfähigkeit, moralischer Billigkeit und Interessenausgleich spielt gerade keine Rolle in dem imperialistisch auftretenden (ökonomischen) Rationalitätsanspruch.¹⁸

17 Wenn hier von »Regression« gesprochen wird, so ist das keine rein metaphorische Formulierung, sondern wir beziehen uns auf Erdheims ethnopsychanalytische Theorie, die die »pathologische« Reaktion einer durch Krise und potentielle Revolution bedrohte Herrschaftsklasse als Regression interpretiert. Vgl. Mario Erdheim: Die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit. Eine Einführung in den ethnopsychanalytischen Prozeß. Frankfurt/M 1984. S. 197f.

18 Ausführlich hierzu: Serge Latouche: Die Unvernunft der ökonomischen Vernunft. Zürich, Berlin 2004.

Die spezifische Form, die die internationalen Wirtschaftsbeziehungen in den vergangenen drei Jahrzehnten angenommen haben und die als »Globalisierung« bezeichnet wird, diene dem neoliberalistischen Gedanken zwar als Vehikel seiner Ausbreitung, aber dabei darf nicht übersehen werden, dass die Globalisierung selbst erst als ein Produkt neoliberalistischer Politik möglich wurde. Ohne den zwingenden Einfluss der angelsächsischen Länder auf die Welt(wirtschafts-)politik und die vor allem von den USA gestützte Organisation der Ideologieverbreitung – einschließlich der strategischen Einwirkung auf die sozialökonomische Wissenschaftsaktivitäten¹⁹ – hätte die neoliberalistische Offensive nicht, jedenfalls nicht in dem faktisch erreichten Umfang erfolgreich sein können. Die Dominanz der neoliberalen geistig-moralischen Wende in der westlichen Welt steht außer Frage, aber die Rezeption des Neoliberalismus in den einzelnen Ländern und die politische Umsetzung zeigen nationale Unterschiede. Am deutlichsten hebt sich das skandinavische bzw. nordische Modell gegen die anderen OECD-Länder ab. Solche Unterschiede lassen sich nur mit Rückgriff auf die längere historische Entwicklung der einzelnen Gesellschaften und die im geschichtlichen Prozess jeweils verschieden verlaufende Ausbildung »nationaler Mentalitäten« verständlich machen.²⁰ Die schon lange vor Beginn der neuen neoliberalistischen Phase vorhandenen Unterschiede in den wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungen zeugen von diesen interkulturellen Differenzen.²¹ Ideologien müssen entsprechend den nationalen Besonderheiten, zu denen auch die Mentalitäten gehören, jeweils mehr oder weniger stark modifiziert werden, was im konkreten Fall des gegenwärtigen Neoli-

19 Vgl.: Bernhard Walpen, *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hege-
monietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Gesellschaft*. Hamburg 2004. (Schriften
zur Geschichte und Kritik der politischen Ökonomie 1)

20 Vgl.: K[urt] Lenk: *Mentalität*. In: Wilhelm Bernsdorf (Hrsg.): *Wörterbuch der
Soziologie*. 2. Aufl. Stuttgart 1969. S. 689–691. – Kurt Lenk: *Marx in der Wissenssozi-
ologie. Studien zur Rezeption der Marxschen Ideologiekritik*. Lüneburg 1986.
S. 291ff. – Karl Georg Zinn: *Kulturelle Unterschiede als Einflußgröße auf das wirt-
schafts- und gesellschaftspolitische Handeln – zu den nationalen Differenzen in
der Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit*. In: Alexander Grasse / Carmen Ludwig
/ Berthold Dietz (Hrsg.): *Soziale Gerechtigkeit. Reformpolitik am Scheideweg*. Fest-
schrift für Dieter Eißel zum 65. Geburtstag. Wiesbaden 2006. S. 245–256.

21 Vgl.: Gøsta Esping-Andersen: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cam-
bridge 1990.

beralismus sozusagen zu gebrochenen Rezeptionen führt. Vor diesem Hintergrund erst ergibt es Sinn, von einer *deutschen* Version des Neoliberalismus zu reden – im Unterschied zum Neoliberalismus in Deutschland – und nach den (historischen, kulturellen bzw. mentalen) Dispositionen zu suchen, die diese Besonderheiten erklären (könnten).

II.2 Deutscher Neoliberalismus nach 1945 –

Profiteur, nicht Verursacher der kapitalistischen Restauration

Von heute aus betrachtet erscheint die Entwicklung des Neoliberalismus rückblickend als ein relativ kontinuierlicher Prozess der Durchsetzung eines seit den 1950er Jahren konzipierten Neuansatzes wirtschaftsliberaler Programmatik. Die sehr umfassenden Studien von Ptak und Walpen zur theoretischen und politischen Geschichte des Neoliberalismus liefern für diese Sichtweise eine Fülle von Plausibilitätsbelegen. Dennoch bleibt die Frage, ob der gegenwärtige Erfolg der neoliberalistischen Ideologie auch nur vorwiegend auf die strategische Durchsetzungsenergie dieser über Jahrzehnte hinweg eher als nationalökonomische Sekte einzuordnenden Schule zurückzuführen ist und nicht ganz andere Faktoren für ihren Aufstieg zur herrschenden Lehre maßgebend waren und sind.

Im westlichen Nachkriegsdeutschland wurde der Begriff »Neoliberalismus« als zusammenfassender, wenn auch vager Oberbegriff für den die wettbewerbpolitische Rahmensetzung prononcierenden Ordo-Liberalismus der Freiburger Schule und die den sozial- und beschäftigungspolitischen Interventionismus mit der Marktkoordination synthetisierende »Soziale Marktwirtschaft«²² geläufig. In den ersten Jahren nach Kriegsende schien die politische und ökonomische Entwicklung in (West-) Deutschland durch einen deutlichen Antikapitalismus bestimmt zu werden, so dass die »endogene« politische Tendenz in Deutschland eher für die Abkehr von der wirtschaftslibe-

²² Alfred Müller-Armack: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft (1946). In: Alfred Müller-Armack: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration. Freiburg/B. 1966. S. 19–170.

realistischen und d. h. kapitalorientierten Ideologie sprach²³, was sich u. a. in einigen westdeutschen Länderverfassungen dokumentiert, die noch vor Verabschiedung des Grundgesetzes in Kraft getreten waren. Beispielsweise sah die Hessische Landesverfassung weitgehende Sozialisierungsmöglichkeiten vor und legte das Aussperrungsverbot fest. Auch wurden unter dem Einfluss der Alliierten in der unmittelbaren Nachkriegszeit die politischen und höheren administrativen Stellen nach Möglichkeit nicht mit nationalsozialistisch vorbelasteten Personen besetzt (beispielhaft etwa die führende Rolle von Widerstandskämpfern beim politischen Wiederaufbau in Hessen²⁴), was allerdings nicht verhinderte, dass damalige »Wendehälse« (prototypisch: Ludwig Erhard) aus »fachlichen« (zutreffender: ideologischen) Gründen von den Alliierten, vor allem den USA, für die Restauration einer kapitalistischen Marktwirtschaft instrumentalisiert wurden. Es versteht sich, dass die an der Restauration interessierten Gruppierungen und Schichten in Deutschland solche Aufgaben nur zu gerne übernahmen.²⁵ Der deutschen Öffentlichkeit wurde die Wirtschaftsbelebung nicht nur als *ein* »Wirtschaftswunder« dargestellt, sondern die Wunder-Legende wurde als *deutsches Wirtschaftswunder* popularisiert, was für die Identifikation der Bevölkerung mit dem regenerierten Kapitalismus entscheidende psychologische Bedeutung hatte.

Die vorstehende Frage nach den (möglichen) Ursachen für den Nachkriegseinfluss und die marktradikale Wende des Neoliberalismus in der jüngeren Vergangenheit verdient, noch etwas eingehender erörtert zu werden. Wie dargelegt, gibt es keine weit zurück reichende, gar in die Breite der Gesellschaft wirkende deutsche Tradition des Liberalismus. Die Neoliberalen stellten weder in der Wirtschaftspolitik noch an den akademischen Ausbildungsstätten bis zum Ende des

23 Vgl.: Autorenkollektiv: Ernst-Ulrich Huster / Gerhard Kraiker / Burkhard Scherer / Friedrich-Karl Schlotmann / Marianne Welteke. Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949. Frankfurt/M 1972. Hoffmann, 2006.

24 Vgl.: Axel Ulrich: Politischer Widerstand gegen das »Dritte Reich« im Rhein-Main-Gebiet. Wiesbaden 2005. S. 250ff.

25 In manchen Fällen konnten sich deutsche Interessengruppen auch erfolgreich gegen reformpolitische Vorhaben der Alliierten wehren. So wurde etwa der Versuch der englischen Besatzungsmacht (damals war eine Labour-Regierung im Amt), in Westdeutschland ein staatliches Gesundheitssystem nach englischem Muster einzuführen, abgewiesen. – Den Hinweis hierauf verdanke ich Cornelia Heintze.

Zweiten Weltkrieges eine Mehrheit dar. Auf welche Weise vermochten sie dann aber derart einflussreich zu werden, dass in der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung, der »sozialen Marktwirtschaft«, wesentliche Komponenten ihres Programms installiert wurden und die eindeutig kapitalismuskritische Mehrheitseinstellung in der unmittelbaren Nachkriegszeit²⁶ überspielt werden konnte? Die Nachkriegsentwicklung stand, wie schon ausgeführt, politisch und wirtschaftlich unter dem Einfluss der Westalliierten. Insbesondere achteten die USA darauf, dass die Regeneration einer kapitalistischen Marktwirtschaft nicht an den kapitalismuskritischen Kräften in Westdeutschland scheiterte. Die Einflussnahme auf das Grundgesetz und auf die wirtschaftspolitische Weichenstellung unter dem von den Alliierten protegierten Ludwig Erhard durch die USA bewirkten, dass sich die politische Willensbildung auch in Westdeutschland unter stärkster Gängelung durch die Besatzungsmacht vollzog, also nicht als frei im Sinne einer von der Bevölkerung in eigenständiger Willensbildung geschaffenen Neuordnung gelten kann.²⁷ Ohne diese »externe« Unterstützung hätte sich der deutsche Neoliberalismus nicht zu der ökonomischen Leitideologie der Bundesrepublik aufschwingen können. Die »endogene« Bewusstseinslage im Nachkriegsdeutschland war dem Kapitalismus und der kapitalistischen Ideologie eher feindlich gesinnt. Die »publizistische Offensive« des Neoliberalismus²⁸ und die über Beziehungsnetze, die bereits vor 1945 über Anfänge hinaus gekommen waren²⁹, verlaufende Einflussnahme auf Politik, Verwaltung, sozialökonomische Institutionen sowie Medien und Wissenschaft hätten allein, d. h. ohne die zwingenden Richtungsvorgaben der alliierten Mächte wohl weder hinreichende Überzeugungskraft gegen die antikapitalistische

26 Vgl.: Autorenkollektiv: Ernst-Ulrich Huster / Gerhard Kraiker / Burkhard Scherer / Friedrich-Karl Schlotmann / Marianne Welteke. Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949. – Karl Georg Zinn: Soziale Marktwirtschaft. Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich 1992.

27 Vgl.: Ralf Ptak: Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. S. 234ff., 295ff.

28 Vgl.: Ebenda. S. 295.

29 Vgl.: Marc Engels: Die »Wirtschaftsgemeinschaft des Westlandes«. Bruno Kuske und die wirtschaftswissenschaftliche Westforschung zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Aachener wirtschafts- u. sozialwiss. Diss. 2006.

Grundstimmung nach 1945 erreicht, noch die personalen Zugriffsmöglichkeiten auf politische und administrative Schaltstellen errungen, die dann wesentliche Bedingungen für die Durchsetzungsfähigkeit des Neoliberalismus schufen. Doch auch diese »besatzungspolitische« Erklärung reicht nicht allzu weit, denn sie lässt sich nicht mehr auf die neoliberalistische Radikalisierung während der vergangenen dreißig Jahre, nach Beginn der anhaltenden Wachstumskrise des Kapitalismus, ausdehnen. Die jüngere Entwicklung wird nicht ohne Aufhellung der mentalen Konstellationen Deutschlands und die daraus ableitbare Bereitschaft, sich von antikommunistischen Resentiments einerseits und der Anbiederung⁵⁰ an die USA als Hegemonialmacht andererseits leiten zu lassen, verständlich gemacht werden können.

II.3 Kontinuitäten aus der NS-Zeit

Mit Beginn der Bundesrepublik kam es zu einer weit reichenden Reintegration nicht nur der nationalsozialistischen Mitläufer und kleinen Handlanger, sondern karrierebewusste Opportunisten und aktive NS-DAP-Mitglieder rückten in führende Positionen auf, setzten ihre in der Nazizeit begonnene Laufbahn fort, und dies gilt auch für einen großen Teil der deutschen Universitätsökonomien der Nachkriegszeit einschließlich prominenter »Neoliberaler«.⁵¹ Die neoliberale Schule bot vielen Ex-Nazis einen opportunen ideologischen Zufluchtsort. Sie konnten sich dort als freiheitsliebende Demokraten und prokapitalis-

⁵⁰ Die im Vergleich zu seinen Nachbarländern in Deutschland so auffällige Verbreitung von Anglizismen und das peinlich beflissene Bemühen, auch noch vermeintlich originelle »deutsche« Anglizismen zu »innovieren« (beispielsweise werden in den Verkehrsmeldungen des Bayerischen Rundfunks die Kfz-Fahrer als »Bayern-Driver« angesprochen), erinnert an die mimetischen Verrenkungen der hinterwäldlerischen Statusunsicherheit im »Globalen Dorf«, an das krampfhaft Bemühen, dazugehören zu dürfen, und könnte – etwa aus ausländischer Perspektive – als Symptom eines (nur?) latenten Minderwertigkeitskomplexes gedeutet werden, der sich bekanntlich gern im Angebergehebe exhibitioniert. Vgl. hierzu verschiedene Beiträge in: Klaus Stierstofer (Hrsg.): Deutschlandbilder im Spiegel anderer Nationen. Literatur, Presse, Film, Funk, Fernsehen. Reinbek 2005.

⁵¹ Vgl.: Ralf Ptak: Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. – Marc Engels: Die »Wirtschaftsgemeinschaft des Westlandes«.

tische Antifaschisten einrichten. Dies umso mehr, als die neoliberale Schule auch Verfolgte und vom NS-Regime in die Emigration getriebene Wissenschaftler (etwa Wilhelm Röpke) zu den ihren zählte. Das Konzept des deutschen Neoliberalismus – und das gilt für die Freiburger Ordo-Schule wie für Müller-Armacks interventionistische Marktwirtschaft – wurde bereits während der dreißiger und frühen vierziger Jahre entworfen. Es ist weder das Produkt einer vermeintlichen »Stunde Null« nach der militärischen Niederlage Nazi-Deutschlands, noch wurde es quasi im Stillen Kämmerlein und in innerer Emigration erarbeitet, wie es in Selbstdarstellungen ehemaliger NS-Zuläufer unter den Neoliberalen nahe gelegt wird. Vielmehr bestand seitens vieler Neoliberaler die Erwartung, dass nach Kriegsende der starke nationalsozialistische Staat im Interesse eines wachstumsträchtigen Kapitalismus dem neoliberalen Gedankengebäude zur Realisierung verhelfen würde.⁵² Solche Erwartungen des »autoritären Liberalismus«⁵³ waren keineswegs abwegig, denn das NS-Regime folgte weder einer bestimmten wirtschaftstheoretischen Vorgabe, noch bestanden in seiner Führungsschicht bestimmte Präferenzen für oder gegen traditionelle nationalökonomische Schulmeinungen, sondern es ging um pragmatische Lösungen anstehender Aufgaben. Gefordert war von der Wissenschaft Regimeloyalität, aber das stand der erstaunlich differenzierten Weite der nationalökonomischen Auffassungen und der Konkurrenz dieser ökonomischen Sichtweisen offenbar nicht entgegen.⁵⁴ Etliche prominente Ökonomen der Nachkriegsära hatten sich während der Nazi-Zeit als aktive Unterstützer des Regimes betätigt; – ob aus Überzeugung oder »nur« aus Opportunismus bleibe dahin gestellt.⁵⁵

52 Ausführlich hierzu Ralf Ptak: Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft.

53 Vgl.: Dieter Haselbach: Autoritärer Liberalismus und Soziale Marktwirtschaft. Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus. Baden-Baden 1991.

54 Vgl.: Marc Engels: Die »Wirtschaftsgemeinschaft des Westlandes«. – Ralf Ptak: Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. S. 68ff.

55 »Es bleibt festzuhalten, dass Erhard, Müller-Armack und Miksch, die nach 1945 in herausragenden Positionen für die Implementierung der Sozialen Marktwirtschaft sorgten, keine Widerstandskämpfer waren. Vielmehr kooperierten sie als Wissenschaftler bzw. als Publizisten mit dem NS-System, in einigen Bereichen wurde daraus sogar eine aktive Unterstützung der Regierungspolitik«. (Ralf Ptak: Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. S. 89.)

Der Wirtschaftsliberalismus verträgt sich mit völlig unterschiedlichen politischen Systemen und ist keineswegs auf demokratische Verhältnisse (i. S. des allgemeinen gleichen Wahlrechts im Unterschied zum Zensuswahlrecht der »Demokratien« im 19. Jahrhundert) angelegt oder gar angewiesen; eine keineswegs junge Einschätzung, wie anhand des Zitats aus dem »Staats- und Gesellschaftslexikon« von 1863 belegt wurde. Vielmehr ist dem wirtschaftsliberalistischen Freiheitsverständnis vollauf Genüge getan, wenn das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln gesichert und die arbeitende Bevölkerung prinzipiell auf die Funktion von warengleichen Produktionsfaktoren beschränkt wird. Politisch zeigt sich der Wirtschaftsliberalismus als opportunistisch, und rein opportunistisch sind auch alle seine Bekenntnisse zu Demokratie und Rechtsstaat. Es gab weder Skrupel noch systembedingte Hindernisse, das neoliberalistische Konzept in der chilenischen Militärdiktatur zu installieren, noch respektiert der Neoliberalismus prinzipiell humane und völkerrechtliche Grenzen.⁵⁶ Das heißt nicht, dass alle Einzelnen, die neoliberalistische Positionen vertreten, gegenüber Demokratie und Menschenrechten indifferent wären, aber als ökonomische, prokapitalistische Ideologie trifft dieses pauschale Urteil über den Neoliberalismus zu. Gerade seine politische Chamäleon-Natur verhilft ihm zu jener ausgreifenden Akzeptanz bei recht unterschiedlichen politischen Systemen, soweit diese dem Kapitalismus Vorrang geben.

Der *politische* Liberalismus ist hingegen keineswegs derart neutral und opportunistisch gegenüber Staatsformen, sondern kann wohl nur in einer »echten« Demokratie seine humanen Grundwerte realisieren. In diesem Sinn konstatierte Benedetto Croce, der (politische) Liberalismus vertrage sich mit jedem *Wirtschaftssystem*, also auch mit einer Plan- oder Verwaltungswirtschaft, sofern die Freiheit des Geistes, Kritik und Fortschritt gewährleistet wären.⁵⁷ Aus dieser Sicht besteht somit kein Widerspruch zwischen Liberalismus und Sozialismus wohl aber zwischen politischem Liberalismus und dem tendenziell das Manchestermodell restaurierenden Kapitalismus der Gegenwart. Da der Neoliberalismus gerade diese historische Regres-

⁵⁶ Vgl. ausführlich Ulrich Duchrow / Reinhold Bianchi / René Krüger / Vincenzo Petracca: Solidarisch Mensch werden. Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus – Wege zu ihrer Überwindung. Hamburg 2006.

⁵⁷ Vgl.: H. Dräger: Liberalismus. S. 271.

sion ideologisch absichert, kann er als anti-liberal charakterisiert werden. Das ist nicht als semantische Wortspielerei gemeint, sondern soll verdeutlichen, wie groß der Abstand zwischen heutigem Neoliberalismus und der revolutionären Ausgangsversion des Liberalismus ausfällt, dass der Abkömmling seiner Herkunft Schande macht.

II.4 Theoriegeschichte und Hauptmerkmale des Neoliberalismus in Deutschland

Wie bereits bemerkt wurde, stellt der deutsche Neoliberalismus keine Fortsetzung einer liberalistischen Tradition der deutschen Nationalökonomie des 19. und beginnenden 20. Jahrhundert dar, sondern entstand als eine eigenständige Neufassung wirtschaftsliberalistischen Denkens. Die als die »Gründungstexte« geltenden beiden Arbeiten von Walter Eucken und Alexander Rüstow datieren denn auch von 1932, als die Große Depression in Deutschland ihren Höhepunkt erreichte.³⁸ Ergänzend werden aber auch Hans Gestrich, Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke als »Gründerväter« genannt.³⁹ Der gemeinsame Tenor betont die Abkehr von einem selbsterzögerischen Laissez faire, die Kritik an der Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik als interessengeleiteten, punktuellen Interventionismus sowie die Forderung nach staatlichen Regelungen zugunsten der Wettbewerbs-sicherung und der funktionsfähigen Marktkoordination. Gerade in diesem wettbewerbpolitischen Credo, das zweifelsfrei leitend gewesen ist für die Kartellgesetzgebung der Bundesrepublik, besteht ein keineswegs zu bagatellisierender Unterschied zwischen den älteren deutschen Neo- bzw. Ordoliberalen einerseits und den gegenüber Konzentration und Monopolbildung aufgeschlossen bis aktiv begünstigend eingestellten Neoliberalen der Gegenwart. Euckens Warnung vor der politischen Machtergreifung durch wirtschaftliche »Monopole«⁴⁰ fügt sich eher in die kritische Theorie des staatsmonopolisti-

38 Walter Eucken: Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus. In: Weltwirtschaftliches Archiv. Bd. 36. H. 2. 1932. S. 297–321. – Alexander Rüstow: Interessenpolitik oder Staatspolitik. In: Der deutsche Volkswirt. Jg. 7. H. 6. 1932. S. 169–172.

39 Vgl.: Ralf Ptak: Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. S. 24f.

40 Walter Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. 2. Aufl. Tübingen, Zürich 1955.

schen Kapitalismus als in die des Neo-Laisser-faire. Solche Unterschiede sollten nicht übergangen werden. Die deutschen Ordoliberalen sahen den Staat als neutralen Sachwalter der kapitalistischen Wettbewerbsordnung, der sich somit von den zu Kompromissen und wirtschaftspolitischen »Experimenten« (Eucken) drängenden Einflüssen der parlamentarischen Demokratie frei halten müsste. Ptak deutet diese Haltung als eine zunehmende Distanzierung des aufkommenden Neo- bzw. Ordoliberalismus von den demokratischen Prozessen; eine kritische Interpretation des Wirtschaftsliberalismus, die ja bereits schon viel früher zu vernehmen war (vgl. obiges Zitat von Wagner, 1863). Diese Kritik trifft u. E. auf den Ordo-Liberalismus weit weniger zu als auf den alten und den neuen marktradikalen Wirtschaftsliberalismus, d. h. eine stärkere Differenzierung zwischen wirtschaftsliberalen Strömungen ist geboten.

»Gerade in den Anfängen zeigt sich deutlich, dass der sich formierende Ordoliberalismus die Willensbildung in der parlamentarischen Demokratie als Ausdruck unterschiedlicher Interessenlagen und ökonomischer Machtstellungen nicht zu akzeptieren bereit war.«⁴¹ Und: »Die späteren führenden Köpfe der Ordoliberalen standen am Ende der Weimarer Republik auf der Seite derjenigen, die in einer Beschränkung der parlamentarischen Demokratie die unbedingte Voraussetzung zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Krise sahen.«⁴²

Die Große Depression als Anlass für den neoliberalistischen Aufbruch wurde nicht als Krise des Kapitalismus gesehen und analysiert, sondern als Folge verfehlter Wirtschaftspolitik der Weimarer Regierungen und des Fehlens einer der kapitalistischen Marktwirtschaft adäquaten Rahmensetzung; es ging also um eine neue bzw. die »richtige« Ordnung des marktwirtschaftlichen Kapitalismus. Die weitere Ausarbeitung des deutschen Neoliberalismus bzw. des Ordo-Liberalismus in den 1930er Jahren sowie nach Kriegsbeginn lässt, wie Ptak ausführt⁴³, fünf Schwerpunkte erkennen:

1. Aggressive Kritik am »Kollektivismus«, der nicht nur an der Sowjetunion dingfest gemacht wird, sondern auch an den in Westeuropa und in den USA (New Deal) propagierten staatsinterventionisti-

41 Siehe Ralf Ptak: Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. S. 25.

42 Siehe ebenda. S. 25f.; vgl. auch ebenda S. 36ff.

43 Ebenda. S. 28f.

schen und wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen. Insbesondere richtete der Neoliberalismus seinen Angriff gegen Keynes' Theorie und die keynesianische Beschäftigungspolitik. Der Vorwurf lautet(e), es handele sich nur um einen anderen »Weg in die Knechtschaft« (Hayek)⁴⁴. Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, um Bezüge zum neoliberalistischen Anti-Keynesianismus der Gegenwart herzustellen. Der neoliberale Anti-Keynesianismus liefert einen weiteren Beleg für die große Distanz des Neoliberalismus zum politischen Liberalismus, zu dem sich Keynes lebenslang vehement bekannt hatte.

2. Distanzierung zum Laissez faire als Selbsterstörungsmechanismus des Wettbewerbs und Erklärung der Großen Depression als Folge der interventionistischen Maßnahmen der Weimarer Demokratie.
3. Ausarbeitung der marktwirtschaftlichen Ordnungstheorie und Betonung des »Wettbewerbs als (wirtschaftspolitische) Aufgabe« (Miksch).
4. Gesellschaftsphilosophische Erweiterung des neoliberalistischen Wirtschaftskonzepts; dies wurde außerhalb Deutschlands zu einem Hauptanliegen der neoliberalen Ideologiestrategie, wie sie ausgehend von dem im August 1938 in Paris durchgeführten »Colloque Walter Lippmann« und der von dieser Konferenz initiierten, nach Kriegsende gegründeten »Mont Pèlerin Society«⁴⁵ forciert wurde.
5. Entwurf einer als »Dritter Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus (Müller-Armack) propagierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Als weiterer Topos sollte das ahistorische, d. h. geschichtliche Pfadabhängigkeiten leugnende, zumindest bagatellisierende sozialökonomische Weltbild des Neoliberalismus beachtet werden, das zusammen mit der Mathematisierung wesentlich zu der heute vorherrschenden »Enthistorisierung« der Nationalökonomie beigetragen hat.

44 Vgl. auch Keynes' Widerspruch an die Adresse Hayeks zu dessen Planwirtschaftsphobie: John Maynard Keynes: To Professor F. A. Hayek. 28 June 1944. In: John Maynard Keynes: Collected Writings. Bd. 27. London-Basingstoke 1980. S. 385–388.

45 Bernhard Walpen: Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. S. 62ff. passim.

II.5 Verschiedene Versionen der »Sozialen Marktwirtschaft«

Mit Blick auf die anhaltende Popularität der Bezeichnung »Soziale Marktwirtschaft« sei mit Rückgriff auf eine bereits vorliegende Veröffentlichung⁴⁶ hier abschließend auf die Vieldeutigkeit des Begriffs hingewiesen. Wir folgen nachstehend weitgehend wörtlich dem bereits veröffentlichten Text.⁴⁷

Die Bezeichnung »Soziale Marktwirtschaft« entbehrt insofern eines festen, allgemein verstandenen Begriffsinhalts, als unseres Erachtens mindestens drei oder gar vier Versionen nebeneinander bestehen. Das für die breite Öffentlichkeit maßgebliche Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft betrifft die konkrete Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik des Vierteljahrhunderts seit Gründung der zweiten deutschen Demokratie 1949 bis zum Krisenbeginn Mitte der 1970er Jahre. Diese konkrete Soziale Marktwirtschaft könnte als die »historische Version« gegen die anderen abgegrenzt werden. Die zweite Version, die als »Ursprungskonzept« charakterisiert werden kann und im Mittelpunkt der Untersuchung Ptaks steht, ist nicht deckungsgleich mit der »historischen«, weist jedoch wesentliche Überschneidungen mit jener auf – etwa in der Betonung der Wettbewerbsordnung, des Privateigentums an Produktionsmitteln und des Bemühens, Marktmacht zu begrenzen und ihren Missbrauch zu ahnden. Erhebliche Unterschiede bestehen jedoch in den sozialstaatlichen Elementen der historischen Sozialen Marktwirtschaft, ihrem pragmatischen Interventionismus und den Ansätzen einer demokratischen Unternehmensverfassung (Mitbestimmung), die ausnahmslos gegen den heftigen Widerstand der Ordoliberalen realisiert wurden und dem neoliberalen Ursprungstypus krass widersprechen. Sinnvoll erscheint auch eine – von Ptak nicht ausdrücklich vertretene – Differenzierung zwischen der Vorstellung Müller-Armacks und der von Eucken bzw. der Freiburger Schule umrissenen marktwirtschaftlichen Ordnung. In Müller-Armacks anschaulicher Formulierung: Die von ihm präferierte Soziale Marktwirtschaft sei ein »Halbautomat«, d. h. sie erfordere gewisse staatliche

⁴⁶ Vgl.: Karl Georg Zinn: Der machtvolle Minimalstaat der Reichen. Zum »autoritären Liberalismus« in Deutschland. In: Sozialismus. Jg. 33. H 7–8/2006. Nr. 301. S. 53–56.

⁴⁷ Vgl.: Ebenda. S. 54f.

Interventionen ihres sozial befriedigenden Funktionierens halber, wohingegen die »freie« Marktwirtschaft der Freiburger Schule, also des Ordoliberalismus i. S. Euckens, die Marktwirtschaft als »Vollautomaten« begreife, der – mit Ausnahme eng umrissener Staatseingriffe (gemäß der vier Euckenschen »regulierenden Prinzipien«) – weder staatliche Sozialpolitik i. S. des Sozialstaatsgedankens noch gar konjunktur- und beschäftigungspolitischen Interventionismus verträge. Der (Neo)Liberalismus verwirft – hierin in vollem Einklang mit dem »Say-schen Theorem« – alle Konjunktur- und Krisentheorien mit dem Argument, dass die »richtig« konstruierte kapitalistische Marktwirtschaft aus sich selbst heraus keine Ungleichgewichte erzeuge, sondern die Wirtschaftsschwankungen erst durch die staatlichen Interventionen hervorgerufen würden. Im Hinblick auf die Abweichung der historischen Sozialen Marktwirtschaft vom ordnungstheoretischen Ursprungstypus erscheint uns die Gegenüberstellung der beiden Versionen – Müller-Armack versus Eucken – sinnvoll, da eben der ordoliberaler Purismus einer sich selbst steuernden »freien« Marktwirtschaft nicht durchgesetzt wurde, sondern die flexiblere bzw. realistischere Fassung der Wettbewerbsordnung Müller-Armacks mit ihrer größeren Offenheit für staatliche Interventionen Praxisrelevanz gewann. Daher ließ sich auch die spätere Ergänzung der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung durch den »hydraulischen Keynesianismus« des »Stabilitätsgesetzes« (1967) als »Vollendung« der sozialen Marktwirtschaft deklarieren. Diese ordnungspolitische Neuorientierung fand erbitterten Widerspruch im ordoliberalen Lager, das jedoch nach dem Abgang Ludwig Erhards von der politischen Bühne seine prominenteste Leitfigur verloren hatte.

Die angebotspolitische Wende der 1980er Jahre – vorbereitet durch die monetaristische Gegenrevolution zum Keynesianismus, die seit 1973 von der Deutschen Bundesbank durchzusetzen versucht wurde – führte schrittweise zur Revision der historischen Sozialen Marktwirtschaft. Dieser restaurative Prozess wird als Offensive des angelsächsischen Neoliberalismus verstanden, da es sich um einen ideologischen Import aus den USA der Ära Reagan und aus Frau Thatchers Großbritannien handelt. In der Bundesrepublik erfuhr das angebotspolitische Credo jedoch eine besonders militante (deutsche?) Ausprägung, die sich insbesondere in der dogmatischen Ablehnung nachfragepolitischer Konzessionen und eines aggressiven Anti-Keynesianismus äu-

bert. In den angelsächsischen Ländern kam es seit den 1990er Jahren wieder zu einer pragmatischeren Haltung gegenüber nachfragepolitischen Ergänzungen der Angebotspolitik.

Als vierte Version präsentiert sich gegenwärtig die von einer ideologischen Offensive der Metallarbeitgeber ausgehende »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft«⁴⁸, die aber praktisch nichts mehr mit der historischen Sozialen Marktwirtschaft gemeinsam hat und sich die Bezeichnung nur des guten Klangs in der Öffentlichkeit halber bedient⁴⁹. Die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« ist, wie erwähnt, »neu« in Relation zur historischen Sozialen Marktwirtschaft, aber sie weist Verwandtschaft mit der von Ptak analysierten Ursprungsversion auf. Es handelt sich sozusagen um den Rückgriff auf einen sozialökonomischen Ordnungsentwurf und seine Legitimationsideologie, die als Reaktion auf die schwere Akzeptanzkrise von Kapitalismus und Wirtschaftsliberalismus am Ende der Weimarer Republik ausgearbeitet worden waren. Die Affinität von »neuer« und ursprünglicher Version zeigt sich u. a. in der Diskreditierung der Sozialstaatlichkeit, also einem Gebot unseres Grundgesetzes, der schroffen Ablehnung des beschäftigungspolitischen Interventionismus, des universellen Geltungsanspruchs des marktwirtschaftlichen Mechanismus einschließlich der rein marktwirtschaftlichen Verteilungsergebnisse (Arbeitskosten senken!) sowie die Forderung, dass der Staat seinen wirtschaftlichen Einfluss und Aufgabenbereich minimalisiert (Privatisierung), somit Steuer- und Abgabensenkungen als unabdingbar für die erwünschte Wirtschaftsordnung propagiert werden, zugleich aber ein »starker Staat« die kapitalistische Eigentumsordnung und die Wirtschaftsfreiheit gewährleisten soll.

48 Vgl. Albrecht Müller: *Machtwahn. Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet*, München 2006. S. 508ff.

49 Der Name »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« wurde von der Werbeagentur »Scholz & Friends« kreiert, und die INSM wird nach Angaben Müllers jährlich mit 8.8 Millionen Euro von Privatunternehmen finanziert. (Albrecht Müller: *Machtwahn*. S. 509.) Vgl. auch Magnus-Sebastian Kutz / Sabine Nehls: *Angriff der Schleichwerber. Die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« beweist immer wieder ihre perfide Kampagnenfähigkeit*. In: »Frankfurter Rundschau« Nr. 7 vom 9. Januar 2007. S. 7.

Jüngst wurde von Jürgen Leibiger⁵⁰ u. E. zu Recht die undifferenzierte Verwendung des Begriffs »Neoliberalismus« als pauschaler Kampfbegriff moniert, was verhindere, dass die verschiedenen Strömungen des »Marktradikalismus« bzw. der Kapitalismus-Versionen in verschiedenen Ländern und bei verschiedenen Parteien und sozialen Gruppen zureffender als bisher geschehen auf ihre unterschiedlichen politischen und ideologischen Funktionen in den jeweiligen Wirkungssphären – etwa in der Wissenschaft (Neoklassik) oder in den Medien (Neoliberalismus) – eingeschätzt werden.

Das Selektieren und die Ausmünzung (wirtschafts-)wissenschaftlicher Theorien zu ideologischen Deutungs- und Rechtfertigungslehren stellt einen geschichtlichen Prozess dar, in dem Opportunitäten, die wiederum von historischen Gegebenheiten abhängen, entscheidend sind. So war es opportun für die kapitalistische Restauration im westlichen Nachkriegsdeutschland die neoliberalen Vorgaben als Orientierungs- und Propagierungsschema für den vermeintlichen Neubeginn zu *instrumentalisieren*. Sobald ein Konzept aufgrund historischer Veränderungen aus Sicht der herrschenden Schichten inopportun wird, seine bisherige ideologische Funktionstüchtigkeit einbüßt, wird es modifiziert oder gar ausgewechselt. Die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« operiert auf dieser Linie. Nicht die Ideologie macht die kapitalistischen Verhältnisse, sondern diese die (jeweilige) Ideologie. Wenn sich also abzeichnet, dass diese oder jene Spielart des Marktradikalismus (konkret: der gegenwärtige Neoliberalismus) zurücktritt und von einer mehr oder weniger stark modifizierten Version abgelöst wird, so lässt das doch nicht auf ein Schwinden kapitalistischer Produktionsverhältnisse schließen, sondern zeigt nur wieder, dass die ideologische Absicherung den realgeschichtlichen Veränderungen angepasst wird. Der Kapitalismus kann sich gegebenenfalls auch (wieder) mit verwaltungs- bzw. planwirtschaftlichen Strukturen anfreunden, wenn es historisch opportun wird. Es sollte daher auch nicht überraschen, wenn das Instrumentarium aus dem Keyneschen Instrumentenkasten, wie in den angelsächsischen Ländern bereits zu erkennen ist, wieder stärker eingesetzt wird. Das

⁵⁰ Jürgen Leibiger: Krise des Neoliberalismus – Realität oder Wunschtraum. In: Sozialismus. Jg. 33. H. 10 (Oktober)/2006. Nr. 303. S. 17–21; vgl. im vorliegenden Heft S. 53ff.

mag im Hinblick auf Beschäftigung, Wachstum und protektionistische Abschirmung für eine gewisse Zeitspanne durchaus zu einer besseren Lage als der gegenwärtigen führen, aber gerade zum Zweck der Stabilisierung der Produktionsverhältnisse. An der langfristigen, d. h. den historischen Trend charakterisierenden Wachstumsreduktion der kapitalistischen Ökonomien wird das nach unserer Einschätzung nichts ändern. Deshalb bleibt sowohl die Keynesische Stagnationstheorie, die bis heute noch nicht breit rezipiert wird, gültig, als auch die Frage offen, ob der Kapitalismus ohne Wachstum an sein Ende gelangt⁵¹ – nicht im Sinn eines »automatischen« Zusammenbruchs mangels Wachstums, sondern infolge der politischen Reaktionen auf die mit der Wachstumsschwäche unter kapitalistischen Verhältnissen verbundenen Krisenerscheinungen – dabei insbesondere die wachsende gesellschaftliche Verelendung.

51 Karl Georg Zinn: Mit Keynes zu einer »anderen Wirtschaft«. Zur Langfristsperspektive keynesianischer Ökonomie, erscheint demnächst als Sammelband-Beitrag.

JÜRGEN LEIBIGER

Krise des Neoliberalismus - Realität oder Wunschtraum?¹

»We're all Keynesians now« verkündete US-Präsident Richard Nixon 1972; da war die Keynesische Revolution fünfunddreißig Jahre alt. Heute – 2006 – ist die monetaristisch-marktradikale Gegenrevolution auch etwa so alt; ein Ende ist jedoch trotz wachsender Gegenwehr schwer abzusehen.

Die Situation zu Beginn der siebziger Jahre war eigentlich paradox. Der Perspektivenwechsel findet zu einem Zeitpunkt statt, da das Schicksal der neoklassischen Theorie durch die theoretischen Attacken einer Joan Robinson oder eines Piero Sraffa im Rahmen der Cambridge-Kontroverse zwischen dem englischen (Keynesianer) und dem US-amerikanischen Cambridge (Neoklassiker) besiegelt schien. »Es scheint« – konstatiert Robinson 1971 – »dass die Kontroverse vorbei ist ... die Grenzproduktivität des Kapitals hat sich insgesamt als ein bedeutungsloser Ausdruck erwiesen.«² Und ihr namhaftester Kontrahent, Nobelpreisträger Paul A. Samuelson, gesteht ein, dass es »keinerlei Meinungsverschiedenheiten darüber gebe, dass dieses Paradigma ... nicht allgemeingültig ist.«³ Die Neoklassik schien erledigt.

Tatsächlich jedoch lebt genau dieses Paradigma in den Lehrbüchern unangefochten weiter. »Natürlich« – so Robinson in ihrem berühmten Vortrag vor der American Economic Association 1972 rückblickend auf die Jahrzehnte zuvor – »gab es Fußnoten mit vorsichtigen Vorbehalten. In der Tat war in den höheren Sphären der Profession etwas von der Atmosphäre der Auguren, welche ihre Nasen hinter dem Altar zusammensteckten. Unter sich gestanden sie zu, dass es so

1 Der Beitrag wurde vorab in »Sozialismus« Heft 10/2006 veröffentlicht.

2 Joan Robinson: The Measure of Capital. In: The End of the Controversy. In: Economic Journal. vol. 81 (1971) 325. S. 602.

3 Paul A. Samuelson: Interest rate determinations and oversimplifying parables: a summing up. In: M. Brown / K. Sato / P. Zarembka (ed.): Essays in Modern Capital Theory. Amsterdam 1976. S. 17.

nicht wirklich war. Aber ihre Schüler nahmen alles wörtlich.«⁴ Und so ist die Neoklassik nicht nur nach wie vor die Basis der Mikroökonomik, vielmehr liefert sie das dominierende Interpretationsmuster von immer mehr Sphären des gesellschaftlichen und sogar des privaten Lebens. Gary S. Becker erhielt 1992 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften »for having extended the domain of microeconomic analysis to a wide range of human behavior and interaction, including nonmarket behavior«⁵. Mehr noch: Daneben entwickelten sich neue Schulen und Theorien zum Mainstream der Volkswirtschaftslehre, die aus derselben grundlegenden Ideologie des Marktradikalismus gespeist werden und der Neoliberalismus mit all seinen Varianten kam nach einem langen Marsch durch die Institutionen zur allgemeinen Dominanz. Die achtziger und neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts sahen einen rasanten Umschwung des Klimas zugunsten des Neoliberalismus.⁶

Inzwischen hat es wiederum Stimmen gegeben, die den »Tod des Neoliberalismus«, seinen »Niedergang«, seine »Krise« oder sein »Scheitern« verkünden.⁷ Joachim Bischoff sah vor einigen Jahren bereits einen Übergang der Sozialdemokratie vom »neoliberalen« zum »human capitalism« und eine Abwahl der Deregulierungspolitik.⁸ »Neu-Keynesianismus – Der neue wirtschaftspolitische Mainstream?« titelt eine Publikation des gewerkschaftsnahen Forschungsnetzwerkes Mak-

4 J. Robinson: The Second Crisis of Economic Theory. In: American Economic Review. P.a.P vol LXII (1972) 2. S. 9.

5 <http://nobelprize.org/economics/laureates/1992/index.html>. Friedrich Engels hat diese Tendenz schon zu seiner Zeit beobachtet: »... alle Verhältnisse werden in Handelsausdrücken dargestellt, Nachfrage und Zufuhr, Begehrt und Angebot, supply and demand, das sind die Formeln, nach denen die(se) Logik ... das ganze menschliche Leben beurteilt. Daher die freie Konkurrenz in jeder Beziehung, daher das Regime des laissez-faire und laissez-aller in der Verwaltung, in der Medizin, in der Erziehung und bald wohl auch in der Religion.« (Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klassen in England. In: Karl Marx / Friedrich Engels: Werke. Bd. 2. Berlin 1970. S. 487f.)

6 Vgl. den geschichtlichen Überblick im Anhang.

7 Eric Hobsbawm: Der Tod des Neoliberalismus. In: Supplement zur Zeitschrift Sozialismus. Nr. 1/1999.

8 Joachim Bischoff: Neoliberales Zeitalter? Abend- oder Morgendämmerung des Laissez-faire-Kapitalismus? In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus. Nr. 3/2000, S. 17f.

roökonomik und meint – beispielsweise in Bush's USA – eine gewisse Rückkehr des Geistes von John Maynard Keynes zu erkennen.⁹ Vor zwei Jahren veranstaltete das Münchner ifo-Institut gemeinsam mit der Venice International University eine Konferenz zum Thema: »The Revival of Aggregate Demand Policies – Back to Keynes?«¹⁰ Wir registrieren gewisse Modifizierungen der Politik von IWF und Weltbank hin zu einem Post-Washington-Consensus und verfolgen gespannt die Abwendung einiger südamerikanischer Länder von neoliberal geprägten wirtschaftspolitischen Empfehlungen. Ist also der Neoliberalismus am Ende oder zumindest in einer Legitimationskrise?

Spielarten des Marktradikalismus

Worüber reden wir überhaupt, wenn wir Neoliberalismus sagen? Sobald ein Begriff in den Sprachgebrauch des Alltags eindringt, erfolgt seine Verwässerung. So ist es auch hier. Geprägt von Friedrich A. Hayek in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts sollte er der Erneuerung des bürgerlichen Bewusstseins in einer Zeit dienen, da im Gefolge der schweren Erschütterungen des Kapitalismus die alten liberalen Überzeugungen und politischen Konzepte in eine Krise geraten waren. Den von Keynes empfohlenen Weg des Systemerhalts hielten diese Theoretiker wenn nicht für gefährlich, gar sozialistisch, so doch zumindest für untauglich. Fortan wurde der Begriff des Neoliberalismus im wissenschaftlichen Sprachgebrauch mit der sozialdarwinistisch geprägten Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie Hayeks bzw. in Deutschland mit dem ORDO-Liberalismus der Freiburger Schule verbunden.

Heute wird der Begriff für nahezu alle Theorien und politischen Strömungen verwendet, die von der Priorität der Wirtschaftsregulierung über den Markt auf der Grundlage privater Interessen ausgeht. Im Sprachgebrauch vieler Linker wird er oft genug noch weiter vergrößert und synonym mit »unsozial« verwendet. Dies kann soweit gehen, dass jeder, der z. B. nicht kompromisslos kommunales oder staat-

9 Eckhard Hein / Arne Heise / Achim Truger (Hrsg.): Neu-Keynesianismus. Marburg 2005. S. 12.

10 Venice Summer Institute 2004: www.cesifo-group.de

liches Eigentums verteidigt oder der in der Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen die Frage nach Leistungsanreizen stellt, in einen Topf mit dem Neoliberalismus geworfen wird.¹¹

Hier ist nicht beabsichtigt, gegen die Windmühlenflügel des massenmedial geprägten Sprachgebrauchs zu kämpfen. Aber eine solche Vergrößerung verwischt die Differenzierung zwischen verschiedenen theoretischen Strömungen und politischen Spielarten und die Möglichkeiten einer realistischen Einschätzung ihrer Perspektiven. Deshalb wäre der Begriff Marktradikalismus besser als Oberbegriff dieser Gesamtströmung in Theorie und Politik geeignet, weil der Neoliberalismus aus theoriegeschichtlicher Sicht nur eine spezifische Variante der apologetischen Verabsolutierung des freien Marktes, der Konkurrenz und des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist. Weitere Spielarten, teilweise auch Synonyme sind die Neoklassik, Neoklassische Synthese, Neue klassische Makroökonomie, Monetarismus, Chicago school, Schule der rationalen Erwartung, angebotsorientierte Theorie. Außerdem existieren Richtungen, die sich über bestimmte spezifische Gegenstände der Wirtschaftstheorie definieren, die aber besonders stark von marktradikalen Prämissen geprägt sind, wie die Evolutorische Ökonomik oder die Neue Institutionenökonomik.

Die Entwicklung dieser Vielfalt ergibt sich aus der Existenz bestimmter Schulen, national und historisch geprägter Einfärbungen und sie hängt auch mit unterschiedlichen Gegenständen und methodologischen Grundzügen zusammen. Diese Vielfalt, die Versuche von Synthesen mit dem Keynesianismus und die theoretischen Kontroversen innerhalb der marktradikalen Strömungen darf bei der Analyse der ideologischen und theoretischen Grundlagen des gegenwärtigen hegemonialen Blocks nicht ignoriert werden.

Innerhalb der Gesamtströmung des Marktradikalismus lassen sich als die zwei wichtigsten grundsätzlichen Paradigmen die Neoklassik und der Neoliberalismus ausmachen. Sie weisen Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede auf.

¹¹ So wurden z. B. jene Dresdner PDS-Stadträte, die für eine Privatisierung der Wohnungsgesellschaft argumentierten und votierten, mit dem Vorwurf des Neoliberalismus einem Parteiausschlussverfahren unterworfen.

Die Neoklassik

Die Neoklassik knüpfte an den klassischen Liberalismus und J. B. Says Produktionsfaktorentheorie und Marktträumungstheorem an und stellte diese auf eine neue Grundlage: der Ersatz der Wertlehre durch eine reine Preistheorie, die These von der Entlohnung der Produktionsfaktoren entsprechend ihrer Grenzproduktivität und die Unterstellung der Möglichkeit eines dauerhaften allgemeinen Gleichgewichts auf Güter- und Faktormärkten bei vollkommener Konkurrenz.

In diesem Rahmen bewegt sich die Mikroökonomik im Wesentlichen bis heute und beherrscht nahezu unangefochten die akademische Ausbildung. Die Neoklassik spiegelt bestimmte Phänomene auf Güter- und Faktormärkten in Übereinstimmung mit den Erfahrungen der Marktteilnehmer wider und erklärt sie plausibel. Dies gilt insbesondere für die Ableitung von Preisbewegungen aus Angebot und Nachfrage im Rahmen der ökonomischen Partialanalyse. Damit vermag sie natürlich auch rational begründete und erfolgreiche Handlungsanweisungen abzuleiten.

In gewisser Weise kann die Neoklassik als Widerspiegelung von empirisch geprägten Alltagserfahrungen, also der Erscheinungsformen des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses betrachtet werden. Marx hat vom »Schein der Konkurrenz« gesprochen, der zwar objektiv, gelegentlich aber verkehrt ist, dem jedoch die Agenten der Produktion um so lieber aufsitzen, je mehr sich ihre Interessen mit ihm decken. Dies betrifft insbesondere die sogenannte trinitarische Formel, die ihre moderne mathematische Ausprägung in der verteilungstheoretischen Interpretation der substitutionalen Produktionsfunktion findet, aber auch den Marktprozess insgesamt, was im »Kapital« ironisch wie folgt kommentiert wird: »Die Sphäre der Zirkulation oder des Warenaustauschs, ... war in der Tat ein wahres Eden der angebotenen Menschenrechte«, schreibt Marx. »Was hier allein herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham. Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware... sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen ... Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent. Eigentum! Denn jeder verfügt nur über das seine. Bentham! Denn jedem von den beiden ist es nur um sich zu tun. Die einzige Macht, die sie zusammen und in ein

Verhältnis bringt, ist die ihres Eigennutzes ... Und eben weil so jeder nur für sich und keiner für den andern kehrt, vollbringen alle, infolge einer prästabilierten Harmonie der Dinge oder unter den Auspizien einer allpffigen Vorsehung, nur das Werk ihres wechselseitigen Vorteils, des Gemeinnutzens, des Gesamtinteresses.«¹²

Auf der Ebene der Makroökonomik gelang dies mit der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie (AGT) zwar nicht im selben Maß, weil die formale Brillanz dieser Theorie nicht zu verbergen vermochte, dass sie auf einer langen Liste wirklichkeitsfremder Prämissen beruhte und mit praktischen Fragen scheinbar wenig zu tun hatte. Trotzdem blieb auch sie im Arsenal des Marktradikalismus (und erhielt mit Kenneth Arrow und Georg Debreu die Weihen des Nobelpreises), weil sie normativ interpretiert werden kann. Die wirtschaftspolitische Aufgabe besteht dann darin, die Bedingungen herzustellen, unter denen diese Prämissen gelten: vollkommenes Privateigentum, vollständige Konkurrenz, Bereitstellung von Informationen usw. Sind diese Bedingungen hergestellt, dann würden, wie die AGT beweise, die Marktgesetze bestens wirken. Funktioniert es praktisch nicht mit dem Gleichgewicht, z. B. mit der Vollbeschäftigung auf dem Arbeitsmarkt, dann muss eben der Wettbewerb auf diesem Markt und die Flexibilität des Faktors Arbeit und der Löhne noch verstärkt werden.

Die normative Interpretation ermöglicht eine weitgehende Immunisierung gegen theoretische Kritik – zumindest wenn diese aus der dominierenden positivistischen Sicht geübt wird –, weil eine Falsifikation unmöglich wird. Für die Erklärung von nicht zu leugnenden Marktstörungen ist die Real Business Cycle Theory zuständig, die solche Störungen auf externe Schocks oder die Wirtschaftspolitik zurückführt. Für spezielle wirtschaftspolitische Fragen, die der Keynesianismus aufgeworfen hatte, und die im Rahmen der traditionellen Neoklassik nicht beantwortet werden konnten, hat sich die Chicago School herausgebildet und fest etabliert.

Ein wichtiger Grund für das Beharrungsvermögen der Neoklassik gegenüber keynesianisch inspirierten Kritiken liegt in der Art dieser Kritik selbst. Die keynesianische Kritik blieb auf halbem Wege stehen, weil es nicht gelang, eine überzeugende alternative Kapital- und Ver-

¹² Karl Marx: Das Kapital. Bd. 1. In: Karl Marx / Friedrich Engels: Werke. Bd. 25. Berlin 1975. S. 189.

teilungstheorie zu entwickeln. Am Ende der Cambridge-Kontroverse, bei der es um diese Frage ging, konstatierte Joan Robinson bekümmert, »kurz gesagt, ... wir verfügen über keine Distributionstheorie«¹⁵. Und letztlich wollten auch Keynes und viele seiner Schüler den Glauben an Funktionstüchtigkeit des Marktes nicht aufgeben.¹⁴ Dem Keynesianismus wird Gültigkeit in der kurzen und der Neoklassik in der langen Frist zugebilligt, eine Prämisse, die zur neoklassischen Synthese und ihrer modifizierten Fortführung im Rahmen der Neuen Keynesianischen Makroökonomik führte. Auf der bereits erwähnten Konferenz »Back to Keynes?« wird bezüglich der Neuen Keynesianischen Makroökonomie (NKM) konstatiert, sie »build a bridge between neoclassical and Keynesian frameworks in which economic activity is demand determined. But, it seems that one could have, with equal justification, characterized the body of research under the NKM heading as a »new neoclassical synthesis.«¹⁵. Dies deckt sich mit der von Paul Davidson, dem bekannten US-amerikanischen Post-Keynesianer¹⁶ neulich in einem Interview geäußerten Meinung, dass jene Leute, »who were called New Keynesians – took over the old neoclassical Keynesianism.« Sie argumentierten auf Basis der »Arrow-Debreu theory«. Zu Gregory Mankiw, dem Star der Neuen Keynesianischen Makroökonomik, bemerkt er: »He calls himself a Keynesian, but I have no idea why.«¹⁷

Der Neoliberalismus

Während die neoklassische Theorie von einem rational denkenden, nutzen- bzw. profitmaximierenden ökonomischen Subjekt, dem homo oeconomicus, ausgeht und sich in der Lage sieht, die sich daraus ergebenden Prozesse zu erkennen, mathematisch abzubilden und vor-

13 Joan Robinson: *The Second Crisis of Economic Theory*. S. 9.

14 John M. Keynes: *The General Theory of Employment, Interest and Money*. London 1964 (1936). S. 378f.

15 Alex Cukierman: *Keynesian Economics, Monetary Policy and the Business Cycle – New and Old*. Venice Summer Institute 2004. S. 6.

16 Der Post-Keynesianismus, der eine Integration neoklassischer Prämissen ablehnt, ist von der NKM zu unterscheiden.

17 Interview with Paul Davidson. In: *Intervention*. Zeitschrift für Ökonomie. Marburg, Jg. 3. Heft 1/2006. S. 8.

herzusagen, wird dieses Herangehen vom Hayekschen Neoliberalismus strikt abgelehnt.

Erinnern wir uns: Der Keynesianismus und die ihm verwandten Denkströmungen entstanden aus der Tatsache heraus, dass der Kapitalismus der freien Konkurrenz der Vergangenheit angehörte, monopolistische Konkurrenzformen dominierten und der Staat zu einem immer mächtigeren Wirtschaftsfaktor geworden war. Die Weltwirtschaftskrise 1929–1933 zeigte augenscheinlich und schmerzhaft, dass etwas Fundamentales vor sich gegangen sein musste. Zeitgleich entwickelte sich mit der Sowjetunion und später mit dem sozialistischen Weltsystem eine historische Alternative zum Kapitalismus. Der Keynesianismus und die Theorie eines regulierten Kapitalismus waren nicht die einzigen Reaktionsformen auf die neuen Bedingungen. Es gab nicht nur eine Diskussion über die Folgen einer solchen Politik, sondern auch, z. B. im Rahmen der Debatte zur Wirtschaftsrechnung in jenen Jahren, über die praktische Möglichkeit der ökonomischen Voraussicht, einer Planung oder Regulierung der Wirtschaft überhaupt. Aus Sicht der konservativen Ökonomen richtete sich diese Debatte nicht nur gegen den Marxismus und Sozialismus, sondern auch gegen staatliche Regulierung im Kapitalismus.

F. A. Hayek lehnte in seiner epochemachenden Arbeit »The Road to Serfdom« von 1944 einen solchen Weg nicht nur deshalb ab, weil seiner Meinung nach Planung und Lenkung der Wirtschaft zu Diktatur und Knechtschaft führen, sondern weil eine rationale Grundlage des individuellen Handelns nicht – wie Neoklassik und Keynesianismus meinten – wissenschaftlich erkenn- und vorhersehbar sei. Immerhin wollte Leon Walras, der Begründer der allgemeinen Gleichgewichtstheorie, auch zeigen, dass Preise mathematisch zu berechnen, also auch gesellschaftlich planbar sind und entwickelte daraus eine Theorie des Marktsozialismus, ein Aspekt seines Werkes, der nahezu in Vergessenheit geraten ist. In Deutschland erhielt diese Diskussion eine spezifisch zusätzliche Nahrung dadurch, dass der Faschismus als eine Variante dieses Weges einer staatlich regulierten Wirtschaft erschien und in der Tat katastrophale Folgen zeitigte. Keynes selbst hatte 1936 im Vorwort zur deutschen Ausgabe seines Hauptwerkes darauf hingewiesen, dass seine Theorie viel besser zu den »Verhältnissen eines totalen Staates« wie Deutschland passe, als zu den Bedingungen des

freien Wettbewerbs.¹⁸ Dass sich dann später, etwa ab den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als sich eine Stagnation der sozialistischen Planwirtschaften abzeichnete, der Neoliberalismus Aufwind bekam, der sich mit dem Zusammenbruch des Sozialismus in Triumph verwandelte, kann nicht verwundern.

Der Neoliberalismus Hayekscher Prägung ist die radikalste Form der Verteidigung des Marktes und der Systemgrundlagen des Kapitalismus. Er wird ergänzt durch spezifische, keineswegs alle Varianten der evolutorischen Ökonomik, des Neo-Institutionalismus und andere Richtungen, z. B. die Theorie der Contestable Markets.

Der heutige Neoliberalismus negiert auch die Ordnungspolitik einer »sozialen Marktwirtschaft«. Für ihn ist die Ordnung selbst ein Resultat des Wettbewerbs sowie von Such- und Ausleseprozessen. Die Begriffe des Wettbewerbsstaats und des föderalen Wettbewerbs sind Ausdruck dieser Herangehensweise. Hinsichtlich der Triebkräfte des Wachstums betont Hayek, dass nicht die Wissenschaft ursächlich für den technischen Fortschritt sei – sie sei nur ein Instrument –, sondern der Wettbewerb selbst ist das Entdeckungsverfahren.¹⁹ Stabilität und Gleichgewicht der Wirtschaft sowie Vollbeschäftigung werden als Ziele der Wirtschaftspolitik zugunsten der Dynamik des Wettbewerbs und der »schöpferischen Zerstörung« fallen gelassen. Im Gegensatz zur Neoklassik und zum deutschen ORDO-Liberalismus kann damit auch die monopolistische Wettbewerbsform verteidigt werden. Ein Monopol halte seine Stellung nur, »indem sie den Konsumenten jenen Nutzen anbieten, welcher sonst die Konkurrenz erbringen würde«. Deshalb sei diese Marktform, die sich in der Konkurrenz herausgebildet habe, eine »Wohltat« und jedes Bemühen zu ihrer Veränderung unsozial.²⁰ Und Georg Gilder, der in den USA eine nicht unerheblich Rolle bei der Durchsetzung der Supply side economics unter Präsident Reagan zu Beginn der 1980er Jahre gespielt hatte, sekundierte: »Nicht irgend eine unsichtbare Hand lenkt die kapitalistische Kreati-

18 John M. Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung des Zinses und des Geldes. München und Leipzig 1936. S. VIII f.

19 Friedrich A. Hayek: Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. Kieler Vorträge. N. F. 56. Kiel 1968.

20 W. Baumol: Contestable Markets: Un Uprising in the Theory of Industrial Structure. In: AER. März 1982. S. 14.

vität, sondern die sichtbare, zupackende Hand des Managers und Unternehmers.«²¹

Aus der Sicht dieser Theorien krankt die Neoklassik unter anderem daran, dass die Rationalität und Kausalität der klassischen Mechanik und ihr physikalisches Gleichgewichtskalkül auf die Ökonomie übertragen wird. Eine Kritik, die völlig berechtigt ist und die sie übrigens mit der im Entstehen begriffenen Bewegung einer »nicht-autistischen Ökonomie« teilt. Die Ökonomie sei eine komplexe Lebenswelt, die eher biologistisch als mechanistisch erklärt werden müsse. »Die Individualität und Einzigartigkeit der Elemente dieses Systems, die Historizität der in ihnen gespeicherten Information und die in ihrer Interaktion ständig generierte neue Variation sorgen für eine Komplexität und Zukunftsoffenheit, die mit solcher Vorstellung von Determiniertheit und Voraussagbarkeit unvereinbar ist.«²² Damit holt die bürgerliche Ökonomie die Probleme der Komplexität, der Widersprüche, der Unsicherheit und der Historizität in den Gegenstand ihrer Wirtschaftswissenschaft wieder hinein. Dies ist ein Schritt, der auch methodologisch über die Neoklassik und das weitere Verfeinern des Sayschen Dogmas durchaus hinaus geht und neue wissenschaftliche Perspektiven eröffnet, auch wenn ihre spezifische Ausprägung als eines erneuerten Sozialdarwinismus wissenschaftlich fragwürdig ist. Richard Nelson übrigens, einer der Begründer der jüngeren evolutorischen Ökonomik, distanzierte sich erst jüngst vorsichtig von dieser biologischen Interpretation seines Ansatzes.²³

Neoklassik und Neoliberalismus bilden also bei allen Unterschieden und sogar Gegensätzen zwei sich ergänzende Paradigmen. Während der Neoliberalismus gesellschaftspolitische und institutionelle Grundlagen der Evolution des Kapitalismus erklären und vorgeben will, ist die Neoklassik eher auf konkrete wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftspolitische Fragen konzentriert.

Gibt es nun irgendwelche Anzeichen, dass dieses im akademischen Bereich dominierende Wissenschaftsprogramm der Neoklassik und des Neoliberalismus zur Verteidigung und zum Ausbau der privat be-

21 Georg Gilder: Reichtum und Armut. Berlin 1981. S. 55.

22 Viktor J. Vanberg: Der Markt als kreativer Prozess: Die Ökonomie ist keine zweite Physik. Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik 05/12. S. 15f.

23 Richard Nelson: Evolutionary Social Science and Universal Darwinism. CCS Working Paper No. 5. September 2005.

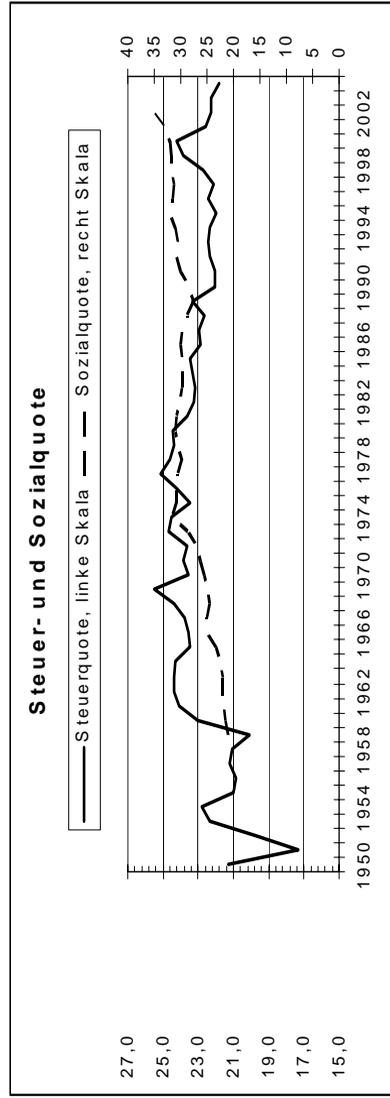
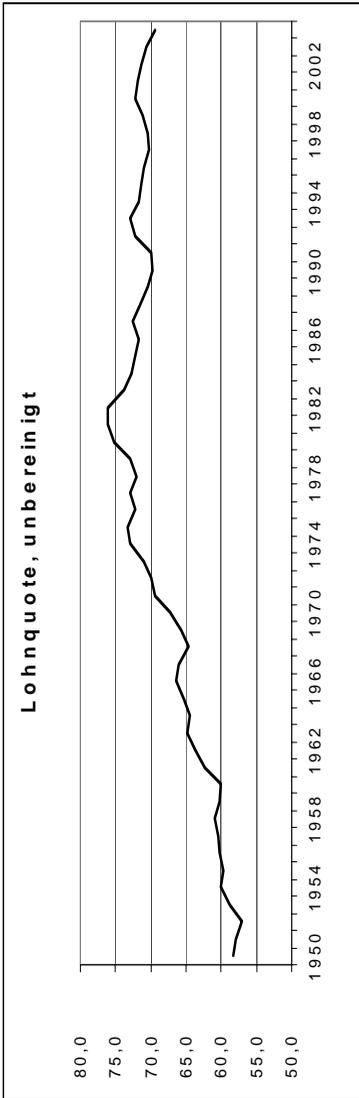
herrschten Marktregulierung relativiert oder zurückgenommen wird und an Vitalität verliert? Überhaupt nicht! Die Tatsache, dass Keynes nicht mehr überall als toter Hund betrachtet wird und sich eine Neue Keynesianische Makroökonomie etabliert, ändert daran gar nichts, zumal letztere, wie erwähnt, eher eine neoklassische denn eine keynesianische Synthese darstellt. Dies gilt nicht nur für Deutschland, wo in dieser Hinsicht besonders dogmatisch verfahren wird, sondern auch für den anglo-amerikanischen Sprachraum, wo eher die Syntheseversuche dominieren.

Krise der marktradikalen Wirtschaftspolitik?

Eine Theorie oder ihre Widerlegung kann noch so scharfsinnig oder wahr sein. Wenn sie nicht auf einen gesellschaftlichen Resonanzboden fällt, bestimmte Interessen bedient und eine mediale Verstärkung erfährt, bleibt sie ungehört. Das gilt auch in umgekehrter Richtung, wie der paradoxe Ausgang der Cambridge-Kontroverse zeigte. Soll also die Frage der Perspektive des neoliberalen Wissenschafts- und Politikprogramms erörtert werden, stellt sich die Frage nach diesen Interessen und ihrer Hegemoniefähigkeit.

Der paradigmatische Umschwung vor dreißig Jahren wurde bekanntlich vor allem durch den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems ausgelöst, der zunächst die Zentralbanken zwang, über eine neue Strategie zur Sicherung der nationalen Währungen nachzudenken und erklärter Maßen zur Umsetzung der Theorie Milton Friedmans führte.²⁴ Hinzu kam, dass im Nachkriegszeitraum Lohnquote, Steuerquote und Sozialquote beständig gestiegen waren und ein beachtliches Niveau erreicht hatten.

²⁴ Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Die deutsche Bundesbank. Aufgabenfelder, Rechtlicher Rahmen, Geschichte. Frankfurt a.M. 2006. S. 28.



Quelle: Eigene Darstellung nach: BMGS (Hsrg.): Statistisches Taschenbuch 2005 (EXCEL-Version)

Michal Kalecki hatte schon in den vierziger Jahren darauf verwiesen, dass eine wachsende, Staatsquote vom Kapital nicht beliebig toleriert würde, selbst wenn sie expansiv wirkt. »In dieser Situation wird sich wahrscheinlich eine mächtige Phalanx aus den Interessen des Big Business und der Rentiers formieren, und es wird sich vermutlich mehr als ein Nationalökonom finden, der verkündet, dass die Situation sichtlich ungesund ist. Der Druck dieser Kräfte, insbesondere der des »Big Business« würde die Regierung höchstwahrscheinlich dazu bringen, dass sie zu einer orthodoxen Politik zurückkehrt und das Budgetdefizit zurückschraubt.«²⁵ Zwar war das Defizit damals noch gar nicht das Problem, aber die Dimension der aus Sicht des Kapitals falschen Verteilung und Umverteilung war schon beachtlich.²⁶ Die Fortsetzung des Trends hätte Verwertungseinbußen zur Folge gehabt. Aus Sicht des jeweils nationalen, aber weltmarktorientierten Kapitals musste dieser Trend auch deshalb gebrochen werden, weil für ihre globale Expansion nicht die private und öffentliche finanzierte Binnennachfrage, sondern die Nachfrage auf den Weltmärkten immer entscheidender wurde.

Es ging jedoch nicht nur um das Zurückdrehen dieser Relationen. So konservativ der Strategiewechsel auch sein mag, er kann nicht einfach als rückwärtsgewandt eingeordnet werden. Viel eher handelt es sich um eine Vorwärtsverteidigung, um den Versuch einer konservativen, vom Erhalt der Priorität der Profitinteressen ausgehenden Gestaltung des Fortschritts der produktiven Kräfte und der gesamten Betriebs- und Produktionsweise des Post-Fordismus. Es geht um einen Fortschritt, der, um einmal Marx' altmodisch-drastische Formu-

25 Michal Kalecki: Politische Aspekte der Vollbeschäftigung (1945). In: Michal Kalecki: Krise und Prosperität im Kapitalismus. Ausgewählte Essays 1935–1971. Marburg 1987. S. 241.

26 Das Problem ist eigentlich so alt wie der Kapitalismus. Schon Friedrich Engels beobachtete: »Die freie Konkurrenz will keine Beschränkung, keine Staatsaufsicht, der ganze Staat ist ihr zur Last, sie wäre am vollkommensten in einem ganz staatlosen Zustande. Da das Kapital aber den Staat, schon um das ihr ebenso nötige Proletariat im Zaum zu halten, nicht entbehren kann, so wendet sie ihn gegen dies und sucht ihn sich soweit wie möglich entfernt zu halten.« (Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klassen in England. S. 488.)

lierung über die Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien zu gebrauchen, »den Nektar aus den Schädeln Erschlagener trinkt.«²⁷

Mit dem Abschluss der Rekonstruktionsperiode nach dem II. Weltkrieg wurden nicht nur die dafür erforderlichen Strukturen und Regulationsmechanismen teilweise obsolet, vielmehr wurde in enger Verzahnung mit der Globalisierungsstrategie ein radikaler Umbruch des Produktivkraftsystems vorangetrieben, der sich über verschärfte Konkurrenz und Kapitalzerstörung durchsetzte und dem damit auch stagnative Momente innewohnten. Zugleich hatten sich ökonomisch potente und international agierende Konzerne und Wirtschaftskomplexe herausgebildet, die selbst schon Staat im Staate wurden und nach hegemonialen Positionen drängten. Sollte unter diesen Bedingungen der Umbau und Strukturwandel staatlich gesteuert werden, etwa mittels Industriepolitik und Investitionslenkung und womöglich bei demokratischer Mitbestimmung oder sollte dieser Prozess nicht besser den »Marktkräften«, faktisch also dem Entscheidungskalkül jener Konzernvorstände überlassen werden? Die Antwort kann aus Sicht des Kapitals, vor allem des hegemonialen Großkapitals gar nicht anders als in Richtung einer Ablehnung staatlicher Regulierung gehen, zumindest sofern es diese nicht zweifelsfrei zu dominieren vermag. Nur so lässt sich der Umbau- und Expansionsbedarf des Kapitals und die dabei zur Profitmaximierung erforderliche Flexibilität und Entscheidungsfreiheit bei der »inneren Landnahme« und der Erschließung neuer Felder der Verwertung in globalen Dimensionen sichern. Alle Regularien, die diese Entscheidungsfreiheit behindern, seien sie staatlicher, nationaler, internationaler oder gewerkschaftlicher Natur, erscheinen vom Standpunkt der Interessen dieser Wirtschaftskreise als hinderlich, wenn sie nicht auf ein diesen Interessen gemäßes Format gebracht werden können.

Bei der Erörterung dieser Frage der Hegemonie kann auch nicht übergangen werden, dass die Erfahrung der Stagnation der sozialistischen Planwirtschaften seit den siebziger Jahren und ihr Zusammenbruch nach 1989/1990 das allgemeine Bewusstsein und die Ausformung von Gesellschaftskonzeptionen tiefgreifend beeinflusst hat. Bereits in den siebziger Jahren zeichnete sich ja auch eine Abkehr der Länder der damaligen Dritten Welt von planwirtschaftlichen Überle-

²⁷ Karl Marx: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien. In: Karl Marx / Friedrich Engels: Werke. Bd. 9. Berlin 1972. S. 26.

gungen ab und in vielen sozialistischen Ländern wurde ernsthaft ein Mehr an marktwirtschaftlichen Elementen erwogen und in dieser Richtung sogar experimentiert. China begann ab 1978 mit ersten marktwirtschaftlichen Reformen in der Landwirtschaft und erlebte eine beispiellose Phase des wirtschaftlichen Wachstums.

Im Großen und Ganzen ist diese Grundsituation bis auf den heutigen Tag gegeben. Aus dem Blickwinkel jener Interessen war der konzeptionelle Schwenk eine Erfolgsstory. Die Lohnquote konnte gesenkt werden, der Ausbau des Sozialstaats wurde gestoppt, zuletzt sogar zurückgedreht, die Kosten der Arbeitslosigkeit sind erfolgreich sozialisiert, die Gewerkschaften geschwächt und die Belohnung in Form boomender Exporte und des Aufstiegs einiger Großkonzerne in die Riege der Global Player ist unübersehbar. Bei allem rhetorischen Bedauern um niedriges Wachstum und die hohe Arbeitslosigkeit sind diese für das Kapital ja solange kein Problem, wie die damit verbundenen Kosten sozialisiert sind und sich daraus keine bedrohliche soziale Gegenbewegung ergibt. Und die Verwertung des Kapitals stimmt; Profitrate, Share-holder-value und Aktienkurse zeigen seit den achtziger Jahren wieder deutlich nach oben. Peter Bofingers Gesamteinschätzung, »Wir sind besser als wir glauben!«²⁸, die von Linken und Gewerkschaftern gerne als Beweis gegen die propagandistisch motivierte und interessengeleitete negative Bewertung des Wirtschaftsstandorts Deutschland ins Feld geführt wird, sollte in diesem Zusammenhang durchaus in ihrer ganzen Bedeutung erfasst werden.

Deutscher Aktienindex DAX

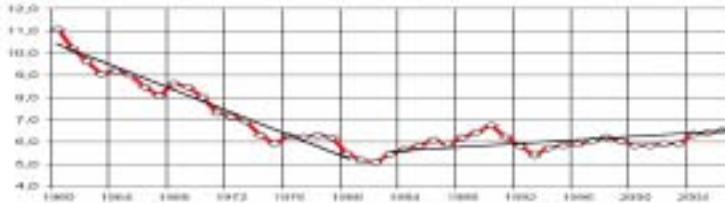
Quelle: www.handelsblatt.com vom 21.08.2006



28 Peter Bofinger: Wir sind besser als wir glauben. München 2004.

Profitrate in Deutschland

Harald Mattfeld, Tendenzieller Fall der Profitrate? Zur makroökonomischen Rentabilitätsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, ZÖSS Discussion Papers 01, Hamburg 2006, S.16



Der hegemoniale Block hat also gar keine Veranlassung, eine grundsätzlich andere Wirtschaftsstrategie zu erwägen. Die Hoffnungen, die sich diesbezüglich an den Wahlsieg der Demokraten in den USA zu Beginn der neunziger Jahre, später an Blair in Großbritannien und den Sozialdemokraten in Deutschland knüpften und als Zeichen einer »Krise des Neoliberalismus« gedeutet wurden, haben sich sämtlich nicht erfüllt. In Italien wurde der rechts-konservative Berlusconi zwar abgewählt, es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass Prodi, sein Nachfolger im Amt, über viele Jahre den neoliberalen Kurs der Europäischen Union mitverantwortet hat.

Wenn gelegentlich für die USA eine weniger dogmatische, eher gemischte Wirtschaftspolitik ausgemacht wird, die auch auf defizitfinanzierte, binnenwirtschaftliche Nachfrageimpulse, mithin keynesianische Instrumente zurückgreift und auch die Geldpolitik flexibler handhabt, so sei daran erinnert, dass schon Reagan mit einer historisch einmaligen Rüstungsnachfrage und einem explodierenden Haushaltsdefizit eine ausgemacht angebotsorientierte Wirtschaftspolitik betrieben hat, die unter den Bushs fortgesetzt wurde. Das heißt, eine solche mixed policy ist mit dem marktradikalen Grundkurs durchaus vereinbar.

Von einer Krise des Neoliberalismus kann also, auch wenn die Spielarten (die natürlich einer differenzierteren Analyse, als hier möglich, unterzogen werden müssen), variieren und kaum in völliger reiner Form umgesetzt werden, keine Rede sein. Dies wäre nur dann der Fall, wenn eine schwere ökonomische Krise entstünde oder der politische Gegendruck gefährlich stark würde. Michal Kalecki war in dem

schon erwähnten Zitat fortgefahren: »In der Folge (der Defizitbeseitigung – J. L.) würde es zu einem Konjunktur einbruch kommen, und da würde die Politik der Staatsausgaben wieder in ihrem Element sein.«²⁹ Er bezieht dies auf konjunkturelle Schwankungen; bekanntlich haben aber nicht einmal diese zu einem erneuten Paradigmenwechsel geführt. Nur realer ökonomischer und politischer Druck kann eine wirkliche Veränderung bewirken; in dieser Hinsicht ist die heutige Situation mit den 1920/1930er Jahren, als der Aufstieg des Keynesianismus begann, überhaupt nicht zu vergleichen, auch wenn die Bemühungen von Sozialbewegungen, Gewerkschaften und linken Parteien um eine Alternative nicht gering zu schätzen sind. Damals existierte faktisch keine soziale Absicherung der Erwerbslosen und zudem stand angesichts der erst reichlich zehn Jahre zurückliegenden revolutionären Umwälzungen die Frage eines Systemwechsels real im Raum.

Inwieweit die im Gefolge der internationalen Finanzkrise Ende der neunziger Jahre eingeleitete Modifizierung der IWF- und Weltbankpolitik (Post-Washington-Consensus) als Ausdruck einer Krise des Neoliberalismus gedeutet werden kann, bleibt abzuwarten. Sehr real allerdings ist die politische Wende in einigen Ländern Südamerikas. Es ist zu wünschen, dass diese zunächst stark national orientierte und gegen die Dominanz US-amerikanischer Konzerne und politischer Einflüsse gerichtete Wende auch erfolgreich gegenüber dem neoliberalen Mainstream zu agieren vermag. Von diesen Bewegungen ist zu lernen, dass es wichtiger ist, Gegenwehr zu organisieren und Alternativen anzubieten, als eine Krise des Neoliberalismus zu erhoffen.

29 Michal Kalecki: Politische Aspekte der Vollbeschäftigung (1943). S. 241.

Der Marsch des Neoliberalismus durch die Institutionen**Meilensteine der Entwicklung des Keynesianismus**

- 1926 Keynes, Das Ende des Laissez faire
 1936 Keynes, Allgemeine Theorie
 1932 Roosevelts New Deal in den USA
- 1938 Friedrich A. Hayek prägt den Begriff des Neoliberalismus
- 1944 Hayek, The Road to Serfdom (Der Weg zur Knechtschaft)
 1944 USA: Beschäftigungsgesetz
- 1945 Carl Raimund Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde
 1945 William Beveridges Reformen in GB
- 1947 Gründung der Mont Pellerin Society als neoliberaler Think Tank
- 1948 Alfred Müller-Armack prägt den Begriff der sozialen Marktwirtschaft
- 1949 Ludwig Erhard Wirtschaftsminister in der BRD, Müller-Armack sein Staatssekretär
- 1952 Gründung der „Waage“, eines Vereins zur Propagierung der sozialen Marktwirtschaft
- 1962 Milton Friedman, Capitalism and Freedom
 1967 Stabilitätsgesetz in BR Deutschland
**1973 Ende des Währungssystems von
 Bretton Woods**
- 1973 Begriff der monetaristischen Gegenrevolution wird geprägt
- 1973 Friedman und seine „Chicago Boys“ werden Wirtschaftsberater in Chile
- 1974 Deutsche Bundesbank geht zu monetaristischer Geldpolitik über
- 1975 Sachverständigenrat beginnt angebotsorientierte Politik zu propagieren
- 1978 China: Beginn der marktwirtschaftlich orientierten Reformpolitik
- 1979 Thatcherismus: Übergang zu einer angebotsorientierten, liberal-konservativen
 Wirtschaftspolitik unter Margret Thatcher in GB
- 1981 Reaganomics: supply-side-economics unter Präsident Reagan in den USA
- 1982 Wendepapier von Graf Lambsdorff, Bruch der sozialliberalen Koalition in der BRD
- 1990 Washington Consensus zu den Bedingungen der Kreditvergabe durch IWF und
 Weltbank
- 1990 Beginn der Transformationsprozesse in Mittel und Osteuropa unter marktradikalem
 Vorzeichen
- 1992 Maastricht-Vertrag zur EWWU: Liberalisierung der Märkte
- 1997 Die Sächsisch-Bayrische Zukunftskommission unter Leitung von Meinhard Miegel
 legt einen Bericht zum marktorientierten Umbau der Gesellschaft vor
- 2000 Gründung der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft als Propagandamaschine des
 Neoliberalismus

Nobelpreise für marktradikal geprägte Ökonomen

- Friedrich A. v. Hayek (1974)
 Milton Friedman (1976)
 George Stigler (1982)
 Gerard Debreu (1983)
 James Buchanan (1986)
 Maurice Allais (1988)
 Ronald Coase (1991)
 Gary Becker (1992)
 Robert Lucas (1999)

Alternative Geldpolitik – Irrweg oder Chance?¹

1. Grundsätzliches

Wer sich mit wirtschaftspolitischen Alternativen beschäftigt, muss sich der Beschaffenheit der volks- und betriebswirtschaftlichen Realität, deren vielfältigen Ausprägungsmöglichkeiten, Konstellationen und Erscheinungsformen bewusst sein. Die Absicht zu gestalten, setzt voraus zu wissen, wie das zu Gestaltende ohne Einflussnahme funktioniert und wie es auf externe Einwirkungen reagieren könnte. Bevor alternative Projekte entworfen werden können, muss analytische Arbeit die unterschiedlichen Daseinsweisen der Realität, ihre vielfältigen Facetten aufzudecken versuchen.² Außerdem ist der Standpunkt zu definieren, von dem aus die Realität betrachtet werden soll. Standortwechsel können andere und neue Einsichten in die Zusammenhänge befördern. So haben beispielsweise nicht nur Erstsemester Schwierigkeiten damit, dass ein Hochpreisniveau sowohl mit Angebots- als auch mit Nachfrageüberschüssen vereinbar ist und weshalb diese scheinbare Paradoxie für ein Niedrigpreisniveau ebenso gilt.

Linksalternatives Denken ist Denken aus der Sicht der Schwachen, Benachteiligten, Ausgestoßenen, Chancenlosen, doch kann es letztlich nur dann erfolgreich sein, wenn die Interessen der Mächtigen und Privilegierten, die das System dominieren, nicht übergangen werden.

1 Der Beitrag wurde schriftlich eingereicht.

2 Obgleich eine Geldpolitik geldtheoretisch verankert sein sollte, was die Selbstverständlichkeit einschließt zu wissen, was Geld ist, geht es in diesem Beitrag nicht um *Geldtheorien*. Auf deren Heterogenität und Unschärfe verweist Busch. (Ulrich Busch: *Alternative Geldtheorien und linker Geldfetischismus*. In: *UTOPIE kreativ*. H. 160. Februar 2004. 2. S. 137–149). Auch unter marxistischen, linken bzw. alternativen Geldtheoretikern sind die Grundfragen zum Geld weiterhin heftig umstritten, so auch die Behauptung von Busch, das Geld im entwickelten Kapitalismus müsse seinem Wesen nach als »Kapitalgeld« (ein ziemlich vager und nichtssagender Begriff) »und der Form nach als Kreditgeld verstanden werden – darin bestünde die Quintessenz (!) der Marxschen Geldtheorie –« (S. 143f.), worauf hier aber nicht eingegangen werden soll.

Unterschiedliche Interessen sind systemdeterminiert und Konflikte unvermeidlich, wenn Interessen miteinander konkurrieren. Wer die Gefahr eines sich verschärfenden sozialökonomischen Konfliktpotenzials (so in der Konzeption zu diesem Workshop) bannen möchte, demnach also nicht über das System hinausgelangen will (wohin auch, solange kein Gerechteres bekannt ist und der Versuch ein solches zu schaffen, scheiterte?), der muss die Gegenseite mitdenken oder, was auf dasselbe hinausläuft, sich der Relativität seiner Einsichten klar werden. Das gilt für die gesamtgesellschaftliche Ebene ebenso wie für Teilsysteme. Bezogen auf die Geldproblematik heißt das zu unterscheiden zwischen systemkonformen Versionen der Geldpolitik und Alternativen, die das markt- und profitgesteuerte Eingebundensein der Zentralbank in Frage stellen, begrenzen oder gar sprengen. Weil in der Ökonomie gegensätzliche Aussagen (wider die einfache Logik) keineswegs unvereinbar sein müssen, ist – was nur die Kehrseite des eben Gesagten darstellt – die Umkehrung einer falschen Aussage nicht von vorn herein richtig. Die gegensätzlichen Aussagen »Der Gewinn ist zu hoch (bzw. muss sinken)« und »Der Gewinn ist zu niedrig (bzw. muss steigen)« können scheinbar nicht gleichzeitig zutreffend sein. Aus der Sicht eines übergeordneten, einheitlichen Kriteriums ist das richtig, aus der Sicht unterschiedlicher Partialinteressen und -kriterien nicht. Der Gewinn ist zu hoch, bei gegebenem Volkseinkommen deshalb der Lohn zu niedrig, um den abhängig Beschäftigten ein bestimmtes Konsumniveau zu ermöglichen. Derselbe Gewinn kann aber gleichzeitig zu gering sein, wenn er nicht ausreicht, ein bestimmtes Konsumniveau der Unternehmer oder deren Investitionswünsche zu finanzieren. Gleichzeitig steigen und sinken kann eine Größe aber tatsächlich nicht.

Derartige Konstellationen lassen bezweifeln, ob die aussichtsreichste Alternative immer die der konsequentesten Abgrenzung, also die der Umkehrung, sein kann. Der Wunsch sich rigoros zu unterscheiden, mag verständlich sein solange unterschiedliche Angebote neoliberaler Provenienz sich als Scheinalternativen herausstellen. Linksalternative Strategen können aber mit der Umkehrlosung »Weniger Markt – mehr Staat« keineswegs von vorn herein für sich höhere Erfolgsaussichten beanspruchen. Derartige agitatorische Verkürzungen, wie auch immer sie konkret lauten mögen, werden der Kompliziertheit komplexer ökonomischer Verhältnisse selten gerecht, obgleich

sie durchaus am Ende einer sachlichen und sachbezogenen Analyse stehen könnten, quasi als Verallgemeinerung auf hoher Abstraktionsebene.

Das neoliberale Credo »Mehr Markt – weniger Staat« führt allein deshalb die Diskussion auf einen Irrweg, weil es nicht um Mengen, Gewichte, Umfänge oder Anteile geht, sondern um Inhalte und die Qualität dessen, was getan werden sollte und darum, wie durch das Zusammenwirken von Markt und Staat Wirtschaftsprozesse effizienter und zugleich sozialer, also menschlicher gestaltet werden können (»wie die Wirtschaft wieder in ihren gesellschaftspolitischen Kontext zurückgeholt werden kann«).

Im vorliegenden Text soll untersucht werden, ob die Zentralbank (die so gern ihre staatliche Unabhängigkeit preist und sich doch den wirtschaftspolitischen Globalzielen verpflichtet sieht) über die Beeinflussung der Geldversorgung und der Zinsen zur Erreichung von Wachstum, Beschäftigungszuwachs und Geldwertstabilität beitragen kann. Diese Überlegungen können helfen, die Potenz der Geldpolitik zur Resozialisierung der Ökonomie festzustellen und ihren Platz in linksalternativen Wirtschaftskonzepten zu bestimmen.

Wer über eine *alternative* Geldpolitik nachdenkt, akzeptiert (bewusst oder unbewusst), dass es eine oder mehrere herkömmliche Versionen (oder zumindest gescheiterte Versuche davon) geben muss. Es erscheint wenig sinnvoll, nach Alternativen auszuspähen, solange die Existenz des Originären ungewiss ist. Denn eine *alternative* Geldpolitik kann nur möglich sein, wenn Geldpolitik *überhaupt* möglich ist. So grundsätzlich sei die Frage gestellt, denn bevor es sich lohnt über konkrete Alternativen nachzudenken, ist zu klären, ob Zentralbanken die ihnen zugeschriebene Fähigkeit zu einer geldpolitischen Steuerung besitzen. Die hier zu diskutierende Kernfrage lautet nicht, worin eine Alternative bestehen könnte, sondern ob eine solche, noch unabhängig von ihrer konkreten Ausführung, *generell* möglich sein kann.

Herkömmlichen Auffassungen zufolge wären Zentralbankbehörden autonom, und dies sowohl in der Wahl ihrer Mittel als auch im Setzen der Ziele.⁵ Letztlich hinge der Ausgang der Fahrt vom Können

5 Geldpolitische Alternativen beziehen sich auf Endziele (Geldwert, Wachstum, Beschäftigung), Zwischenziele (Geldbasis, Geldmenge, Zinsen) und die Mittel zur Erreichung der Ziele (Refinanzierungspolitik, Offenmarktpolitik, Mindestreservepolitik).

des Steuermanns ab, soll uns diese Ansicht lehren. Bevor aber die Wahl der Mittel und die Zielfindung zur Disposition gestellt werden, ist zu fragen, ob die in der geldtheoretischen Diskussion weithin unterstellte prädeternierte zentralbankpolitische Machbarkeit des wirtschaftlichen Tatbestandes begründet ist.

Die geldpolitische Diskussion wird dabei auf zwei Ebenen geführt:

- A) Können mit geldpolitischen Maßnahmen und Instrumenten der Zentralbank monetäre (Zwischen)ziele (Geldbasis, Geldmenge, Zins) gesteuert werden?⁴
- B) Können über die zentralbankpolitische Gestaltung dieser monetären Größen auch real- bzw. güterwirtschaftliche Ziele, wobei das Preis-, Beschäftigungs- und Wachstumsniveau im Mittelpunkt stehen, erreicht bzw. deren Erreichung zumindest unterstützt werden?

Es ist leicht einzusehen, dass sich die zweite Frage nur unter zwei Voraussetzungen bejahen lässt. Erstens nur dann, wenn es nachzuweisen gelingt, dass die Veränderung von zirkulierenden Geldmengen und das Zinsniveau einen signifikanten Einfluss auf realwirtschaftliche Größen (Kapazitätsauslastung, Produktionsmenge, Güterpreise u. ä.) besitzt und zweitens, wenn keine Zweifel bestehen, dass Zentralbanken monetäre Größen souverän zu bestimmen in der Lage sind. Zunächst soll deshalb die Frage A untersucht werden, denn soll die Geldpolitik den realwirtschaftlichen Bereich erreichen, setzt dies voraus, dass wesentliche monetäre Kategorien durch die Zentralbanken beherrscht werden. Gelingt dieser Nachweis nicht, wäre die Diskussion des Zusammenhangs zwischen monetären und nichtmonetären Größen nicht überflüssig, doch ließe sich dann keinesfalls mehr von einer *geldpolitischen* Gestaltung dieses Zusammenhangs sprechen.

4 Geldbasis: Summe aus Bargeldumlauf und Zentralbankgeldbestand der Kreditinstitute; Geldmenge M1: Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute sowie Sichteinlagen der Nichtbanken; Geldmenge M2: M1 plus Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu zwei Jahren und Einlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist bis zu drei Monaten; Geldmenge M3: M2 plus Anteile an Geldmarktfonds, Repoverbindlichkeiten, (Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften; der Begriff »Rep« ist die Abkürzung von Repurchase Agreement, zu deutsch: Rückkaufvereinbarung), Geldmarktpapiere und Bankschuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu zwei Jahren

2. Geldmengen- oder Zinspolitik – Konfusion im Quadrat

Ob der Wirtschaftsablauf mit monetären Mitteln in gewünschter Weise beeinflusst werden kann, ist eine Frage, die in der Jahrhunderte langen theoretischen Diskussion zu Problemen des Geldes zwar nie ausgeklammert war, angesichts aktueller Wachstumsschwäche und anhaltender Arbeitslosigkeit aber in jüngerer Zeit auf sehr viel größeres Interesse stößt als unter Bedingungen des unbeirrbaren Glaubens an die wundersame Selbstheilungskraft des Marktes. Dass dabei kontroverse Auffassungen vertreten werden, ist angesichts der komplizierten Materie und des grundsätzlich einseitigen Herangehens der theoretischen Ökonomie an ihren Gegenstand nicht überraschend.

Die Bestandsaufnahme der theoretischen Diskussion über die wirtschaftspolitische Potenz der Zentralbanken insgesamt fällt belustigend aus und ist nicht gerade ein Ruhmeszeichen für die Wirtschaftswissenschaft. So sind vier Auffassungen mit unterschiedlichem Gewicht in der theoretischen Diskussion vertreten:

- 1) Die Zentralbank könne die Geldmenge, nicht aber den Marktzins steuern. Das ist im wesentlichen die neoliberale-neomonetaristische Meinung Friedmanscher⁵ Prägung.
- 2) Die Zentralbank könne den Zins, nicht aber die Geldmenge steuern. Diese Auffassung dominiert gegenwärtig und wird von Ökonomen geäußert, die sich bewusst zur Keyneschen⁶ Tradition im ökonomischen Denken bekennen bzw. eine gewisse Affinität zu dieser nicht bestreiten.
- 3) Die Zentralbank könne sowohl die Geldmenge als auch den Zins exakt kontrollieren. Sie könne zwar beide Kategorien nicht unabhängig voneinander gleichzeitig steuern, wohl aber wahlweise sich für eine Stabilisierung des Zinsniveaus oder für die der Geldmenge entscheiden.⁷
- 4) Die Zentralbank könne weder die umlaufende Geldmenge noch

5 Milton Friedman, US-amerikanischer Ökonom und Nobelpreisträger (1912–2006), lehrte an der Universität Chicago und gilt als Haupt der sog. Monetaristischen Schule der Wirtschaftstheorie.

6 John Maynard Keynes, britischer Ökonom, 1883–1946.

7 So behauptete z. B. der Amerikaner William Poole, dass die Zentralbank zwischen der Geldmenge oder dem Zins als Zwischenzielgröße wählen könne. Vgl.: Helmut Wagner: Stabilitätspolitik. München, Wien 2001. S. 200.

den Marktzins nach Belieben steuern und verändern, wobei eine gewisse Einflussmöglichkeit dabei nicht grundsätzlich verneint wird.

Die widersprüchliche, teilweise völlig gegensätzliche Deutung ein- und derselben empirischen Realität ist ein generelles Problem der theoretischen Ökonomie und wirft über den konkreten Sachverhalt hinaus grundsätzliche Fragen auf, auf die hier nicht eingegangen wird.⁸

Während bis etwa Mitte der 70er Jahre in der BRD einer auf keynesianischen Annahmen beruhenden Zinspolitik der Vorzug gegeben wurde, brach danach die hohe Zeit einer monetaristisch geprägten Geldmengenpolitik an, die aber gegen Ende der 80er Jahre nur noch wenige zu überzeugen vermochte, so dass die Rückkehr zur »guten alten Zinspolitik« mangels Alternativen geradezu zwangsläufig schien. Der naive Glaube eines Milton Friedman, Zentralbanken könnten die Geldmenge nach Belieben virtuos steuern und müssten diese lediglich jährlich um einen konstanten Satz von 3 bis 5 % wachsen lassen, um das Preisniveau zu stabilisieren und zugleich die konjunkturellen Schwankungen zu beseitigen⁹, hatte die Politik, stets auf der Suche nach einfachen und eingängigen Lösungsformeln, vorübergehend zu faszinieren vermocht. Die schier unglaubliche Ausdünnung und Vereinfachung komplexer ökonomischer Prozesse durch das nobelpreisgekrönte Haupt der Chicago School konnte aber von vorn herein keine tragfähige Gestaltungsgrundlage der Wirtschaftspolitik sein. Empirische und theoretische Analysen belegten, dass die Geldmenge keine exogene, von den Zentralbanken gesetzte und vorgegebene Größe, sondern selbst Resultat von Produktions- und Preisbildungsprozessen sowie von vielfältigen Entscheidungen im Banken- und Nichtbankenbereich ist. Sie widerspiegelt langfristig im Zusammenhang mit Änderungen der Geldumlaufgeschwindigkeit das sich abschwä-

8 Zur generellen Problematik vgl. Klaus Müller: Behrens und Kautsky über Kapitalwanderungen. In: Hans-Georg Draheim / Rolf Emmrich / Dieter Janke: *Alternative Ökonomie in der Traditionslinie von Fritz Behrens*. Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus. Heft 18. Leipzig 2005. S. 103–120.

9 Milton Friedman: *The Role of Monetary Policy*. In: *The American Economic Review*. Vol. 58 (1968). S. 16.

chende wirtschaftliche Wachstum und dessen zyklische Schwankungen sowie mit diesem zyklischen Verlauf und anderen Faktoren verbundene Schwingungen der Preissteigerungsraten. Die jährliche Ankündigung von Geldmengenzielen¹⁰, die manchmal beinahe »erreicht«, meistens jedoch verfehlt wurden, soll eine geldmengenpolitische Potenz der Zentralbank suggerieren, die es nicht gibt. Dabei ist die Zielformulierung weniger das vorweg genommene Ergebnis gezielter Handlungen als das Resultat einer Schätzung. Aus der geschätzten Entwicklung des Produktionspotenzials, dessen Auslastungsgrades, der Preise und der Geldumlaufgeschwindigkeit wird auf die Geldmengenentwicklung geschlossen. Immerhin kommt in diesem Vorgehen zum Ausdruck, dass anerkannt werden muss, von welchen Faktoren die Veränderung der Geldmenge wirklich bestimmt wird. Das ist eine Tatsache, die nicht aus-, sondern einschließt, dass die Geldmenge auf die Faktoren zurückwirken kann, von denen ihre Höhe letztlich selbst bestimmt bleibt. Die Erkenntnis, dass die Geldmenge sich endogen und unvorhersehbar aus dem Wirtschaftsprozess ergibt, wurde von (vorwiegend keynesianisch geprägten) Ökonomen schon vor ihrer empirischen Bestätigung vermittelt.¹¹ Für sie war das Fiasko einer geldmengenpolitischen Steuerung daher unvermeidlich. Dessen Eintritt war nur eine Frage der Zeit und, endlich für jedermann offensichtlich, nährte er mangels Alternativen wiederum die Hoffnung, erneut mit der als überwunden geglaubten Zinspolitik doch noch

10 Seit Dezember 1974 wird jeweils für ein Jahr im voraus ein monetäres Zwischenziel angekündigt. Bis 1987 war das die Zentralbankgeldmenge (Bargeldumlauf + Mindestreserve), ab 1988, nachdem v. a. in den beiden Vorjahren die Ziele weit überschritten wurden, die Geldmenge M5, die weniger stark auf Entscheidungen der Geschäfts- und Nichtbanken reagiert und sich daher vermeintlich am ehesten durch die Zentralbank steuern lässt. Auch im Eurosystem wird eine Orientierungsgröße für das Geldmengenwachstum (seit 1999 jährlich +4,5 %) bekanntgegeben. Die Zuwachsrate der Geldmenge M5 lag seit 2001 regelmäßig über diesen von der Zentralbank veröffentlichten Referenzwert. Ursache dafür war u. a. die im Jahr 2000 einsetzende Aktienbaisse und daraus resultierende Vermögensumschichtungen (Verkauf von Aktien).

11 Vgl. z. B. Karl-Heinz Ketterer: Deutliche Wirkungen der expansiven Bundesbankpolitik. In: ifo-Schnelldienst vom 28.1.1976. S. 7–8.

erreichen zu können, was auch mit einer Geldmengenregulierung misslingen mußte.¹²

Inzwischen betonen v. a. die keynesianisch geprägten Lehrbücher einmütig die Endogenität der Geldmenge und zeigen diese an einfachen Modellen. Aus ihnen geht hervor, dass Zentralbanken nicht einmal das Wachstum der Zentralbankgeldmenge im Griff haben, ganz zu schweigen von dem der Giral- bzw. Kreditgeldmenge der Geschäftsbanken. So gelangt nationale Währung beispielsweise durch den Ankauf von Devisen in den Umlauf. Wie viel nationales Geld gegen Devisen ausgegeben werden muss, hängt von der Stärke des Devisenzustroms und nicht vom Willen der Zentralbank ab. Bestimmungsfaktoren der im Geschäftsbankenbereich sich bildenden Giralgeldmenge sind neben dem Zentralbankgeldüberschuss und den Mindestreservesätzen (Faktoren, über die die Zentralbank in den Kreditgeldschöpfungsprozess eingreift), die freie Liquiditätsquote, über deren Höhe die Geschäftsbanken entscheiden, die Barabzugsquote, die Wünsche der Nichtbanken über die Art der Inanspruchnahme ihres finanziellen Vermögens widerspiegelt und schließlich die Marktzinsen, die über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf den Finanzmärkten informieren. Diese Faktoren betonend, begründen keynesianische Lehrbücher die geldmengenpolitische Impotenz der Zentralbank.

Gegenwärtig sind amerikanische, britische wie auch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, wohl auch unter dem Eindruck dieser Lehrbuchweisheit, ganz von der Vorstellung geprägt, dass die Stabilität der Preise nicht durch eine direkte Geldmengenregulierung, sondern durch das richtige Zinsniveau erreicht werden könnte und eine »optimale« Zinspolitik dabei zwischen Geldwert- und Beschäftigungsstabilität abzuwägen habe.

Pikanterweise halten die Monetaristen aber von einer Zinspolitik

12 »Es ist gut, dass die Bundesbank ihre überholten Geldmengenkonzepte nicht mehr ganz so ernst nimmt und – in hervorragender internationaler Abstimmung – zur guten alten Zinspolitik zurückgekehrt ist«, lobte die »Wirtschaftswoche« (Wirtschaftswoche. Heft 9/1989. S. 7) den Kurswechsel vor langer Zeit und die Hamburger »Financial Times Deutschland« spricht am 29. Dezember 2004 von der anhaltenden Renaissance des Zinses.

dasselbe, was die Keynesianer von einer Geldmengenpolitik halten: nichts.¹⁵ Haben sie recht?

Im folgenden soll die Zinsproblematik im Mittelpunkt stehen.

3. Geldmengen-Zins-Zusammenhänge

Wird der Zins als der Preis für geliehenes Geld bzw. Geldkapital gesehen, wogegen kaum Vernünftiges zu sprechen scheint¹⁴, so ist zunächst verwunderlich, weshalb entweder *nur* die Geldmenge oder *nur* der Zins politisch steuerbar sein sollen. Die Auffassung, dass sich entweder beide (die eine direkt, die jeweils andere damit zwangsläufig indirekt) oder keine von beiden (weil nichtzentralbankpolitische Determinanten von stärkerem Gewicht sind) politisch gestalten ließen, ist aufgrund des wechselseitigen Zusammenhangs zwischen Geldangebot, Geldnachfrage und Zins überzeugender. Die generellen Zusammenhänge gehören zum klassischen Lehrbuchwissen:

- Bei gegebener Geldnachfrage bewirkt eine Erhöhung der Geldangebotsmenge, dass das Marktzinsniveau sinkt (und das erhöhte Geldangebot zu niedrigen Zinsen nachgefragt wird).
- Bei gegebener Geldnachfrage bewirkt eine Reduzierung der Geldangebotsmenge, dass das Marktzinsniveau steigt (und das geringere Geldangebot zu höheren Zinsen nachgefragt wird).
- Bei gegebenem Geldangebot bewirkt eine Erhöhung der Geldnachfrage einen Zinsanstieg, der wiederum das Geldangebot steigen lässt.
- Bei gegebenem Geldangebot bewirkt eine Senkung der Geldnachfrage einen Zinsrückgang, der wiederum das Geldangebot sinken lässt.
- Steigende Zinsen bewirken c. p. einen Anstieg der Geldangebots- und einen Rückgang der Geldnachfragemenge.

¹⁵ Es sei ein »weit verbreiteter Fehler anzunehmen«, so Milton Friedman, »das FED (US-amerikanische Zentralbank, der Verf.) könne irgendwie die Zinsen steuern ... Das FED kann ... die Geldmenge kontrollieren ... Aber die Zinsen werden durch den Markt bestimmt, nicht durch die Notenbank.« (»Wirtschaftswoche« vom 17.9.1982, S. 12.)

¹⁴ Die keynessche Theorie sieht den Zins monetär-subjektiv als Belohnung für die Unterdrückung der Vorliebe für Liquidität.

- Sinkende Zinsen bewirken c. p. einen Rückgang der Geldangebots- und einen Anstieg der Geldnachfragemenge.

Wer die Wechselbeziehungen zwischen dem Geldangebot, der Geldnachfrage und dem Zins grundsätzlich akzeptiert, hat es schwer zu begründen, weshalb zinspolitische Konsequenzen einer Geldmengensteuerung und geldmengenpolitische Konsequenzen einer Zinspolitik ausgeschlossen werden müssten. Direkte Zinspolitik bedeutet indirekte Geldmengenpolitik und direkte Geldmengenpolitik ist eine indirekte Zinspolitik. Klar ist damit auch, dass Geldmenge und Zins nicht *unabhängig* voneinander politisch gesteuert werden können.

Die eine Größe als endogen (Monetaristen: Zins; Keynesianer: Geldmenge), die jeweils andere aber als exogen (Monetaristen: Geldmenge, Keynesianer: Zins) zu betrachten, gleichzeitig aber anzuerkennen, dass der Zins das Verhältnis von Geldangebot und Geldnachfrage und dessen Veränderung widerspiegelt, also einen kausalen Zusammenhang, zwischen Geldangebotsmenge, Geldnachfragemenge und Zins zu sehen, ist erstaunlich. Denn wer die Endogenität der einen Größe akzeptiert, die Abhängigkeit der anderen von dieser Größe ebenfalls, zugleich aber auf der Exogenität dieser anderen Größe beharrt, argumentiert intransitiv und inkonsistent. Der Vorwurf, diesen logischen Defekt ihrer jeweiligen Argumentation zu übersehen, trifft Keynesianer und Monetaristen gleichermaßen.

4. Zentralbankzinsen und Geldmarktsätze – theoretische Zusammenhänge

Der Glaube, dass die Zentralbanken über die Veränderung ihrer Zinsen wichtige Determinanten der Geldmengenentwicklung bestimmen könnten, beherrscht gegenwärtig das ökonomische Denken. Insbesondere wird angenommen, dass sich die Geldmarktsätze (Zinssätze für Tagesgeld u.ä.) nach den Variationen der Zentralbankzinsen richten.

So zeige die Taylor-Regel, benannt nach dem US-Ökonomen John B. Taylor, nach welchen Gesetzmäßigkeiten die US-Zentralbank, die Federal Reserve Bank (FED), ihre kurzfristigen Zinssätze festlege. Der Zentralbankzinssatz entspreche in etwa der Summe aus dem gleichgewichtigen Realzinssatz (i^*), der nach Taylor zwei Prozent betrage,

und der aktuellen Inflationsrate (p). Unter dem Realzins wird dabei der nominale Zinssatz abzüglich der Veränderungsrate des Preisniveaus verstanden. Der gleichgewichtige Realzins entspreche der neoklassischen Wachstumstheorie zufolge mindestens der Wachstumsrate des realen Produktionspotenzials, das heißt dem bei Vollauslastung der Produktionskapazitäten produzierbaren BIP.

Dazu kommen geldpolitische Korrekturen. Liege das Bruttoinlandsprodukt (BIP) über seinem Trendwert, dann signalisiere das ein Überhitzen der Wirtschaft, die Zentralbank werde deshalb einen höheren Zinssatz setzen. Laut Taylor liege dieser dann um die mit 0,5 multiplizierte relative Abweichung des BIPs ($y = \ln Y$) vom Trendwert ($y^* = \ln Y^*$), der das Produktionspotenzial abbilden soll, höher.

Außerdem werde der Zinssatz erhöht um die mit 0,5 multiplizierte Abweichung der aktuellen Inflationsrate (p) von der Zielinflationsrate der Zentralbank (p^*). Nicht uninteressant ist, zu wissen, dass die beiden Gewichte von jeweils 0,5 von Taylor nicht ökonometrisch ermittelt oder geschätzt, sondern einfach angenommen wurden. (Die Europäische Zentralbank operiert mit einer Zielinflationsrate von 2 %. Das ist derselbe Wert, den Taylor als Zielinflationsrate für die US-Zentralbank angenommen hatte).

Der so bestimmte Zentralbankzins wird als Taylor-Zins bezeichnet:

$$i = i^* + p + 0,5 (p - p^*) + 0,5 (y - y^*), \text{ wobei}$$

i : Taylor-Zinssatz

i^* : langfristiger realer Gleichgewichtssatz

p : Inflationsrate

p^* : Zielinflationsrate der Zentralbank

Y : Bruttoinlandsprodukt BIP

Y^* : Trendwert des BIP

Das große Y bezeichnet das BIP, das kleine y den natürlichen Logarithmus davon ($y = \ln Y$, $y^* = \ln Y^*$).¹⁵

15 Joachim Benner / Klaus-Jürgen Gern / Annette Kamps / Frank Oskamp / Brigit Sander / Joachim Scheide / Rainer Schweickert: Robuste Weltkonjunktur. Institut für Weltwirtschaft Kiel. Thesen zum Kieler Konjunkturgespräch – Weltwirtschaft: Keep on Running? 72. Kieler Konjunkturgespräch 19. und 20 September 2005. URL: <http://de.wikipedia.org/wiki/Taylorregel> (Zugriff: Februar 2007)

Weil das Zentralbanksystem quasi als Monopolist den Kreditinstituten jeweils für eine begrenzte Zeit Zentralbankgeld zur Verfügung stellt, bestimmt es mit seinen Konditionen auch die Zinssätze auf dem Geldmarkt, auf dem die Banken untereinander kurzfristige Liquidität tauschen. Die Spitzenrefinanzierungsfazilität ermöglicht es den Banken, über Nacht Zentralbankgeld zu einem über dem Zins des Hauptrefinanzierungsgeschäfts (Annahme von Wertpapieren mit Rücknahmepflicht, sog. Wertpapierpensionsgeschäft) liegenden Satz aufzunehmen. Die Einlagenfazilität gestattet es den Banken, überschüssige Liquidität zu einem unter den Hauptrefinanzierungssatz liegenden Zins bei der Zentralbank »abzuladen«. Die Zinsen für die Spitzenrefinanzierung und die Einlagen bilden einen Zinskorridor (obere und untere Grenze) für den Tagesgeldzins, der i. d. R. in der Nähe des Hauptrefinanzierungssatzes liegt.

Es sind nun zwei Geldmarktkonstellationen vorstellbar:

- I) Der Geldmarkt weist Angebotsüberschüsse und ein Niedrigzinsniveau auf. Die Zentralbank könnte dies, aus welchen Gründen auch immer, negativ beurteilen und versuchen, das Zinsniveau auf den Geldmärkten zu erhöhen. Um die Refinanzierung der Geschäftsbanken zu verteuern und einen kontraktiven Einfluss auf das Geld- und Kreditangebot am Geldmarkt auszuüben, wird sie deshalb die Zinssätze, zu denen sie selbst Kredite gewährt, Wertpapiere ankauft oder beleiht, heraufsetzen. Die Nachfrage könnte sich von der Zentralbank zum Geldmarkt verlagern, dort die Angebotsüberschüsse abbauen helfen und die Zinsen steigen lassen. Mit attraktiven Einlagenzinsen könnte die Zentralbank ebenfalls versuchen die Angebotsüberschüsse am Geldmarkt abzubauen zu helfen.
- II) Der Geldmarkt weist Nachfrageüberschüsse und ein Hochzinsniveau auf. Die Zentralbank könnte dies, aus welchen Gründen auch immer, negativ beurteilen und versuchen, das Zinsniveau auf den Geldmärkten zu senken. Um die Refinanzierung der Geschäftsbanken zu erleichtern und einen expansiven Einfluss auf das Geld- und Kreditangebot am Geldmarkt auszuüben, wird sie deshalb die Zinssätze, zu denen sie selbst Kredite gewährt, Wertpapiere ankauft oder beleiht, herabsetzen. Die Nachfrage könnte sich vom Geldmarkt zur Zentralbank verlagern und am Geldmarkt die Zinsen sinken lassen. Mit niedrigen, unattraktiven Einlagenzinsen könnte

die Zentralbank außerdem versuchen, das Angebot am Geldmarkt zu stabilisieren.

Solcherart ökonomische Zusammenhänge sind durchaus plausibel. Unschwer ist die dem Ganzen innewohnende Logik zu erkennen. Am Geldmarkt- und Kreditmarktgleichgewichtsmodell lassen sich die Zusammenhänge zwischen den genannten Variablen dann auch mehr oder minder eindrucksvoll veranschaulichen.¹⁶ Die theoretischen Implikationen einer zinspolitischen Steuerung sind nicht unlogisch. Sie beruhen auf dem Modell des homo oeconomicus, einer nicht völlig unrealistischen Kunstfigur, die ständig danach trachte, Vorteile zu vergrößern und Nachteile zu mindern, ins Ökonomische übersetzt, Aufwendungen zu verringern und Erträge zu steigern. Doch die unterstellten, keineswegs falschen, Wirkungszusammenhänge, vereinfachen und vereinseitigen einen wesentlich komplexeren Zusammenhang.

Die Crux besteht darin, dass mit Gleichungen, Formeln, Kurven und Funktionen den Aussagen eine quasi unumstößliche Beweiskraft angedichtet werden soll.

Beziehungen zwischen ökonomischen Größen in den Rang beispielsweise eines Ohmschen Gesetzes zu heben und so Zwangsläufigkeiten zu unterstellen, die es wegen der komplexen wechselseitigen Beeinflussung, der Unsicherheit und Variabilität ökonomischer Faktoren nicht gibt, kann peinlich wirken. Der Hang, sich mit der Naturwissenschaft auf gleicher Augenhöhe zu begegnen, führte – anstatt die Eigenheiten der Sozialwissenschaften zu betonen – zu einer übertriebenen mathematischen Formalisierung ökonomischer Zusammenhänge, die, sofern sie dem Gegenstand angemessen, wenn auch selten Beweis- so doch immerhin Illustrationskraft besitzen kann. Oft aber wird vergessen, dass hinter den ökonomischen Kategorien Menschen agieren, die komplexe biopsychosoziale Geschöpfe sind, deren Verhalten nicht mit einfachen algebraischen Formeln erfasst und auch nicht auf das simple homo oeconomicus-Denkschema reduziert werden kann.

¹⁶ Hans-Joachim Jarchow: Geld- und Kreditmenge, Zinssatz und Aktienkurs in der Kreditmarkttheorie. In: WiSt. Heft 1/2005. S. 13–19.

So lassen sich die eben geschilderten Zusammenhänge durch Prämissenwandel anreichern bzw. modifizieren, wobei leicht gezeigt werden kann, dass andere Konstellationen und Ursache- Wirkungsbeziehungen nicht minder logisch sind:

Im Fall I (Niedrigzinsniveau am Geldmarkt) hängt die Wirkung des zentralbankpolitischen Gegensteuerungsversuchs offenbar auch von der Ausgangskonstellation und der Mitwirkungsbereitschaft der Marktteilnehmer ab. Lagen die Zinssätze der Zentralbank bereits vor ihrer Erhöhung über denen des Geldmarktes, war die Refinanzierung der Geschäftsbanken bei der Zentralbank bisher schon unattraktiv, bliebe die Zinserhöhung ohne Wirkung auf den Geldmarkt. Offensichtlich scheint die Argumentation zu unterstellen, dass eine stabile Nachfrage am Geldmarkt existiere und die Angebotsüberschüsse dort im wesentlichen daraus resultierten, dass die Banken ihren Finanzierungsbedarf bei der Zentralbank deckten. Sind aber die Angebotsüberschüsse vor allem eine Folge der möglicherweise aus realwirtschaftlichen Gründen anhaltenden Nachfrageschwäche am Geldmarkt, würde die Erhöhung der Zentralbankkreditzinsen ebenfalls nichts bewirken. Sind die Angebotsüberschüsse am Geldmarkt groß genug, refinanzieren sich die Banken dort bei niedrigen Zinsen und unterlaufen die hohen Zinsen der Zentralbank.

Auch im Fall II (Hochzinsniveau am Geldmarkt) hängt die Wirkung von der Ausgangskonstellation und der Mitwirkungsbereitschaft der Geschäftsbanken ab. Diese Maßnahme wird erfolglos bleiben (oder nur wenig bewirken), wenn

- a) die Zinssätze der Zentralbank trotz ihrer Minderung noch höher als die Geldmarktsätze bleiben oder
- b) die Zinssätze der Zentralbank schon in der Ausgangslage niedriger als die Geldmarktsätze waren, die günstigeren Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Zentralbank aus unterschiedlichsten Gründen bisher bereits ausgeschlagen worden waren.

Unterbietet die Zentralbank die Geldmarktsätze dagegen erstmals, dann sind die erwünschten Verhaltensänderungen nicht ausgeschlossen: Banken reduzieren die Aufnahme von Geldmarktkrediten und verlagern ihre Refinanzierung zur Zentralbank. Der so bewirkte Nachfragerückgang am Geldmarkt führt dort zur Zinssenkung, wodurch

das Geld- und Kreditangebot ausgeweitet wird.¹⁷ Insgesamt ist jedoch keineswegs bewiesen, dass die Zentralbank erfolgreich gegen das Marktzinsniveau steuern, den Marktzinsen quasi die entgegengesetzte Entwicklungsrichtung vorschreiben könnte. Schließlich ist die Wirksamkeit auch von den Kräfteverhältnissen abhängig, d. h. vom Umfang der zusätzlich von der Zentralbank angebotenen bzw. nachgefragten Mengen im Vergleich zu den am Markt bereits vorhandenen Mengen. So beliefen sich die Geldvermögen und Schulden der deutschen »Nichtbanken« bereits 1998 auf das 40fache der Bargeldmenge und das 30fache der von der Deutschen Bundesbank emittierten Zentralbankgeldmenge, die außer dem Bargeld auch die Zentralbankgeldguthaben der Geschäftsbanken bei der Zentralbank umfaßt. Die Schere zwischen der Zentralbankgeldmenge und den Geldersparnissen in der Volkswirtschaft öffnet sich tendenziell und damit mindern sich die Chancen der Notenbanken, nach ihrem Gusto die wirtschaftlichen Abläufe beeinflussen zu können.¹⁸ Die Erkenntnis ist nicht neu: Gerhard Fels, der Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft meinte schon 1992, es gehöre «zu den Grundirrtümern der geldpolitischen Diskussion, in der Notenbank die Instanz zu sehen, die die Höhe der für die Volkswirtschaft relevanten Zinsen bestimmt. Sie kann das Zinsniveau allenfalls kurzfristig beeinflussen und auch das nicht entgegen den Marktkräften.»¹⁹ Nach Helmut Creutz sind die Veränderungen der Notenbankzinsen weit mehr »Theaterdonner und Psychologie als konkreter Eingriff in den Markt«.²⁰

Außerdem lassen sich die eben geschilderten Zusammenhänge auch völlig anders interpretieren, wenn Ursache und Wirkung ihre Plätze tauschen, die Kausalrichtung umgekehrt und damit die Selbstverständlichkeit nicht mehr ignoriert wird, dass zwischen ökonomischen Größen i. d. R. *Wechselbeziehungen* bestehen.

- 1) Niedrige Zinsen auf dem Geldmarkt bewirken eine Angebotsverlagerung zur Zentralbank, die ihre Zinsen deshalb senken muss.
- 2) Hohe Zinsen auf dem Geldmarkt bewirken eine Nachfrageverlagerung zur Zentralbank, die ihre Zinsen deshalb anheben wird.

17 Vgl. dazu Hans-Joachim Jarchow: Theorie und Politik des Geldes II. Geldmarkt und geldpolitische Instrumente. Göttingen 1988. S. 116ff.

18 Vgl. Helmut Creutz: Das Geldsyndrom. Berlin 2003. S. 133.

19 Zitiert nach ebenda. S. 133.

20 Ebenda.

Die Annahme, dass sich die Zentralbank letztlich dem von den Geldmärkten auf sie wirkenden Druck nicht entziehen kann, sondern ihm nachgibt, ist nicht minder plausibel und soll weiter unten noch einmal aufgegriffen werden. Einiges spricht dafür, zu versuchen, die gängigen geldtheoretischen Konzeptionen vom Kopf auf die Füße zu stellen.

5. Zentralbankzinsen und Geldmarktsätze – ein empirischer Befund

Die Annahme, durch einen Vergleich langer Zeitreihen der Zentralbankzins- und der Geldmarktzinsentwicklung dem Zusammenhang zwischen diesen Zinsen auf die Spur zu kommen, erscheint durchaus naheliegend und zunächst auch nicht aussichtslos. Doch mit dem empirischen Vergleich der Zinssätze allein ist es nicht getan. Ein empirischer Befund kann theoretisch unterschiedlich interpretiert werden. So ist einerseits der tendenzielle, langfristige Gleichlauf zwischen den Zentralbankzinsen und den Zinsen am Geldmarkt offenkundig, wobei andererseits in der Regel die Marktsätze zu steigen oder zu fallen beginnen (ihre Richtungen also ändern), *bevor* die Zentralbankzinsen in dieselbe Richtung korrigiert werden.²¹ Die Vermutung, dass letztere auf erstere reagieren, liegt nahe. Aus dem zeitlich versetzten Gleichlauf von Markt- und Zentralbankzinsen dagegen eine Leit- und Orientierungszinsfunktion der Zentralbanken abzuleiten, ist zumindest kühn. Wenn *zuerst* die Geldmarktzinsen und *danach* die Zentralbankzinsen steigen oder fallen, kann aus der zeitlichen Versetzung geschlossen werden, dass die Änderung der Geldmarktsätze Ursache für die der Zentralbanksätze sein könnte, wofür auch spricht, dass zuerst finanziert und dann *refinanziert* wird. Diese Annahme ist nicht weniger logisch und plausibel als umgekehrt zu behaupten, dass die Geldmarktsätze durch Variationen der Zentralbanksätze bestimmt würden. Gläubige versuchen die ihrer Meinung nach extraordinary Rolle der Zentralbank damit zu begründen, dass die Märkte künftige

²¹ Untersucht wurde die Entwicklung der Bundesbankzinsen (Diskontsatz, Lombardsatz, seit 1999 Basiszinssatz, Zinssätze für Hauptrefinanzierungs- und Spitzenrefinanzierungsgeschäfte) und die Zinssätze am Frankfurter Geldmarkt von 1950 bis 2005.

(URL: www.bundesbank.de/statistik/statistik_zeitreihen.php?func=row&tr=su0112,su0114,su0101,wu0017 August 2006)

Korrekturen der Zentralbankzinsen antizipierten und in ihre Zinsgestaltung vorwegnehmen würden.

So skurril die inzwischen dominierende »Erwartungshypothese« auch scheinen mag, gänzlich abwegig ist diese nicht. Von der Börse ist bekannt, dass erwartungsbedingte Verhaltensänderungen, sofern diese massenhaft auftreten, erst bewirken, was erwartet wird. Die Erwartung einer Änderung kann so über Verhaltenskorrekturen zur Ursache dieser Änderung werden:

- Erwarten die Akteure, dass die Zinsen sinken werden,
- erhöhen die Kapitalgeber ihr aktuelles Kreditangebot, um von den noch höheren Zinsen zu profitieren (diese Angebotserhöhung wirkt c. p. zinssenkend),
 - senken Kapitalsuchende ihre aktuelle Kreditnachfrage, um in den Genuss der künftig niedrigeren Zinsen zu kommen (diese Nachfragereduktion wirkt c. p. zinssenkend).

- Erwarten die Akteure, dass die Zinsen steigen werden,
- verringern die Kapitalgeber ihr aktuelles Kreditangebot, um von den erwarteten höheren Zinsen der Zukunft profitieren zu können (diese Angebotsverringern wirkt c. p. zinssteigernd),
 - erhöhen Kapitalsuchende ihre aktuelle Kreditnachfrage, um die noch niedrigeren Zinsen zu nutzen (diese Nachfrageerhöhung wirkt c. p. zinssteigernd).

Bei einheitlicher Erwartungsbildung an den Geld- und Kapitalmärkten sind derartige Reaktionen und Ergebnisse nicht unrealistisch. Sie können aber nur dann eintreten, wenn die im Modell ausgeblendeten zusätzlichen Voraussetzungen für Angebot- und Nachfrageänderungen in der Realität gegeben sind.

Doch ist zu bezweifeln, dass allein unsichere Erwartungen darüber, was die Zentralbank in Zukunft tun könnte, abgesehen davon, dass dieser das selbst oft nicht bewusst sein dürfte, ausschlaggebend sein sollten für Angebots- und Nachfrageprozesse an den Geld- und Kapitalmärkten.

Außerdem bleibt die Fokussierung auf den Notenbankzins rätselhaft, dessen entscheidendes Gewicht so nicht bewiesen, sondern vorausgesetzt wird. Wenn man den Erwartungen einen Einfluss auf die künftige Entwicklung zuzubilligen bereit ist, weshalb dann nur den Erwartungen in Bezug auf die Zentralbankzinsen, nicht aber auch und zuerst den Erwartungen über die künftige Marktzinsentwick-

lung? Erwarten die Marktteilnehmer, dass die Zentralbank ihre Zinsen anheben (senken) wird, nicht in erster Linie deshalb, weil sie am Markt schon seit längerem steigen (oder zurückgegangen sind) bzw. die Marktverhältnisse in die neue Richtung drängen? Es bedürfte des Erwartungsarguments, um die These von der zentralbankzinspolitischen Determiniertheit des Geldmarktzinsniveaus aufrechtzuerhalten, obgleich der Neufestsetzung der Zentralbankzinssätze die Richtungsänderung der Marktzinssätze vorausgeht, der zeitliche Zusammenhang dem unterstellten Kausalzusammenhang also zu widersprechen scheint.

Doch kann die Erwartungshypothese gerade so nicht beweisen, dass die Zentralbankzinsen bestimmend für die Marktzinsen sind und widerlegen, dass umgekehrt die Marktzinsen letztlich bestimmend für die Zentralbankzinsen sind. Diese entscheidende Frage bleibt offen, wobei gewichtige Gründe dafür sprechen, dass im Wechselspiel von Markt- und Zentralbankzinsen auch unter dem Aspekt der Erwartungen die dominierende Rolle den ersteren zukommt. Selbst wenn ein gewisser Einfluss der Erwartungen nicht völlig auszuschließen ist, das damit unterstellte ängstliche Verweilen der Marktteilnehmer im Schatten, den die Zentralbanken werfen, überhöht deren Gewicht im Vergleich zu dem der Marktkräfte. Wenn schon der Erwartungsaspekt zur Erklärung des Verhaltens der Wirtschaftsakteure herangezogen wird, dann sollte auch beachtet werden, dass Geld nicht in erster Linie nachgefragt und zurückgehalten wird, weil man damit rechnet, dass die Zentralbank in absehbarer Zeit ihre Zinsen anheben wird, sondern um sich finanziell auf erwartete vortreffliche Investitionschancen vorzubereiten.

Wäre die Erwartungshypothese alleiniger Erklärungsgrund für das Verhalten der Marktteilnehmer, müßte sie auch auf die Umkehrsituation bezogen werden können: Ginge die Änderung der Zentralbankzinsen der Veränderung der Marktzinsen zeitlich voraus, wäre die Behauptung vom bestimmenden Einfluss der ersteren auf letztere zwar empirisch plausibel, könnte aber auch angezweifelt werden. Weshalb sollte dann nicht eingewendet werden können, dass die Zentralbank lediglich die Marktentwicklung antizipiere? Kernfrage ist und bleibt, ob die Zentralbank »von außen« Märkte determinieren kann oder sich als Teil davon deren Regeln und Zwängen unterwerfen muss.

6. Zentralbankzinsen, Geldmarktsätze sowie kurzfristige Soll- und Habenzinsen der Kreditinstitute

Obgleich entgegen der gegenwärtig dominierenden Auffassung der bestimmende Einfluss der Zentralbankzinsen auf die Geldmarktsätze keineswegs gesichert ist, sondern »vom Markt kommende Einflüsse« ausschlaggebend sein können, ist die Frage, ob Variationen der Geldmarktsätze bei den Soll- und Habenzinsen der Kreditinstitute im Geschäftsverkehr mit den Nichtbanken ankommen, interessant. Die Sollzinsen sind die Zinsen, die Banken für gewährte Kredite fordern. Die Habenzinsen sind Zinsen, die Banken für bei ihnen von Nichtbanken gebildete Einlagen zahlen. Dass wie auch immer erzwungene Veränderungen der Geldmarktsätze auf das Geschäft der Banken mit den Nichtbanken ausstrahlen, darf angenommen werden. Auf diese »Weitergabe« muss es den Zentralbanken letztlich ankommen, sofern diese ihren wirtschaftspolitischen Anspruch ernst meinen. Eine Zinsstatistik zeigt, dass die Zinssätze für kurzfristige Termineinlagen oft in der Nähe der Geldmarktsätze liegen, bei Sparzinsen ist der Zusammenhang zeitweise weniger ausgeprägt.²² Ein ähnlicher Gleichlauf (der noch nichts über die Kausalität sagt) ist zwischen Geldmarktsatz und den Zinsen für Kontokorrentkredite nicht zu erkennen. Die Kontokorrentzinsen verlaufen deutlich oberhalb der Geldmarktzinsen und schwanken weniger.²³ Sie werden bei sinkenden Zentralbankzinsen nur sehr zögerlich zurückgenommen. Steigende Geldmarktsätze schlagen eher auf die Sollzinsen, sinkende Geldmarktsätze eher auf die Habenzinsen durch. Die »Weitergabe« von Geldmarktsätzen in Bankzinsen erfolgt außerdem nur teilweise, verzögert und hängt auch von der Größe der Banken, den individuellen Refinanzierungsbedingungen der Banken (Kreditinstitute mit einer hohen Refinanzierung durch Spareinlagen passen ihre Kreditzinsen kaum oder langsamer als solche mit geringer Refinanzierung aus Einlagen an) und der Bedeutung des Nichtbankengeschäfts ab (im langfristigen Nichtbankengeschäft werden Kreditzinsen nur langsam dem Marktzinzniveau angepasst).²⁴

22 Deutsche Bundesbank. Monatsbericht Oktober 1996. S. 42.

23 Ebenda. S. 43.

24 Vgl. dazu: Zum Zusammenhang zwischen Kreditzinsen deutscher Banken und Marktzinzen. In: Deutsche Bundesbank. Monatsbericht März 2002. S. 53–63.

Der durchaus lockere Zusammenhang zwischen Geldmarktsätzen, Soll- und Habenzinsen der Kreditinstitute unterstreicht, dass es neben den Geldmarktzinsen auch andere Faktoren gibt, die für die Zinsgestaltung der Banken gegenüber ihren Kunden wichtig sind, so z. B. Angebot-Nachfrageänderungen am Geldmarkt, die auf Schwankungen der realwirtschaftlichen Entwicklung auf den Güter- und Faktormärkten zurückzuführen sind.

7. Zinsänderungen am Kapitalmarkt

Am Kapitalmarkt werden verbrieft und unverbrieft langfristige Finanzierungsmittel gehandelt. Die Theorie behauptet, dass Änderungen der Soll- und Habenzinsen am Geldmarkt, ausgelöst durch die Variation der Zentralbanksätze, auf den Kapitalmarkt übergreifen würden. Das sie das zumindest können, ist nicht abwegig. Eine Erhöhung der Soll- und Habenzinsen am Geldmarkt könnte c. p. dazu führen, dass die Nachfrage nach Geldmitteln am Kapitalmarkt zunimmt, das Angebot von dort aber zu den vergleichsweise attraktiven Habenzinsen am Geldmarkt wandert, wodurch tendenziell das Zinsniveau am Kapitalmarkt gleichfalls zunehmen und sich dem höheren Zinsniveau des Geldmarktes anpassen müsste. Das ist gleichbedeutend mit einer Abnahme der Nachfrage und einer Erhöhung des Angebots an Wertpapieren am Kapitalmarkt, wodurch die Kurse der Kapitalmarktpapiere sinken und deren Rendite (Zinssätze) steigen müssten.

Eine Senkung der Soll- und Habenzinsen am Geldmarkt könnte c. p. dazu führen, dass die Nachfrage nach Geldmitteln am Kapitalmarkt abnimmt, das Angebot von den vergleichsweise unattraktiven Habenzinsen am Geldmarkt weg zum Kapitalmarkt wandert, wodurch tendenziell das Zinsniveau am Kapitalmarkt abnehmen und sich dem niedrigeren Zinsniveau des Geldmarktes anpassen müsste. Das ist gleichbedeutend mit einer Zunahme der Nachfrage und einer Senkung des Angebots an Wertpapieren am Kapitalmarkt, wodurch die Kurse der Kapitalmarktpapiere steigen und deren Renditen (Zinssätze) sinken müssten.

Diese Wirkungsketten sind nicht falsch, aber sie sind auch nicht zwangsläufig und ausschließlich richtig. Empirisch lässt sich ein denkbarer Gleichlauf zwischen den kurzfristigen Tagesgeldsätzen und den

langfristigen Zinsen am Kapitalmarkt nicht belegen. Offenbar werden Kapitalmarktzinsen vornehmlich durch andere Faktoren als durch den Geldmarktzins bestimmt, mehr noch, es kann angenommen werden, dass umgekehrt die Situation auf dem Kapitalmarkt, die maßgeblich durch zyklische Bewegungen in der »Real«wirtschaft bestimmt wird, auf die Lage am Geldmarkt ausstrahlt und zumindest für die längerfristigen Geldmarktzinsen (Zinsen für Termingelder u. ä.) Bedeutung besitzt.

8. Die Endogenität des Zinses

Zwar können Zentralbanken ihre Zinssätze festlegen, zu denen sie Kredit gewähren oder Einlagen annehmen wollen, aber sie tun dies nicht unabhängig vom sich ihres Einflussbereichs weitgehend entziehenden Marktzinsniveau. Sie sind nicht das erste, sondern das letzte Glied im Zinsbildungsprozess, schließen die Kette ab, die für die Endogenität der Zinsen steht.

Der Zins ist wie jede ökonomische Kategorie ein höchst komplexes Phänomen. Er ist eingebunden in das widersprüchliche Geflecht wirtschaftlicher Größen, die sich wechselseitig beeinflussen, fördern und behindern, verstärken und abschwächen. In diesem Spiel der Größen ist auch der Zins beeinflusster und beeinflussender Faktor. Dabei den Zins als exogenes Zentralbankresultat aufzufassen, wird dieser Komplexität nicht gerecht. Nicht die Zentralbank steuert die wirtschaftliche Entwicklung, sondern sie passt sich dieser an. Zinsniveau und Zinssätze variieren in Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage auf den Geld- und Kapitalmärkten. Angebot und Nachfrage auf diesen Märkten sind bei aller relativen Selbständigkeit, die nicht bestritten werden kann, grundsätzlich und letztlich eine Funktion realwirtschaftlicher Veränderungen auf den Güter- und Faktormärkten. Ein Anstieg der Marktzinsen, letztlich hervorgerufen durch realwirtschaftliche Prozesse, die sich in Angebot- Nachfrageänderungen äußern, veranlasst die Geschäftsbanken sich bei gegebenen Refinanzierungskosten stärker zu refinanzieren, um so ihr Kreditangebot ausweiten zu können. Eine höhere Nachfrage der Geschäftsbanken nach Refinanzierungsmitteln bei der Zentralbank zwingt diese, ihre Zinsen gleichfalls zu erhöhen.

Wenn umgekehrt Angebots- und Liquiditätsüberschüsse an den Geld- und Kapitalmärkten die Nachfrage nach Zentralbankkrediten zurückgehen lassen und die Geldüberschüsse vom Geldmarkt zur Zentralbank transferiert werden, wird diese früher oder später mit der Rücknahme ihrer Zinsen reagieren.

Die Zentralbank muss sich auf diese Weise dem von den Geld- und Kapitalmärkten kommenden Druck, insbesondere, wenn dieser stark genug und anhaltend ist, beugen und sich dem durch das Spiel von Angebot und Nachfrage bestimmten Marktzinsniveau anpassen.

Ausschlaggebenden Einfluss auf die Zinsgestaltung haben (neben anderen, hier nicht näher zu untersuchenden Faktoren wie z. B. das Ausmaß und die Struktur der Staatsverschuldung) die im Konjunkturverlauf wechselnden Verhältnisse bei Kreditangebot und Kreditnachfrage sowie die langfristigen Tendenzen dieses Verhältnisses.

Das Marktzinsniveau (und die von diesem bestimmten Zentralbankzinsen) bringen die zyklischen Schwankungen von Kreditnachfrage und Kreditangebot zum Ausdruck. Das kurzfristige Zinsniveau ist damit selbst zyklisch determiniert. Zyklische Aspekte des Zusammenhangs zwischen dem Wirtschaftswachstum und der Zinsentwicklung sind:

- Wachstumsstagnation in der depressiven Phase bei niedrigem Zins,
- Wachstumsbelebung bei niedrigem, aber steigendem Zins,
- Wachstumsbeschleunigung bei steigendem und hohem Zins im Aufschwung,
- Wachstumsstagnation und -rückgang bei höchstem, aber sinkendem Zins.

Hohe Zinsen widerspiegeln stets eine (gemessen am Angebot) hohe Nachfrage nach Geld- und Geldkapital, wobei diese hohe Nachfrage aber unterschiedlichste Ursachen haben kann.

Hohe oder steigende Nachfrage nach Geld- und Geldkapital und entsprechende Hochzinsentwicklung sind sowohl mit einem relativen Mangel an produktivem Kapital (hohe und steigende Nachfrage nach Investitionen in Zeiten der Belebung und des Aufschwungs) als auch mit einem Übermaß an produktivem Kapital zu Beginn der Rezession vereinbar. Im ersten Fall resultiert die hohe Nachfrage nach Krediten aus dem wachsenden Kapitalanlagebedarf im produktivem und kommerziellem Sektor, im zweiten Fall widerspiegeln die große Kreditnachfrage und die hohen Zinsen den Zwang vieler Unterneh-

men borgen zu müssen, um früher eingegangene Verpflichtungen einzulösen und weil angesichts stockender Absatzmöglichkeiten und eines sich deshalb verschlechternden Cash-Flows sowie unfreiwilliger Lagerbestände überdurchschnittlich viele kurzfristige Finanzierungsmittel benötigt werden, gleichzeitig aber gerade in dieser Zeit die Banken aus denselben Gründen bei der Neuvergabe von Krediten eher zögerlich reagieren werden.

Die zyklische Determination des Zinsniveaus ist auch empirisch gestützt und wird durch die Statistik belegt.²⁵ So steigen die Zinsen regelmäßig bzw. sind hoch im letzten Teil des Aufschwungs und zu Beginn des Eintritts in die Rezessionsphase, um in dieser infolge des allmählichen Umkippen der Angebot-Nachfrage-Situation auf den Geld- und Geldkapitalmärkten wieder zurückzugehen.

Wenn in der theoretischen Literatur dennoch fast ausnahmslos so getan wird, welche kluge Entscheidung der Zentralbank es doch sei, in der Rezession die Zinsen zu senken und im Aufschwung zu erhöhen (um die Inflation zu bannen), sollte man nicht übersehen, dass genau diese Zinskorrektur sich bereits vorher spontan auf den Märkten vollzieht oder selbst dann eintreten müsste, wenn die Zentralbank gar nichts unternähme. Dies als Übergang von einer restriktiven zu einer expansiven Zins- bzw. Geldpolitik (in der Rezession) oder umgekehrt von einer expansiven zu einer restriktiven (im Aufschwung) zu bewerten, ist deshalb grundsätzlich falsch. Vielmehr zeigt die zyklische Entwicklung der Marktzinsen, dass die Zentralbank letztlich sanktioniert, was auch ohne ihr Zutun geschieht.

Da auch empirische Untersuchungen die Korrelation zwischen Zins und Wirtschaftswachstum zu bestätigen scheinen, ist anzunehmen, dass die Zinsentwicklung vornehmlich (von weiteren Faktoren sei hier abgesehen) durch die kurz- und langfristige Dynamik des Wirtschaftswachstums und den davon bestimmten Änderungen zwischen Angebot und Nachfrage auf den Güter- und Faktormärkten bestimmt wird, wobei sie auf ihre Bestimmungsfaktoren zurückwirkt.

25 Eine Analyse der Realzinsentwicklung für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zeigt, dass neben anderen Einflüssen in erster Linie die Konjunkturschwankungen für die Zinsentwicklung entscheidend gewesen sind. Vgl. Realzinsen: Entwicklung und Determinanten. In: Deutsche Bundesbank. Monatsbericht Juli 2001. S. 33–48.

9. Geldpolitische »Endziele« – das »Transmissionsproblem«

Zentralbanken setzen sich mit geldmengen- und zinspolitischen Maßnahmen zumindest vordergründig ehrgeizige Ziele: die Inflation zu kontrollieren (für das System der europäischen Zentralbanken ist die Wahrung der relativen Preisstabilität *das* Ziel schlechthin), das Wirtschaftswachstum zu fördern, Beschäftigung sichern zu helfen und die Erreichung einer ausgewogenen Leistungsbilanz zu unterstützen. In einer Vielzahl von Transmissionskonzepten versuchen Ökonomen, die Wirkungen von monetären Impulsen auf den güterwirtschaftlichen Bereich, und dort vor allem auf Investitionen, Produktionsmenge, Beschäftigung und auf die Preise, theoretisch zu beschreiben.²⁶ Die Veränderung der Zentralbankzinsen soll über die Steuerung der Geld- und Geldkapitalmarktzinsen die Bankenliquidität erhöhen oder verringern, die Kreditkosten verkleinern oder vergrößern. Unter der Annahme, es gelänge der Zentralbank mit ihrem Zinsimpuls jene gewollten Wirkungen im monetären Bereich auszulösen, ist zu fragen, welche Folgen dies für die güterwirtschaftliche Sphäre haben kann. Es handelt sich jetzt um die auf Seite 74 unter B aufgeworfene Frage. Diese Frage nach dem Einfluss monetärer auf nichtmonetäre Größen ist selbst dann berechtigt, wenn man der Auffassung, dass Geldmenge und Zins durch wirtschaftspolitische Institutionen exogen bestimmt werden könnten, mit, wie gezeigt, begründeter Skepsis gegenüber steht, denn woraus sich auch immer Veränderungen in Geldmenge und Zins ergeben mögen, ohne Einfluss auf realwirtschaftliche Prozesse bleiben diese Veränderungen nicht. Geldmenge und Zins sind Resultate dessen, auf dass sie selbst zurückwirken. Es geht dann zwar nicht um eine zentralbankpolitische Zinsautonomie, wohl aber um das Verständnis für »Rückwirkungen« des monetären auf den güterwirtschaftlichen Bereich, ein Prozess, in dem die Zentralbank keine unbedeutende Rolle spielt. Auch wenn weder die Geldmenge noch der Zins durch wirtschaftspolitische Institutionen, mögen diese

²⁶ Unterschieden werden kredittheoretische Ansätze wie das Liquiditätssaldokzept, das Kreditverfügbarkeitskonzept, das Konzept der »subjektiven Liquidität« und vermögenstheoretische Konzepte wie ein monetaristisches Konzept oder das Portfoliokonzept. Vgl. Dieter Duwendag / Karl-Heinz Ketterer / Wim Kösters / Rüdiger Pohl / Diethard B. Simmert: Geldtheorie und Geldpolitik. Köln 1985. S. 294ff.

auch noch so mächtig sein und ihre Gestaltungskraft beschwören, exogen bestimmt werden können, wirkt die Veränderung dieser Größen auf das zurück, wovon sie letztlich selbst bestimmt werden. Da solcherart Rückwirkungen prinzipiell ausgleichenden, Ungleichgewichte mindernden Charakter besitzen, nimmt es nicht Wunder, dies euphemistisch als zentralbankpolitischen Erfolg vereinnahmen zu wollen. Paul Krugman vom Massachusetts Institute of Technology, »einer der einflussreichsten Ökonomen unserer Zeit« (Der Spiegel) und seit Jahren Anwärter auf den Wirtschafts-Nobelpreis, meint, »dass Rezessionen heilbar sind, indem man mehr Geld in den Kreiskauf pumpt – so einfach ist die Sache!«²⁷ Und »um die Zahl der Beschäftigten zu erhöhen«, sei »nichts weiter erforderlich, als die Zinssätze zu senken, damit der private Konsum wieder anzieht.«²⁸

So einfach, wie es sich der hochgelobte US-Ökonom in seiner polemischen Streitschrift gegen das Heer der »Schmalspurökonomien« macht, ist die Sache nicht, obgleich die Argumentation einer gewissen Logik nicht entbehrt.

Theoretisch sind vier Wirkungen von Geldmengen- und Zinsänderungen vorstellbar. Geldmenge und Zins beeinflussen

- nur die Preise,
- nur die Produktionsmengen,
- Preise und Produktionsmengen in gewissen Proportionen,
- weder Preise noch Produktionsmengen, wenn Geldmengenänderungen linear von Kassenbestandsänderungen aufgefangen werden.

Die langfristige Beziehung zwischen Geld und Preisen²⁹ wird theoretisch mit der Quantitätstheorie des Geldes untermauert. Danach bewirke ein Wachstum der Geldmenge, dass die Preise steigen, sofern die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nicht entsprechend sinkt und die reale Produktion sich nicht ändert. Die Inflation (Preisniveauan-

27 Paul Krugman: Schmalspurökonomie. Frankfurt, New York 2000. S. 25.

28 Ebenda. S. 45.

29 Für die kurze Frist ist eine monokausale Verknüpfung von Geld und Preisen empirisch nicht belegt. So wird z. B. anerkannt, dass rein nachfragebedingte Portfolioumschichtungen die Entwicklung der Geldmengen beeinflussen können, ohne dass sich daraus Auswirkungen auf die Preise ergeben. (Der Zusammenhang zwischen Geldmengen und Preisen. In: Deutsche Bundesbank. Monatsbericht 2005. S. 24.)

stieg) nehme bei konstanter Umlaufgeschwindigkeit nach Maßgabe des Verhältnisses zu, in dem die Geldmenge m stärker als die reale Produktion (das Volkseinkommen) y wächst.

$$\Delta p = \frac{\Delta m \cdot \Delta v}{\Delta y}$$

Es bedeuten:

- ” p Preisanstieg
- ” m Geldmengenwachstum
- ” v Veränderung der Geldumlaufgeschwindigkeit
- ” y Veränderung der realen Produktion

Das Problem dabei ist, dass die unterstellten Annahmen keineswegs zwangsläufig sind, auch wenn genau so getan wird. Die beliebige Umstellung der quantitätstheoretischen Gleichung nach einer der vier Größen ist zwar möglich, nur können daraus keinerlei Informationen über die kausale Verknüpfung der Parameter abgeleitet werden. Die Gleichung lässt vielmehr offen, ob die Geldmenge Ursache für die Änderung der Preise oder umgekehrt die Preise Ursache für Geldmengenänderungen sind. Praktisch ist beides möglich. Außerdem sind auch ein Mengeneffekt (Änderung der realen Produktion) und eine Mischung aus Preis- und Mengeneffekten denkbar. Gleichwohl lässt sich mit der Quantitätsgleichung auch zeigen, dass bei konstanter Umlaufgeschwindigkeit des Geldes Produktions- und Preissteigerungen einen Geldmengenzuwachs erzwingen müssen. Die Gleichung, so richtig sie ist – sie geht übrigens nicht auf Fisher zurück, nach dem sie benannt wurde (Fishersche Verkehrsgleichung)⁵⁰, sondern findet sich bereits in Form des Geldumlaufgesetzes im theoretischen Werk von Karl Marx⁵¹ – kann keine Informationen liefern über die Art der kausalen Verknüpfung der betreffenden ökonomischen Größen. Ob nun originäre Preiserhöhungen die Erhöhung der Geldmenge nach sich ziehen oder die Geldmenge wächst und nachträgliche Preissteigerungen gestattet, fest steht nur, dass beide Prozesse, kommt auch

⁵⁰ Nach Irving Fisher, amerikanischer Mathematiker und Ökonom, 1867–1947.

⁵¹ Karl Marx: Das Kapital. Bd. I. In: Karl Marx / Friedrich Engels: Werke. Bd. 25. Berlin 1972. S. 135.

nur einer von ihnen in Gang, aufeinander einwirken, sofern dieser gegenseitige Einfluss nicht durch die entsprechende Änderung der anderen Größen neutralisiert wird.

Ein »Nur-Mengeneffekt« ist für eine Situation vorstellbar, bei der ein Defizit in der zahlungsfähigen Nachfrage, gemessen am vorliegenden, bedarfsgerechten Produktionsangebot, ausgeglichen wird. Das wäre dann aber nur die Bedingung für die Realisierung einer bereits produzierten, nicht aber einer zusätzlich produzierbaren Menge. Der entscheidende Einwand gegen die Transmissionsdeutungen, die, so unterschiedlich die konstruierten Modelle auch sein mögen, im Kern darauf hinauslaufen, dass durch ein Geldmengenwachstum (Geldmengenrückgang) und Zinssenkungen (Zinserhöhungen) die produktiven Anlagen allein deshalb wieder bevorzugt (ausgeschlagen) werden, weil sich deren Rendite relativ dadurch verbessert (verschlechtert), dass die der alternativen Anlagen (z. B. auf den Geld- und Geldkapitalmärkten) sich verschlechtert (verbessert), richtet sich gegen die Verabsolutierung der Impulswirkung einer Geldmengen- und Zinsänderung.

Mit Geldmengen- und Zinsänderungen variieren die finanziellen und monetären Bedingungen, unter denen die Wirtschaftssubjekte ihre Entscheidungen treffen, nicht aber schon zwangsläufig diese Entscheidungen selbst. Natürlich sind Modelle konstruierbar, in denen der Weg durch die Restriktionen so abgesteckt ist, dass der Geldmengen- oder Zinsimpuls sich auf ihm ungehindert fortzupflanzen vermag, um schließlich jenes Ergebnis hervorzubringen, dass durch die Modellkonstruktion vorgegeben war. Dass die in unterschiedlichen Modellen konstruierten Wirkungsketten von Substitutionsbeziehungen zwischen Vermögensarten so oder so ähnlich ablaufen können, ist kaum widerlegbar⁵², dass sie tatsächlich so ablaufen *müssen*, allerdings keineswegs zwingend.

Viele Teileffekte in jenen erdachten Wirkungsketten sind zweifelhaft, weil unsicher, v. a. wenn zusätzliche Einflussfaktoren berücksichtigt werden, quasi das Wirkungsumfeld variiert und genauer erfasst wird.

⁵² Ein möglicher Anpassungsprozess wird eindrucksvoll geschildert in Hans-Joachim Jarchow: Theorie und Politik des Geldes. I. Geldtheorie. Göttingen 1988. S. 253ff.

Erstens: Die Veränderung der Zentralbankzinsen ist nur *ein* Faktor unter mehreren, die das Zinsniveau auf den Märkten beeinflussen. Ebenso ist die Veränderung des Zinsniveaus auf den Märkten wiederum nur *ein* Faktor unter vielen, die die Güter- und Faktornachfrage begründen oder beeinflussen. Werden aber Zinsniveau und Zinsstruktur einerseits und die Konstellation auf den Güter- und Faktormärkten andererseits von einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren bestimmt, ist es nicht seriös, die zu erklärende Zinshöhe als Bestätigung des Zusammenhangs zwischen dieser und nur *einem* Faktor (der Zentralbankpolitik) jener Gesamtheit auszulegen. Ebenso fragwürdig ist es, die Veränderungen auf den Güter- und Faktormärkten vornehmlich oder gar ausschließlich als eine Reaktion auf Zinsänderungen zu deuten.

Zweitens: Die Zinspolitik der Zentralbank kann i. d. R. die Entwicklung des Marktzinsniveaus nicht umkehren. Von einer Rückführung oder Anhebung der Zentralbankzinssätze kann dann nicht eine gleichgerichtete Entwicklung der Zinssätze auf den Geldmärkten erwartet werden, wenn dies der Gesamtsituation auf diesen Märkten – und die wiederum ist nicht losgelöst von der Lage im güterwirtschaftlichen Bereich zu sehen – widerspricht.

Drittens: In diesem Fall wehrt sich der ökonomische Organismus gegen wirtschaftspolitische Injektionen. Die »Abwehrkräfte« sind eine Funktion der Marktmacht. So ermöglichen monopolistische und angebotsoligopolistische Marktstrukturen die Überwälzbarkeit der Zinsen, erleichtern deren Weitergabe in höhere Preise. Höhere Preise erzwingen das Wachstum der Geldmenge. Die dominierende Auffassung, dass hohe und steigende Zinsen die Geld- und Kreditnachfrage reduzieren und den Preisauftrieb dämpfen könnten, ist unter diesen Bedingungen fragwürdig. Dass sich Zinsniveau und Preisniveau langfristig nicht umgekehrt proportional verhalten, wurde schon vor langer Zeit festgestellt.⁵³

Dass hohe Zinsen langfristig ein wirksames Gift gegen die Inflation sein könnte, ist auch deshalb zu bezweifeln, weil umgekehrt die Kapitalgeber versuchen dürften, die von ihnen erwartete Inflation in die Zinsen hineinzukalkulieren. Je höher der erwartete künftige Preis, je größer als die vermutete Geldentwertung, um so höher wird der Zins

⁵³ Vgl. z. B. Jürgen Siebke / Manfred Willms: Inflation und Zinsniveau. In: Wirtschaftsdienst 11/1972. S. 577.

sein, um den drohenden inflationären Verlust zu vermeiden bzw. zu begrenzen. Der hohe Zins wird anschließend als Kostenbestandteil auf die Preise übergewälzt. Die Erwartungshypothese hat auch hier ihren rationalen Aspekt: Preise steigen, weil man diesen Anstieg erwartet und über Zins- und andere Kostenbewertungen vorwegnimmt. Tatsächlich ist der Zusammenfall von langfristig hohen Zinsen und hohen Preissteigerungsraten empirisch besser gestützt als die von der Theorie favorisierte Kombination hoher Zinsen mit niedrigen Preissteigerungen.⁵⁴

Viertens: Die Wirkung eines Geldmengen- oder Zinsimpulses hängt stets vom Zustand des Gesamtgefüges ab, auf das diese Impulse treffen. Konjunkturelle Aspekte, Innovationsgrad, Sättigungstendenzen u.v.a.m. öffnen oder verengen Markt- und Preiserhöhungsspielräume, so dass die Zinsänderungseffekte unsicher sind und unterschiedlich ausfallen müssen. Ob und in welchem Umfang Wirtschaftsakteure Geldkapital nachfragen, hängt nicht nur von den Konditionen der Beschaffung, sondern vor allem von den Möglichkeiten ab, das geliehene Kapital profitabel einzusetzen. So bremsen hohe und steigende Zinsen in der Konjunktur das Wirtschaftswachstum so lange nicht, wie die Nachfrage noch nicht befriedigt ist und dem Angebot vorausseilt. »Das Entscheidende sind dann nämlich nicht die Zinsen, sondern die hohen Gewinnerwartungen.«⁵⁵ Sind dagegen die Bedingungen der Realisierung kompliziert und die Verwertungsmöglichkeiten ungünstig, werden auch niedrige Zinsen *allein* das Schwungrad der Wirtschaft nicht in Gang setzen können. Niedrige Zinsen in der Rezession bewirken so lange keine Umkehr, wie Angebotsüberschüsse noch nicht abgebaut werden konnten und zukünftige Absatz- und Kapitalverwertungsmöglichkeiten eher negativ bzw. pessimistisch beurteilt werden. Wahr dagegen ist, dass sinkende und niedrige Zinsen gemeinsam mit quantitativen und strukturellen Anpassungen von Angebot und Nachfrage in rezessiven Wirtschaftsphasen eine Grundlage für die später einsetzende wirtschaftliche Belebung bilden. Zur Gesamtheit der dafür notwendigen Voraussetzungen gehören der Nachfragestau nach Wa-

⁵⁴ Vgl. beispielsweise für die 90er Jahre: Die Entwicklung der Kapitalmarktzinsen seit Anfang der neunziger Jahre. In: Deutsche Bundesbank. Monatsbericht November 1996. S. 19.

⁵⁵ John K. Galbraith: Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs. München 2004. S. 88.

ren, die sich verringernden Lagerbestände, die Aussonderung des physisch und moralisch verschlissenen Anlagekapitals, die sukzessive Ansammlung von zeitweilig freien Geldkapitalien bei zunächst noch geringer Nachfrage nach Investitionsgütern, die Hinwendung zu bislang noch nicht genutzten wissenschaftlich-technischen Fortschritten und anderes. Der Zins ist eingebunden in dieses Spiel, allein ist jedoch seine Kraft zu gering, um die Umkehr wirtschaftlicher Verhältnisse zu bewirken. Stets kommt es auf den Zustand des Gesamtgefüges an. Die Problematik ist viel zu komplex, um Hoffnung oder »Schuld« jeweils mit nur einem Faktor in Verbindung zu bringen.⁵⁶ Ohne das Vorhandensein der zahlungsfähigen Nachfrage nach den mit Fremd- und Eigenkapital produzierbaren Waren wird auch ein noch so niedriger Zins eine höhere Produktion nicht herbeiführen können.

Fünftens: Gegenläufige Prozesse und Änderungen können die ursprünglich beabsichtigte Wirkung durchkreuzen bzw. aufheben oder abschwächen. Durch Zinssteigerungen und Geldmengenverknappungen soll ein Anstieg des Preisniveaus unterbunden werden. Der rationale Kern: Wo wenig Geld ist, können Preise nicht hoch sein, ist doch der Preis identisch mit der Menge an Geld, die man für ein Gut bezahlt. Doch je kräftiger die Zinserhöhungen und die Vermutung, dass diese anhalten werden, sind, um so kürzer werden die Zahlungs- und Tilgungstermine im Kreditgeschäft sein, einmal um der Geldentwertung zu entgehen, v.a. aber um an den erwarteten künftigen Zinserhöhungen partizipieren zu können. Diese Verhaltensänderung läuft auf eine Erhöhung der Umschlaggeschwindigkeit des Geldes hinaus. Und da Geschwindigkeit Menge ersetzt, ist selbst dann zu befürchten, wenn durch die Zinspolitik eine Reduktion der Geldmenge erreicht werden sollte, dass der dadurch mögliche preisberuhigende Effekt durch die gleichzeitig zunehmende Umlaufgeschwindigkeit des Geldes durchkreuzt wird, also gar nicht zustande kommt.

Sechstens: Es ist kaum umstritten, dass außenwirtschaftliche »Störungen« die Erreichung binnenwirtschaftlicher Ziele gefährden kön-

⁵⁶ Bei allem Respekt vor der Bedeutung des Zinses dürfte Friedrich von Hayeks Behauptung übertrieben sein: »Es ist vielleicht nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß die Bedeutung, die ein Nationalökonom dem Zins als Regulator der wirtschaftlichen Entwicklung beimisst, vielleicht das beste Kriterium für seine theoretische Einsicht ist.« (Friedrich A. Hayek: Geldtheorie und Konjunkturtheorie. Wien 1929. S. 119.)

nen. Führen Zinserhöhungen zu einem positiven Zinsabstand zu Fremdwährungen oder erhöhen diesen, kommt es zu einem verstärkten Kapital- bzw. Fremdwährungszufluss, der die nationale Geldmenge steigen und die Zinsen sinken lässt, so dass die mit der restriktiven Geldpolitik beabsichtigte konjunkturelle Dämpfung misslingen muss.

Führen Zinssenkungen zu einem negativen Zinsabstand zu Fremdwährungen oder erhöhen diesen, kommt es zu einem verstärkten Geld- und Kapitalabfluss. Die nationale Geldmenge kann, begleitet von Zinserhöhungen, steigen, so dass die mit der expansiven Geldpolitik beabsichtigte Unterstützung des konjunkturellen Aufschwungs misslingen wird.

10. Die »umgekehrte« Anpassung

Transmissionskonzepte verfolgen den Weg eines Geldmengen- oder Zinsimpulses bis in den realwirtschaftlichen Bereich hinein. Es ist erstaunlich, dass dabei die Frage, wie umgekehrt autonome Veränderungen im realwirtschaftlichen Bereich auf die monetäre Sphäre wirken, in der Geldliteratur nur stiefmütterlich oder gar nicht behandelt wird.

Im Wechselspiel zwischen monetären und nichtmonetären Bereichen gebührt letzterem Priorität. Der realwirtschaftliche Sektor ist originär und dominiert, der Geldsektor ist davon abgeleitet, reagiert und wirkt zurück.⁵⁷ So ergeben sich entgegengesetzte Wirkungsketten, die die herkömmliche Geldwirkungs- bzw. Transmissionslehre zwar nicht widerlegen, aber ganz wesentlich ergänzen und die zeigen, dass eine Umkehrung der Ursache-Wirkungsbeziehungen plausibel und die Fokussierung einzig auf Ausstrahlungen des Geldsektors auf die produzierenden Bereiche einseitig ist.

Am Beispiel eines konjunkturellen Aufschwungs soll der Anpassungsprozess gezeigt werden, ohne dabei zu behaupten, dass die Aufeinanderfolge und der zeitliche Ablauf ausschließlich auf die zu zei-

⁵⁷ Es soll damit nicht negiert werden, dass es Konstellationen geben kann, bei denen der Einfluss des Geldsektors auf den »realwirtschaftlichen« Bereich stärker sein kann als die Einflüsse des letzteren auf den ersteren. Grundsätzlich aber dominieren die realwirtschaftlichen die monetären Verhältnisse und nicht umgekehrt.

gende Weise vonstatten gehen müssten und ein zeitliches Nebeneinander von Anpassungsvorgängen nicht existieren könnte.

Erstens: Eine anhaltende und steigende Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen, verursacht durch eine Zunahme der Massenkaukraft, Präferenzwandel und Innovationen, unterstützt durch niedrige Sollzinsen für Kredite, hohen Wertpapierkursen und niedrigen Wertpapierrenditen (die Nachfrage nach Wertpapieren ist nicht lohnenswert), stimulieren Produktion, Investitionen und Güterangebot.

Zweitens: Die verstärkte Nachfrage der Nichtbanken nach neuen Gütern und Dienstleistungen führt (in Abhängigkeit vom Grad der aktuellen Kapazitätsauslastung) zu einer verstärkten Nachfrage nach Produktionsfaktoren und Vorprodukten (Vorleistungen). Die Investitionen nehmen zu und ist die Multiplikatortheorie richtig, sogar überproportional.

Drittens: Die flächendeckende Zunahme der Nachfrage auf den Güter- und Faktormärkten bewirkt, dass auch die Nachfrage nach Bankkrediten steigt. Der erhöhte Bedarf an fremden Finanzierungsmitteln resultiert aus dem Mengenwachstum auf den Gütermärkten und daraus, dass die Zunahme der wirtschaftlichen Aktivität mit Preissteigerungen bei Konsumgütern, Dienstleistungen und Investitionsgütern verbunden ist. Mehr Geld wird benötigt, um den Aufschwung zu finanzieren.

Viertens. Auf die verstärkte Nachfrage der Nichtbanken nach Krediten reagieren die Geschäftsbanken, indem sie die Sollzinsen erhöhen. Der Anstieg der Banksollzinsen ist zugleich Voraussetzung und Anreiz für die Banken, die gestiegene Kreditnachfrage zu befriedigen. Bankenerträge steigen und die Erwartung, dass dies eine Weile so bleibt, auch.

Fünftens: Die zunehmende Bereitschaft der Banken bei steigenden Sollzinssätzen die Kreditgewährung zu erleichtern und zu erhöhen, begründet zusätzlichen Refinanzierungsbedarf (in Abhängigkeit von der freien Liquiditätsquote und der Entscheidung, deren Größe zu ändern).

Sechstens: Der zusätzliche langfristige Refinanzierungsbedarf der Banken, hervorgerufen durch die Belebung der Investitionstätigkeit, muss bei gegebenem Angebot am Geldkapitalmarkt die Kapitalmarktzinsen steigen lassen.

Siebentens: Der Anstieg der Zinsen am Geldkapitalmarkt kann durch Arbitragevorgänge auf den Geldmarkt überschwappen. In dem Maße wie die Kapitalmarktzinsen steigen, wird es lohnenswert, die Kapitalmarktkredite durch revolvingende kurzfristige Engagements zu substituieren, wodurch die Zinsen am Geldmarkt ebenfalls steigen werden.

Achtens: Der Anstieg der Marktzinsen verschlechtert die Refinanzierungsbedingungen am Geld- und Kapitalmarkt und veranlasst die Geschäftsbanken, verstärkt das Kreditangebot der Zentralbanken zu nutzen. Die sich zur Zentralbank verlagernde Kreditnachfrage ist letztlich der Grund dafür, dass sich auch die Zentralbanken früher oder später zur Erhöhung ihrer Zinsen entschließen werden. Der vom Markt kommende Druck ist die Ursache dafür, dass die Zentralbank ihre Zinsen korrigiert.

Neuntens: Während des Aufschwungprozesses kommt es zu negativen (den Aufschwung dämpfenden) Rückkopplungseffekten. Die Erhöhung der Zinssätze und damit der Renditen für Zinspapiere bei gleichzeitigem Rückgang der Wertpapierkurse (steigende Kreditnachfrage = steigendes Wertpapierangebot) führt dazu, dass die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage aufhört, weiter zu wachsen. So erzeugt der Aufschwung quasi die Voraussetzungen für sein Ende.

Zehntens. Die Abschwächung und schließlich die Beendigung des Aufschwungs wird auch dadurch bewirkt, dass in dem Maße, wie der Aufschwung noch anhält, die sukzessive Verknappung von materiellen und finanziellen Ressourcen zu Preissteigerungen auf den Güter- und Faktormärkten führt, die die Nachfrage der Nichtbanken auf diesen Märkten und zeitlich verzögert auch die Nachfrage auf den Geld- und Geldkapitalmärkten zurückgehen lassen wird.

So werden Anpassungsvorgänge mit umgekehrten Vorzeichen (in die entgegengesetzte Richtung) ausgelöst. Dieser gegenläufige Prozess soll hier nicht beschrieben werden.

Das Ergebnis ist eindeutig: Es ist ein Irrglaube, die Zentralbanken könnten eine souveräne Geldpolitik betreiben und mit einer solchen gewollte Wirkungen gezielt herbeiführen. »Der Glaube, etwas so Komplexe, Heterogenes und seinem Wesen nach für jeden einzelnen Menschen so Wichtiges wie Geld lasse sich durch gründlich erörterte, aber einfache Entscheidungen beeinflussen, die in einem gefälligen und unauffälligen Gebäude der amerikanischen Hauptstadt (unter den ehrfurchtgebietenden Porträts der Amtsvorgänger gefällt werden –

gemeint sind die Präsidenten der US-Zentralbank, der Verf. –) entspringt nicht nüchternem Realitätssinn, sondern frommen Wunschenken. So viel inbrünstige Realitätsverleugnung ist schier unglaublich.«⁵⁸

Galbraith` vernichtender Kritik, bei ihm bezogen auf die US-Zentralbank, kann im allgemeineren Sinne zugestimmt werden: Der Zins ist ebensowenig geld*politisches* Resultat, Instrument oder Ziel, wie es Geldbasis oder die diversen Geldmengenaggregate sein können. Zinsen und Geldmengen sind beide endogene Resultate wirtschaftlicher Prozesse, auf die die Zentralbanken reagieren. Gleichwohl wirken die Entscheidungen der Zentralbank auf die Geld-, Kapital- und Gütermärkte zurück, verstärken, schwächen bzw. modifizieren damit Bedingungen auf diesen Märkten. Das Wechselspiel zwischen monetärem und nichtmonetärem Sektor zeigt, dass die Zentralbanken keine »neutralen«, von »außen« souverän steuernde externe Institutionen sind, sondern immanentes Element dieses komplexen Wechselmechanismus, dessen Gesetzen, Bedingungen und Abläufen sie sich nicht entziehen können.

11. Fazit

Eine linken Interessen verpflichtete alternative Geldpolitik ist innerhalb des profitgesteuerten Marktmechanismus nicht möglich. Innerhalb dieses Rahmens zu bleiben, hieße sich an hypothetischen und oftmals rein rhetorischen Diskussionen darüber zu beteiligen, ob die Geldmenge oder der Zins politisch zu beeinflussen sei, diese Veränderung mit der Mindestreservepolitik, der Refinanzierungssätze oder noch andere Instrumente versucht, neben der Preisstabilität die Geldpolitik auch für Wachstums- und Beschäftigungsziele mobilisiert werden sollte. Weiß man aber, dass die Zentralbank auf realwirtschaftliche Veränderungen, die von den Güter- und Faktormärkten ausgehen, nur reagieren kann und diesen Veränderungen prinzipiell hilflos gegenübersteht, erkennt man, wie müßig eine solche Frage ist.

Die Ansatzpunkte für alternative Geldsysteme liegen woanders und betreffen auch nicht nur die Zentralbank, sondern das Geldwesen insgesamt.

⁵⁸ John K. Galbraith: Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs. S. 89.

HORST MÜLLER

Historische Schranken der Kapitalwirtschaft und die Frage nach der konkreten Alternative¹

Das System ist am Ende, die Frage ist:
Was kommt danach?

Immanuel Wallerstein

Methode und Gegenstand der Wissenschaft der politischen Ökonomie

In jüngerer Zeit mehren sich kritische Untersuchungen und Stellungnahmen zur systembedingten Prekarität, zu den Krisen und Katastrophen der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Auch die damit verschwisterte affirmative Wirtschaftswissenschaft sieht sich von verschiedener Seite in Frage gestellt. Aber selbst die eindringlichsten Kritiken leiden unter dem Mangel, dass eine fundierte, konkrete Alternative nicht angegeben werden kann. Diese Alternativlosigkeit wurde besonders im Zusammenbruch der Sozialismusexperimente des 20. Jahrhunderts offenbar. Heute wird die Frage nach dem realmöglichen Anderen angesichts der neoliberalen Globalisierung und bedrohlicher zivilisatorischer Verfallserscheinungen, angesichts der Entfaltung eines neuen Imperialismus und eines andauernden Weltkrisenszenarios im buchstäblichen Sinne existenziell.

Wenn die Frage nach der Alternative, die in jeder ernsthaften Systemkritik bereits mitschwingt, wissenschaftlich gestellt werden soll, bedarf es einer entsprechenden Problemexposition. Diese sollte sich auch durch methodologische Überlegungen ausweisen können und einen Lösungsweg vorschlagen, der die Auseinandersetzung mit der Marxschen Theorie und dadurch bis heute inspirierten Ansätzen erkennen lässt. Im Hinblick auf solche Erfordernisse einer höher reflektierten Problemexposition bewegt man sich noch weit im Vorraum einer Lösung, wenn nur zu einzelnen Systemdefiziten oder gesellschaftlichen Problemlagen Gegenvorschläge gemacht werden. Es ist auch kaum zielführend, einfach im Wege abstrakter Negation auf al-

1 Der Beitrag wurde schriftlich eingereicht.

ternative Institutionen zu schlussfolgern oder das Bild der zukünftigen Gesellschaft wie ein Puzzle aus einem theoriegeschichtlich reich gefüllten Reservoir gängiger Sozialismusvisionen zusammenzusetzen:

Ein geschichtsmaterialistisch tragfähiger Ansatz kann meiner Ansicht nach nur durch eine wert- und reproduktionstheoretische Modellierung des kapitalwirtschaftlichen Kernsystems selbst gefunden werden, die dessen problematische Konstitutionsmerkmale und Prozessendenzen verrät und auf diese Weise den realistischen Ausgangspunkt einer möglichen Entwicklungsbewegung repräsentiert. Daran kann dann mit dialektischer Phantasie und schließlich mit einer gesellschaftsgeschichtlich gehaltvollen, transformationstheoretischen Fragestellung angeknüpft werden.

Das heißt in letzter Konsequenz, die Untersuchung muss von vornherein den theoretischen Raum eines vollen Systemwechsels, genauer: eines Wandels der spezifischen historischen Formbestimmtheit der ökonomischen und gesellschaftlichen Praxis konzeptualisieren. Dieser wird in der Realität, wenn ihn nicht geschichtlich gegenwirkende Kräfte vereiteln, voraussichtlich eine ganze historische Periode umfassen. In diesem Zusammenhang muss vor allem ein entscheidender qualitativer Sprung in den Wert- und Sozialverhältnissen aufgewiesen werden, der im Zuge der Transformation der kapitalwirtschaftlichen Reproduktionsordnung in eine nicht-kapitalistische Wirtschaftsverfassung eintreten soll. Tatsächlich bedeutet diese Vorgehensweise, die traditionelle Kritik der politischen Ökonomie durch eine nicht spekulative, sondern praxisanalytisch und geschichtsmaterialistisch fundierte Utopistik der politischen Ökonomie zu überschreiten.

Diese Arbeitsperspektive mag Kapitallogikern und marxistischen Krisentheoretikern fremd erscheinen. Aber es gibt in dieser Denkrichtung bereits eine Reihe produktiver Beiträge, beispielsweise Immanuel Wallersteins »Utopistik«, verschiedene Beiträge zur Frage eines »Sozialismus im 21. Jahrhundert«² oder auch Walden Bellos »De-Globalisierung«³. Hinzu kommen Anregungen aus der sich ge-

2 Immanuel Wallerstein: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien 2002

3 Walden Bello: De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung. Hrsg. von Oliver Nachtwey und Peter Strotmann. Hamburg 2005.

genwärtig intensivierenden Diskussion: Auf der Agenda eines fortschreitenden Selbstverständigungsprozesses oppositioneller Kräfte stehen die Themen einer linken Wirtschaftstheorie und alternativen Wirtschaftspolitik, Fragen einer solidarischen Ökonomie oder Wirtschaftsdemokratie, überhaupt Überlegungen über »Chancen für eine alternative Entwicklung« und letzten Endes eine »sozialistische Transformation«, schließlich auch zum Konzept einer »Alternativen Weltwirtschaftsordnung«. Eigene Analysen auf diesem Feld umschreibt der Titel »Sozialwirtschaft als Systemalternative zur Kapitalwirtschaft«.

Der dabei anvisierte praxistheoretische Ansatz führt zu der Auffassung, dass auch die »Kritik der politischen Ökonomie« nur zur Vollenendung ihres sozialen Auftrags kommen kann, indem aus der Praxisperspektive einer zumindest im Grundansatz kenntlichen oder auch schon partiell erfahrenen, alternativen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Formierung, das heißt zugleich aufgrund eines anderen und höheren Begriffsvermögens, die kapitalwirtschaftliche Gestalt als aufgelöste Vorform und Ausgangspunkt der ganzen systemgeschichtlichen Bewegung begriffen wird.

Diese Dialektik der Praxis bleibt freilich eine abstrakte Idee, wenn nicht so oder so die bestimmten, materialen Aspekte des Novums einer ökonomisch und zivilisatorisch höheren Reproduktions- und Sozialform gefasst werden. Eben darum dreht sich buchstäblich alles, es ist das implizite Telos aller ernsthaften Kapitalismuskritik und bedeutete letztlich die Lösung des Rätsels, das die Marxsche und marxistisch inspirierte Kapitalismuskritik bis heute hinterlassen hat.

Erschließungskraft und Defizite der Marxschen Analytik

Im entscheidenden Punkt hilft kein noch so buchgelehrtes Raisonement. Es muss eine positive, konkrete These vorgestellt, der wissenschaftlichen Untersuchung, Diskussion und weiter gehenden Forschungsanstrengungen überantwortet werden. Man wird sich dann auch auf dem Streitfeld unvereinbarer Sichtweisen und entgegenstehender Interessen schlagen. Und damit zu Sache: Ich stelle zunächst die ungewöhnliche Frage, warum Marx, der doch immer wieder zu Vorausblicken ansetzte, letztlich zu keiner positiven Alternative kam

oder in seiner Situation nicht kommen konnte, obwohl es der Triumph seiner Wirtschaftstheorie gewesen wäre.

Meines Erachtens liegt der tiefere Grund in der seinerzeit nahe liegenden, aber eben historisch situierten Konzeptualisierung der industriewirtschaftlichen Warenproduktion als Totalität des Reproduktionszusammenhanges. Marx hat in diesem Zusammenhang andere, nicht unwesentliche, aber seinerzeit noch marginale Bereiche der gesellschaftlichen Arbeit als für die Mehrwertgewinnung »unproduktiv« identifiziert. Letztere spielten dann für die Marxsche und für nahezu alle nachfolgenden marxistischen System- und Tendenzanalysen keine bedeutende Rolle mehr.

Tatsächlich rangiert nach wie vor in der herrschenden Praxis als mehrwertproduktiv letztlich nur Arbeit im Zusammenhang der kapitalwirtschaftlichen Warenproduktion, die nach heutigem Verständnis etwa auch unternehmensnahe Dienstleistungen einschließt. Demgegenüber werden andere gesellschaftlich notwendige oder sinnvolle Tätigkeiten, vor allem sozial-kulturelle und infrastrukturelle Produktionen, die ich zusammenfassend als »sozialwirtschaftliche Dienste« bezeichne, als mehr oder weniger geduldeter Staatsverbrauch, als sozialer und kultureller Unkostenbereich, also eher als Ballast, Übel oder Luxus behandelt und in neuerer Zeit vermehrt, sinn- und sozialwidrig, unter das Kapitalverhältnis gezwungen. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen über die Aushöhlung des Sozialstaats, zum Thema Senkung der Lohnnebenkosten und Privatisierung des Öffentlichen betreffen genau diesem Punkt: Hinter den verwirrenden Phänomenen des Wirtschaftslebens wird hier eine systemisch inhärente, gesellschaftlich hochwirksame Dyskalkulie der Kapitalwirtschaft sichtbar.

Dieses Systemdefizit gewinnt offenkundig unter den heutigen, weiter entwickelten historischen Bedingungen eine besondere Bedeutung: Die höchstentwickelten Wirtschaftsgesellschaften weisen eine durch Automation und Informatisierung auf die Spitze getriebene organische Zusammensetzung auf, tendieren zu einer Überakkumulation des Kapitals und damit einhergehender Profitklemme, die eine chronisch gewordene Wachstumsschwäche im Inland nach sich ziehen. Die relative Überproduktion zwingt, wie im Falle Deutschlands gegebenenfalls in zunehmender volkswirtschaftlicher Disproportionierung, in den Export und in die Globalität, wo sich besondere Ver-

wertungschancen bieten. Unter den Bedingungen einer inländischen Wachstumsklemme und sich auf absehbare Zeit mehr und mehr verschärfender internationaler Konkurrenz muss sich aber der Druck auf die Arbeitsbevölkerung und zugleich auf die sozialwirtschaftlichen Dienste sowie den Staat als deren Garanten verstärken. Wir sind Zeugen eines Rückbaus sozialer und zivilisatorischer Errungenschaften, einer weiter treibenden Deformation des Gesellschaftlichen, die im »Neusprech« unserer Zeit Reform und Modernisierung heißen.

Die kurze Skizze verweist auf die grundlegende Marxsche Analyse des Kapitalverhältnisses, die den historischen Charakter der auf dem »Verwertungs«-Kalkül des »Kapitals« beruhenden Produktionsweise identifiziert. Aufgrund der Offenlegung des Systemkerns, durch ihre Kritik der Entfremdungen der modernen Lebens- und Gesellschaftsform, durch die Erklärung der Zusammenhänge des Reproduktionsgeschehens, auch der tendenziell repressiven Behandlung der sozialwirtschaftlichen Dienste unter dem Kapitalregiment, sowie durch die Enthüllung der Treibkräfte der Globalisierung bleibt die Marxsche Theorie eine maßgebliche Quelle aller realen Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaft.

Aber in anderer Hinsicht hinkt die von Marx entwickelte und seither im Kern mehr oder weniger unveränderte Modellierung der kapitalistischen Verhältnisse der realen wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung hinterher: Im fortgehenden 20. Jahrhundert haben sich die von Marx noch als kapitalwirtschaftlich unproduktiv klassifizierten Teile gesellschaftlich notwendiger oder sinnvoller Arbeit als sozusagen zweite Hälfte der Wirtschaft kristallisiert. Die Staats- und Sozialquote aller entwickelteren Volkswirtschaften beträgt 40–60 % und stellt sich als Indikator eines wirtschaftsgeschichtlich zweiseitigen Megatrends dar. Dieser führt einerseits zu einer enormen Verringerung gesellschaftlicher Arbeit im Bereich der industriewirtschaftlichen Warenproduktion und auf der anderen Seite zu einer tendenziellen Ausweitung der Arbeit an den allgemeinen und gemeinsamen, institutionellen und infrastrukturellen, sozialstaatlichen und kulturgesellschaftlichen Grundlagen. In anderem Zusammenhang wurde dazu auch bemerkt, dass das eigentliche Resultat der Industrialisierung in der Urbanisierung besteht. Es handelt sich um eine zivilisatorische Haupttendenz der kapitalistischen Produktionsweise.

Die konkrete Situation an der Wende zum 21. Jahrhundert ist aber nun dadurch gekennzeichnet, dass das kapitalwirtschaftliche System die positive wirtschaftsgeschichtliche Tendenz aufgrund seines beschränkten ökonomischen Kalküls und des umrissenen, inzwischen erreichten Aggregatzustandes nicht mehr positiv weiter verfolgen kann. Daher die Abdrängung der für die Kapitalwirte überflüssig gewordenen Bevölkerung in ein Abseits, die Erpressung des Sozialstaats, die Suche nach einer systemkonformen Lösung durch Privatisierungen und vor allem die Nutzung noch nicht blockierter Verwertungschancen durch die Expansion in den globalen Markt und aggressive Infiltration aller Weltgesellschaften.

Mit Blick auf diese widersprüchlichen Tendenzen zeichnet sich die Einsicht ab, dass die historische sozialökonomische Entwicklung im fortschreitenden 20. Jahrhundert eine fundamentale Veränderung des Reproduktionsgefüges mit sich gebracht hat. Diese wird aber durch die klassische, industriezentrierte Modellierung nicht angemessen abgebildet und anscheinend auch durch die herkömmliche Interpretation des sozialstaatlichen Kapitalismus als erledigte wirtschaftsgeschichtliche Episode und nur vorübergehendes Zugeständnis der Kapitalmacht nur sehr unzureichend erfasst.

Demgegenüber möchte ich im Weiteren aufzeigen, dass gerade in der Öffnung für die jetzt systemisch konterkarierte, aber geschichtlich fortschrittliche Tendenz der entscheidende Punkt für einen möglichen Systemwandel und damit zur Aufhebung eines ganzen Bündels anderer Dilemmata besteht, welche die herrschende Wirtschaftslehre zu Naturkonstanten zählt, als Schicksalgegebenheit bestätigt oder wie Glaubensartikel vorträgt. Auch wird auf diesem Wege vielleicht eine tragfähige Ausgangsposition zur Behandlung der Frage gewonnen, inwiefern sich eine entsprechende Systemtransformation der kapitalwirtschaftlichen, neoliberal verschärften Globalisierung entgegenstemmen kann.

Zur Rekonzeptualisierung des Reproduktionsprozesses

Zur Analyse der veränderten Gegebenheiten und bestehenden Möglichkeiten schlage ich eine wesentlich erweiterte Konzeptualisierung der Reproduktionsverhältnisse vor: Die Arbeit an den allgemeinen

und gemeinschaftlichen Bedingungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ist als eine neue Wirtschaftsabteilung, die der »sozialwirtschaftlichen Dienste« im Unterschied zur »industriewirtschaftlichen Warenproduktion« zusammenzufassen. Nur letztere hat Marx, inspiriert von Quesnay, in seinem zweigliedrigen Reproduktionsschema erfasst. Unter Einbeziehung des Staates, der heute zwingend notwendig, durch Steuern und Haushalte, den Wirtschaftskreislauf vermittelt und mitdisponiert, konfiguriert sich so in Überschreitung der klassischen kapitaltheoretischen Reproduktionsordnung ein dreistelliger ökonomischer Gesamtprozess.

In der für die Analyse zunächst unterstellten reinen Grundform, also abgesehen von ökonomischen Mischformen und sonstigen wirtschaftlichen Organisationsmöglichkeiten, werden sozialwirtschaftliche Dienste aus gesellschaftlichen Fonds wie öffentlichen Haushalten oder der Sozialversicherung finanziert. Es geht etwa um die Bereitstellung von allgemeinen Infrastrukturen der Ver- und Entsorgung, des Verkehrs, der Kommunikation oder auch um Wissenschaft und Forschung, um die Erfüllung zivilisatorischer Anforderungen hinsichtlich der Erziehung, Bildung und des Kulturlebens, um gemeinschaftliche Bedarfe hinsichtlich Wohlfahrt, Gesundheit und Pflege, um die Herstellung einer positiven Umweltsituation der Gesellschaft, um Aufgaben gesellschaftlicher Selbstorganisation wie staatliche Gesamtverwaltung, Rechtswesen oder Selbstverwaltung auf kommunaler Ebene, nicht zuletzt um Aufgaben aus gesellschaftlicher Selbstverpflichtung hinsichtlich internationaler Institutionen und bezüglich internationaler Partnerschaften.

Im Hinblick auf das rekonfigurierte Szenario stellt sich die Aufgabe einer Analytik, die vom Marxschen wert- und reproduktionstheoretischen Forschungsansatz inspiriert ist und zugleich den Fokus auf die Widersprüchlichkeit des Praxisprozesses richtet. Diese Analytik kann hier nicht im Einzelnen behandelt werden, wurde aber an anderer Stelle begonnen und führte zu einer zentralen Hypothese, die die Forschung im Weiteren anleiten kann: In der umrissenen dreistelligen Konfiguration prozessieren zwei verschiedene, im Grunde antagonische Praxisperspektiven gleichzeitig. Einerseits die noch vorherrschende kapitalwirtschaftliche, in der die Funktions- und Betriebsweise der herrschenden Produktionsform mit allen spürbaren Konsequenzen zur Geltung kommt, sowie eine andere, noch mehr

oder weniger latente, aber zu gesamtwirtschaftlicher Konkludenz drängende sozialwirtschaftliche Prozessfigur, in der sich eine formsprengende Tendenz und emanzipatorische Kraft manifestiert.

An diesem Punkt wird deutlicher, dass ohne eine dialektischmethodische, praxiszentrierte Analytik die doppelbödige Realität des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesses nicht adäquat gefasst werden kann: In vertiefter transformationstheoretischer Sicht bereitet sich im Kontext vorhandener sozialwirtschaftlicher Prozesszusammenhänge eine neue Produktionsweise vor, die bereits eine reale Latenz des wirtschaftlichen Lebens darstellt. Diese nimmt, wie vorhergehende Hinweise zeigten, auf dem Feld der gesellschaftlichen Praxis einen bedeutenden Raum ein und weist daher auch eine beachtliche und durch entsprechende Untersuchungen auch genauer identifizierbare subjektive Repräsentanz auf.

Das Realutopische liegt demnach nicht jenseits einer historischen Bruchspalte und muss nicht als apriorische Systemkonstruktion aus der Taufe gehoben werden. Es bildet sich vielmehr, im Sinne eines subjektiv-objektiven Produktivkraftensembles, ein Transformationspotential im Schoße des Gegebenen. Dieses wird allerdings ohne methodologische Zurüstung, rein im Blickwinkel traditioneller Kritik oder bei Zugrundelegung der klassischen Reproduktionsmodellierung nicht sichtbar.

Eine Leitthese für den Fortgang der Untersuchung

Mit der soweit entfalteten Problemexposition ist noch nicht die Frage konkret beantwortet, was denn nun die spezifische ökonomische Formbildung kennzeichnet, die vielleicht im Zuge einer weitergehenden Emanzipation eines sozialwirtschaftlichen Produktivkraftensembles, im Gegenzug gegen den dilemmatischen industriewirtschaftlich-kapitalwirtschaftlichen Prozess, freigesetzt werden kann. Aber aus der Einsichtnahme des erweiterten Reproduktionsszenarios, mit Blick auf die unmittelbar sichtbaren kapitalwirtschaftlich funktionale Deklassierung der sozialwirtschaftlichen Sphäre und deren gleichzeitige Tendenz zur relativen Ausdehnung und zum Bedeutungszuwachs als Fundament oder Gehäuse des Ganzen kann eine grundlegende These formuliert werden:

Die ersehnte »Befreiung« der gesellschaftlichen Produktivkräfte aus der Zwangsjacke der kapitalwirtschaftlichen Ökonomik kann infolge der buchstäblichen Beschränktheit der im Kern industriegesellschaftlichen Waren- und Kapitalwirtschaft nicht allein auf der Grundlage einer Reorganisation derselben realisiert werden.

Sie verlangt vielmehr eine neue, zivilisatorisch höher stehende Selbstorganisation des gesamten Systems der gesellschaftlichen Arbeit und Wirtschaft, nämlich die Instituierung einer Reproduktionsordnung, durch die jede Art gesellschaftlich notwendiger, als nützlich oder sinnvoll anerkannter Arbeit wirtschaftlich und gesellschaftlich zu gleicher Wertgeltung und zu einer ihrem sachlichen und gesellschaftlichen Charakter entsprechenden Verwirklichung kommt.

Im genaueren Bedenken dieser Grundthese wird erneut die Beschränktheit der kapitalwirtschaftlichen Produktionsweise und Wirtschaftsideologie und eine extreme Borniertheit des neoliberalen Programms offenbar. Aber es wird auch wieder die folgenreiche Einführung der Marxschen Wert- und Kapitalanalyse deutlich, die dann als problematische Vorausdisposition in die Versuche eingegangen ist, eine sozialistische Ökonomik im Kern als planwirtschaftlich dirigierte Warenproduktion zu organisieren. Dem entspricht noch die Disposition, die »kulturell-sozialen Bereiche« aus abgeleiteten Fonds der industriegesellschaftlichen Warenproduktion, also sekundär zu unterhalten.

Die Grundthese lässt auch die Sackgassen einer mehr oder weniger nur fortgeschriebenen Kapitalismus- oder Imperialismustheorie bewusst werden, welche - im Anschluss an die von Marx fragmentarisch hinterlassene Kritik der politischen Ökonomie - zumeist eine negatorische Kapital-, Krisen- oder auch Revolutionstheorie geblieben ist. Diese Kritik belässt, soweit sonst immer berechtigt und notwendig, die bessere Zukunft im Nebel bekannter Krisen- und Katastrophenprospekte. Wo dabei aber die konzeptuellen Denkschranken vor der Zukunft spürbar werden und die utopische Intention darüber hinaus drängt, kommt es zu überschießenden Visionen wie der eines »Endes der Arbeitsgesellschaft« oder es reicht der Blick über die Mauer nur bis zu abstrakten Generalformeln wie der einer »solidarischen und solaren Ökonomie«.

In dieser verwirrenden Situation ist verständlich, dass die greifbarer erscheinenden sozioökonomische Alternativprojekte oder auch

sozioterritoriale Ansätze einer solidarischen Ökonomie an Attraktivität gewinnen. Aber diese können den in der gesellschaftlichen Reproduktionsordnung implizierten, systemischen Problemknoten der Verwertungsökonomie unmittelbar nicht lösen. Besteht vielleicht die Möglichkeit, dass sie sich umgekehrt, nach einer Lösung dieses Knotens, in einem anderen Reproduktionszusammenhang aufgehoben wieder finden und könnten sie mit einer solchen konkreten Perspektive die gegenwärtigen politisch-ökonomischen Transformationstendenzen verstärken?

Im Hinblick auf solche Tendenzen und Bewegungen spricht die Eingangsthese implizit die Notwendigkeit eines ökonomisch-politischen Bruchs mit dem Bestehenden aus. Insofern bewegen sich aber auch die aktuellen Vorschläge für eine links-keynesianische Umsteuerung der Wirtschaftspolitik bestenfalls im Anlauf zu einer realen Problemlösung. Würde man, bildlich gesprochen, das Steuer um 180 Grad in Richtung einer Nachfrage- und Sozialorientierung und stärkerer gesellschaftlicher Regulierung herumreißen, so führte dies vielleicht aus den Sackgassen neoliberaler Politik heraus und milderte vorübergehend einige Drangsal. Aber man fände sich dann immer noch auf der gleichen Straße und die Frage stellte sich erneut: Wo und Wie kann endlich ein neuer Weg eingeschlagen werden?

Konstitutionsaspekte einer anderen Wirtschaftsweise

In Anknüpfung an die vorher formulierte Grundthese für eine alternative Wirtschaftsweise versuche ich einige Konstitutionsaspekte und deren Konsequenzen verständlich zu machen. In der Gestalt einer szenisch-formanalytisch durchgearbeiteten und vielleicht auch mit modernen Medien darstellbaren Transformationsbewegung der Praxis mögen diese Aspekte besser begreifbar sein. Eine operative Konkretisierung mit Bezugnahme auf reale volkswirtschaftliche Entwicklungen und Gesamtrechnungen wäre ein notwendiger zukünftiger Schritt. Dazu noch zwei Vorbemerkungen:

Erstens versteht sich von selbst, dass bei einer Analyse, welche zunächst auf den Nachweis der praktischen Möglichkeit und grundlegenden Formbestimmtheit einer nichtkapitalistischen Ökonomik zielt, nicht von einem globalen Kontext ausgegangen werden kann, etwa

von einem »finanzgetriebenen Akkumulationsregime« oder vom Abstraktum eines »Weltkapitals« und einer Weltgesellschaft. Es muss umgekehrt zunächst der Typus einer hoch entwickelten Wirtschaftsge-
 sellschaft zugrunde gelegt werden, um im Weiteren auch die Fragen
 beantworten zu können, die sich im globalen Zusammenhang, ange-
 sichts unterschiedlicher Entwicklungsniveaus und besonderer gesell-
 schaftsgeschichtlicher Milieus stellen.

Zweitens ist festzuhalten, dass die Modellierung der Zusammen-
 hänge historisch konkret sein muss. Dem entsprechend setzt sie hier
 auf wirtschaftsgeschichtlich herausprozessierte Gegebenheiten auf:
 Einen durch Automation und Informatik geprägten Produktions- und
 Wirtschaftsprozesses mit der Signatur hoher organischer Zusammen-
 setzung, tendenzieller Überproduktion und einem hohen Anteil aus
 dem Produktionsprozess ausgestoßener, überflüssig gemachter Be-
 völkerung. Hoch entwickelte sozial-ökonomische Funktionen des Staa-
 tes, der sich als ein institutionell vielgliedriges Ensemble gesellschaft-
 licher Organe darstellt. Großes Gewicht und konstitutive Bedeutung
 der urban-zivilisatorischen Existenzbedingungen und sozial-staatli-
 cher Errungenschaften, zu der auch eine institutionell entwickelte
 kommunale Ebene gehört.

Demnach kann der Grundgedanke im Umriss so formuliert wer-
 den:

*Die real-mögliche neue Wirtschaftsweise, eine »Sozialwirtschaft als
 Alternative zur Kapitalwirtschaft« beruht auf einer durch wirtschafts-
 demokratische Organe auf allen Ebenen und in allen institutionellen
 Bereichen, durch entsprechende Steuern und Haushalte vermittelten,
 paritätischen Inwertsetzung und zugleich Emanzipation der »sozial-
 wirtschaftlichen Dienste« aus ihrer prekären Stellung, auf einer Freiset-
 zung der »sozialwirtschaftlichen Form« als emanzipatorische, gemein-
 wirtschaftliche Betriebsweise und auf einer damit einhergehenden
 Umstimmung des gesamten Reproduktionszusammenhangs, darin ein-
 beschlossen die »industriewirtschaftliche Warenproduktion« und deren
 notwendige marktförmige Vermittlungen.*

Die angesprochene paritätische Inwertsetzung und gesellschaftli-
 che Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste ist der direkte
 wirtschaftspolitische Antagonist zur kapitalwirtschaftlichen Tendenz,
 die sogenannten Sozialkosten zu senken, die sozial-staatliche Regu-
 lierung zurückzudrängen und sozialwirtschaftliche Dienste zu priva-

tisieren, das heißt in das Prokrustesbett der Verwertungsökonomie zu pressen. Praktisch bedeutet die anvisierte Neuorganisation, kurz gesagt, die gesamte Abteilung der sozialwirtschaftlichen Dienste nicht weiter als Unkostenfaktor der industriegewirtschaftlichen Kapitalverwertung rangieren zu lassen, sondern sie als paritätisch werteproduzierend effektiv zur Geltung zu bringen und damit als das eigentlich ausdehnungsfähige Feld gesellschaftlicher Arbeit, Produktion und Praxis zu behandeln.

Dem zufolge stellten beispielsweise das der Allgemeinheit offen stehende Erziehungs- und Bildungssystem ebenso wie die Bereitstellung der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur und der Betrieb öffentlicher Medien, auch die Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten eine gesellschaftlich, wie auch immer, voll in Rechnung setzende Vorleistung für die industriegewirtschaftlichen Warenproduktion dar. Dieser schon wirkliche Zusammenhang kann aber nur durch eine praktische Abkehr von der primären Finanzierung durch Einkommensteuern anerkannt werden: Aus dem materialen gesamtgesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang ergibt sich die unabweisbare Notwendigkeit, dazu auch das konstante Kapital der Industriegewerke in exakt der volkswirtschaftlichen Quote direkt zu besteuern, welche der Transfer zur angemessenen Ausstattung und Ausrüstung der anderen Abteilung erfordert. Denn hier werden nicht nur Dienstleistungen im gewöhnlichen Sinn erbracht. Es finden vielmehr, wie ein modernes Krankenhaus, das Bahnverkehrssystem, ein Universitätsbetrieb oder eine Stadtverwaltung zeigen, sozialwirtschaftliche Arbeiten und Leistungen mit enormen Produktionsmittelausstattungen statt.

Bei der umrissenen Umstellung handelt es sich aber keineswegs nur um einen steuer- und finanzpolitischen Akt, sondern umgekehrt bestätigt dieser empirische Akt eine grundsätzliche Veränderung im Inneren der neuen Formierung. Diese hebt die gebrochene oder dysfunktionale kapitalwirtschaftliche Kalkulation gesellschaftlicher Arbeit auf, welche auch der Argumentation zugrunde liegt, das höhere Steuern der Wirtschaft schaden und eine Ausweitung von sozialwirtschaftlichen Diensten nicht finanzierbar ist. Dieses in der Regel als entscheidend empfundene Argument, eine regelrechte Kultfigur der gängigen Massenindoktrination, hat aber nur in kapitalwirtschaftlicher Perspektive einen realen Hintergrund. Demgegenüber setzt die

Instituierung der sozialwirtschaftlichen Reproduktionsordnung neue Wertverhältnisse in Kraft, die eine Gewichtverlagerung zu sozialwirtschaftlichen Diensten ohne steigende Staatsverschuldung und sogar mit ausgeglichenen betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Bilanzen erlauben.

Es ist im gegebenen Rahmen nicht möglich, die aus der veränderten Praxisformierung erwachsenden erheblichen Konsequenzen hinsichtlich der neu in Kraft tretender Wertfunktionalitäten und insbesondere auch der Eigentumsverhältnisse und Gesellschaftsverfassung zu diskutieren. Aber einige Hinweise mögen das Gemeinte deutlicher machen:

Würden beispielsweise die Kapitalwirte oder ihre wissenschaftlichen Sykophanten reklamieren, dass die neue Steuer die Unternehmen stranguliert, so wäre darauf zu antworten, dass diese nicht dazu dient, eine Staatsbürokratie aufzublähen. Sondern sie ist zur paritätischen Inwertsetzung der auch für die »große Industrie« notwendigen und sinnvollen Arbeit der sozialwirtschaftlichen Dienste unabdingbar und verwandelt sich im übrigen in eine sozialwirtschaftliche Nachfrage, die zugleich entscheidend zur Existenzsicherung der fraglichen Produktionen beiträgt.

Oder würde vorgetragen, die erhebliche Besteuerung des konstanten Kapitals sei ein unzulässiger Eingriff in das Eigentum, so ist dem zu entgegnen, dass nichts genommen wird, was nicht durch eine unmittelbar kostenlose gesellschaftlich-zivilisatorische Vorleistung gegeben wurde. Umgekehrt muss aus sozialwirtschaftlicher Sicht ganz realistisch vorgehalten werden, dass die entsprechenden Werte des Produktionsapparates als gesellschaftlich vermittelte von vornherein gar nicht dem einzelnen Kapitalwirt gehören und wohl besser bei einer Kooperative aufgehoben wären, die diese in gesellschaftlichem Auftrag und unter gesellschaftlicher Kontrolle verwendet. Insofern also ist die Reklamierung eines ausschließenden kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln unter modernen Bedingungen eine Selbsttäuschung und ein einträglicher Großbetrug an der Gesellschaft, der eigentlich weder praktisch noch juristisch zu rechtfertigen ist.

Der entscheidende Punkt liegt bei alledem aber in der These, dass durch die neue Konfiguration und durch die dadurch ausgelösten Um-

formatierungen ein systemischer Sprung eintritt, der zu einer im Innersten grundsätzlich veränderten Wirtschaftsweise führt:

Die Lösung des Problems einer postkapitalistischen, wenn man so will sozialistischen Ökonomik besteht in einer Reproduktionsordnung, welche die Hauptabteilungen der industriewirtschaftlichen Warenproduktion und der sozialwirtschaftlichen Dienste im Zusammenhang einer ökonomischen und politischen Gesamthaushaltung komplementär und paritätisch integriert. Denn die derart veränderte Praxisformierung beruht dann nicht mehr auf einem antagonistischen Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, sondern auf einem gesellschaftlich kontrollierbaren Austausch zwischen zwei Händen der gesellschaftlichen Arbeit. Sie stellt zusammen mit der gleichzeitigen Vermittlungsrolle demokratisch legitimierter wirtschaftsgesellschaftlicher Organe, aufgrund entsprechender Betriebsverfassungen und Wirtschaftsrechnungen, Kommunalverfassungen, Haushaltssatzungen und Regulierungen, eine neue Selbstorganisation des Systems der gesellschaftlichen Arbeit, einen neuen Wirtschafts- und Gesellschaftszustand dar.

Die angedeutete real-mögliche Neuordnung kann so zu einer von der Bindung an die Kapitalerhaltung und dem krebisökonomischen Wachstumszwang befreiten Gestalt des Wirtschaftslebens führen, die praktisch-objektiv ein andersartiges, haushälterisches Kalkül, andere Modi der Wertgeltung und Wirtschaftsrechnung impliziert:

Es ist etwas qualitativ völlig anderes, ob das ökonomische Kalkül des sich verwertenden Werts die Wirtschaftsrechnung und Wirtschaftstätigkeit regiert, oder ob die Werteproduktion und der Wertehaushalt in einem transparenten System der Selbstorganisation der gesellschaftlichen Arbeit reguliert werden. In letzterem Fall kann in materieller, inhaltlicher Hinsicht ohne den alten Kalkülzwang, also entsprechend gesellschaftlichen Bedürfnissen und Anforderungen disponiert werden.

Oder das Konkurrenzgebaren im Kampf der Kapitalverwerter ist etwas anderes, als wenn demokratisch konstituierte Produzentenkollektive, denen die Gesellschaft Produktionsmittel zur verantwortlichen Nutzung überlassen hat, miteinander um verträglichere und bessere Lösungen oder auch um Belohnungen wetteifern. Oder ob ein Überschuss in der Wirtschaftsrechnung, der sich als Mehr-Wert darstellt, einen privaten Profit oder den Anteil an einer gesamtgesellschaftlichen Ersparnis repräsentiert.

Wie auch immer: Es kommt auf eine systemische Formveränderung der wirtschaftsgesellschaftlichen Basisprozesse an, welche den aus dem Krebskalkül der Kapitalwirtschaft erwachsenden Akkumulations- und Expansionszwang bricht und damit die jetzt noch geltend gemachten ökonomisch-politischen »Notwendigkeiten« und »Unvermeidlichkeiten« entkräftet. Ohne dies können zudem weder die Möglichkeiten noch die akuten Probleme der Globalisierung unter gesellschaftliche Kontrolle gebracht noch die internationalen Verhältnisse und Institutionen wirklich neu gestaltet werden.

Das Ringen zwischen Kapitalwirtschaft und Sozialwirtschaft

Es sollte deutlicher geworden sein, dass die sozialwirtschaftliche Ökonomie ein im gegenwärtigen Wirtschaftsleben bereits latent angelegter, mitwirkender und gegenläufiger Prozess ist. Ihre in Ansätzen vorhandenen materiellen Potentiale, ökonomischen Formelemente und subjektiven Klassenkräfte könnten im Zuge eines historisch erstreckten politisch-ökonomischen Transformationsprozesses freigesetzt und entwickelt werden. Dies bedeutet zugleich einen Grundkonflikt mit der immer noch wirk- und übermächtigen, sozial und ökologisch destruktiven kapitalwirtschaftlichen Praxisformierung.

Ein unvermittelter, totalisierender Begriff von »Kapitalismus« kann von der politisch-ökonomischen Grundsituation solcher »widersprüchlicher gesellschaftlicher Praxis« auch ablenken. Die zweideutige, zwielichtige gesellschaftliche Situation stellt sich dar als Ausdruck einer an der Wende zum 21. Jahrhundert eröffneten »Übergangsperiode« mit noch nicht bekannter Erstreckung. Dabei verstärken die ökologischen Brandherde und Existenzprobleme, die im Zuge der kapitalwirtschaftlich vorangetriebenen Globalisierung aufbrechen, die Ungewissheit des Ausgangs.

Die Analyse der Situation bestätigt nicht nur die linke Wirtschafts- und Gesellschaftskritik im Hinblick auf Probleme einer kapitalwirtschaftlichen Überakkumulation und hoffnungslos überflüssig gemachten Bevölkerung, im Hinblick auf eine fortschreitende soziale Polarisierung und Umweltzerstörung, hinsichtlich des Zwangs zu unnachgiebiger globaler Expansion, zur weltweiten Ausplünderung

der Ressourcen sowie wirtschaftlichen Potenziale anderer Räume, bezüglich eines neuen Imperialismus.

Die Analyse verweist zugleich auf die systemisch reprimierte Stellung der sozialwirtschaftlichen Dienste unter dem Kapitalregiment und auf die folgenreiche nicht-paritätische Organisation zwischen den ökonomischen Hauptabteilungen der industriellen Warenproduktion und der sozialwirtschaftlichen Dienste: Die notwendige Ausstattung der sozialwirtschaftlichen Sphäre mit Produktionsmitteln kann selbst auf dem kapitalwirtschaftlich reduzierten Niveau nicht zureichend aus Einkommensteuern finanziert werden. Die These lautet, dass darin eine wesentliche Quelle der heute noch wie ein unerklärliches Schicksal hingenommenen steigenden Staatsverschuldung liegt, welche das Gemeinwesen stranguliert und die Gesellschaft durch die Folgewirkung einer ungerechten Vermögensverteilung weiter polariert.

Die zunehmend aufbrechenden Konstruktionsmängel und Sozialdefizite der Kapitalwirtschaft können letztlich auch durch eine keynesianisch-reformistische Politik nicht mehr abgefangen werden, sondern erfordern als konsequente Lösung die Instituierung einer anderen Reproduktionsordnung und damit einen Bruch mit der noch vorherrschenden Ökonomik und der ihr inhärenten Logik des wirtschaftlichen Handelns.

Das sozialwirtschaftliche Transformationskonzept orientiert, strikt im Gegenzug zur kapitalwirtschaftlichen Tendenz der Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Produktionen, auf eine »Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste« als »andere Hälfte der Wirtschaft« und lässt so in den Unruhen und Streiks im sozialen und öffentlichen Bereich, in den Kämpfen gegen neoliberale Privatisierungen einen strategischen Sinn erkennen. »Emanzipation« bedeutet deren Entfaltung als gemeinwirtschaftliche ökonomische Form und als paritätisch wertbildene Wirtschaftsabteilung. In dieser Gewichtverlagerung und Charakterveränderung liegt, abgesehen von hinzutretenden allgemeinen Arbeitszeitverkürzungen, die grundsätzliche Lösung für das kapitalwirtschaftlich nicht mehr behebbare Beschäftigungsproblem.

Im sozialwirtschaftlichen Szenario kann über den Staat, das heißt über die Steuern und die Haushalte eines ganzen Ensembles demokratischer gesellschaftlicher Organe, ein unverkürzter Werttransfer

hin zu den sozialen, kulturellen und infrastrukturellen Produktionen sozialwirtschaftlicher Dienste organisiert werden. Er verwandelt sich von da in eine effektive Nachfrage, welche das wirtschaftliche Gleichgewicht herstellt und die Existenz industrieller Produzenten sichert. In dieser Konstellation kommen die sozialwirtschaftlichen Produktionen nicht nur einfach als gesamtökonomische und zivilisatorische Vorleistung, sondern vor allem als ausdehnungsfähiges Feld gesellschaftlicher Emanzipation zur Geltung. Im Zusammenhang einer derartigen ökonomischen Kernstruktur bleiben auch entsprechende Räume und Möglichkeiten für Bereiche des wirtschaftlichen Lebens, die sinnvollerweise anders organisiert sein können, beispielsweise als kapitalförmige Kleinproduktion oder als persönliche Dienstleistungen.

Der durch die neue Grundfiguration induzierte systemisch-historische Bruch besteht darin, dass an die Stelle des Verhältnisses von Kapital und Arbeit, an die Stelle des Verwertungs-, Wachstums- und Expansionszwangs, eine paritätische, gleichgewichtige, wenn man so will »äquivalenzökonomische« Selbstorganisation zweier Hände der gesellschaftlichen Arbeit tritt. Diesen sind genossenschaftlich-gemeinnützige und öffentlich-rechtliche Eigentumsformen und Betriebsverfassungen angemessen, während der Gesamtzusammenhang durch demokratische wirtschaftsgesellschaftliche Organe auf allen Ebenen und in allen Bereichen vermittelt und dabei wesentlich durch deren Haushalts-Entscheidungen gesteuert werden kann und muss. Die kommunale und regionale Ebene, der unmittelbare Lebensvollzugsraum der gesellschaftlichen Individuen, kann dann eine ganz neue Rolle als Basiseinheit der gesellschaftlichen Praxis spielen.

Auf der Grundlage einer solchen »demokratischen Wirtschaftsgesellschaft auf sozialwirtschaftlicher Grundlage«, die von einem nicht mehr auf Kapitalverwertung und Ressourcenplünderung programmierten, neuen Kalkül in Sinne einer »Ökonomie der Zeit« beseelt ist, ist auch eine »De-Globalisierung« vorstellbar: In dem Maße, in dem der deformierende und aggressive kapitalwirtschaftliche Export- und Expansionszwang seine Macht verliert und sich ein sozialwirtschaftlicher Reproduktionszusammenhang konsolidiert, können der internationale Wirtschaftsverkehr und die intergesellschaftlichen Beziehungen auf die Grundlage von Gegenseitigkeit und Partnerschaft gestellt werden.

Ausblick

Mit den vorliegenden Überlegungen wird die traditionelle, sozusagen lineare Geschichtsprozessordnung von Systemkrise, politischer Umwälzung und erst darauf folgender politisch-ökonomischer Neugründung verlassen: Die Alternative stellt bereits innerhalb der gegebenen Formation eine wirkkräftige Realität in Latenz dar und kann in Akten der Geburtshilfe, im Verlauf einer historischen Transformationsperiode, möglicherweise zur Welt gebracht werden. Bewusstes gesellschaftliches Handeln in diesem Sinne kann sich aber nicht allein auf innere Krisen oder gar auf äußere Anstöße verlassen. Es ist erforderlich, das Neue als solches in eminent wissenschaftlicher, kollektiver Anstrengung weiter zu identifizieren und in einer politisch-historischen Auseinandersetzung gesellschaftlicher Kräfte zu initialisieren.

Was fehlt, ist in der Tat die Formulierung eines entsprechenden, vertrauenerweckend fundierten, vereinigenden gesellschaftlich-geschichtlichen Projekts. Sonst besteht die Gefahr, dass die modernen sozialen Bewegungen und Kräfte zwar weiter ein kritisches Bewusstsein kultivieren, aber mangels einer positiven Perspektive eine Protestgemeinschaft bleiben, deren schiere Größe die Gegner nicht unbedingt beeindruckt.

Auf dem Weg zu einem tiefergehenderen Begreifen der Situation und zu einer vertrauenswürdigen Programmatik bedarf es allerdings keiner großen Proklamationen, sondern verstärkter gemeinsamer Forschungsanstrengungen in schwierigsten Grundlagenfragen und auf dem Gebiet konkreter Wirtschafts- und Gesellschaftsanalysen. Die Überlegungen zu einer »Sozialwirtschaft als Systemalternative« wollen ein zunächst prototheoretischer oder auch provozierender Beitrag dazu sein.

KARL MAI

Im Spannungsfeld zwischen neoliberalen Leitbildern und anti-neoliberalen Alternativen (Thesen)¹

Grundsätzliches

1. Die neoliberalen Leitbilder in der Wirtschafts- und Sozialpolitik dominieren immer noch stark die öffentliche Meinung und verdrängen die möglichen Alternativen aus dem Alltagsbewusstsein. Dabei spielen die öffentlichen Medien und die Propagandazentralen der Unternehmerverbände und ihrer Lobbyisten eine herausragende Rolle. Der Einfluss der aggressiven neoliberalen Ideologie folgte historisch dem globalen Aufstieg des Finanz- und Rentierkapitals im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts und ebnete ihm global den Weg. Er hat inzwischen die deutsche Parteienlandschaft weitgehend durchdrungen und wird selbst in Kreisen von Linken nur mühsam abgewehrt. Inzwischen ist die neoliberale »Heilslehre« - trotz ihrer Dominanz - auch in einigen globalen Wirtschaftszonen *praktisch* gescheitert, nur in Deutschland ist die intellektuelle politische Elite noch weit von dieser Einsicht entfernt.

2. Gegenwärtig sammeln sich die Anhänger einer anti-neoliberalen Strömung in der Wirtschaftstheorie und ringen um alternative Leitlinien für die praktische Politik. Es wird versucht, die makroökonomischen Grundlagen für eine mehr nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik unter heutigen Bedingungen zu rekonstruieren. Die einseitig angebotsorientierte Wirtschaftspolitik wird in ihrem Versagen gezeigt und durch die Einbeziehung nachfrageorientierter Politikansätze aus der historisch-logischen und makroökonomischen Sackgasse geführt. Dabei ist der zähe Propaganda- und Machteinfluss von neoliberalen Globalinstitutionen (WTO, OECD, IWF, Weltbank, IBZ) und von EU-

1 Der Beitrag wurde schriftlich eingereicht.

Institutionen (EZB, ECOFIN u. a.) zurück zu drängen bzw. zu überwinden.

3. Die gegensätzlichen Konzeptionen der Wirtschafts- und der Sozialpolitik zeigen sich auf allen Feldern der Praxis: in der Lohnpolitik, der Arbeitsmarktpolitik, der Regional- und Strukturpolitik, der Haushalts- und Steuerpolitik, der beitragsfinanzierten Sozialpolitik, der Kommunalpolitik usw. Im Falle der Haushaltspolitik spiegeln sich diese Gegensätze z. B. in der praktizierten Gestaltung der »Konsolidierungspolitik« sowohl auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite. Auch die anderen wichtigen Politikfelder werden von der Ambivalenz der Konzeptionen und von divergierenden Lösungsvorschlägen geprägt.

4. Besondere Schlagkraft versucht die *neoliberale* Sichtweise aus der Demografie abzuleiten, um ihren Kurs auf den Abbau des Sozialstaates zu stützen. Hierdurch wird die Demografie zum Dreh- und Angelpunkt für Fragen der künftigen Altersversorgung, des Gesundheitswesens sowie der Nachhaltigkeit der Finanzpolitik mit dem Ziel, die weitere Staatsverschuldung zu begrenzen. Demgegenüber wird von der *anti-neoliberalen* Sichtweise eingefordert, die wichtigen sozialen Wirkungsfaktoren und ihre komplexen Zusammenhänge hinreichend zu beachten. Die alternative Sichtweise lehnt daher die paradigmatischen, eindimensionalen Denkweisen der Neoliberalen grundsätzlich ab und stellt die Wechselwirkung von Demografie, Produktivitätsentwicklung, Beschäftigungslage und Sozialpolitik wieder in den Mittelpunkt von Projektionen in die Zukunft.

Lohn- und Arbeitsmarktpolitik

5. In der *Lohn- und Arbeitsmarktpolitik* behauptet die neoliberale Sichtweise hartnäckig ihren Standpunkt, dass die zu hohen Lohn- bzw. Arbeitskosten die Arbeitssuchenden vom Markt verdrängen und folglich eine hinreichende Lohnsenkung je Arbeitsstunde zur Auflösung jener »freiwilligen« Arbeitslosigkeit führe, die eintritt, wenn man nicht auf die marktwidrige Lohnhöhe verzichte. So sei der Arbeitslose selbst an seiner Ausgrenzung schuld. Die Lösung des Problems wird also in

der Eskalation der Niedriglohnbereiche, der Teilzeit- und Minijobs sowie in der indirekten Lohnkostensenkung durch »zumutbare« Arbeitszeitverlängerung verfochten und vorangetrieben. Unbezahlte Überstunden, die vielerorts expandieren, verleiten die Unternehmen zur Extensivierung der Regelarbeitszeit zwecks durchgängiger Stundenlohnsenkung. Jede produktivitätsgerechte, aber oft auch jede geringere Tariflohnerhöhung wird als marktwidrige und wettbewerbsfeindliche Fehlorientierung hingestellt. Der Lohnwiderstand der aktiven Gewerkschaften wurde zum Hauptfeind des höheren Wachstums gestempelt und schon weitgehend durch Betriebsvereinbarungen ausgehebelt.

6. Demgegenüber rückt die anti-neoliberale *Alternative* die erreichten realen Produktivitätserhöhungen je Arbeitsstunde und den hieraus erwachsenden Verteilungsspielraum in den Vordergrund und orientiert auf eine *produktivitätsgerechte* Lohnpolitik, die eine anteilige Steigerung der realen Massenkaukraft sichert. Der verteilungsseitige *Anspruch* von Neoliberalen auf den gesamten effektiven jährlichen Produktivitätszuwachs zugunsten der Unternehmen wird zurückgewiesen.

Die Erhöhung der Binnennachfrage durch produktivitätsgerechten Lohnzuwachs je Arbeitsstunde wird damit zum Schlüssel der Wachstumspolitik, die u. a. auch die notwendige gesamtwirtschaftliche Nachfrageseite angemessen – also nach sozialgerechter Verteilung – einschließt. Die nachfrageseitigen Wachstumsimpulse führen im Wirtschaftskreislauf zur erhöhten Investitionsneigung der Unternehmen und damit zur Erhöhung von innovativen Produktionspotenzialen sowie auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die *anti-neoliberale Alternative* setzt daher auf einen Trend der ständig erzielbaren Produktivitätssteigerung auf Basis des technischen Fortschritts, der u. a. die Endnachfrage der Binnenwirtschaft erhöht. Sie wendet sich gegen die schrittweise Absenkung der Lohnquote am Volkseinkommen und gegen die Stagnation und Senkung der Reallöhne.

7. Die neoliberale *Arbeitsmarktpolitik* setzt nicht an der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch höhere Produktionspotenziale im Wertschöpfungsbereich an, sondern an der Senkung der zu hohen und der länger dauernden Arbeitslosigkeit durch *Druck und Zwang* auf die

Arbeitslosen hinsichtlich ihrer Sozialeinkommen. Das Ziel, die Zwangslage zur Aufnahme beliebiger billiger Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnbereich extrem zu verstärken, wird mit aller Brutalität verfolgt, obwohl das Angebot an solchen *zusätzlichen* Arbeitsplätzen zwangsläufig begrenzt ist: Billiglohnempfänger rechtfertigen keine neuen hohen Investitionen je Arbeitsplatz, weil sie jederzeit kündbar sein sollen. Daher wird der Kündigungsschutz weiter eingeschränkt und die Mindestlohnpolitik der Gewerkschaften blockiert.

Normalarbeitsplätze werden in Billiglohn-Arbeitsplätze umgewandelt. Zwischen regulären Arbeitseinkommen und effektiven *Arbeitsloseneinkommen* wird die Kluft erhöht. Für Arbeitslose wird das Sozialeinkommen *unter* die Lebenshaltungskosten gedrückt – mit verheerenden Folgen für die Massenkaukraft. Kombilohnmodelle werden als Waffe zur Senkung der Arbeitskosten und zur Erosion der Tarifeinkommen propagiert oder genutzt.

8. Die anti-neoliberale *Alternative* kann der diskriminierenden Arbeitsmarktpolitik nur mit gesellschaftlich organisiertem Widerstand begegnen, der politisch mobilisiert werden muss. Der ideelle Widerstand richtet gegen die erpresserische »Abwanderung« von Arbeitsplätzen, auf die Erhaltung des tariflichen Kündigungsschutzes, auf die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen, auf die Erhaltung eines existenzsichernden Sozialeinkommens sowie auf die Verminderung von Langzeitarbeitslosigkeit und von Jugendarbeitslosigkeit. Die Schaffung eines »Öffentlichen Beschäftigungssektors« (ÖBS) und seine Finanzierung stehen immer noch auf der alternativen Agenda.

9. Besondere ideologische Konflikte ergeben sich hier durch die Verfechter eines *bedingungslosen* Grundeinkommens (BGE), das den existenzgesicherten Rückzug der »überschüssigen« Arbeitspotenziale vom Arbeitsmarkt mittels ausreichend hoher staatlicher Sozialleistungen erlauben soll. Die soziale Alimentierung in Höhe eines BGE würde dann zwar eine generelle Senkung der Bruttolöhne in den Unternehmen ermöglichen, jedoch entsteht sogleich eine fiskalische Finanzierungslücke für das BGE. Der Ausgleich dieser erheblichen Finanzierungslücke durch Steuern wirft neue generelle Verteilungs- und Tarifprobleme auf.

Dem Wesen nach handelt es sich aber bei der Konzeption zum BGE nur um einen scheinbar »anti-neoliberalen« Entlastungsakt, der einer rapiden Lohnkostensenkung in durchaus *neoliberaler* Schlagwirkung den Weg ebnet. Auf diesem Umweg werden ambivalente Umverteilungsprobleme bei der öffentlichen Finanzierung des BGE neu erzeugt. Die Expansion der sozialen Alimentierung durch ein BGE schafft eine »Freiheit vom Arbeitszwang«, welche kaum rational sozial steuerbar ist. Daher würde ein BGE gesellschaftlich kaum mehrheitsfähig werden.

Das Ziel einer »Vollbeschäftigung« bei Ausnutzung der Produktionspotenziale zur Investition von Realkapital und zur sozialgerechten Konsumtion bei *ausgeglichener* Außenwirtschaft bleibt eine Vision der gewerkschaftlichen und linken Alternative, die unter neoliberalen Rahmenbedingungen unerfüllbar scheint.

Sozialpolitik

10. Die *neoliberale Sozialpolitik* - mit ihren Hauptsäulen Renten- und Gesundheitspolitik - sucht im weiteren Abbau des »Sozialstaatsmodells auf paritätischer Grundlage seiner Finanzierung« die unternehmensseitigen Sozialbeiträge radikal zu senken und damit die Profitbasis für das Kapital auszuweiten. Gleichzeitig sollen steuerliche Belastungen für den Staatshaushalt gesenkt oder »eingefroren« werden. Ziel ist eine rabiate Senkung der Sozialquote und der Staatsquote am BIP, um dem global expandierenden Kapital die maximalen Wertschöpfungspotenziale für den *Kapitalexport*überschuss und die Markteroberungen zu sichern.

Die staatlichen Sozialleistungen sollen vor allem zu Lasten der untersten bis mittleren Einkommensgruppen reduziert werden, wobei die radikale Absenkung des SV-Rentenniveaus, der effektiven SV-Rentenansprüche und -leistungen sowie die Kappung der SV-Gesundheitsfinanzierung im Mittelpunkt stehen. Die zähe Propagierung der These von den überhöhten Lohnnebenkosten, die isoliert betrachtet und dem internationalen Vergleich entzogen werden, bildet die ideelle Basis hierfür.

11. In der *neoliberalen* Rentenpolitik erfolgt durch Ausgliederung der Mitversicherung von Ehefrauen, Kürzung der Anrechnungszeiten für Berufsausbildung, Minderung von Ausgleichszahlungen wegen Arbeitslosigkeit, Vorruhestandsregelungen u. ä. m. eine fortgesetzte Verschlechterung der Leistungsbezüge, die durch Nullrunden in der jährlichen Rentenanpassung und Abschlagsfaktoren (Renteneintrittsalter) verallgemeinert werden. Die neoliberale Interpretation von Folgen der künftigen demografischen Altersstrukturentwicklung liefert hierfür die Argumente. Die Nettolohnbasis für die Rentensteigerung wird durch die Einbeziehung von Teilzeitarbeit und von Niedriglohnbereichen in den rentenwirksamen Durchschnittsverdienst herabgedrückt, ebenso durch die faktische Nettolohnsenkung infolge der Herausrechnung der Anteile für die »freiwillige Riester-Rente«.

12. Gleichzeitig werden Zwänge zur Ausweitung freiwilliger Zusatzversicherungen für Arbeitnehmer eingeführt, die dann Unsicherheiten und Labilitäten des globalen Finanzmarktes in die künftigen Leistungszahlungen implementieren, so dass das künftige effektive Rentenniveau nominell dennoch sinkt. Die nachgelagerte höhere Rentenbesteuerung wirkt sich keineswegs zugunsten der künftigen Rentner aus. Schließlich bilden auch die privaten Zusatzversicherungen keinen sicheren, hinreichenden Ausgleich für die absehbar fortschreitende *Preisinflation* mit ihren kumulierenden Effekten auf die künftigen *realen* Nettorenten.

13. In der *Gesundheitspolitik* wird der Trend zur Kostensenkung nicht nur über die Selbstbeteiligung bei Medikamenten und mittels erhobenen Behandlungsgebühren, sondern auch durch neue Modelle der Grundsicherung und der Zweiklassenmedizin vorangetrieben oder anvisiert. Der Streit um die »Kopfpauschale« oder die »Grundsicherung« in der Krankenversicherung bildet zwei Seiten einer Medaille des Abstiegs im staatlichen Versicherungsschutz. Die Verheißungen der Politiker zur Einschränkung der die Gesundheitskosten hochtreibenden Medikamente scheitern weiterhin an der Lobby der Pharmaindustrie.

Im Bereich der *Gesundheitspolitik* stellt die Monopolpreisbildung der Pharmakonzerne und Medizin-Gerätehersteller einen kostentreibenden Faktor dar, der offenbar ohne staatliche Intervention nicht

beherrschbar ist. Die Inlandpreise der Pharmakonzerne liegen z. T. deutlich über ihren Wettbewerbspreisen auf den Auslandsmärkten. Hinzu kommen kostentreibende Mängel des Systems der Krankenkassen und kassenärztlichen Vereinigungen, die durch eine erfahrene Lobby konserviert werden sollten.

14. Demgegenüber weist die *anti-neoliberale Alternative* immer wieder auf die Chancen hin, die staatlichen Sozialleistungen durch die Erhöhung der Einnahmen der Sozialkassen zu stabilisieren: auf der Basis einer erweiterten SV-Pflicht für Beschäftigte, einer erhöhten oder verbreiterten Bemessungsgrundlage für SV-Beiträge (u. a. Einbeziehung von Vermögenseinkünften), einer Einschränkung von Niedriglohnjobs und Minijobs, einer Reduzierung der strukturellen Arbeitslosigkeit durch höheres Wirtschaftswachstum, einer Loslösung der SV-Einnahmen von der effektiven Lohnbasis durch Übergang zu einer kompensatorischen Besteuerung der gesamten Wertschöpfung in den Unternehmen sowie durch weiterem Übergang zur steuerlichen Finanzierung. Auf der Ausgabenseite der Sozialkassen wird die Ausgliederung von »versicherungsfremden Leistungen« aus der regulären SV-Finanzierung vorgeschlagen.

Haushalts- und Steuerpolitik, Staatsverschuldung

15. Die neoliberale *Haushaltspolitik* folgt der Fiktion, dass eine Senkung der Staatsausgabenquote am BIP »an sich eine sozial gerechte Politik« sei, weil sie die ausufernden Staatsausgaben zu Gunsten sinkender Steuerlasten einschränke, damit die privaten Netto-Einkommen erhöhe und den resultierenden Wohlstand mehre. Dies abstrahiert von der wachsenden ausgleichenden Verpflichtung des Staates im Arbeitsmarkt- und Sozialbereich, aber auch von originär staatlichen Aufgaben bei den öffentlichen Dienstleistungs- und Bildungsfunktionen, bei der Gewährleistung einer modernen Infrastruktur und bei der ausgleichenden Struktur- und Förderpolitik in den stark unterentwickelten Regionen und Subregionen Deutschlands. Trotz wachsender Staatsverschuldung wurde die sinkende Steuerquote zum Fetisch, wodurch auch letztlich die Defizitkriterien der EWU laufend überschritten wurden.

16. Die *anti-neoliberale Alternative* setzt dagegen auf die nachfragewirksamen Effekte der Haushaltsausgaben, die mittels Steuern oder Schulden in den Verwendungen für öffentliche Investitionen und für staatlich vermittelte Konsumtionszwecke immer rasch zu marktwirksamen Impulsen für das Wirtschaftswachstum führen. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte über ständig sinkende Ausgaben in Zeiten der niedrigen Wachstumsphasen bzw. der Stagnation wird daher von Vertretern der Alternative entschieden abgelehnt. Die Defizitkriterien der EWU gelten als künstlich administrierte Regeln, die in Widerspruch zur ökonomischen Lage und zur notwendigen interventionistischen Ausgabenpolitik des Staates geraten und sich dadurch als Hemmschuh des sonst möglichen höheren Wachstums zeigen. Die Deregulierungspolitik des öffentlichen Eigentums mit ihren negativen Folgen wird konsequent abgelehnt.

17. Die *neoliberale Steuerpolitik* basiert auf dem Credo, dass Steuern letztlich das Gemeinwohl schädigen, weil sie einer bürgerfernen und ineffektiven Verschwendung zugeführt und der bürokratischen Einflussnahme ausgeliefert werden. Die resultierenden Staatsausgaben werden nicht als Wachstumsgenerator, sondern als Wachstumshindernis verunglimpft. Steuerlasten seien daher auch kein brauchbares Mittel zur sozialen Armutsbekämpfung, sondern eher zur Armutserzeugung, vor allem bei den unteren Einkommensgruppen. Die niedrigen wirtschaftlichen Wachstumsraten trotz (oder wegen) der Steuersenkungspolitik sind aus neoliberaler Sicht der Beweis, dass noch zu hohe Steuerlasten bestehen – insbesondere im Unternehmenssektor. Die Senkung der Steuern auf Kapital- und Vermögenseinkommen als neoliberaler Impuls zur erhofften neuen Wachstumsbeschleunigung ist inzwischen dramatisch gescheitert und hat eine anhaltende Krise der Haushaltsfinanzierung in Deutschland erzeugt. Der Versuch, aus dieser Krise durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuern zu Lasten des Massenverbrauchs fiskalisch herauszukommen, erhöht die Einengung des Binnenmarktes und wirkt dadurch letztlich kontraproduktiv.

18. Demgegenüber ist die *anti-neoliberale Alternative* grundsätzlich gegen eine jede einseitige Steuersenkungspolitik auf Gewinnsteuern, solange die gebotene Finanzierung der notwendigen öffentlichen Ausgaben gefährdet bleibt oder immer wieder durch »Spar-Haushalte«

vermindert wird. Die *angemessene* Besteuerung der Konzerngewinne mit dem Ziel, die vergleichsweise international *höheren* Steuerquoten am Bruttogewinn und letztlich auch am BIP zu erreichen, kann als Ziel sozialgerechter Gewinnbesteuerung auf die Kapitaleinkommen gelten. Im Hintergrund ist die rapide Erhöhung der privaten Geldvermögen in Deutschland, die vor allem aus Kapital- und Zinsgewinnen gespeist wird, ein unwiderlegbares Argument für diese anti-neoliberale Position.

19. Staatsschulden sind als Geldvermögensanlage im Zeitalter des spekulativen *Finanz- und Rentier*kapitalismus international stark verbreitet, und viele Staaten haben eine höhere Schuldenstandsquote am BIP als Deutschland. Die *neoliberale Verketzerung* der Staatsverschuldung steht in Interessenwiderspruch zu den permanenten Zuwächsen der privaten Geldvermögen aus der Zinseszinsfunktion, die aus den Staatsschulden resultieren. Gleichzeitig sind die wachsenden privaten Nettogeldvermögen *infolge* ihrer Anlage in den Staatsschulden auch der Reflex einer globalen Krise in der hochprofitablen Kapitalverwertung als Realkapital.

Staatsschulden sind zwar sozial ambivalent, aber nicht undifferenziert zu bewerten: Die Folgen einer kumulierenden Schuldenaufnahme mit *zweckgebundener* Verwendung in der öffentlichen Infrastruktur sind vergleichsweise günstiger als die starke und permanente Reduktion der öffentlichen Investitionen unter das Erhaltungsniveau und die zwingend erforderlichen Modernisierungen.

20. Besonders verhängnisvolle Folgen hat die *neoliberale* Haushaltsentschuldung durch die Privatisierungspolitik von öffentlichen Unternehmen (Staatseigentum), die mit einer spürbaren oder nur verzögerten Erhöhung der Nutzungspreise und der Lebenshaltungskosten verbunden ist. Auch die neuen Verfahren der *Rückleihe* von verkauftem öffentlichem Eigentum seitens des vorherigen *Verkäufers*, die auf kommunaler Ebene betrieben werden, dienen letztlich der Profitmaximierung der privaten Geldanleger, deren Überschusskapital hohe Renditen sucht.

Die *anti-neoliberale* Sichtweise auf die Politik der kommunalen *Entschuldung* durch den Verkauf von kommunalen Eigentumswohnungen betont: hier tauscht man sichere laufende Einnahmen gegen *ein-*

malig hohe Einnahmen aus den Erlösen – eine kurzfristige Lösung, die aber nichts an den strukturell und langfristig viel zu niedrigen originären Steuereinnahmen der Gemeinden bessert, sondern sie verschlechtert, jedoch die Bürger tendenziell immer mit höherer Mietzahlungen belastet.

21. Die *anti-neoliberale* Alternative wendet sich insbesondere gegen die Verunglimpfung der Staatsverschuldung aus Prinzip, wie sie in jüngerer Zeit öffentlich verfochten wurde. Die Bindung der eskalierenden privaten »Einkommen aus Kapital und Vermögen« durch eine neue jährliche Kreditvergabe an den *Schuldner* Staat ist solange volkswirtschaftlich zweckmäßig, wie dies den Kapitalabfluss in ausländische Anlagebereiche begrenzt und dabei *objektiv notwendige* Finanzierungsquellen für die inländische Infrastruktur erhält. Den öffentlichen Schulden stehen zumindest immer die investierten Anlagevermögen der öffentlichen Infrastruktur gegenüber – beide werden an die Folgegenerationen vererbt.

22. Notwendige Begrenzung und Abbau der Staatsverschuldung sind eine Funktion der hierfür verfügbaren potenziellen Staatseinnahmen und ihrer jeweiligen Perspektiven. Die neoliberale Gegenläufigkeit von Steuersenkungspolitik und Haushaltskonsolidierung muss bei zu schwachem BIP-Wachstum scheitern.

Eine Konsolidierung sollte nicht die gesamtgesellschaftlichen Wachstumspotenziale aus der sinnvollen Kreditierung der Infrastruktur verhindern. Daher ist aus *alternativer* Sicht jede investive und infrastrukturell effektiv verwendete Neuverschuldung nicht von vornherein mit einer »nicht mehr tragfähigen« Staatsverschuldung gleichzustellen. Es gab bereits Bestrebungen, die infrastrukturellen Investitionen aus öffentlichen Haushalten zu tolerieren und aus den angedrohten EU-Defizitsanktionen auszuklammern.

23. Die *anti-neoliberale Alternative* plädiert für eine zweckgebunden begrenzte, volkswirtschaftlich sinnvolle Kreditaufnahme des Staates zur Vorfinanzierung der öffentlichen Infrastruktur. Die konkrete »Tragfähigkeit« von Staatsschulden ist an die Relationen von realer BIP-Wachstumsrate, Zinssatz und primärer Haushaltsdefizitquote sowie Schuldenstandsquote am BIP und anderer makroökonomischer Vari-

ablen gebunden und als ökonomisches *Kriterium* der Staatsverschuldung durch die Finanzwissenschaft rational geklärt.

Sofern der Wachstumseffekt aus der staatlichen Infrastruktur aus jährlicher Kreditfinanzierung (Einkommensmultiplikator) positiv ist und das reale BIP-Wachstum die derzeitige deutsche Schuldenstandsquote am BIP stabil hält, ist eine begrenzte jährliche Netto-Neuverschuldung mit verfassungskonformer Zweckbindung tolerabel. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte muss durch die Einnahmepolitik *sozialgerecht* vorangebracht werden.

Regionalpolitik in Ostdeutschland

24. Die *neoliberal eingefärbte Bundespolitik* verhinderte eine effektive Regional- und Strukturpolitik in Ostdeutschland zwecks Angleichung der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Ost an West. Volkswirtschaftliche Aspekte blieben bei der Privatisierungspolitik der Treuhand weitgehend unbeachtet und die Rückübertragung von Immobilien erhielt Vorrang vor Entschädigung – mit weitreichenden Folgen für die regionale Wirtschaftsstruktur. Das hat dazu geführt, dass allein oder überwiegend die marktsponanten Kräfte zum Regulator der Wachstumschancen für die von Westkonzernen beherrschte ostdeutsche Unterentwicklungsregion wirksam wurden. Man weigerte sich seit 1990 hartnäckig, die gesetzlichen Rahmenbedingungen konsequent auf eine forcierte Struktur- und Förderpolitik für industrielle Potenziale der Ostregion auszurichten und ausreichende Sonderregelungen mit der EU für die ostdeutsche Angleichung der Wirtschaftsleistung zu vereinbaren. Die neoliberale Förderpolitik blieb schon nach 1996 unter den Erwartungen. So stolperte die ostdeutsche Unterentwicklungsregion nach dem »ersten Umbruch« der Transformation – mit tiefem Absturz ihrer Produktivität – als eine stark strukturell deformierte Dependenzökonomie sofort in den folgenden »zweiten Umbruch« einer *weltweiten* Globalisierung unter dem Druck des transnationalen Finanz- und *Rentier*kapitalismus.

25. Die *anti-neoliberale Alternative* zur deutschen Vereinigungsökonomie trat seit 1990 mit Warnungen hervor, die missachtet wurden. Vorschläge zur Einrichtung eines Niedrigsteuergebiets, zur Privilegie-

rung der Sanierung vor dem Verkauf, zur vollständigen Annullierung von Altschulden, zur zinsgünstigen Kreditpolitik, zur Exportstabilisierung nach Osten usw. scheiterten. Im Ergebnis bildete sich in Ostdeutschland eine *kleinbetriebliche* Wirtschaftsstruktur heraus, deren Produktivitätsniveau *zwangsläufig* permanent unter dem westdeutschen liegt. Der »neoliberale Durchmarsch« hatte ganze Wirkung gezeigt, die heute irreparabel erscheint: Ostdeutschlands Industriestruktur bleibt weiterhin deformiert – das Land hängt permanent »am Tropf« der Transfers, die Verteilungskämpfe nehmen zu und die Aussichten des regionalen Bevölkerungsrückgangs und der raschen Überalterung werden bedrohlich bzw. *mittel- und längerfristig sogar dramatisch*.

26. Die *neoliberalen* Thesen zur Wachstumssteigerung durch niedrigere Löhne und günstige industrielle Lohnstückkosten werden inzwischen gerade in Ostdeutschland als gescheitert gewertet und als nachrangig gegenüber der restriktiven Binnenmarktfrage erkannt. Ostdeutschland gewinnt trotz seiner niedrigeren Lohneinkommen keine *überflügelnde* BIP-Wachstumsrate gegenüber Westdeutschland und damit keinen Angleichungsprozess.

Der politische Impuls, dieses historische Dilemma ostdeutscher Unterentwicklung noch abzuwenden, kann *im Rahmen* der bestehenden neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland keine überzeugende Alternative finden und nicht zum Erfolg führen. Die offizielle Förderpolitik für Ostdeutschland findet keinen Ausweg aus der gegenwärtigen und der perspektivischen Lage.

27. Demgegenüber erfordert eine *anti-neoliberale* Alternative für Ostdeutschland eine neue Beschleunigung des Wachstums durch eine koordinierte Strukturpolitik für die Gesamtregion mit hinreichenden privaten Investitionen in den Wertschöpfungsbereich, um die langjährige Stagnation im Angleichungsprozess zu überwinden und mittelfristig zu einem weiteren gebotenen *Aufholprozess* in der BIP-Leistung je Kopf zu gelangen.

Hierfür sind gesamtstaatlich die erforderlichen Zielstellungen zu definieren und die notwendigen Rahmen- und Förderungsbedingungen zu gestalten. Dazu gehört eine Revision des Solidarpakts II mit dem Ziel, die jetzt dort vorgesehene Rückführung der SOBEZ ab 2008 auszusetzen, die Zweckbindung der Mittel durchzusetzen und die re-

striktiven Engpässe infolge der erforderlichen Ko-Finanzierung der Länder zu reduzieren.

Gleichzeitig besteht eine hochgradige Abhängigkeit der ostdeutschen von der gesamtdeutschen Konjunktur und ein enger Zusammenhang mit der negativen Kaufkraftentwicklung Ost auf dem Binnenmarkt (»Hartz-IV« usw.).

Die politische Mobilisierung zur Verhinderung eines weiteren relativen Abgleitens der neuen Bundesländer (gegenüber der westdeutschen Entwicklung) ist auch für *Gesamtdeutschland* bereits die implizite Voraussetzung, um dessen weiteren Abstieg in der EU zu verhindern.

Schluss

Die aktuelle theoretische und -politische Alternative zum Neoliberalismus und zu einer einseitigen Angebotsdogmatik ringt um größeren Einfluss in der Öffentlichkeit, speziell in den Medien. Diese Alternative schöpft aus dem Erbe der Theorie von *J. M. Keynes*, der die Rolle von staatlicher Nachfragepolitik und von volkswirtschaftlicher Endnachfrage (bei Ungleichgewicht in der Wirtschaftslage) betonte. Der Kampf gegen den Neoliberalismus geht bis in die ambivalenten Detailargumente auf den wichtigsten Politikfeldern, wo die Kapitalinteressen den Sozialstaat strangulieren. Die politische Interessenvertretung derjenigen Schichten und Gruppen, die nicht von ihren privaten Kapitaleinkünften leben können und einen sozialgerechten Verteilungsmodus beim Volkseinkommen erhoffen, wird zur unabweisbaren Aufgabe der politischen *Linken*.

HANS-JÜRGEN GERICKE

Gedanken zum Thema des Workshops und zu einem neoliberalen Experiment

Die Themenstellung suggeriert, dass es eine »alte« politische Ökonomie gibt, der vor allem infolge der Implosion des Realsozialismus weitgehend der Boden entzogen zu sein scheint. Aber um deren Legitimationskrise geht es heute nicht. Es geht um die Verheißungen und Versprechungen, mit denen der nun in alleiniger Weltverantwortung stehende Kapitalismus mit Hilfe des alle anderen Denkansätze dominierenden neoliberalen Dogmas die globalen Probleme lösen will. Dabei sind wir uns darüber im Klaren, dass nicht der Neoliberalismus selbst gescheitert ist. Bei der Verfolgung seiner ausgesprochenen und unausgesprochenen Ziele hat er große vordergründige Erfolge aufzuweisen. Auf der Basis neuester Technologien ist die Produktivität rasant gestiegen. Die Märkte sind weitgehend offen, die Profite sowie ihr Anteil an den Volkseinkommen nehmen nicht zuletzt durch unternehmerfreundliche Steuerpolitik in vielen Ländern auf Kosten der Einkünfte der Lohnabhängigen zu; die Präkarisierung der Arbeitsverhältnisse in Verbindung mit zunehmender Deregulierung der Arbeitsmärkte und die Privatisierung bzw. Enteignung von öffentlichem Eigentum in zahlreichen Ländern nehmen immer größere Ausmaße an. Die transnationalen Konzerne beherrschen in globalem Umfang die nationalen Reproduktionsprozesse und sind in der Lage, einzelne Staaten unter Druck zu setzen. Die Bewegung der globalen Finanzmärkte und des Spekulationskapitals überlagern die realen ökonomischen Prozesse. Volkswirtschaftliches Rationalitätsdenken wird von betriebswirtschaftlicher Logik verdrängt, es herrscht »mikroökonomische Radikalisierung« (Kurz) vor. Die neoliberalen Bestrebungen und Aktionen scheinen auf kein ernsthaftes Hindernis zu stoßen. Im Zuge des Abbaus der Sozialstaatlichkeit in vielen Ländern vollzieht sich seit Jahren eine rigorose Umverteilung von unten nach oben.

Das alles und noch mehr ist bekannt.

Nicht der Neoliberalismus selbst ist also gescheitert. Wie aber steht es mit seinem theoretischen Anspruch?

Das heilsversprechende liberale Grunddogma von den wohltätigen gesellschaftlichen Gesamtwirkungen im Resultat des egoistischen Handelns der vielen Einzelnen hat sich seit langem und unter allen Bedingungen als ad absurdum erwiesen. Dies trifft ganz offensichtlich für wirtschaftspraktische und -politische Rezepte zu. Man denke nur an die realitätsferne Formel Unternehmenssteuersenkung – Gewinnmaximierung – Investitionen – Schaffung von Arbeitsplätzen. Ähnlich verhält es sich mit den Forderungen nach Niedriglöhnen und Lockerung des Kündigungsschutzes als Bedingung für mehr Arbeitsplätze. Mit diesen und anderen Mythen und Legenden hat sich u. a. Albrecht Müller¹ gründlich auseinandergesetzt. Von den politischen Kräften, vor allem den Parteien, wird nach wie vor die Illusion verbreitet, dass die Arbeitslosigkeit nur eine vorübergehende Erscheinung sei, der man in Zeiten eines kräftigen und dauerhaften Wirtschaftswachstums und durch geeignete politische Maßnahmen Herr werden könnte. Die Entwicklung beweist das Gegenteil. Fast täglich erreichen uns Nachrichten über Massenentlassungen trotz hoher Gewinne der Unternehmen sowohl in der Industrie und im Verkehrswesen als auch im Dienstleistungssektor. Je mehr Arbeitnehmern gekündigt wird, desto höher die Renditen und Aktienkurse und auch die Vergütungen der Wirtschaftsmanager.

Die Slowakische Republik ist eines der zehn Länder, die vor einigen Jahren der Europäischen Union beigetreten sind. Sie gilt als beispielhaft für gelungene neoliberale Reformen. Tatsächlich hat das Land hohe Wachstumsraten der Bruttozialprodukts und der Arbeitsproduktivität aufzuweisen, nachdem es etwa im Jahre 2000 das Niveau des Wendejahres 1989 wieder erreicht hatte. Produktions- und Infrastruktur wurden modernisiert, die Beschäftigtenstruktur hat sich grundlegend verändert. Die Devisenreserven des Landes sind systematisch gestiegen. Die monatlichen Durchschnittslöhne sind von 1989 bis 2004 um das Fünffache gewachsen, die Preise haben sich etwa versechsfacht, so dass jedoch die Reallöhne nur 87 % des Standes von 1989 ausmachten, die Renten lagen nur bei 80 %. Die innere Kaufkraft der Slowakischen Krone ist von 1989 bis 2004 auf 17 Heller gesunken; d. h. dass man 2004 100 SK bezahlen musste, um Waren und Leistungen in einem Umfang zu erwerben, für die man 1989 nur 17 SK zu

1 Albrecht Müller: Die Reformlüge. München 2004.

bezahlen hatte. Die offensichtliche, hohe Diskrepanz im genannten Zeitraum zwischen dem 12–15 % höherem BIP und den gesunkenen Reallöhnen und –renten rührt nach Einschätzung slowakischer Ökonomen daher, dass ein wesentlich höherer Teil in Form von Unternehmensgewinnen, Dividenden, Zinsen und anderen Erträgen aus Kapital- und Immobilienvermögen abgeschöpft wurde, ein großer Teil davon ins Ausland.² Mit 43 Mrd. SK im Jahre 2004 sind diese gegenüber 2000 um mehr als 50 % gestiegen. Majtan kommt zu dem Schluss, dass sich die Slowakei infolge des starken Vermögens- und Einkommenstransfers ins Ausland bzw. in die Kanäle des internationalen Finanzkapitals zu einer typischen Bananenrepublik entwickelt hat. Das ist das Resultat einer typisch neoliberalen Wirtschaftspolitik, die schon vor dem Beitritt des Landes zur EU eingesetzt hat. Systematisch und großzügig wurde der Ausverkauf von öffentlichem Vermögen betrieben unter Bedingungen einer dreifach abgewertete Währung. Über die Wirtschaft entscheiden hauptsächlich ausländische Eigentümer und Entscheidungsträger sowie mit ihnen verbundene einheimische Manager. Auf der anderen Seite sind die Slowaken durch zusätzlichen Sozialabbau infolge harter Bedingungen für Kreditgewährung durch internationale Großbanken, zunehmende Polarisierung in Arm und Reich und starkes regionales Gefälle im Lebensniveau und in der Arbeitslosigkeit in ihrer Mehrheit Verlierer dieser Politik.

An diesem Beispiel neoliberaler Politik in einem osteuropäischen Transformationsland wird zugleich deutlich, dass die Mehrheit seiner Bewohner trotz fleißiger Arbeit und Hinnahme einschneidender Veränderungen im Zuge der Präkarisierung der Arbeitsverhältnisse von der Abwanderung von Kapital aus westeuropäischen Ländern nicht profitiert. Es ist das internationale Kapital, das seinen Vorteil aus Niedriglöhnen und dem Steuerdumping zieht. Es scheut auch nicht davor zurück, im Falle von Korrekturen der unsozialen Steuer- und Abgabepolitik nach dem jüngsten Regierungswechsel und einer befürchteten Verschlechterung seiner Renditen seinerseits mit Kapitalrückzug zu drohen.

2 Michal Majtan: Zur wirtschaftlichen Situation in der Slowakischen Republik. In Informationsblatt der Freunde der Tschechen und Slowaken e.V. Heft 2/2005. Berlin 2005. S. 20–25 sowie Michal Majtan: Zu einer warnenden Vision und Prognose der langfristigen Entwicklung der Slowakei. In Informationsblatt der Freunde der Tschechen und Slowaken e.V. Heft 1/2006. S.5–7.

Bei der Suche nach einem theoretischen, politökonomischen Ansatzpunkt für eine Alternative sollten wir bestimmte Prämissen zugrundelegen. Dazu gehört:

- Der Kapitalismus ist in einem immer wieder überraschenden Maße anpassungs- und transformationsfähig. Seine Reproduktionsfähigkeit ist von innen heraus nicht gefährdet, in diesem Punkt ist u. a. Braudel und Altvater beizupflichten.³
- So sehr sich die Bewegung des Kapitals in virtuellen, »ortlosen« und spekulativen Räumen vollzieht, so stellen doch die realwirtschaftlichen Prozesse täglich unter Beweis, dass die Arbeit zusammen mit der Natur nach wie vor die Quelle des materiellen Reichtums kapitalistischer Gesellschaften ist, der in einer »ungeheuren Warensammlung« (Marx) erscheint. Die Quelle der »Wertschöpfung« ist nicht das Spekulationskapital.
- Die Arbeit geht nicht aus, auch die bezahlbare nicht, die Teilhabe an ihr geht dagegen immer mehr zurück, und ihre Struktur verändert sich, beides im Ergebnis des progressiven Wachstums ihrer Produktivität.
- Die Globalisierung ist als faktisch ungehinderte weltweite Kapital-expansion und –akkumulation die Fortsetzung des von Marx und Engels vor über 150 Jahren beobachteten Prozesses der »Exploitation des Weltmarkts«, der die Bourgeoisie in ihrem »Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte...über die ganze Erdkugel jagt.«⁴

Dennoch bestehen große Unterschiede im Kapitalismus des Industriezeitalters, d. h. im 19. und im größten Teil des 20. Jahrhunderts einerseits und am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts andererseits. Damals produzierte das Kapital in seinem Verwertungs- und Akkumulationsprozess stets industrielle Reservearmee und Überbevölkerung, allerdings eine in der Regel relative, stets auf dem Sprung, bei einsetzender Konjunktur als Lohnarbeitermasse in die Produktion reintegriert zu werden. Die Arbeit blieb dem Kapital trotz ihres Ausbeutungs- und Entfremdungscharakters untrennbar verbunden, und das Kapital brauchte sie. Moderne Produktions-, Dienstleistungs-

³ Elmar Altvater: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, Münster 2006. Bes. S. 24 und 32.

⁴ Karl Marx / Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. Band I. Berlin 1958. S. 27.

und Logistikprozesse benötigen immer weniger, dafür überwiegend gut ausgebildete Arbeitskräfte. In ständig wachsendem Umfang werden Menschen aller Berufe und Bildungsgrade auf Dauer nicht mehr gebraucht. Das Heer der Ausgeschlossenen wächst. Dieser Vorgang ist irreversibel. Der in ihm gebundene latente soziale Sprengstoff lässt den Philosophen Sloterdijk in seinem jüngst erschienenen Buch »Zorn und Zeit« zu folgender Beurteilung kommen: »Die Moderne hat den Verlierer erfunden. Diese Figur, der man auf halbem Weg zwischen den Ausgebeuteten von gestern und den Überflüssigen von heute und morgen begegnet, ist die unverstandene Größe in den Machtspielen der Demokratien.«⁵

Der Kapitalismus hat es fertig gebracht, die Ursachen der Überflüssigen – und Verliererschicksale zu individualisieren und zu internalisieren, so dass den Betroffenen nichts anderes übrigbleibt als sich selbst als Versager anzuklagen. So gedemütigt, bringen sie nicht das nötige Selbstwertgefühl auf, um sich nach dem Muster der sozialen Kämpfe im 19. und im 20. Jahrhundert auf organisierte Weise gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse aufzulehnen, als deren Opfer sie sich fühlen müssten.

Für die Arbeit an der politischen Ökonomie bedeutet das, dass wir dort ansetzen, wo Marx im ersten Band des »Kapital« seine theoretischen Untersuchungen beendet hat: bei den aus dem Sozialkörper Herausgeschleuderten und Ausgeschlossenen. Benennen wir die unterschiedlichen Bedingungen der Schaffung des Reichtums: Früher war die (produktive) Arbeit *vieler* die unerlässliche Bedingung der Erzeugung und Mehrung des Reichtums an materiellen Gütern. Heute und in Zukunft, solange dies die zivilisatorischen, natürlichen und ökologischen Voraussetzungen überhaupt zulassen, scheint die *Nichtarbeit* vieler deren Bedingung zu sein. Als Gegenleistung für (nicht freiwilligen) Verzicht auf (Erwerbs-) Arbeit steht ihnen eine Entschädigung zu. Das ist keine Rhetorik und soll auch nicht die wirklichen Wertschöpfungsverhältnisse auf den Kopf stellen. Auf dieser Basis können alle Arbeiten und Tätigkeiten im Rahmen von an Gütern und Zeit reicheren Gesellschaften, sprich solche, die dem sogenannten Non-profitsektor zuzurechnen sind und der allen arbeitsfähigen Menschen für sich und die Allgemeinheit sinnvolle Beschäftigung bieten, defi-

5 Peter Sloterdijk: Zorn und Zeit. Frankfurt am Main 2006. S. 68.

niert und gewürdigt werden. Allgemein sind Aufhebung des Privateigentums und Aufgabe des Gewinnstrebens nicht wünschenswert. Dies würde der Ökonomie ihre Antriebskräfte rauben. Global wirkenden marktwirtschaftlichen Prinzipien ist Sozialstaatlichkeit im globalen Rahmen zur Seite zu stellen. Ein internationales rechtlich bindendes Regelwerk für ökonomischen Wettbewerb, beginnend in Europa, sollte dem Marktradikalismus und dem ungehinderten Agieren des Finanzkapitals Zügel anlegen. Darauf könnten sich die Nationalstaaten bei veränderter Kräftekonstellation und erkämpftem Politikwechsel verständigen. Bereits entwickelte alternative theoretische Entwürfe, die z. B. auf eine solare oder solidarische Ökonomie oder die Verknüpfung von Äquivalenz- und Reziprozitätsprinzip⁶ hinauslaufen, können bei der Erarbeitung der Grundlagen einer neuen politischen Ökonomie hilfreich sein.

Im übrigen können wir nicht gedanken- und tatenlos auf die Evolution und das Prinzip Hoffnung vertrauen. Ohne soziale Kämpfe und interessegeleitetes Handeln ist soziale Gerechtigkeit nicht zu haben, denn die gesellschaftliche Wirklichkeit bleibt immer die Schöpfung der menschlichen Tätigkeit selbst.

6 Elmar Altvater: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ich kennen. S. 177ff.

JOACHIM BISCHOFF

Finanzmarktkapitalismus und politische Alternativen

Die globalen Finanzmärkte gelten heute – da sind sich Befürworter wie Kritiker einig – als die Instanz, die die Entwicklungsrichtung der kapitalistischer Ökonomien und der mit ihnen verwobenen Gesellschaften am nachdrücklichsten bestimmt. Unter dem Einfluss der Finanzmärkte haben sich die Machtverhältnisse in den Unternehmen und die Handlungsparameter der Unternehmensleitungen verändert. »Unternehmenspolitik ist immer mehr unter die Regie Finanzmärkte geraten, was sich besonders bei börsennotierten Aktiengesellschaften zeigt. Jedoch strahlt diese Entwicklung auch auf die anderen, vor allem größeren Unternehmen aus.«¹

Im Zentrum der Auseinandersetzung um die Herausbildung eines »neuen Kapitalismus« steht die These, dass mit den Fonds (Pension, Investment, Hedge, Private-Equity), die in den letzten Jahren gewaltig an Macht gewonnen haben, eine neue Qualität herangewachsen ist. Neuerdings sind es »vor allem die milliardenschweren Hegdefonds sowie die Private-Equity-Fonds, die Teile von Unternehmen bzw. gesamte Unternehmen je nach Renditeerwartungen aufkaufen und in der Regel nach zwei bis drei Jahren wieder verkaufen.«² Selbstverständlich bleiben die grundlegenden Charakteristika der kapitalistischen Gesellschaftsformation bestehen.

Zurecht unterstreicht der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsdachverbandes John Monks die These, »dass der Kapitalismus sich in vielen und ausschlaggebenden Bereichen verändert hat, und dass die Linke insgesamt kaum intellektuelle, philosophische oder politische Antworten auf diese Veränderungen gefunden hat – zumindest bis jetzt noch nicht.«³ Die entscheidende Veränderung

1 Rudolf Hickel: Vom Rheinischen zum Turbo-Kapitalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Nr. 12/2006. S. 1476.

2 Ebenda. S. 1478.

3 Jon Monks: Die Herausforderungen des neuen Kapitalismus. In: Sozialismus. Heft 1/ 2007. S. 14.

des Erscheinungsbildes des modernen Kapitalismus hängt mit der seit Jahren betriebenen Liberalisierung des Kapitalverkehrs, technologischen Veränderungen, die die Globalisierung der Finanzmärkte beförderten, und der Herausbildung einer neuen Machtstruktur der Finanzmarktakteure zusammen.⁴

Die Ursachenkette für die Herausbildung einer Überflusskonstellation von anlaufsuchendem Geldkapital, neuen institutionellen Akteuren und neuen Machtverhältnissen in den Unternehmen ist eindeutig: »Der wesentliche Hintergrund für das schnelle Wachstum der Finanzmärkte, ihre Internationalisierung und die Herausbildung neuer Akteure ist die massive Umverteilung von Einkommen und Vermögen von unten nach oben während der letzten 30 Jahre. Sie hat zu einer enormen Ansammlung von Finanzvermögen in Form liquider Mittel geführt, die wegen einer vergleichsweise zurückbleibenden gesamtwirtschaftlichen Endnachfrage nicht produktiv reinvestiert wird, sondern auf die nationalen und internationalen Finanzmärkte drängt.«⁵ Selbstverständlich muss das liquide Geldkapital, das bei den Fonds zusammengefasst wird, auch wiederum produktiv angelegt und damit in den Wertschöpfungs- und Verwertungsprozess des Kapitals eingebunden werden. Der Umweg – immer größere Anteile der Kapitalverwertung werden über Finanzmarktakteure einer produktiven Verwertung zugeführt – ist mit einer Veränderung von Machtstrukturen und einer Erhöhung ökonomischer Instabilität verbunden.

Das populäre Bild von den Heuschrecken, dem zufolge diese Fonds und ihre Akteure sich die bestehenden Reichtumsprozesse unterordnen und nach deren Zerstörung weiterziehen, hellt die Zusammenhänge nicht auf. Gleichermassen kommt die These von der ungeheuren Masse des rund um den Globus vagabundierenden Kapitals nicht über eine begrifflose Oberflächenvorstellung hinaus. Im folgenden werden einige Thesen über die entfesselten Finanzmärkte, den Übergang zur vermögensgetriebenen Akkumulation und die gesellschaftlichen Alternativen vorgestellt.

Die wichtigsten Phänomene für die These von dem Bedeutungszuwachs der Finanzsphäre sind:

4 Vgl. dazu ausführlicher Joachim Bischoff: Zukunft des Finanzmarktkapitalismus. Hamburg 2006.

5 Jörg Huffschild: Auch Industrieländer brauchen regulierte Kapitalmärkte. In: WSI-Mitteilungen. Nr 12/2006. S. 692.

- In den letzten Jahrzehnten hat es einen erheblichen Anstieg der verschiedenen Formen des Vermögens gegeben. So liegt das Bruttogeldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2005 bei 4.260 Mrd. Euro, das Immobilienvermögen bei über 8.000 Mrd. Euro. Die reichsten zehn Prozent der Haushalte besitzen über 50 % des Geldvermögens. Als weiteres Beispiel sei auf die Ausweitung des Nettogeldvermögen der privaten Haushalte in den USA verwiesen, das von 2001 bis 2005 – trotz des Zusammenbruchs der »new economy« – um gut 25 % zugenommen hat.
- Die Expansion von Anbietern und Nachfragern nach Finanz- und Vermögengstiteln aller Art hat der Finanzindustrie eine beträchtliche Konjunktur beschert. Vermögensverwalter, Fonds und Finanzmärkte gehören zweifellos zu den expansiven Bereichen der modernen kapitalistischen Ökonomie.
- Bestandteil dieser beschleunigten Geldkapital- oder Finanzkapitalakkumulation ist die Entwicklung neuartiger Finanzinstrumente, so genannter Derivative. Dazu zählen börsengehandelte und nichtbörsengehandelte Swaps, Optionen, Terminkontrakte und Zertifikate. Als Indiz für die Wachstumsdynamik kann gelten: Der Nominalwert aller weltweit ausstehenden nichtbörsengehandelten Derivatkontrakte (ohne Kreditderivate) ist zwischen den Jahren 2000 und 2005 von 95 Billionen Dollar auf 285 Billionen Dollar angestiegen. Der Nominalwert der börslich gehandelten Produkte liegt bei 1.400 Billionen Dollar.
- Diese Expansion der Finanzsphäre ist zugleich mit einer Internationalisierung verbunden, so dass auch von einer neuen Phase der »financial globalisation« gesprochen wird. »We are living in the second great era of financial globalisation. The first ear of globalisation ended in 1914. (...) Among the industrialised countries, financial sector liberalisation is seen as a desirable goal, although the legacy of controls from the 1930s and from the World War II took a long time to disappear.«⁶
- »Im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts sind die Finanzsektoren erheblich schneller gewachsen als die Weltproduktion und der Welthandel. Gleichzeitig ist – im Zuge der Liberalisierung der

6 Stanley Fischer: Financial market liberalisation. BIS papers No 32. Basel 2006. S. 4.

Kapitalmärkte – ihr Internationalisierungsgrad gestiegen. Haushalte, Unternehmen und Staaten investieren und verschulden sich zunehmend auch im Ausland.«⁷

Die mit dem Schlagwort von der »Globalisierung« behauptete neue Qualität der Kapitalakkumulation im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts verschleiert die wirklichen Entwicklungstendenzen. Die eigentliche Veränderung bezieht sich auf eine umfassende Umbruchsituation des Produktionsmodells (Fordismus), des internationalen Währungs- und Kreditsystem und eine massive Verschiebung in den Verhältnissen. Von 2000–2005 registrieren wir in Deutschland einen Anstieg des Volkseinkommens um 202 Milliarden Euro. Von diesem gesellschaftlichen Reichtum entfallen auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen gut 171 Milliarden – dies entspricht einem Anteil von fast 85 Prozent. Auf die Arbeitnehmerentgelte der gut 34 Millionen abhängig Beschäftigten kommen aber lediglich nur knapp 31 Milliarden Euro, oder 15 Prozent des Volkseinkommens. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik sind im Jahr 2005 die Arbeitnehmerentgelte sogar nominal um 5,6 Milliarden Euro gesunken, was bedeutet, dass die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stärker zugenommen haben als das gesamte Volkseinkommen. Auch in den USA stellen wir eine entsprechende Verschiebung fest: »So markiert der Anteil der Gewinne am Volkseinkommen derzeit mit 12,4 Prozent ein 50-Jahres-Hoch. Gleichzeitig liegt der Anteil, der auf die Arbeitseinkommen entfällt, bei gerade einmal 56,3 Prozent. Das ist der niedrigste Wert, dem sich ein neu gewählter Kongress seit 1965 stellen musste.«⁸

In der Organisation des Wertschöpfungs- und Verwertungsprozesses hat es parallel zu der Herausbildung des Finanzmarktkapitalismus erhebliche Veränderungen gegeben. Strittig ist nicht, dass wir es auch mit neuen Formen der Restrukturierung von Unternehmensorganisation, Produktion und Arbeitsteilung zu tun haben: Flachere Hierarchien, Integration indirekter Bereiche in das unmittelbare Produktionsgeschehen, Team- resp. Gruppenarbeitsmodelle, aber vor allem auch Dezentralisierung und interne Marktsteuerung, flexible Beleg-

7 Jörg Huffschild: Auch Industrieländer brauchen regulierte Kapitalmärkte. S. 690.

8 Stephan Roach: Pendelschlag nach links. In: »Handelsblatt« vom 6. Januar 2007.

schafts- und Arbeitszeitstrukturen. Elemente einer flexiblen Fabrikorganisation und überbetrieblichen Restrukturierung der Unternehmen sind offenkundig. Strittig ist, ob diese Veränderungen, vor allem die neue Rolle der Subjekte im Wertschöpfungs- und Verwertungsprozess, bereits als Übergang in eine neue post-industrielle oder post-fordistische Betriebsweise im Kapitalismus gedeutet werden können. Entscheidend in diesem Zusammenhang ist: Die Expansion der Finanzsphäre stützt sich auf eine Veränderung in den Ausbeutungs- und Verteilungsverhältnissen.

Auflösung des organisierten Kapitalismus

In der Konsequenz dieser Entwicklungstendenzen bildet sich eine Vorherrschaft der Finanzmärkte und eine beschleunigte Akkumulation des Geldkapitals heraus. Gleichsam hinter dem Rücken der wirtschaftlichen Elite und der politischen Akteure hat sich der sozial-regulierte Kapitalismus in ein eigenartiges System transformiert. Die regulierte Kapitalakkumulation wurde durch die Erosion der fordistischen Strukturen der Wertschöpfung unterminiert. Durch die Rationalisierung in der industriellen Produktion wurde die für die Herstellung eines Produkts erforderliche Arbeitsmenge drastisch vermindert; zugleich waren die hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften nicht in der Lage mit diesem »Fortschritt« verteilungspolitisch umzugehen. Der Anteil der Arbeitseinkommen am Gesamtergebnis der Produktion ging zurück, der Anteil der Gewinne und Vermögenseinkommen stieg entsprechend an. Mit dem enormen Wachstum der Eigentums- und Besitztitel entwickelt sich eine umfangreiche Branche von Finanzleuten, Vermögensverwaltern, Maklern etc., die gleichwohl immer größere Schwierigkeiten hatten, die akkumulierten Ersparnisse profitabler anzulegen. Die wachsende Ungleichheit in der Verteilung stellte die erkämpften Systeme sozialer Sicherheit in Frage und macht das Thema sozialer Gerechtigkeit wiederum zu einem gesellschaftlichen Schlüsselthema. In den letzten Jahrzehnten hat der Umfang von kapitalgedeckten Systemen der Altersversicherung zugenommen, folglich ergibt sich daraus ein Trend zur Expansion entsprechender Anlageformen und entsprechender Vermögensverwalter. Auch für die USA konstatieren wir einen solchen Trend im

Zusammenhang mit der Altersvorsorge: »Während 1989 weniger als ein Drittel der US-Familien direkt oder indirekt – also durch Fonds oder Vorsorgewerke – Aktien besaßen, sind es heute zwischen 50 % und 60 %.«⁹

Aus dieser Entwicklungstendenz, dass die Sozialversicherungen auf dem Umlageprinzip oder auf Steuerbasis zerstört und durch Formen kapitalgedeckter Ansprüche abgelöst werden, schließen neoliberale Vordenker auf eine Demokratisierung des Kapitalbesitzes. Durch die Pensions- und Anlagefonds würden immer größere Anteile der Kapitalgesellschaften kontrolliert und damit demokratisiert. Die Unternehmen gehörten nicht den reichen Familien, sondern – über die Fonds – letztlich Kleinanlegern, die die institutionellen Vermögensverwalter mit ihrer Interessenvertreteten beauftragen. Sicherlich unterliegen die Unternehmensleitungen einer härteren Kontrolle und einem Druck der Renditesteigerung. Aber: »Der Aktionärskapitalismus ist kein Stück demokratischer. (...) Das Bankenkartell wird ersetzt durch ein Regime der Vermögensbesitzer.«¹⁰ Die Verteilung der Vermögens- und Besitztitel wird immer ungleicher, auch wenn sich Teile der besser gestellten Lohnabhängigen zur Sicherung ihrer Altersversorgung in Fonds und Vorsorgewerke einkaufen. Statt einer Demokratisierung der Unternehmen registrieren wird eine Zunahme ökonomischer Risiken und Instabilität.

Machtverschiebung in der Unternehmensverfassung

In den beiden letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wurde auf Basis einer Liberalisierung des Kapitalverkehrs und einer starken Expansion der Finanzmärkte der Shareholder value zur dominierenden Unternehmensphilosophie der Kapitalgesellschaften. Die Vorherrschaft der Finanzmärkte setzt sich einzelwirtschaftlich in eine Hegemonie des Shareholder value um, was zu einem beschleunigten Umbau der Unternehmenslandschaft und zu einer Ausweitung der Finanztransaktionen führt. Innerhalb der Unternehmen verändert sich

9 Pensionsfonds forcieren einen neuen Kapitalismus. In: »Neue Zürcher Zeitung« vom 18. Dezember 2006. S. 10.

10 Dierk Hirschel: Nach dem Ende der Deutschland AG. In: »Süddeutsche Zeitung« vom 5./6. August 2006. S. 24.

die Machtstruktur (corporate governance). Der entfesselte Finanzmarktkapitalismus hat die Bedingungen für das unternehmerische Handeln der Kapitalgesellschaften und damit letztlich aller Unternehmen verändert. Aus den Betrieben werden überdurchschnittliche Gewinne herausgepresst – zum Nachteil der Beschäftigten, zum Nachteil der Lieferanten und Kooperationspartner und zum Nachteil der Innovationspotenziale, gerade durch eine Rekommodifizierung des lebendigen Arbeitsvermögens. Eine solche Unternehmenspolitik liefert dem Bereich der Kapitalgesellschaften auf kürzere Sicht durchaus Impulse und stützt zunächst die Shareholder-Orientierung. Auf mittlere Sicht lässt sich diese Verschlinkung der Unternehmenssubstanz nicht durchhalten.

Der Rückschlag der unter dem Imperativ des Shareholder value veränderten betrieblichen Wertschöpfungsprozesse auf die Makroökonomie zeigt sich zum einen in der Schwächung der Binnenökonomie und dem Übergang zu einer stagnativen Entwicklung. Andererseits konstatieren wir eine höhere Volatilität der Finanzmärkte, die Rückkehr der Finanzkrisen, ein hohes Niveau von Unternehmenszusammenbrüchen über den gesamten ökonomischen Zyklus hinweg und eine deflationäre Tendenz. Die zeitweilige Steigerung der Aktienwerte ist Ausdruck der Tatsache, dass keine nachhaltige Wertschöpfung implementiert wurde, aber durch Verringerung des Fixkapitals und Erhöhung der Arbeitsintensität eine Erhöhung der Eigenkapitalrenditen realisiert wird. Durch massiven Kauf von und Fusionierung mit anderen Unternehmen ist die strukturelle Verschlinkung der Wertschöpfung allerdings nicht zu kompensieren.

In Deutschland ist erst im Verlauf der 1990er Jahre die umfassende Deregulierung der Finanzmärkte durchgesetzt worden. Die Bedeutung des Kapitalmarktes für die Finanzierung der Unternehmen ist im internationalen Vergleich immer noch unentwickelt, aber die Verschränkung zwischen Unternehmen, Banken und Versicherungen (»Deutschland AG«) ist aufgelöst. Laut einem Bericht von Goldman Sachs betrug die Marktkapitalisierung der börsennotierten Unternehmen in Deutschland 60 % des BIP, während es in Frankreich etwa 100 %, in Großbritannien 150 % und in der Schweiz über 300 % sind. Die Bedeutung des Kapitalmarkts in Deutschland werde rasch zunehmen. »Die deutsche Industrie habe 2005 mit einer durchschnittlichen Kapitalrendite von 12,6 % (2004: 11,9 %) den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung

erzielt. (...) Dazu hätten ein deutliches Zurückschneiden des eingesetzten Kapitals sowie die mäßige Lohnentwicklung dank zurückhaltender Tarifabschlüsse entscheidend beigetragen.«¹¹

Tendenz zur Stagnation und Instabilität

Die beständige Erhöhung der Eigenkapitalrenditen muss letztlich durch das Drücken der Löhne gegenfinanziert werden. Daher kommen die hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften aus der Abschwächung ihrer wirtschaftlichen Wachstumsraten, zugespitzten Verteilungauseinandersetzungen um diese Zuwächse und der Tendenz zur kontinuierlichen Verschärfung von sozialen Gegensätzen und gesellschaftlicher Ausgrenzung nur heraus, wenn durch eine neue Form von Regulation die Vermachtung der Finanzmärkte zurückdrängt und letztlich aufgehoben wird. Positiv gefasst heißt dies: Die Arbeitskraft darf im entwickelten Kapitalismus nicht auf einen Warencharakter reduziert und den Ansprüchen des Geldkapitals untergeordnet werden.

Die unter den Imperativen der Finanzmärkte erzwungene Konzentration auf das Kerngeschäft, betriebswirtschaftliche Dezentralisierung und Verminderung der Fertigungstiefen, bringt kein neues zukunftsfähiges Produktionsmodell hervor. Gewinne sind das unverzichtbare Scharnier der Kapitalakkumulation. Doch im Finanzmarktkapitalismus werden Profite, Realinvestitionen und Beschäftigung tendenziell entkoppelt.

2005 disponierten die nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften über ein Drittel höhere verfügbare Mittel als sie investierten. So stellt das Mitglied des Sachverständigenrates, Weder di Mauro, fest: »Die typische Funktion der Unternehmen ist es, diese Ersparnisse zu investieren. Betrachtet man nun das tatsächliche Verhalten der Unternehmen zum Beispiel in Deutschland, stellt man fest, dass sie in der Summe mehr sparen, als sie investieren, dass sie netto zu Kreditgebern geworden sind.«¹²

11 Heilsamer Kapitalmarkt in Deutschland. In: »Neue Zürcher Zeitung« vom 24. August 2006. S. 15.

12 Beatrice Weder di Mauro: Die globale »Sparwut« – fast ein makroökonomischer Krimi- In: »Neue Zürcher Zeitung« vom 30./31. Juli 2005. S. 19.

Lange Zeit wurde die Kritik an der Politik der Deregulierung der Finanzmärkte beiseite geschoben. Das wesentliche Gegenargument war stets: National wie international führe die Deregulierung und der Übergang zum freien Kapitalverkehr zu einer optimalen Wirtschaftsentwicklung. Bei liberalem Kapitalverkehr werde das Kapital dort angelegt, wo die Rendite am Höchsten sei und damit über die Produktivitätsentwicklung ein Beitrag zur Nivellierung von Entwicklungsunterschieden eingeleitet. Eine effiziente Verteilung von Kapital unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Risiken werde möglich, wenn eine weltweiter globalisierte Finanzraum geschaffen würde.

»Die große Ernüchterung kam mit der asiatischen Finanzkrise, die im Sommer 1997 als Währungskrise in Thailand begann.«¹³ Die Währungskrise erfasste die Finanzsysteme der asiatischen »Tigerstaaten« und zwar gerade auch jener Länder, die die günstigeren ökonomischen Fundamentaldaten aufwiesen. Mittlerweile hat daher die Auffassung an Zustimmung gewonnen, die mit Blick auf die Kapitalbewegungen für eine moderate Re-Regulierung eintritt. »Idealerweise reduzieren Kapitalverkehrskontrollen das Krisenpotential, welches von grenzüberschreitenden Kapitalströmen ausgeht, ohne grundsätzlich den Zugriff auf Finanzquellen im Rest der Welt zu verhindern. (...) So herrscht Konsens hinsichtlich der Einschätzung, dass längerfristige Verbindlichkeiten und insbesondere ausländische Direktinvestitionen eine wichtige Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum in Entwicklungs- und Schwellenländern darstellen, während kurzfristige Finanzzuflüsse oftmals spekulativen Zwecken dienen.«¹⁴

Wenn auch die Logik der Deregulierung der Kapital- und Finanzmärkte infolge der Krisen einen Dämpfer erhalten hat, beherrscht noch die Utopie vom selbstregulierenden Markt in einer Eigentümergesellschaft die wirtschaftlichen und politischen Eliten. Allerdings konstatiert auch der ehemalige Chefvolkswirt der Weltbank, Stieglitz, eine Tendenz des Umdenkens. »Die umstrittenste wirtschaftspolitische Frage der neunziger Jahre war die Liberalisierung der Kapitalmärkte, also die Öffnung der Märkte für den freien Zustrom von kurzfristigem Spekulationskapital. Der IWF versuchte sogar (...) seine Statuten zu ändern, um künftig die Liberalisierung besser durchsetzen zu kön-

13 DIW Wochenbericht. Nr. 53/2006. S. 462.

14 Ebenda.

nen. (...) Später räumte er dann selbst ein, dass die Kapitalmarktliberalisierung zumindest in vielen Entwicklungsländern nicht zu mehr Wachstum, sondern nur zu mehr Instabilität geführt habe.«¹⁵ Nicht nur für die Länder an der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems zeichnet sich ab, dass ein neues System der Regulation selbst für Anhänger des kapitalistischen Gesellschaftsmodells unverzichtbar ist. Angesichts der wachsenden Widersprüche auf internationaler wie nationaler Ebene könnte die politische Linke für Nichtstun votieren statt sich für eine politische Alternative einzusetzen. Zurecht argumentiert Susan George gegen diese Option: »Manch einer mag da vielleicht entgegenhalten, dass man genauso gut fragen könnte, was an die Stelle einer Krebserkrankung treten sollte. Wir könnten also intuitiv antworten: gar nichts.«¹⁶

Entfesselte Finanzmärkte und ein vermögensgetriebener Unternehmensumbau verschärfen die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Sie befördern eine Tendenz zur realwirtschaftlichen Abschwächung und Stagnation. Die sich ausbreitende Prekariisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse zerstört mehr und mehr die soziale Sicherheit, was rückwirkend wiederum eine Tendenz zur Stärkung kapitalgedeckter Vorsorgeformen befördert. In der letzten Konsequenz nimmt die ökonomisch-soziale Instabilität zu, was schließlich auch die internationalen Institutionen und Überwachungsinstitutionen beunruhigt. »Der Internationale Währungsfonds (IWF) betont in seinem Global Financial Stability Report vom April 2006 die hohe Komplexität der neuen Finanzinstrumente und die potentiellen Gefahren, die von den intransparenten und unkontrollierten Aktivitäten der Hedgefonds ausgehen. Die Europäische Zentralbank ist besorgt über das Risiko kumulativer Zusammenbruchketten. Diese Warnungen sind nicht von der Hand zu weisen.«¹⁷

Auch der Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin), Jochen Sanio, warnt vor den wachsenden Risiken durch die Aktionen der privaten Beteiligungsgesellschaften. Zum einen

15 Joseph Stiglitz: Die Chancen der Globalisierung. Berlin 2006. S. 37.

16 Susan George: Zurück zu Keynes in die Zukunft. In: Le monde diplomatique. Januar 2007. S. 18.

17 Jörg Huffschmid: Auch Industrieländer brauchen regulierte Kapitalmärkte. S. 692.

wird die Unternehmenslandschaft immer stärker durch die von den Hedgefonds und privaten Beteiligungsgesellschaften organisierten Fusionen und Übernahmen geprägt; zum anderen agieren diese Akteure aggressiver und riskanter. »In fast allen Fällen wird das dazu vorhandene Eigenkapital massiv durch die Aufnahme von Fremdkapital ausgehebelt. (...) Viele der dabei eingesetzten Finanzierungs-komponenten nähmen erhoffte Steigerungen des Unternehmenswertes vorweg. Doch dadurch gerieten die Zielunternehmen in die Gefahr, spätestens vom nächsten konjunkturellen Abschwang dahingerafft zu werden.«¹⁸

Wir sollten weder die Gestaltung des internationalen Finanz-, Währungs- und Handelssystems noch die Reregulierung des nationalen Akkumulationsprozesses den Regierungen der mächtigen Staaten überlassen, die sich den Interessen ihrer transnationalen Unternehmen unterordnen.

Politische Alternativen

Ohne gesellschaftliches Gegensteuern werden die wachsenden ökonomischen Risiken, die soziale Spaltung der Gesellschaft und die Tendenz zur Zerstörung der demokratischen Willensbildung nicht zurückgedrängt werden können. Es gibt hinreichend Spielraum für die Gestaltung eines alternativen Entwicklungspfades.

An sich sind die Bausteine eines leistungsfähigeren Modells vorhanden. Dessen wert- und mehrwertschaffendes Potential wäre in der Lage, sowohl den Lebensstandard der eigentlichen Reichtumsproduzenten (die eigentumslosen Lohnabhängigen) zu gewährleisten als auch die verschiedenen Ansprüche über Kapital- und Vermögenseinkommen zu bedienen.

Die beschleunigte Akkumulation des Geldkapitals behindert eine solche Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Reproduktions- und Kapitalverwertungsprozesses. Auch hier ist die Konsequenz eine schrittweise Selbsterstörung der Gesellschaften. Die effizientere Verteilung des Realkapitals und der rationellere Kapitaleinsatz im unternehmerischen Netzwerk produziert auf der Ebene der Branche und

¹⁸ Bafin warnt vor Finanzinvestoren. In: »Frankfurter allgemeine Zeitung« vom 13. Januar 2007. S. 22.

des Gesamtkapitals eine Verstärkung der Zyklizität der Investitionstätigkeit der Unternehmen. Damit werden neustrukturierte Unternehmen in der Phase der Erfüllung ihrer Vorgaben für die Eigenkapitalrendite zugleich den Gefahren des verschärften Wettbewerbes einer rezessiven Entwicklung ausgesetzt.

Die Debatte über die Rolle der Fonds, die Veränderungen des Regelwerkes des Kapitalismus und über Alternativen ist keineswegs auf den engen Kreis von Experten beschränkt. Die Auswirkungen und Rückwirkungen der so genannten Finanzialisierung der Ökonomie erfasst mindestens zeitweilig auch die öffentliche Debatte. Beispielsweise wurde durch eine Bemerkung von SPD-Chef Müntefering im Jahr 2005 über den Einfluss der institutionellen Anleger (Fonds) eine breite Debatte ausgelöst. Im Zusammenhang mit der Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm der Partei formulierte der damalige Parteivorsitzende: »Unsere Kritik gilt der international wachsenden Macht des Kapitals und der totalen Ökonomisierung eines kurzatmigen Profithandelns. Denn dadurch geraten einzelne Menschen und die Zukunftsfähigkeit ganzer Unternehmen und Regionen aus dem Blick.«¹⁹

Eine wirksame gesellschaftliche Reformpolitik ist an einen radikalen Kurswechsel und eine gesellschaftspolitische Gesamtkonzeption geknüpft: Mit einer Ausweitung der Staatsausgaben für öffentliche Investitionen oder zur qualitativen Veränderung des Massenkonsums kann Vollbeschäftigung erreicht werden. Anders als bei den bisher praktizierten Ansätzen zur gesamtwirtschaftlichen Globalsteuerung müssen diese Maßnahmen sowohl bei der Besteuerung wie auch bei der Ausweitung von öffentlichen Investitionen und des Massenkonsums mit einer langfristig angelegten Strukturpolitik verknüpft sein. Ohne expansive Lohnpolitik ist kein dauerhaftes binnenwirtschaftliches Wachstum zu organisieren. Es geht nicht um mehr Wirtschaftswachstum innerhalb der überlieferten Einkommens- und Konsumstrukturen, sondern um die Herausbildung einer sozial und ökologisch verträglicheren Lebensweise. Eine grundlegende Reform der kapitalistischen Wirtschaft muss so anlegt sein, dass über das Mittel der Bekämpfung der bestehenden Ungleichheit in der Einkommensverteilung eine langfristige Strukturpolitik verfolgt wird.

Eine solche Umgestaltung muss sich zentral auf vier Dimensionen

¹⁹ Franz Müntefering: Demokratie, Teilhabe, Zukunftschancen. Rede auf dem dritten Programmforum der SPD. Berlin 2005.

konzentrieren: Zum einen sind die großen Einkommens- und Vermögensunterschiede zurückzudrängen; in erster Linie müssen die »accumulated Claims upon production« (Marx) durch Besteuerung beschnitten werden. Zweitens müssen die Dimensionen der Flexibilisierung – betrieblich wie gesamtgesellschaftlich – reguliert werden. Drittens gilt es, die faktische Prekarisierung von Teilen der Lohnarbeit und der Bedeutungszuwachs von Zins- und Vermögenseinkommen bei jedweder Reform der sozialen Sicherungssysteme zu berücksichtigen. Wir müssen die Finanzbasis der sozialen Sicherheit vom Arbeitseinkommen auf andere Einkommens- oder Revenueformen (Zins, Rente, Vermögenseinkommen) erweitern, wenn wir ein universelles Sicherungssystem für alle Gesellschaftsmitglieder verwirklichen wollen. Und viertens brauchen wir ein neues Regime von Kapitalverkehrskontrollen und der Steuerung und Besteuerung der internationalen Finanzströme.

Der krasseste Ausdruck des aktuellen Konfliktes zwischen den Ansprüchen des Geldkapitals und der Lohnarbeit ist die Schließung von durchaus profitablen Unternehmen und Unternehmensteilen wegen unzureichender Eigenkapitalrenditen. Gegen eine solche Logik kann die Linke Gegenpositionen formulieren: Unternehmensentscheidungen wie z. B. Betriebsschließungen dürfen nicht mehr getroffen werden ohne Belegschaftsabstimmungen. Diese sind dann, wenn der Betrieb Erträge abwirft, verbindlich und können deshalb von der Konzernzentrale nicht einfach annulliert werden. Wir brauchen eine weitreichende Veränderung der Unternehmensverfassungen. Es darf nicht sein, dass Manager sich bereichern, wenn sie Personal abbauen und Arbeitsplätze vernichten.

Die beschleunigte Akkumulation der Fonds, dieses Krebsgeschwürs des Finanzkapitalismus, muss durch Regeln eingeeengt werden, ja in seiner Wirkung gebrochen werden. Auch hier existieren eine Reihe von konkreten Vorschlägen:

- Abschaffung der Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne bei Unternehmen;
- Verbot von Sonderdividenden und sonstiger Kapitalentnahme durch Investoren von Fonds und Beteiligungsgesellschaften;
- Beschränkung von Managementgehältern;

- Beschränkung der Kreditfinanzierung bei Unternehmensfusionen oder Übernahmen;
- positive Diskriminierung langfristiger Wertpapierhaltung (Doppelstimmrecht, Einsatz des Stimmrechts erst nach einem Jahr);
- Verbot der Kapitalanlage bei Hedgefonds oder privaten Kapitalbeteiligungsgesellschaften für Pensionsfonds und Versicherungen;
- Verbesserung der öffentlichen Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen.

Weil aber der tragende Grund für das Übergewicht der Finanzsphäre und die neuen Akteure die massive Vermögensbildung bei einem Teil der privaten Haushalte ist, müssen die politischen Alternativen letztlich auf eine gesellschaftliche Steuerung und Kontrolle der Vermögen und der Vermögensbildung zielen. D. h. die Linke muss sich einsetzen für eine stärkere Gewinn- und Vermögensbesteuerung. Dies wird seine positive Wirkung nur entfalten, wenn diese Maßnahmen begleitet werden von einer Politik der Arbeitszeitverkürzung und der Erweiterung öffentlicher Dienstleistungen. Die Kontrolle und Steuerung der Produktivitätsentwicklung macht eine umfassende gesellschaftspolitische Konzeption notwendig. Schließlich muss die Tendenz zur Prekarisierung in den Arbeits- und Lebensverhältnissen sowie der Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme gestoppt werden. Die Rückkehr zu solidarischen Sicherungssystemen muss dabei auf eine Finanzierung durch alle Einkommensformen ausgerichtet sein. Schließlich geht es um einen Ausbau der Demokratisierung der Unternehmensverfassung und die Etablierung von öffentlich-sozialen Unternehmensformen.

Die hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften befinden sich mit der Shareholder Value-Orientierung in einem sich beschleunigenden Umbauprozess. Michel Rocard stellt zurecht fest: »Ein System mit derartigen Regeln ist anfällig für soziale Konflikte und vielleicht auch für Gewalt. Vor allem ist ein solches System langfristig weder lebensfähig noch nachhaltig. Aus diesem Grund ist es gefährlich, an einem überholten Rechtskonzept festzuhalten, wonach ein Unternehmen nur seinen Eigentümern oder Aktionären gehört. In Wirklichkeit ist ein Unternehmen die Gemeinschaft von Männern und Frauen, die ihr Einkommen aus demselben ökonomischen und technischen Projekt beziehen. Es wäre klug, das Gesetz diesen Tatsachen anzupassen

und den Mitarbeitern ein Mitspracherecht einzuräumen, wenn es um Entscheidungen geht, die ihr Schicksal betreffen.«²⁰

Letztlich läuft die Logik des Vermögenskapitalismus darauf hinaus, dass sich die Aktionäre oder Eigentümer von Wertpapieren und Besitztiteln den gesamten Nettoertrag der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft aneignen. Ein solches System ist in der Tat nicht zukunftsfähig, weil es die sozialen Konflikte dramatisch zuspitzt. Ob allerdings soviel politische Klugheit existiert, der Tatsache Anerkennung zu verschaffen, dass der gesellschaftliche Wertschöpfungs- und Verwertungsprozess auf der Verausgabung lebendiger Arbeit basiert und daher die Verteilungsverhältnisse so zu regeln sind, dass sich eben nicht die Shareholder den Großteil des Nettoertrags aneignen, darf bezweifelt werden.

²⁰ Michel Rocard: Unternehmen gehören nicht nur den Aktionären. In: »Süddeutsche Zeitung« vom 15./16. Juli 2006.

Sozialpflichtigkeit des Eigentums heute

Die Legitimationskrise des Neoliberalismus ist in den vorangegangenen Beiträgen ausführlich beschrieben worden. Kritik am Markttraditionalismus und am Privatisierungsfanatismus wird aber nur dann politische Wirkungsmacht erlangen, wenn sie mit nachvollziehbaren, mobilisierenden, die Lebenswirklichkeit breiter Bevölkerungsschichten betreffenden wirtschafts- und sozialpolitischen Alternativen verbunden ist. Linke Alternativen müssen sich von neoliberalen Politikverständnis vor allem im Maßstab unterscheiden, den sie für das Funktionieren eines Gemeinwesens überhaupt und im Besonderen seiner Wirtschaft setzen, und das kann nicht die betriebswirtschaftliche Logik sein, also die Maximierung unternehmerischen Gewinns.

Freiwillig wird sich ein Unternehmer auf soziale Belange nur einlassen, wenn er darin langfristig eine Chance zur Gewinnsteigerung sieht, was im Einzelfall durchaus möglich ist. In der Regel aber wirkt, was einzelwirtschaftlich als rational und logisch erscheint, gesamtwirtschaftlich in der Tendenz häufig kontraproduktiv und sozial zerstörerisch. Am deutlichsten wird das in kapitalistischen Ländern an der Parallelität zwischen Explosion von Konzernprofiten und Exklusion von immer mehr erwerbsfähigen Menschen aus dem Arbeitsprozess. Auch werden betriebswirtschaftlicher Kostenvorteile wegen Produkte aus immer fernerer Gegenden bezogen, während die lokale und regionale Ökonomie schrumpft und die Umwelt geschädigt wird. Die Folgen (Kosten der Arbeitslosigkeit und der Umweltreparatur) werden auf die Gesellschaft abgewälzt. Je höher die angestrebten Profitmargen, desto stärker die Fokussierung auf das betriebswirtschaftliche Eigeninteresse. Gleichwohl kann es nicht darum gehen, betriebliches Gewinnstreben zu delegitimieren. Wohin das führt, haben wir in der realsozialistischen DDR und anderen Ländern des Ostblocks schmerzlich erlebt. Es geht vielmehr um eine neue, gemeinwohlorientierte demokratische Regulationsweise der Wirtschaft, die sich betriebliches Gewinninteresse zunutze macht, es sowohl stimuliert, als ihm durch Vorgabe sozialer und ökologischer Standards, ethische Nor-

mensetzung, Wettbewerbsrecht und Steuergesetzgebung auch Grenzen zieht. Der Gesellschaft sollen nicht Entwicklungstrends aufgezwungen werden, die von einer Strategie der Profitmaximierung vorgegeben sind.

Das ist eine Herausforderung für die Politiker. Sie können den sozialstaatlichen Verfassungsauftrag nicht an die Wirtschaft delegieren, um dann nur noch moralische Appelle an die Unternehmer zu richten. Nicht umsonst heißt es im Grundgesetz (Artikel 20/1), die Bundesrepublik ist (und zwar auf ewig, siehe Artikel 79/3) ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Und nicht ein soziales Unternehmen. Für die Erhaltung des Sozialstaates ist zu hundert Prozent die Politik zuständig. »Vielen« so Martin Kutscha – »mag unsere Verfassung gegenwärtig nur als ein mit schönen Versprechungen bedrucktes Papier erscheinen. Die Verbürgungen unseres Grundgesetzes lassen sich freilich nur dann mit Leben erfüllen, wenn der demokratische Souverän selbst dafür streitet und auf diese Weise engagiert Verfassungsschutz betreibt.«¹

Für die Linke bedeutet das, überzeugende Konzepte anzubieten, wie das natürliche Spannungsverhältnis zwischen betriebswirtschaftlicher Logik und gesamtgesellschaftlicher Vernunft im Interesse sozialer Gerechtigkeit, ökonomischer Effizienz und ökologischer Verträglichkeit unter den veränderten globalen Bedingungen sowie angesichts der demographischen Entwicklung produktiv gemacht werden kann. Sie muss finanziell unterlegte Maßnahmen und Schritte vorschlagen, die in ihrer Gesamtheit neoliberalen Denken und Handeln entgegengesetzt und unter den obwaltenden Umständen alltagstauglich sind, für die sich Akteure abzeichnen und die den Einstieg in einen alternativen, über den real existierenden Kapitalismus hinausweisenden Entwicklungspfad bedeuten können.

Eigentumsfrage offensiv stellen

Einen alternativen Entwicklungspfad anzustreben bedeutet, die Eigentumsfrage offensiv zu thematisieren, statt sie mehr oder weniger

1 Martin Kutscha: Erinnerung an den Sozialstaat. Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2006. S. 364.

verschämt anzusprechen oder für veraltetes Denken zu halten, ja in ihr »linke Symbolpolitik« zu sehen. In Wahrheit sind es doch Union, FDP sowie Teile von SPD und Bündnisgrünen, die das Eigentumsthe-ma stoisch auf die Tagesordnung setzen und zwar im Sinne einer finalen Privatisierung des verbliebenen Bundes-, Landes- und kom-munalen Vermögens. Die Neoliberalen beantworten die Eigentums-frage mit Enteignungspolitik, mit Enteignung des Volkes. Sie behaup-ten wider alle Erfahrung, Privatisierung und weniger Staat seien Voraussetzung für mehr persönliche Freiheit.

Wenn ich im Kontext einer neuen politischen Ökonomie von offen-siver Thematisierung der Eigentumsfrage spreche, dann ist damit kei-ne Kursnahme auf Verstaatlichung nach realsozialistischem Vorbild gemeint. Die war nahezu linear. In den 70er Jahren wurde mit erheb-lichen Produktivitätsverlusten und Einbußen an Flexibilität auch Pri-vateigentum in klein- und mittelständischen Unternehmen enteignet und in den sogenannten gesellschaftlichen Gesamtplan eingeordnet. Zentralistische Strukturen gaben den Beschäftigten zur demokrati-scher Mitwirkung an Entscheidungen wenig Raum, das Gemeinei-gentum blieb anonym. Marktfunktionen waren ausgeschaltet. Eine leistungsorientierte Vergütung von Kombi-nats- und Betriebsdirektoren fehlte. Doch sind zwiespältige, unbefriedigende, auch negative Erfahrungen mit Staatseigentum kein Freibrief, in dessen rigoroser Privatisierung die einzig zukunftstaugliche Antwort zu sehen. Zu lin-ken Alternativen gehört das Werben für pluralistische Eigentumsfor-men. Antikapitalismus eines demokratischen Sozialismus beschreibt keine Strategie flächendeckender Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln. Er richtet sich nicht gegen das Privateigentum schlechthin, sondern gegen die Privatisierung von Naturgütern, gegen den ungezügelten Verkauf öffentlichen Vermögens an Private, gegen Monopolmacht, die sich demokratischer Kontrolle entzieht und gegen soziale Enthemmung des Unternehmertums. Ich halte eine Überle-gung von Jan Prieue für bedenkenswert: Im Feudalismus waren die Grundeigentümer die herrschende Klasse. Auch heute haben wir noch Grundeigentum. Im Kapitalismus stellt es aber nicht mehr die Basis von Herrschaft dar. Diese Funktion hat jetzt das Kapital: Die Kapitalis-ten sind die herrschende Klasse. Denkbar ist vielleicht eine künftige Gesellschaft, in der es zwar noch Kapitalisten gibt, diese aber nicht mehr die herrschende Klasse darstellen. Sie dürfen noch Mehrwert

erzielen und sollen dies sogar. Aber über die Art und Weise, wie sie dies tun, und über seine Verwendung haben sie nicht mehr die letzte Entscheidung.² Georg Fülberth wirft die Frage auf, ob eine künftige nichtkapitalistische Gesellschaft denkbar ist, in der Kapitalismus nur ein Subsystem darstellt.³

Verfehlt ist es aus meiner Sicht, undifferenziert von »privatkapitalistischem Eigentum an Produktionsmitteln« zu sprechen und darin einen monolithischen Block zu sehen. Aufgabe von auf Alternativen setzenden linken Kräften muss es sein, Inhaber von kleinen und mittleren Unternehmen für eine demokratische Politik sozialer Ausgewogenheit, angemessenen wirtschaftlichen Wachstums und ökologischer Vernunft zu gewinnen. Das darf keine zeitweilige taktische Entscheidung sein, sondern ist eine strategische Voraussetzung für das Erreichen gesellschaftlicher Akzeptanz und von politischem Zuspruch.

Die realsozialistische Erfahrung lehrt auch folgendes: Verteidigung öffentlichen Eigentums gegen international agierende Heuschrecken, die Abwehr des Privatisierungswahns überhaupt darf keinesfalls dazu verleiten, den Reformbedarf staatlichen Wirtschaftens zu übersehen. Auch öffentliche Unternehmen müssen kompetent und effizient bewirtschaftet werden. Miss- und Vetternwirtschaft, Ineffizienz, Unbeweglichkeit, Bürokratismus, undemokratische Strukturen leiten den Privatisierungsfanatikern immer wieder Wasser auf die Mühlen. Zu verhindern gilt es, dass kommunale Betriebe Versorgungseinrichtungen für abgehalfterte Politiker werden. Geschäftsführer gehören nicht nach Parteibuch, sondern nach Kompetenz bestellt.

Die Behauptung, private Unternehmen können besser wirtschaften als der Staat, stimmt in der Regel, wenn rein betriebswirtschaftliche Maßstäbe angelegt werden. Nicht aber, wenn gesamtwirtschaftlich unter Einschluss sozialer und ökologischer Folgekosten gewogen wird.

Werner Rügemer zieht aus seinen jüngsten Recherchen zur Privatisierung in Deutschland folgendes Fazit: »Für die Mehrheit der Beschäftigten und die Volkswirtschaft sind die Effekte katastrophal: Die Arbeitslosigkeit wurde erhöht, die verbleibenden Arbeitskräfte werden schlechter bezahlt. Mit der versprochenen strahlenden Dienst-

2 Jan Prieue: Thesen für ein neues Sozialismusverständnis. In: Streitschrift zur Erneuerung der Politik. Hamburg 1989. S. 5–9.

3 Georg Fülberth: Fragen zum Kapitalismus. In: UTOPIE kreativ. Heft 189/190 (Juli/August 2006). S. 722.

leistungsgesellschaft wurde es also bislang nichts, und auch das zweite Ziel wurde verfehlt, der staatliche Schuldenberg schrumpfte nicht, im Gegenteil.«⁴ Eine ähnliche Sicht kann man selbst bei einigen konservativen Politikern wie zum Beispiel Alois Glück, Präsident des bayerischen Landtages und Leiter der Grundsatzkommission der CSU, finden. Für Glück ist Privatisierung »keinesfalls immer besser als eine staatliche Struktur. Und im Übrigen werden Aufgaben, die privat erledigt werden, für den Bürger nicht automatisch billiger sein.«⁵

Wenn ein Privater vorgibt, eine zum Beispiel bisher von der Gemeinde erbrachte Leistung günstiger anbieten zu können, wäre zunächst zu prüfen, ob die in Aussicht gestellte Kostenersparnis nicht von der Kommune selbst realisiert werden kann. Weiter ist abzuschätzen, zu welchen Dauerbelastungen eine Privatisierung für die Allgemeinheit führen wird und ob der Einmalerlös für die klamme kommunale Kasse dazu in einem angemessenen Verhältnis steht. Werden die Löhne der Beschäftigten drastisch reduziert, dann spüren das nicht nur die Betroffenen, sondern ebenfalls der ortsansässige Einzelhandel, die Gastronomie und andere Bereiche. Es sinken die Lohn- und Mehrwertsteuereinnahmen, wovon auch die Kommune betroffen ist. Meist kommt Personalausdünnung hinzu, Urlaubstage und Pausenzeiten werden gekürzt. Der Stress für die Noch-Beschäftigten nimmt zu und damit die Gesundheitsgefährdung. Es bleibt nicht bei den anfänglichen Tarifen für die Müllentsorgung, die Straßenreinigung oder die Verkehrsleistung. Die Kosten für die privaten und gewerblichen Kunden steigen. Das Argument, diese und jene Einrichtung rechne sich für die Kommune nicht, muss also trotz angespannter Haushaltslage genau hinterfragt werden. Jede Privatisierung von kommunalem, Landes- oder Bundeseigentum – aus welchen Gründen sie auch immer erfolgt – schränkt auch Steuerungsmöglichkeiten der jeweiligen Gebietskörperschaften ein und entzieht der demokratischen Mitwirkung Raum.⁶

4 Werner Rügemer: Privatisierung in Deutschland. Von der Treuhand zu Public Private Partnership. Eine Bilanz. Münster 2006.

5 Alois Glück: Privatisierung ist keinesfalls immer besser. In: »Süddeutsche Zeitung« vom 29. August 2006.

6 Jürgen Leibiger: Neue Dimensionen der Eigentumsfrage in der politischen Praxis der Gegenwart. In: Das Eigentum im Widerstreit alternativer Wirtschaftskonzepte. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2004. S. 9ff.

Ich gebe ein praktisches Beispiel:

In Berlin sind 1999 unter dem CDU-SPD-Senat die städtischen Wasserbetriebe zu 49,9 Prozent an die Wasserkonzerne RWE und Veolia teilprivatisiert worden. Wie bei der Privatisierung anderer öffentlicher Unternehmen war das Hauptargument, Private würden wirtschaftlicher und effizienter arbeiten, da sie sich im Wettbewerb bewähren müssen. Wettbewerb unter Privaten besteht jedoch nur vor der Privatisierung, in der Phase der Ausschreibung. Ist ein öffentliches Unternehmen erst einmal verkauft, hat der private Betreiber eine Monopolstellung, oft über 20, 30 Jahre. Ein staatliches wird durch ein privates (regionales) Monopol ersetzt, mit dem Unterschied, dass letzteres keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Der Private will profitabel arbeiten, welches Interesse sollte er haben, freiwillig den Gewinn zu senken, damit die Gebühren niedriger werden? Im Falle der Berliner Wasserprivatisierung müssen RWE und Veolia noch nicht einmal wirtschaftlich arbeiten. Ihnen ist eine Mindesteigenkapitalrendite von acht Prozent garantiert. Die liegt damit um zwei Prozent höher als die durchschnittliche Rendite zehnjähriger Bundesanleihen. Der Wasserpreis aber stieg in Berlin seit 2003 um 23,5 Prozent. Die Bürger zahlten doppelt: die Hälfte der Preiserhöhung über die Betriebskosten und die andere Hälfte wurden vom Land Berlin aufgebracht – aus Steuermitteln. Im Vertrag waren der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen und sogar der Aufbau neuer Arbeitsplätze zugesagt worden. Eingetreten ist das Gegenteil. 1995 waren bei den Berliner Wasserbetrieben 7014 Personen beschäftigt. Zum Zeitpunkt der Teilprivatisierung, also 1999, waren es noch 6262. Ende 2006 teilen sich 4950 Mitarbeiter etwa 4500 Vollzeitarbeitsplätze. Verbunden war das mit der Schließung von sechs Wasserwerken und der Verdichtung der Arbeit.

Nach Expertenberechnung zahlt Berlin bis zum Jahr 2028 eine Milliarde Euro mehr, als wäre die durch den Teilverkauf erlöste Summe geliehen worden. Der kurzfristige Erlös aus Privatisierung bringt für die Landeskasse langfristig also wenig. Dass es zunehmend zornige Fragen aus der Bevölkerung an den rot-roten Senat gab und gibt, wie es mit den Wasserpreisen weitergehen soll und ob die Teilprivatisierung nicht durch Rekommunalisierung rückgängig zu machen sei, ist nur zu verständlich. Erstaunlich ist dagegen, dass die Gewerkschaft ver.di sich bisher der Forderung nach Rekommunalisierung nicht an-

schließen mag. Deren Prüfung ist in der neuen Koalitionsvereinbarung von SPD und Linkspartei zumindest vorgesehen.

Sozialpflichtigkeit des Eigentums

Das Grundgesetz gebietet die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Das kann doch nur heißen, über Gesetze und Regelungen sicherzustellen, dass Kapitalverwertung dem Gemeinwohl dient. Dieses Grundgesetzgebot ist ein legitimer Rahmen für eine alternative Politik. Für eine Politik, in der Mensch und Umwelt zentrale Bezugspunkte wirtschaftlichen Handelns sind und nicht die Renditeerwartungen des Kapitals. Für eine politische Ökonomie also, die gesamtwirtschaftliches, makroökonomisches Herangehen an gesellschaftliche Entscheidungen zum Maßstab macht und sich nicht auf betriebswirtschaftliche Logik reduziert, ohne diese zu diskreditieren. Eine politische Ökonomie, die die Kapital- durch eine Soziallogik ersetzt. Ich stelle dazu stichpunktartig einige Überlegungen an:

- Steuergelder sind Gemeineigentum. Daraus an private Unternehmen ausgereichte Fördermittel gehören an Gegenleistungen für die Allgemeinheit (Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen, Schaffung von Ausbildungsplätzen, Steuerehrlichkeit) gebunden, um »verlorene« Zuschüsse zu vermeiden.
- Geboten ist die Rückforderung von öffentlichem Fördergeld, wenn ein privates Unternehmen zwecks Profitsteigerung mit seiner Produktion ins Ausland zieht, obwohl es am bisherigen Sitz schwarze Zahlen schreibt. Es reicht nicht, Produktionsverlagerung in kostengünstigere Länder als mangelnden Patriotismus der Manager oder Eigentümer zu geißeln, also moralisch zu verurteilen. Es geht vielmehr darum, Gerechtigkeit gegenüber denen zu wahren, die den Fördertopf mit ihren Steuern füllen und sich nicht von den Pflichten gegenüber dem Staat freirechnen können.
- Bei Produktionsverlagerung ins Ausland anfallende Kosten dürfen nicht länger von der in Deutschland zu zahlenden Steuer absetzbar sein. Das ist doch geradezu eine profitable Einladung, den Standort zu wechseln. Der SPD-Bundesfinanzminister hatte eine »Wegzugsteuer« ins Gespräch gebracht und massiven Protest aus Union, FDP und von Wirtschaftsverbänden geerntet.

- Erhalten Konzerne zur Kapitalerhöhung Subventionen oder eine andere Förderung aus Steuergeldern, sollten sie Aktienpakete an die öffentliche Hand abtreten. Das machte gewählten Volksvertretungen eine Einflußnahme auf strategische Entscheidungen möglich, die Kleinaktionäre auf Grund der Bindung des Stimmrechts an das Kapital nicht erlangen. Die Aktienpakete könnten zurückgekauft werden, sobald der Konzern über entsprechende Mittel verfügt.
- Priorität bei der Vergabe von Fördermitteln gebührt der Beschäftigungseffekte wegen kleinen und mittleren Unternehmen. Sie sind auf eine Wertschöpfungseinheit bezogen in der Regel deutlich personalintensiver als Großunternehmen und rationalisieren weniger als diese.
- Bei Fusionen von Kapitalgesellschaften wäre zu verbieten, dass ein Unternehmen die Verlustvorträge des anderen übernehmen darf. Verlustvorträge vermindern die Steuerlast und sind deshalb bei Fusionen sehr willkommen.
- Aufgehoben gehört die Steuerfreiheit von Gewinnen aus dem Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften, denn Aufwendungen für den Erwerb entsprechender Beteiligungen, z. B. Zinsen, können vom zu versteuernden Gewinn abgezogen werden.
- Öffentliche Aufträge sollten an Unternehmen gegeben werden, die hohe soziale Standards einhalten. In einem Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes vom 11. Juli 2006 äußern die Karlsruher Richter keinerlei verfassungsrechtliche Bedenken dagegen, Aufträge der öffentlichen Hand an sozialstaatliche Auflagen und Bedingungen zu binden.

Natürlich kommt sofort der Einwand, unter Globalisierungsbedingungen wären solche wie die vorgenannten Regelungen illusorisch, sie würden den Standort schädigen. Ich stimme Christoph Butterwege zu, wenn er sagt: »Wir leben zwar nicht auf einer Insel der Seligen, aber auch nicht in Neu-Guinea oder am Nordpol. Vielmehr ist die Bundesrepublik das ökonomisch und politisch zweitmächtigste Land der Welt. Würde dessen Regierung einen Kurswechsel vornehmen, wäre sie einflußreich genug, ihn auch in der EU und bei G-8-Treffen abzusichern. Ich leugne nicht, dass es dort und zu Hause massiven

Widerstand geben würde. Mich ärgert nur, dass der Versuch gar nicht unternommen wird.«⁷

Eigentum in Schlüsselbereichen der Wirtschaft

Eine gemeinwohlorientierte Politik muß Vorstellungen dazu entwickeln, wie Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge wieder mehr demokratischer Kontrolle und Gestaltung zugeführt werden können. Nur so lässt sich ein stabiles soziales Umfeld schaffen, das Chancengleichheit in der Bevölkerung befördert und damit persönliche Entfaltung aller erst ermöglicht. Es geht demnach um die Prüfung, wie durch Vergesellschaftung auf lebenswichtigen Gebieten dem Profitgesetz Boden entzogen werden kann. Grundbedürfnisse der Bürger dürfen nicht zur Quelle für Renditemaximierung gemacht werden, weil sich dieser Versorgung niemand entziehen bzw. darauf verzichten kann. Im »Aufruf zur Gründung einer neuen Linken«, heißt es: »Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge müssen in öffentliches Eigentum überführt werden und demokratischer Kontrolle unterliegen.« Konkret werden Bildung und Gesundheit, Wasser- und Energieversorgung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, öffentlicher Nah- und Fernverkehr, sowie wichtige Teile der Kultur genannt. Zu dieser Aussage hat sich in der Linkspartei eine scharfe Kontroverse entwickelt. Von Staatsgläubigkeit ist die Rede und vom Rückfall in die Vergangenheit. In den »Programmatischen Eckpunkten auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland« taucht die genannte Formulierung nicht mehr auf. Ich finde, es kann beim Eigentumsthema nicht darum gehen, dass die Linken sich gegenseitig der Ideologielastigkeit bezichtigen. Vielmehr müssen sie Lösungswege präsentieren, wie sie sich unter gegebenen Bedingungen und politischen Kräfteverhältnissen die praktische Umsetzung ihrer Vorhaben vorstellen.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik lässt Enteignung von Eigentum zu. Laut Artikel 14, Absatz 3 ist dies »nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines

7 Christoph Butterwegge: Wieviel Armut verträgt eine Gesellschaft? In: »Neues Deutschland« vom 21. August 2006. S. 3.

Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt.« Und in Artikel 15 heißt es: »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.« Bislang wird von diesen Optionen lediglich Gebrauch gemacht, wenn es um die Bereitstellung von Bauland für öffentliche Straßen, Autobahnen und Flughäfen auf privatem Grund und Boden geht. Dennoch sind sie der FDP ein Dorn im Auge. Ihr wirtschaftspolitischer Sprecher Rainer Brüderle verlangte 2001 schon mal, Grundgesetz-Artikel 15 komplett zu streichen. »Wir wollen nicht offen bleiben für sozialistische Experimente welcher Couleur auch immer,« war seine Rede.⁸

Die Linke müsste demgegenüber Vorschläge entwerfen, auf welchen weiteren als den vorgenannten Fällen und unter welchen Bedingungen die Vergesellschaftungsoption zum Wohle der Allgemeinheit Anwendung finden könnte. Die LINKS-Fraktion im Bundestag fordert die Verstaatlichung der Stromnetze. Nicht aus purer Ideologie, sondern aus sozialen und ökologischen Gründen. Denn der Betrieb der Netzinfrastruktur für Strom und Gas dient in erster Linie gesamtgesellschaftlichen Zielen. Es geht um die möglichst sichere, bezahlbare, umweltverträgliche, verbraucherfreundliche und effiziente leitungsbezogene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität und Gas. Mit einem privatwirtschaftlichen Netzbetrieb ist das nicht zu erreichen. Die vier großen Stromkonzerne EON, RWE, Vattenfall und Energie Baden-Württemberg kontrollieren 80 Prozent der Kraftwerkskapazitäten und 90 Prozent der Leitungsnetze. Die Gebühren letzterer machen 40 Prozent der Strompreise aus. Im Gasbereich ist das ähnlich. Diese komfortable Situation nutzen die Konzerne bei der Preisfestsetzung für die Verbraucher. Die Privathaushalte hierzulande stehen vor der teuersten Heizperiode der Nachkriegsgeschichte. Die vier Monopolisten aber haben in Deutschland allein 2005 fast neun Milliarden Euro Profit gemacht. Die Bundesregierung sieht dieser Entwicklung nahezu tatenlos zu. Durch die konsequente Trennung von Netz und Betrieb lassen sich die Netzentgeltkosten halbieren und damit die Strom- und Gaspreise deutlich senken.

8 Claus Dümde: Streit FDP-PDS um Vergesellschaftung. In: »Neues Deutschland« vom 21. August 2001.

Es gilt abzuwägen, wie eine verfassungsgemäße Verstaatlichung der Netze zu erreichen ist: Durch Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit im Sinne von Artikel 14 Abs. 3 GG oder mittels Sozialisierung nach Artikel 15. In einem Gesetz wären Art und Umfang der Entschädigung zu regeln. Bei deren Bemessung ist zu berücksichtigen, dass eine Entschädigung in Höhe des Verkehrswertes nicht möglich ist, weil ein Markt für die Netzinfrastruktur nicht funktioniert. Auch ist das Netz maßgeblich durch Investitionen der öffentlichen Hand entstanden.

DIE LINKE im Bundestag hat ein Sofortprogramm für soziale Energiepreise beschlossen, in dem außer der Überführung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand Sondersteuern auf die astronomischen Profite der Energiekonzerne, eine Genehmigungspflicht für Strom- und Gasstarife sowie Verbraucherbeiräte mit einklagbaren Befugnissen gefordert werden. Zu den Forderungen gehört desweiteren die Beibehaltung bzw. Wiedereinführung der Preisaufsicht in den Ländern für die Strom- und Gasstarife.

Vielfältige Wege zur Schaffung gesellschaftlichen Eigentums

Außer durch Verstaatlichung könnte öffentliches Eigentum kreiert werden, indem

- Bund bzw. Land Forschungs- oder Investitionssubventionen an Konzerne im Gegenzug zu einem entsprechenden Aktienpaket gewähren und dieses zur demokratischen Einflußnahme auf strategische Entscheidungen nutzen.
- Auch der Erwerb von Aktien durch den Staat kann eine Option sein, wie angesichts der mit massivem Arbeitsplatzabbau einhergehenden Renditejagd von Konzernen selbst konservative Politiker inzwischen laut überlegen. Um bei fortschreitender Globalisierung Standortentscheidungen mit beeinflussen zu können, fragte kürzlich der hessische Ministerpräsident Koch, »ob man von den strategisch wichtigen Unternehmen als Staat überall 50 Prozent kaufen sollte.« In der Tat wäre das billiger, als Massenarbeitslosigkeit zu finanzieren.
- Schutz und Förderung verdienen Genossenschaften als gemeinschaftliche Wirtschaftsform. Vornehmlich in Landwirtschaft, Hand-

werk, Handel und Wohnungswesen sind sie zukunftssträftig. Das Stimmrecht ist im Unterschied zur Aktiengesellschaft personen- und nicht kapitalgebunden. Das stimuliert die demokratische Mitwirkung. In den Agrargenossenschaften sind die Mitglieder Bodenbesitzer und in dieser Eigenschaft gleichzeitig Landverpächter, Kapitalgeber und Beschäftigte in einem. Dieses Dreiecksverhältnis wirkt stabilisierend auf die Betriebe. In den neuen Bundesländern bestehen trotz mancher Hürden, die sie nach der Wende zu nehmen hatten (z.B. Behinderung beim Bodenkauf, Belastung durch Altschulden) noch immer rund 1 100 solcher Genossenschaften. Sie bewirtschaften eineinhalb Millionen Hektar Nutzfläche, sind in vielen Dörfern wieder produktive und soziale Zentren und erweisen sich ähnlich Agrar-GmbH und GmbH & Co KG gegenüber kleinen bäuerlichen Familienbetrieben als wettbewerbsfähiger. Genutzt werden kann die Genossenschaft auch als effiziente, bürgernahe Alternative zur Privatisierung kommunaler Aufgaben wie Wasser-, Abwasser- und Energieversorgung. Vor Kurzem ist eine Genossenschaftsnovelle in Kraft getreten. Sie sieht Erleichterungen für die Gründung solcher Gemeinschaftsunternehmen vor. Auch sollen diese sich stärker auf sozialen und kulturellen Feldern betätigen können. Das bietet Alternativen, wenn Kommunen beispielsweise Hallenbäder oder Theater privatisieren wollen.

Chancen für Alternativen

Beurteilt man die praktischen Chancen für solche Alternativen, darf man ungeachtet der gesellschaftszerstörerischen Wirkungen des dominierenden Neoliberalismus eine Reihe von Fakten nicht außer Acht lassen:

1. Rund 90 Prozent der Ökonomen in Deutschland bekennen sich zur *neoklassischen Denkschule*, die vornehmlich auf eine Angebotspolitik setzt, also auf Steuersenkung für Unternehmen, Lohnzurückhaltung, Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich, Rückbau der bisherigen Sozialsysteme, Lockerung des Kündigungsschutzes und Aushöhlung der Mitbestimmung. Diese Schule dominiert die universitäre Lehre, die Medien sowie die Wirtschaftsverbände und beherrscht – von Nuancen und Ausnahmen abgesehen – das Handeln

- der politischen Eliten unterschiedlicher Couleur. Andere Denkschulen haben es schwer, ins öffentliche Bewußtsein zu dringen. Das gilt für den *Postkeynesianismus*, besonders aber für den kritischen *Marxismus*, dessen Reste aus den Lehranstalten nahezu entfernt sind. In kurzer Frist wird sich am wirtschaftstheoretischen und -politischen »Input« in die Köpfe wenig ändern.
2. Der Neoliberalismus konnte als herrschende Ideologie des entfesselten Kapitalismus auf das Denken großer Teile der Bevölkerung anhaltend Einfluß gewinnen, weil er sich den Mangel an Kenntnissen über wirtschaftliche Tatbestände und Grundzusammenhänge zunutze macht. Pierre Bourdieu hatte das »ökonomischen Alphabetismus« genannt, den zurückzudrängen er als Aufgabe gesellschaftlicher Bewegungen sah. Der Leiter des Instituts für Wirtschaftsethik St. Gallen, Peter Ulrich, stellt fest, viele Menschen spürten zwar intuitiv, dass am neoliberalen Ökonomismus – das sei der Glaube der ökonomischen Logik an nichts als sich selbst – irgendetwas nicht stimmen kann. Sie fühlten sich jedoch dem geschliffenen Jargon der ökonomischen »Sachlichkeit« argumentativ ohnmächtig ausgeliefert.⁹ Was Not täte, so der St. Gallener, wäre analog zur Staatsbürgerkunde eine zur Allgemeinbildung gehörende Wirtschaftsbürgerkunde. Ich finde diese Idee bedenkenswert.
 3. Nicht zu vergessen ist, dass mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in Mittel-Ost-Europa auch der Marxismus desavouiert ist. In der Öffentlichkeit wird nicht zwischen der praktischen Pervertierung der marxistischen Theorie durch selbstherrliche Funktionäre kommunistischer und sozialistischer Parteien einerseits und der bewahrenswerten Tradition marxistischer Theorie, insbesondere ihrer analytischen Präzision, andererseits unterschieden. Die öffentliche Meinungsbildung über das gescheiterte System erschöpft sich weitestgehend in dessen moralischer Verurteilung. Im Bestreben um kritische Selbstverständigung über das Geschehene hat auch mancher Wissenschaftler und Politiker mit DDR-Provenienz sich einseitig den Schwächen, auch Verbrechen des Realsozialismus zugewandt, anstatt zugleich zu fragen, was vor der Geschichte Bestand haben könnte. Ähnlich war und ist

9 Peter Ulrich: Die Menschen fühlen sich argumentativ ausgeliefert.
URL: http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID3479866_REF4_NAV_BAB,00.html

das in anderen früheren sozialistischen Ländern zu beobachten. Häufig ist die Einschätzung gefallen: »Das System ist zu Recht untergegangen.« Ich stimme Reinhard Mocek zu, wenn er einwendet: »Zu Recht untergegangen ist doch wohl in erster Linie die politische Herrschaftsform dieses Gesellschaftssystems, wobei sie die sozialen und ökonomischen Grundlagen dieses Systems und damit die gesamte realsozialistische Lebenswelt in den Abgrund gezogen hat.«¹⁰ Sieht man es so, bleibt zumindest die Denkmöglichkeit einer alternativen Gesellschaftsordnung. Denn wo es kein Jenseits des real existierenden Kapitalismus gibt, kann auch kein Glaube an seine Endlichkeit, viel weniger die Überzeugung von seiner Überwindbarkeit aufkommen.

4. Es gibt keinen anderen Weg, den Alleinvertretungsanspruch der neoliberalen Autisten öffentlich in Frage zu stellen, als zum einen die praktische Untauglichkeit, das Versagen, die Schädlichkeit ihrer Rezepte empirisch durch unbestechliche ökonomische Daten und bedrückende Fakten aus der Erfahrungswelt der Bürger, insbesondere der Arbeitslosen, der Alleinerziehenden, der Kranken, aber auch in prekären Verhältnissen arbeitender abhängig Beschäftigter zu belegen. Gleichzeitig müssen öffentlichkeitswirksam realistische, mobilisierende Alternativen popularisiert werden, um deren praktische Realisierung dort gerungen wird, wo linke Kräfte auf kommunaler und Länderebene politische Verantwortung tragen. Wirtschaftlicher Fortschritt, der nicht zu sozialem Fortschritt führt, ist Selbstzweck und gesellschaftlich parasitär.
5. Auffassungen wie: »Man kann ja doch nichts verändern« oder »Die da oben machen sowieso mit uns, was sie wollen«, oder »Egal, wer regiert, es macht keinen Unterschied«, sind Ausdruck von Resignation und Schicksalsergebenheit. Mit solchen Haltungen wird jedweder politische Widerspruch entwertet und ungewollt die Sachzwanglogik der herrschenden Politik unterstützt. Manche Linke sehen im Engagement für alternative Reformen eine bloße Reparatur am Kapitalismus und lehnen das entschieden ab. Ich halte auch diese Position für falsch, weil ein »Alles oder Nichts« im praktischen politischen Leben keine brauchbare Option ist und bedrängten Men-

¹⁰ Reinhard Mocek: Vielleicht lohnt die Rückbesinnung auf Marx? Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät. Bd. 54. Heft 3/2002. S. 183.

schen nicht hilft. Um dem Fatalismus entgegenzuwirken, macht es Sinn, auf die Reformierbarkeit des Kapitalismus hinzuweisen. Ein überzeugender historischer Beleg dafür ist die Herausbildung der sozialen Marktwirtschaft in Europa nach dem zweiten Weltkrieg. Freilich gab es dafür mit kämpferischen Gewerkschaften starke innere Triebkräfte. Und als äußeres Korrektiv erwies sich ein alternatives Gesellschaftssystem. Ein solches äußeres Korrektiv ist noch nicht in Sicht. Was aus der Entwicklung in China wird, lässt sich endgültig schwer voraussagen. Das trifft auch auf die neuen sozialen Bewegungen in Lateinamerika zu. Daher helfen mittelfristig gegen die Allmacht des Kapitals nur Massenbewegungen, getragen von Betriebsbelegschaften und Gewerkschaften, von Attac, Jugend- und Frauenorganisationen, Greenpeace, Friedensgruppen und christlichen Kreisen. An Bedeutung gewinnt das Europäische Sozialforum, das einen wichtigen Beitrag leistet, eine politische Öffentlichkeit auf dem Kontinent zu schaffen. Zu den Gegenkräften gehören die europäischen Linksparteien sowie Minderheitsströmungen bei den Grünen und der Sozialdemokratie.

Die Bündelung des Widerstandes gegen den Sozialstaatsabbau und die Aushöhlung der Demokratie schafft Gemeinsamkeit und strahlt auf jene aus, die immer noch glauben, es gäbe keine Alternativen. »Der Kapitalismus verschwindet nicht von einem Tag auf den anderen wie der real existierende Sozialismus im Verlauf der ‚samtenen‘ Revolution, aber er wird ein anderer Kapitalismus werden als der, den wir kennen.«¹¹

Menschen sind nicht machtlos. Das hat der öffentliche Protest gegen die Bolckesteinsche Dienstleistungsrichtlinie der EU gezeigt. Er war so unüberhörbar, dass auch Regierungen sich ihm nicht entziehen konnten und den Entwurf schließlich zur Überarbeitung an die Kommission zurückweisen mussten. Streikdrohungen der Beschäftigten in der Stahlbranche setzten die Arbeitgeber derart unter Druck, dass diese keine Möglichkeit sahen, sich den Forderungen nach spürbarer Einkommensverbesserung zu widersetzen. Massenhafte Petitionen gegen die unseligen Hartz-IV-Regelungen erzwangen schließlich erste Korrekturen. Die Bankrotterklärung von Bundeskanzler Schröder

¹¹ Elmar Altvater: Das Ende des Kapitalismus. Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 6. S. 182.

der nach den für die SPD verlorenen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und die vorgezogenen Bundestagswahlen gaben plötzlich linken Kräften einen Impuls zum Zusammenrücken. Das französische »Nein« beim Referendum über die EU-Verfassung verdeutlichte eindrucksvoll, dass Erfolge gegen neoliberale Politik selbst dann errungen werden können, wenn das Land von einer erdrückenden konservativen Mehrheit regiert wird.

Das alles sind Signale der Hoffnung, dass ein Politikwechsel errungen werden kann.

KLAUS STEINITZ

Nachhaltigkeit und die Weiterentwicklung der politischen Ökonomie

Probleme einer ökologischen Nachhaltigkeit gewinnen für eine politischen Ökonomie im 21. Jahrhundert einen neuen, höheren Stellenwert als im größten Teil des vergangenen 20. Jahrhunderts. Dies hängt insbesondere mit den neuen Bedingungen für die Erhaltung der natürlichen Umwelt und den größeren Herausforderungen zusammen, die sich aus den Umweltproblemen und den ökologischen Nachhaltigkeitserfordernissen für die gesellschaftliche und speziell ökonomische Entwicklung ergeben.

Forderungen nach einer nachhaltigen Entwicklung haben in den letzten Jahrzehnten ein größeres ökonomisches, soziales und politisches Gewicht erhalten. Besonders der Bericht des Club of Rome »Die Grenzen des Wachstums« (Stuttgart 1972) und der Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung »Unsere gemeinsame Zukunft« (Berlin 1988) kennzeichnen einen Einschnitt im Herangehen an ökonomische Fragen. Von der ökonomischen Wissenschaft sind u. a. zu beantworten, wie unter den Bedingungen einer sich verschärfenden Umweltkrise, der absehbaren Erschöpfung nicht erneuerbarer Rohstoffe und Energien und der drohenden Klimakatastrophe, künftig der sozialer und ökonomischer Fortschritt realistisch gemessen werden kann, wie sich Inhalt und Perspektiven des Wirtschaftswachstums verändern werden, wie die Umweltkosten in die Produktionskosten einbezogen (internalisiert) werden können.

Probleme der natürlichen Umwelt, der Endlichkeit nicht nachwachsender oder nicht erneuerbarer natürlicher Ressourcen und die begrenzte Belastbarkeit der Natur mit Schadstoffen und Abfällen, spielten bis vor nicht allzu langer Zeit kaum eine Rolle in der politischen Ökonomie. Dies begann sich erst langsam in den 70er und 80er Jahren zu ändern. In der Ökonomie gewannen zunehmend Probleme begrenzter natürlicher Ressourcen und die Konsequenzen einer Überschreitung der Belastbarkeit der natürlichen Umwelt mit dem Output der wirtschaftlichen Tätigkeit und der Konsumtion an Bedeutung. Die

Probleme kulminieren heute besonders in solchen Fragen, wie die nach einer nachhaltigen Versorgung aller Länder und aller Menschen der Welt mit Energie und sauberem Wasser sowie der Bedrohung der natürlichen Umwelt – Luft, Wasser, Wald, Klima, Atmosphäre – durch Abfälle, insbesondere durch giftige und radioaktive Abfälle sowie Klimagase. Bis heute ist es jedoch nur unzureichend gelungen, die Umweltproblematik als unverzichtbares, tragendes Element in die ökonomische Wissenschaft, vor allem auch in die politische Ökonomie, ausreichend zu integrieren.

Aus den sich verschärfenden Umweltproblemen – die Inanspruchnahme und die Belastung der natürlichen Ressourcen erreicht und überschreitet bei Fortsetzung bisheriger Trends zunehmend die zulässigen Grenzen – folgt, dass das langfristig *mögliche* Wachstum geringer wird. Allerdings geht es hier nicht um einen Abbau der generellen Wachstumspotenziale, sondern um die langfristige Verringerung solcher Wachstumspotenziale die auf einer relativ starken Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen beruhen. Dabei verschiebt sich die ökonomische Problematik zwischen den beiden Hauptaspekten der natürlichen Umwelt, der Bereitstellung von Naturressourcen, insbesondere von Energie und Rohstoffen, für die Produktion auf der einen und der Aufnahmefähigkeit der Natur (der natürlichen »Senken«) für die Abfälle von Produktion und Konsumtion auf der anderen Seite. Die spezifische Bedeutung dieser beiden Aspekte ist veränderlich sowohl zeitlich als auch räumlich/regional.

Ein exponentielles ökonomisches Wachstum gerät immer mehr in Widerspruch zur Endlichkeit der natürlichen Umwelt und kann nicht dauerhaft fortgesetzt werden.

Die mit der Ökologie verbundene Problematisierung der ökonomischen Entwicklung bezog sich zunächst auf die Beziehungen der natürlichen Umwelt zum ökonomischen Wachstum erweiterte sich aber zunehmend auch auf die Beziehungen zu andere Bereiche der Wirtschaft. Nachhaltigkeitserfordernisse wirken sich immer stärker auch aus auf:

- die Bedingungen zur sinnvollen Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten und zum Zurückdrängen der Massenarbeitslosigkeit,
- die Lebensbedingungen der Menschen,

- die Entwicklung und Verteilung der Einkommen und der Vermögen,
- die notwendigen Konsequenzen für eine zukunftsfähige Gestaltung der sozialen Sicherheitssysteme sowie
- die Anforderungen an Innovationen und Investitionen.

Die Ausdehnung der Forderung der Nachhaltigkeit von der natürlichen Umwelt auf andere gesellschaftliche Bereiche, eine Erscheinung die eigentlich zu begrüßen ist, war aber mit einem inhaltlichen Aufweichen ihrer Kriterien und einer Tendenz zur Unverbindlichkeit und Beliebigkeit dieser Forderung verbunden. Heute gibt es kaum jemanden der sich nicht verbal zur Nachhaltigkeit bekennt. Auch in neoliberalen Konzepten wird eine nachhaltige Entwicklung gefordert, insbesondere ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und eine nachhaltige Finanzpolitik, jedoch im Sinne einer Verbesserung vor allem der Angebots-, oder deutlicher, der Verwertungsbedingungen für das Kapital: Sparen bei den öffentlichen Ausgaben, vor allem durch Rückbau des Sozialstaates, sowie Schuldenabbau, angeblich im Interesse nachfolgender Generationen.

Eine moderne politische Ökonomie, die auf der Höhe der heutigen Zeit steht, verlangt, den bisher vernachlässigten Probleme der natürlichen Umwelt und ökologischer Nachhaltigkeit in ihren Verflechtungen mit der Ökonomie und dem Sozialen einen herausragenden Platz einzuräumen. Dabei geht es weniger um einen neuen, zusätzlichen Komplex »ökonomische Aspekte der natürlichen Umwelt«, als darum, dass die *Umweltaspekte und Nachhaltigkeitserfordernisse gewissermaßen alle wichtigen Problemstellungen der politischen Ökonomie durchdringen und beeinflussen*, und dass die *neue Qualität in den widersprüchlichen Beziehungen Ökonomie – Soziales – Ökologie sichtbar wird..*

Im Folgenden sollen einige Aspekte und Zusammenhänge der Umwelt und der Nachhaltigkeit betrachtet, die m. E. für die Weiterentwicklung der politischen Ökonomie von besonderer Bedeutung sind.

Erstens ist die *Zielstellung der wirtschaftlichen Tätigkeit zu präzisieren*. Hier besitzen vier Forderungen eine besondere Relevanz: (1) Müsste überzeugender als bisher deutlich gemacht werden, dass *ökonomisches Wachstum kein eigenständiges Ziel sein kann, sondern Mittel, Instrument vor allem für die Verbesserung des Lebens* ist – darin einge-

schlossen für menschenwürdige, existenzsichernde, für zunehmend selbstbestimmte Arbeit, für die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse aller Menschen, für soziale Sicherheit. Dabei sollten auch der Weiterentwicklung der Kriterien zur Bestimmung des Wohlstands, der Überwindung seiner einseitigen Bindung an materielle Güter, größere Beachtung geschenkt werden. Die qualitativen Aspekte von Wohlstand, die in der Lebensqualität zum Ausdruck kommen, müssen stärker berücksichtigt werden. (2) Müsste die Zielstellung des Wirtschaftens um die Aufgaben zur Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Umweltbedingungen und damit zur Förderung eines ökologischen Gleichgewichts erweitert werden. (3) Verschärfen sich mit der Umweltproblematik die Konflikte zwischen der aus dem Wesen des Kapitals entspringenden Maximierung des Profits und der eigentlichen Zweckbestimmung der wirtschaftlichen Tätigkeit, Verbesserung der Bedürfnisbefriedigung und Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts. (4) Ergeben sich aus den Nachhaltigkeitsforderungen auch Konsequenzen für die Gerechtigkeitsziele. Die Forderung nach intergenerativer Gerechtigkeit – Befriedigung der Bedürfnisse der heute Lebenden nicht auf Kosten der Bedürfnisbefriedigung zukünftiger Generationen – und international-globaler Gerechtigkeit zwischen der Bevölkerung der verschiedenen Staaten und Regionen, insbesondere zwischen »Nord« und »Süd«, gewinnen infolge der sich zuspitzenden Umweltprobleme einen völlig neuen Stellenwert.

Zweitens gilt es die *widersprüchliche Beziehungen sowohl zwischen dem ökonomischen Wachstum und diesen Zielen als auch zwischen den verschiedenen Zielkomplexen zu berücksichtigen*. Zur Lösung dieser Widersprüche gilt es u. a. gründlicher zu untersuchen, durch welche Änderungen im Inhalt des Wirtschaftswachstums und in der Nutzung seiner Ergebnisse die wirksamsten Beiträge zur Erfüllung dieser Ziele geleistet werden können, und wie die Voraussetzungen langfristig zu verbessern sind, um auch bei insgesamt geringem Wirtschaftswachstum eine Verbesserung der Lebensqualität der Menschen in den Industriestaaten zu erreichen, und einen wirtschaftlichen und sozialen Aufholprozess der »Dritte Welt«-Länder zu ermöglichen.

Diesen Anforderungen kann nur entsprochen werden wenn es gelingt,

- die notwendigen *strukturellen Veränderungen bei den Ergebnissen der wirtschaftlichen Tätigkeit*, Strukturverschiebungen insgesamt zu den Dienstleistungen, und dabei vor allem zu hochwertigen, humanen (Bildung, Gesundheit, Kultur, soziale Betreuung u.a.) und Informationsdienstleistungen zu realisieren,
- eine *höhere F&E Intensität und Qualität* der Güter und Dienstleistungen und damit auch einen höheren Veredelungsgrad mit einer hohen Wertschöpfung je Rohstoff- und Energieeinheit zu erreichen,
- *tiefgreifende Strukturveränderung bei den Energieträgern und Rohstoffen*, vor allem Rückgang des Anteils nicht erneuerbarer zu Gunsten erneuerbarer, und eine *wesentlich höhere Effizienz des Einsatzes natürlicher Ressourcen einschließlich des Wiedereinsatzes* von Produktionsabfällen und verschlissenen Ausrüstungen und Konsumgütern in einer Kreislaufwirtschaft durchzusetzen.

Für die nachhaltige Nutzung der natürlichen Umwelt sind eine andere Art und Qualität des technischen Fortschritts und der Innovationen von großer Tragweite. Es geht um deren weitaus stärkeren Einsatz zur Schaffung wissenschaftlich-technischer, technologischer, Bildungs- und Qualifikations- und materieller Voraussetzungen für die *Veränderung der Struktur der genutzten Rohstoffe und Energieträger* – bei den Energieträgern vor allem zu Gunsten von Solarzellen zur Stromerzeugung, von Solarkollektoren für die Wärmegegewinnung, von Strom aus Wind und Wasserkraft, von Kraftstoffen aus Biomasse, und von Wärme aus geothermischen Vorkommen –, für die *Erhöhung der Effizienz der natürlichen Ressourcen* und für eine *Reduzierung der Umweltbelastungen durch Emissionen und Abfälle*.

Damit ist auch die perspektivische Forderung verbunden, die bisher schnellere Steigerung der Arbeitsproduktivität gegenüber der Effizienz des Einsatzes von Energie und Rohstoffen umzukehren, d. h. einen Paradigmenwechsel in den Beziehungen zwischen der Produktivität der lebendigen Arbeit und der Ökonomisierung der vergegenständlichten Arbeit zu vollziehen. *Die Zunahme der Energie- und Rohstoffeffizienz muss insgesamt beschleunigt werden und weltweit eine absolute Verringerung der materiellen Stoff- und Energieverbrauchs in beträchtlichen Dimensionen ermöglichen*. Dabei müssen in den Industrieländern durch tiefgreifende Veränderungen nicht nur im Wachstum, sondern darüber hinaus im gesamten Reproduktionsprozess, Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Entwicklungsländer den

Energie- und Rohstoffeinsatz erhöhen können und die riesige Nord-Süd-Kluft in der Nutzung natürlicher Ressourcen je Einwohner in den nächsten Jahrzehnten spürbar eingeschränkt wird. Nach Untersuchungen wissenschaftlicher Institute müsste der Einsatz nicht erneuerbarer Rohstoffe und Energieträger bis Mitte des 21. Jahrhunderts weltweit auf etwa die Hälfte reduziert werden, woraus ihre Reduktion um 80 % in den Industrieländern abgeleitet wird.

Insofern ergibt sich vor allem in den Industrieländern die Notwendigkeit einer neuen Weichenstellung für das Wachstum. Es geht um eine neue Qualität wirtschaftlicher Entwicklung, die in den Industrieländern langfristig die Bedingungen schafft, um ohne wesentlich weitere Zunahme der materiell-stofflichen Produktion ein hohes Wohlstandsniveau und eine gute Lebensqualität zu sichern, und zugleich die Bedingungen gewährleistet, um die Nord-Süd-Polarisation entscheidend zu verringern und den Ländern der »Dritten Welt« zu ermöglichen, ihre Entwicklungsprobleme zu lösen.

Die Realität des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts als ein entfesselter, marktradikaler und von den Finanzmärkten dominierter globaler Kapitalismus, in dem die neoliberale Politik hegemonial ist, *blockiert jedoch bisher die Umsetzung dieser Möglichkeiten*. Die dem erreichten Produktions- und Produktivitätsniveau immanenten Chancen werden nicht im Interesse der Menschen realisiert, sondern in höhere Profite auf der einen und in zunehmende Arbeitslosigkeit, Armut, Unsicherheit und Ängste vor der Zukunft auf der anderen Seite verwandelt.

Drittens müssen weitgehende Veränderungen in der Bewertung *der Naturressourcen* erfolgen: Wasser, fruchtbarer Boden, Wälder, Schätze des Meeres, zum Teil die Luft, *können und dürfen nicht mehr als Gratisproduktivkräfte behandelt werden*. Ihre Bereitstellung und Nutzung im Reproduktions- und Wertschöpfungsprozess ist mit beträchtlichen Aufwendungen an gesellschaftlicher Arbeit – an lebendiger Arbeit, Forschungsleistungen, Investitionen, Energie u. a. – verbunden. Die bisher weitgehende Bereitstellung natürlicher Ressourcen als Gratisdienstleistung der Natur ist größtenteils vorbei. Die hierzu erforderlichen Aufwendungen nehmen einen ständig zunehmenden Teil der Gesamtaufwendungen der Reproduktion in Anspruch. Daraus ergeben sich Verschiebungen im Wertbildungsprozess, die verlangen, der

Analyse seiner ökonomischen Struktur und der verschiedenen Aufwandsarten eine stärkere Aufmerksamkeit zu schenken. Dabei weisen die Aufwendungen zur Sicherung der natürlichen Bedingungen der Reproduktion eine Besonderheit gegenüber anderen Aufwandsarten auf, ihre Höhe im konkreten Produktionsprozess ist in relativ hohem Grade variabel. Dies gilt aber nur für ihre Höhe in einem bestimmten Zeitraum. Sie können aktuell reduziert werden. Dies geschieht aber nicht durch eine echte Einsparung, sondern durch ein zeitliches Hinausschieben, das aber im folgenden Zeiträumen meist zu weit höhere Aufwendungen führt. Ihre Vernachlässigung heute hat in der Regel weit höhere Gesamtaufwendungen, d.h. volkswirtschaftliche Verluste, zur Folge.

Die erhöhten Aufwendungen zur Erhaltung und Reproduktion der Naturbedingungen wirken den Tendenzen der Reduzierung der Arbeitszeit und der Kosten je Gebrauchswerteinheit entgegen. Sie beschleunigen die Zunahme der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Insgesamt *steigen die einmaligen und laufenden Aufwendungen zur Sicherung der natürlichen Bedingungen der Wirtschaftstätigkeit und des Lebens der Menschen nicht nur relativ sondern auch absolut an*. Ihre Relevanz im Wertbildungsprozess erhöht sich beständig. Dies bezieht sich sowohl auf den Beginn des jeweiligen Produktionszyklus durch die Bereitstellung der Ausgangsrohstoffe, auf die Sicherung der Naturbedingungen (Energie, Wasser u. a.) in allen Stadien des Produktionszyklus als auch auf die Beseitigung von Produktionsabfällen bzw. deren Wiederaufbereitung in einem folgenden Produktionszyklus. All das bedeutet: *Die gesamte Ökonomie muss immer mehr durch die Umweltbedingungen und Nachhaltigkeitserfordernisse durchdrungen und bestimmt werden.*

Bisher wurden *die mit der Nutzung von Naturressourcen verbundenen Aufwendungen* größtenteils als externe Aufwendungen betrachtet, die nicht in den Betrieben erwirtschaftet, sondern von der Gesellschaft ersetzt werden mussten. Eine moderne politische Ökonomie muss diese Aufwendungen *internalisieren, d. h. in den betrieblichen Wertschöpfungs- und Verwertungsprozess, in die betriebliche Kostenrechnung einbeziehen*. Erst dann können die realen Aufwendungen für die Bereitstellung und Nutzung natürlicher Ressourcen tatsächlich im Wertbildungsprozess an den richtigen Stellen erscheinen und berücksichtigt werden.

Viertens vollziehen sich infolge der Zuspitzung von Umweltproblemen *Veränderungen in den Bedürfnissen: in der relativen Bedeutung verschiedener Bedürfnisse für die Lebensqualität, in den erforderlichen Aufwendungen zur Bereitstellung der Güter und Leistungen zur Befriedigung konkreter Bedürfnisse und insgesamt in den Bedingungen und Möglichkeiten ihrer Befriedigung*. Das betrifft insbesondere solche Bedürfnisse, die mit der Erhaltung und Verbesserung natürlicher Umweltbedingungen zu tun haben: Verfügbarkeit über sauberes Wasser und reine Luft, Vermeiden von Lärmbelästigung, Verhindern von gesundheitlichen Schäden durch Verschlechterung der natürlichen Umwelt. Diese Umweltgüter steigen in der Prioritätenskala von Bedürfnissen. Ihre Befriedigung ist zum großen Teil mit relativ und absolut zunehmenden Aufwendungen an Arbeit und Ressourcen und damit auch mit ihrem überproportional steigenden Gewicht in der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung verbunden. Damit gewinnen ökonomische und soziale Erfordernisse für eine nachhaltige Reproduktion dieser Naturgüter und der auf ihnen beruhenden Leistungen ein größeres Gewicht. Sie spielen eine qualitativ neue, weit höhere Rolle als bisher für die Verwirklichung sozialer Gleichheit – für das Sichern gleicher Zugangsbedingungen für alle Menschen zu diesen Grundgütern und -leistungen der Natur – und für soziale Gerechtigkeit, zwischen sozialen Schichten und Einkommensgruppen eines Nationalstaates, intergenerativ und im international-globalen Maßstab.

Die sozialen und ökologischen Prozesse, die mit dem ökonomischen Wachstum verbunden sind, werden zunehmend wichtiger für seine Bewertung. Damit werden die Defizite und Schwächen der Messung der gesamtwirtschaftlichen Leistung und deren Wachstum allein auf der Grundlage des Bruttoinlandsprodukts (BIP) noch offensichtlicher. Da die sozialen und ökologischen Folgen des Wachstums nur bedingt einer geldmäßigen Bewertung zugänglich sind, sind auch alle bisherigen Versuche fehl geschlagen, das BIP oder eine ähnliche ökonomische Kategorie durch ein ökologisches oder sozial-ökologisches Gesamtprodukt zu ersetzen. Es ist aber notwendig, soziale und ökologische Kriterien stärker als bisher in eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einzubeziehen, den *Ausweis und die Bewertung des BIP durch ökologische und soziale Kriterien zu ergänzen und auch zu korrigieren*. Die Tendenz der letzten Zeit in Deutschland und anderen kapitalistischen Staaten ist eindeutig: Einerseits verringert sich die

soziale Wirksamkeit je Einheit des Wirtschaftswachstums. Bei einem Wachstum des BIP (real) in Deutschland von 1991 bis 2004 um rund 20 % stagnierten die Nettoreallöhne und -gehälter – ihre Zunahme betrug in diesem Zeitraum nur 5 %. Nach verschiedenen Berechnungen über Umweltschäden und Aufwendungen zu ihrer Abwendung übertrifft deren Dynamik seit einigen Jahrzehnten beträchtlich die Dynamik des BIP.

Fünftens stellen die neuen komplexeren, komplizierteren und konfliktreicheren Prozesse und Zusammenhänge die mit den Umweltproblemen verbunden sind, auch qualitativ neue, *höhere Anforderungen an die Regulierung der Wirtschaft* regional, national, im Rahmen regionaler Wirtschaftsböcke sowie global. Von besonderer Bedeutung hierfür sind: die veränderten Beziehungen Ökonomie – Soziales – Ökologie, die notwendige Reduzierung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen in völlig neuen Dimensionen und die langfristig erforderlichen Veränderungen im Inhalt und im Tempo des ökonomischen Wachstums

Eine ökologisch nachhaltiger Entwicklung, die den heutigen Herausforderungen gerecht wird, hat nur dann Chancen, praktisch umgesetzt zu werden, wenn der Staat die marktwirtschaftlichen Prozesse nicht dem Selbstlauf überlässt, sondern insbesondere in das Investitionsgeschehen regulierend eingreift. Darin eingeschlossen ist einerseits eine indirekte staatliche Einflussnahme auf private Investitionen und einzelwirtschaftlich ökologische Verhaltensweisen durch das Setzen ökonomischer Rahmenbedingungen, vor allem durch die Internalisierung der durch die wirtschaftliche Tätigkeit hervorgerufenen ökologischen Kosten. Eine wichtige Funktion kommt den differenzierten ökonomischen Interessen und deren Berücksichtigung durch ökonomische Anreize – sowohl ökonomische Belastungen (Ökosteuern u. a.) als auch ökonomische Belohnungen (z. B. Forschungs- und Investitionsförderung, zeitweilige Preissubventionen für regenerative Energien) – und durch Umweltschutzaufgaben zu. Andererseits gehören hierzu auch direkte öffentliche Investitionen für eine erhaltenswerte natürliche Umwelt. Je länger der Zeithorizont ist, desto mehr setzt ein erfolgreicher ökologischer Umbau eine öffentliche Regulierung der Investitionen voraus.

Investitionen für die ökologische Nachhaltigkeit gewinnen ein größeres Gewicht. Dies gilt einmal kurz- und mittelfristig für ökologisch sinnvolle Investitionen, die auch die Binnennachfrage in konjunkturellen Schwächephase stärken. Dies betrifft zum anderen die langfristige Realisierung investitionsintensiver Felder der Umweltpolitik: Investitionen zur Umsetzung der Klimaschutzziele, zur Entwicklung einer umweltfreundlichen Verkehrsinfrastruktur und zur Veränderung der Energiestruktur zu Gunsten erneuerbarer Energien sowie zur Schaffung einer diesen veränderten Strukturen der Energiebereitstellung entsprechenden Energieübertragung. Eine wichtige Rolle spielt hierbei eine verstärkte Regionalisierung der Energieerzeugung (Verringerung der Fernübertragung). Perspektivisch werden aber wahrscheinlich auch Übertragungsleitungen über größere Entfernungen zur Nutzung zukünftiger Solarkraftwerke in südlichen Gebieten mit hoher Intensität der Sonnenstrahlung notwendig sein. Eine Investitionslenkung für ökologische Nachhaltigkeit sollte sich auch dadurch auszeichnen, dass sie weit stärker als bisher international koordiniert und organisiert wird. Dies ergibt sich aus dem grenzüberschreitenden, globalen Charakter der Umweltprobleme, und auch aus globalen Gerechtigkeitserfordernissen, aus der Verantwortung der Industrieländer zur wirksamen Unterstützung der Länder der »Dritten Welt« bei der Lösung von Umweltfragen.

Eine Dimension nachhaltiger Energiesicherung wird meist noch unzureichend berücksichtigt. Sie besteht darin, dass die Umstellung auf erneuerbare Energien langfristig wahrscheinlich unverzichtbar sein wird, um zu verhindern, dass die internationalen Konflikte bis zu kriegerischen Auseinandersetzungen um die Verfügung über die begrenzten Quellen fossiler Energien, insbesondere an Erdöl, zunehmen.

Die *Herausbildung einer neuen Regulationsweise*, in der die Marktregulierung durch gesellschaftliche, in hohem Grade staatliche Regulierung, durch öffentliche Intervention, demokratische, partizipative Teilhabe und Kontrolle ergänzt und auf wichtigen Gebieten ersetzt wird, gewinnt gerade im Zusammenhang mit der ökologischen Nachhaltigkeit an Bedeutung und Vordringlichkeit. Sie wird zu einer unverzichtbaren Bedingung, um die Weichen in Richtung einer zukunftsfähigen Entwicklung zu stellen. Dabei erhält die Aufgabe, ein Gegengewicht zur Marktradikalität und Liberalisierung der Märkte

durch öffentliche Interventionen und Kontrollen zu schaffen, gerade für die europäische und globale Ebene eine besondere Rolle.

Sechstens sollen zusammenfassend einige Schlussfolgerungen zur Weiterentwicklung der politischen Ökonomie hervorgehoben werden:

- Die *stärkere Einbeziehung der Probleme einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung in eine moderne politische Ökonomie* ist eine vordringliche Aufgabe. Sie ist eine *conditio sine qua non* für deren Weiterentwicklung entsprechend den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und für die Nutzung der theoretischen Erkenntnisse der politischen Ökonomie für eine alternative, linke Wirtschaftspolitik. Dazu müssen die mit der Sicherung der natürlichen Ressourcen für die ökonomische Tätigkeit verbundenen Angebotsfaktoren, dabei insbesondere Struktur-, Effizienz- und Recyclingerfordernisse, in die ökonomische Theorie integriert und bei den Nachfragefaktoren die vielfältigen Aspekte, die mit der natürlichen Umwelt verbunden sind, umfassend berücksichtigt werden.
- *Ökologische Nachhaltigkeit ist besonders eng mit Problemen einer langfristigen Entwicklung verflochten.* Dies ergibt sich sowohl daraus, dass es bei den Nachhaltigkeitsproblemen vorrangig um Aufgaben der Zukunftsgestaltung, um eine zukunftsfähige Entwicklung der Wirtschaft und der Lebensweise der Menschen geht, als auch aus der längeren Frist die erforderlich ist, um die wirtschaftliche Entwicklung im nationalen und insbesondere im internationalen und globalen Maßstab auf die Nachhaltigkeitserfordernisse umzustellen.
- *Ökologische Nachhaltigkeit lässt sich nicht isoliert erreichen.* Sie ist substanziell, in vielfältiger und zugleich widersprüchlicher Art und Weise *mit ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit verflochten.* Es gilt die gegenseitige Bedingtheit von ökonomischer, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit, einschließlich der zwischen ihnen bestehenden Widersprüche tiefer zu analysieren und zu berücksichtigen. Hierbei spielen Erfordernisse sozialer Gerechtigkeit in ihren verschiedenen Dimensionen eine zentrale Rolle. Besonders wichtig ist es, Schritte und Maßnahmen festzulegen, um das gleiche Recht aller Menschen auf Nutzung der begrenzten Naturressourcen zu verwirklichen.

- Es gilt das nicht selten in alternativen Konzepten unvermittelte Nebeneinander von Forderungen nach keynesianischer Nachfragepolitik zur Stärkung des Binnenmarkts und des Wirtschaftswachstums auf der einen und nach Wachstumsbeschränkung zur Erfüllung der ökologischen Nachhaltigkeitserfordernisse auf der anderen Seite zu überwinden.
- Eine strategische Aufgabe hoher gesellschaftlicher Priorität besteht darin, *auf einen neuen Pfad nachhaltiger Entwicklung einzuschwenken*. Dafür ist es wichtig, das Augenmerk stärker von der Bewertung des Wachstums unter ökologischen Aspekten auf die *Ökologisierung des gesamten Reproduktionsprozesses*, vor allem auf ökologische Veränderungen bei der Reproduktion des gesamten konstanten Kapitals, zu richten. Es ist auch erforderlich, die zeitliche Dimension dieses Übergangs auf einen neuen Entwicklungspfad sowie die spezifischen Wirkungen des Wachstums in den verschiedenen Zeithorizonten zu beachten. Die ökologische Problematik einer gegebenen Wachstumsrate ist bei kurz- oder mittelfristigen Zeiträumen völlig anders als bei längeren Zeiträumen von 20, 30 oder 50 Jahren. Langfristig müsste in den Industrieländern ein Entwicklungspfad angestrebt werden, auf dem es gelingt, weitgehend ohne materiell-stoffliches Wirtschaftswachstum das Recht auf Arbeit zu sichern und die Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern.
- Die *Herausbildung einer neuen Regulationsweise*, in der die Marktregulierung durch gesellschaftliche Regulierung, durch öffentliche Intervention, *demokratische, partizipative Teilhabe und Kontrolle* ergänzt und auf wichtigen Gebieten ersetzt wird, gewinnt gerade im Zusammenhang mit der ökologischen Nachhaltigkeit an Bedeutung und Vordringlichkeit. Sie wird zu einer unverzichtbaren Bedingung, um die Weichen in Richtung einer zukunftsfähigen Entwicklung zu stellen. Dabei erhält die Aufgabe, ein Gegengewicht zur Marktradikalität und Liberalisierung der Märkte durch öffentliche Interventionen und Kontrollen zu schaffen, gerade für die europäische und globale Ebene eine besondere Rolle. Der Kampf um die Einschränkung der Verfügungsmacht der Kapitaleigentümer, insbesondere des Finanzkapitals, über das Eigentum an den Produktionsmitteln gewinnt in den Großunternehmen und Kapitalgesellschaften angesichts der Vordringlichkeit der Ökologieprobleme

an Bedeutung. Wirtschaftsdemokratische Forderungen müssen weit stärker als bisher die Erfordernisse ökologischer Nachhaltigkeit einschließen. Sozialpflichtigkeit des Eigentums muss um seine Ökologiepflichtigkeit ergänzt werden. Die Durchsetzung lebenswichtiger ökologischer Erfordernisse müsste in Zukunft ein wichtiger Grund sein für die Einschränkung der Verfügungsmacht des Kapitals über das Eigentum und die Überführung von kapitalistischem Eigentum in Formen des Gemeineigentums. Dies gilt vor allem für ökologisch besonders sensible Bereiche.

JOACHIM TESCH

Sozialismus aus dem Computer?¹

Über äquivalenten Tausch, gesamtwirtschaftliche Planung und direkte Demokratie

Zu den diskutablen Utopien einer nachkapitalistischen Gesellschaft gehört seit Arno Peters' Gesprächen mit Konrad Zuse – *Was ist und wie verwirklicht sich Computer-Sozialismus*² – die eines »Computer-Sozialismus«. Nachfolgend sind in Deutschland vor allem zwei Veröffentlichungen erschienen, deren Verfasser schon im Januar 2006 in Berlin auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz zum doppelsinnigen Thema »Mit dem Sozialismus rechnen« Aufmerksamkeit hervorgerufen hatten: Heinz Dieterich, *Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus*³ sowie W. Paul Cockshott/Allin Cottrell, *Alternativen aus dem Rechner. Für sozialistische Planung und direkte Demokratie*⁴. Die Bücher wurden inzwischen zwar besprochen, aber ihre Inhalte verdienen eine eingehendere Analyse, auch wenn sie mehr Fragen aufwerfen als beantworten.

Die Autoren ziehen aus den Fortschritten der Datenverarbeitungs- und Kommunikationstechnologien weit reichende Schlüsse für die Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse und für den Übergang zur direkten Demokratie. Für Peters ist der Computer-Sozialismus ausdrücklich nicht nur »das *Gegenteil des Kapitalismus*, sondern das *Gegenteil der Marktwirtschaft insgesamt ...*«⁵ Dieterich geht sogar so-

1 Der Beitrag wurde schriftlich eingereicht und erschien vorab in: Z. Nr. 69. März 2007. S. 85–97.

2 Arno Peters: Was ist und wie verwirklicht sich Computer-Sozialismus. Gespräch mit Konrad Zuse. Berlin 2000.

3 Heinz Dieterich: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus. Berlin. 2006.

4 W. Paul Cockshott / Alin Cottrell: Alternativen aus dem Rechner. Für sozialistische Planung und direkte Demokratie. Köln 2006. (Im Original: Towards a New Socialism. 1995.)

5 Arno Peters: Was ist und wie verwirklicht sich Computer-Sozialismus. S. 25.

weit zu behaupten: »Und wissenschaftlicher Sozialismus ist nun einmal die quintessentielle kybernetische Wissenschaftstheorie.«⁶

Weitgehend übereinstimmend konzipieren die Autoren drei konstituierende Elemente eines computergestützten sozialistischen Systems, die unterschiedlich detailliert dargestellt werden:

- das arbeitszeitbasierte Äquivalenzprinzip,
- eine umfassende gesamtwirtschaftliche Planung und
- die direkte Demokratie, speziell die Wirtschaftsdemokratie.

Cockshott/Cottrell sehen darin »eine Alternative zur liberalen Dreieinigkeit von Preis, Markt und Parlament«⁷

Äquivalenter Tausch ungeschmälert?

Das Anliegen einer sozialistischen Ökonomie sei es, die Logik des marktwirtschaftlichen Systems mittels der schrittweisen Ersetzung des monetären Preis-Profit-Mechanismus durch den gerechten Austausch gleicher, in den Produkten verkörperter Quanta von Arbeitszeit zu brechen. Damit würden auch die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Lohnarbeit und die Ungleichheit in den Einkommen beseitigt.⁸

Dazu wird der »Arbeitswert« neu definiert und seiner Bestimmung die Arbeitszeit zugrunde gelegt – allerdings rein quantitativ. Die Grundzüge dieser Methodik sind: Im Betrieb, Verein, Haushalt u. ä. wird die verausgabte Arbeitszeit je erzeugtem Produkt (Einheit des Erzeugnisses bzw. der Dienstleistung) ermittelt. Um den gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeitaufwand für die jeweilige Produkteinheit zu ermitteln, erfolgt zentral die Hinzurechnung der in den externen Vorstufen in den Produktionsmitteln (Bauwerke, Ausrüstungen, Materialien, Software usw.) vergegenständlichten Arbeitszeit. Die mit der produktbezogenen Ermittlung der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit verbundene Komplexität der Berechnungen und die dazu erforderlichen Informationsflüsse sind sicherlich bereits heute in der notwendigen Schnelligkeit mit modernen mathematischen Methoden sowie

6 Heinz Dieterich: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. S. 86.

7 W. Paul Cockshott / Alin Cottrell: Alternativen aus dem Rechner. S. 11.

8 Vgl.: Heinz Dieterich: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. S. 157f. und W. Paul Cockshott / Alin Cottrell: Alternativen aus dem Rechner. S. 27, 43ff.

mit der EDV-Technik und dem Internet beherrschbar. Dennoch sollten die mit der Arbeitszeitmessung verbundenen Schwierigkeiten – sowohl die praktischen Probleme der Primärerfassung auf betrieblicher Ebene⁹ als auch die für die gesamtwirtschaftliche Aggregation der produktbezogenen Zeitangaben notwendige Aufhebung des Datenschutzes für Privateigentümer – nicht unterschätzt werden.

Nach dieser Vorstellung, die sich an das von Marx¹⁰ skizzierte Stundenzettel-Modell anlehnt, bekäme jede/jeder die von ihr/ihm geleisteten Arbeitsstunden gutgeschrieben (auf »Arbeitszetteln« oder moderner auf elektronisch geführten Konten). Im Umfange dieses Arbeitszeitguthabens hätte sie/er dann Anspruch auf eine Menge an Konsumgütern (einschließlich entgeltlicher Dienstleistungen) entsprechend der darin enthaltenen gesellschaftlichen Arbeitszeit. Dieser Tausch erfolgt nur für Konsumgüter, während die Produktionsmittel den Betrieben von der zentralen Planungsbehörde zugewiesen werden.

Zwei Behauptungen der Autoren sind zu hinterfragen: a) Erhalten die Arbeitenden nach diesem Prinzip tatsächlich ihren Arbeitsertrag ungeschmälert? b) Ist der bloß quantitativ bestimmte Arbeitszeitaufwand der eigentliche Arbeitswert?

Peters vertritt das Äquivalenzprinzip absolut: »Damit erfüllt der Computer-Sozialismus [...]: Für alle arbeitenden Menschen den *ungeschmälerten Arbeitsertrag*.«¹¹ (Hervorhebung i. O.). Dieterich sieht die mit der »rigorose Äquivalenz« verbundenen Probleme, ohne dass er die Widersprüche hinreichend klärt¹²: Für den Leser überraschend beschreibt er gegen Ende seiner Darstellung Instrumente zur Umverteilung von Mehrprodukt – Staatshaushalt, Steuern u. ä. Dagegen bezeichnen Cockshott/Cottrell¹³ die Äquivalenz als das ursprüngliche

9 In der DDR wurden die damit verbundenen Probleme offensichtlich, als versucht wurde, die Messung der Arbeitsproduktivität konsequent auf eine Arbeitszeitbasis umzustellen. Vgl. Fritz Behrens / Albert Franke / Ernst Domin: Die Zeitsummenmethode. Berlin 1961. Bes. S. 79ff., S. 136ff.

10 Vgl.: Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. In: Karl Marx / Friedrich Engels: Werke. Bd. 19. Berlin 1983. S. 20.

11 Arno Peters: Was ist und wie verwirklicht sich Computer-Sozialismus. S. 44

12 Heinz Dieterich: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. S. 151.

13 W. Paul Cockshott / Alin Cottrell: Alternativen aus dem Rechner. S. 27ff., 44ff.

Prinzip und schränken sie mit ihrem Planungsmodell (s. u.) wesentlich ein.

Die Befürworter des absoluten Äquivalenzprinzips übersehen die daraus folgenden ökonomischen und sozialen Konsequenzen: Wovon würden die aus Alters- und Gesundheitsgründen Nichtarbeitsfähigen leben, was würde aus dem Bildungs- und Gesundheitswesen usw. usf., wenn die unmittelbaren Produzenten das Äquivalent für ihre Arbeit ungeschmälert erhielten? Schon Marx kritisierte in den Randglossen zum Gothaer Programm¹⁴ die Phrase vom »unverkürzten Arbeitsertrag« aufs schärfste; auch heute wird sie mit Recht vielfach zurückgewiesen¹⁵.

Cockshott/Cottrell lösen das Problem, aber nicht über einen primären anteiligen Abzug an Arbeitszeit, sondern über eine nachfolgende »Einkommenssteuer«.¹⁶ Das Verhältnis der Mehrarbeitszeit zur unmittelbar notwendigen Arbeitszeit – die Mehrarbeitsrate – ist in einer hoch entwickelten Gesellschaft von erheblicher Größenordnung. Nach den von Cockshott/Cottrell für Großbritannien angegebenen Daten¹⁷ und nach den aus den skandinavischen Staaten bekannten Relationen blieben nach der »Einkommenssteuer« noch 50–60 Prozent der primär gut geschriebenen Arbeitszeiten übrig. Das entspräche einer Mehrarbeitsrate von 80–100 Prozent. Der Wegfall gesellschaftlich überflüssiger Aufgaben (einschließlich repressiver Funktionen des Staates) würde voraussichtlich durch die notwendige Ausweitung anderer Bereiche – wie des Bildungswesens, der Umweltreproduktion u. ä. – kompensiert werden. Angesichts solcher Größenverhältnisse kann nicht mehr von der »Entlohnung« nach dem Äquivalenzprinzip gesprochen werden.

Was kann unter diesen Bedingungen vom Übergang von der monetären Entlohnung auf die arbeitszeitbasierte Vergütung erwartet werden? Für Dieterich »[...] liegt die wesentliche Befreiungsproblematik sozialistischer Ökonomie [...] in der demokratischen Selbstbestimmung des unmittelbaren Produzenten über den Exploitationsgrad sei-

14 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. S. 18f.

15 Vgl u. a.: Siegfried Wenzel: Sozialismus des 21. Jahrhunderts? In: UTOPIE kreativ. Heft 191. Berlin 2006. S. 820f.

16 W. Paul Cockshott / Alin Cottrell: Alternativen aus dem Rechner. S. 17ff., 46ff., 57, 154ff., 147ff., 150.

17 Ebenda. S. 28ff.

ner Arbeit, d. h. die Mehrarbeitsrate.«¹⁸ Diese Aussage ist widersprüchlich: Zum einen wäre bei absoluter Äquivalenz die Mehrarbeitsrate gleich null; also hätten die unmittelbaren Produzenten nichts zu entscheiden. Wenn aber – zum anderen – auf die Arbeitszeitvergütung eine Einkommensteuer erhoben wird, dann muss die Gesamtheit der Bürger über die Verfügbarkeit gesellschaftlicher Mehrarbeitszeit entscheiden.

Zur zweiten der zu hinterfragenden Behauptungen der Autoren: Ist der rein quantitativ bestimmte Arbeitszeitaufwand tatsächlich der *Arbeitswert*?

Dazu sind die von Marx in der politischen Ökonomie entwickelten Zusammenhänge und Unterschiede zwischen Gebrauchswert, Arbeitszeit und Wert zu beachten. Dieterich vereinfacht diese Beziehungen: »Gebrauchswert ist die Fähigkeit eines Produktes, ein Bedürfnis zu befriedigen; *Wert ist eine quantifizierte Zeitspanne*, z. B. zwanzig Minuten, eine Stunde, zwei Tage, usf., die zur Produktion eines Gebrauchswerts erforderlich ist und Tauschwert ist die ‚notwendige Ausdrucksweise oder Erscheinungsform des Werts‘, so wie er sich im konkreten Austausch manifestiert. Der objektive Wert eines Produktes liegt demnach in der zu seiner Produktion gesellschaftlich durchschnittlich notwendigen Arbeitszeit [...]«¹⁹ (Herv. J. T.). Damit abstrahiert er aber – wie auch Peters²⁰, Hoss²¹ u. a. – von der Qualität der Arbeit, d. h., er unterscheidet nicht »einfache« und »komplizierte Arbeit«. Das ist im Sinne des Gleichheitsziels ausdrücklich beabsichtigt, um für gleiche Arbeitszeiten unabhängig von der Qualifikation des Produzenten sowie der Intensität und Kompliziertheit der Arbeit gleiche Einkommen zu begründen.

Bei ihrer Definition des Arbeitswertes dürfen die Autoren sich aber nicht auf Marx berufen. Zwar heißt es auch bei ihm zunächst noch in der ersten Auflage des »Kapital«: »Wir kennen jetzt die *Substanz* des Wertes. Es ist die *Arbeit*. Wir kennen sein *Größenmaß*. Es ist die *Ar-*

18 Heinz Dieterich: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. S. 160f.

19 Ebenda. S. 158.

20 Vgl.: Arno Peters: Was ist und wie verwirklicht sich Computer-Sozialismus. S. 41f.

21 Vgl.: Wolfgang Hoss: Werttheoretische Überlegungen im gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang. In: Horst Müller (Hrsg.): Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft. Norderstedt 2005. S. 235f.

beitszeit.«²² Diese Passage fehlt in den späteren Auflagen! Aber wenige Seiten danach steht dann in allen Auflagen: »Kompliziertere Arbeit gilt nur als *potenzierte* oder vielmehr *multiplizierte*, einfache Arbeit, so dass ein kleineres Quantum komplizierter Arbeit gleich einem größeren Quantum einfacher Arbeit. [...] Die verschiedenen Proportionen, worin verschiedene Arbeitsarten auf einfache Arbeit als ihre Maßeinheit reduziert sind, werden durch einen gesellschaftlichen Prozess hinter dem Rücken der Produzenten festgesetzt und scheinen ihnen daher durch das Herkommen gegeben. *Der Vereinfachung halber gilt uns im Folgenden jede Art Arbeitskraft unmittelbar für einfache Arbeitskraft, wodurch nur die Mühe der Reduktion erspart wird.*«²³ (Hervorh. J. T.). Der didaktisch begründete Verzicht auf die Reduktion komplizierter in einfache Arbeit kann aber bei der praktischen Umsetzung nicht beibehalten werden.²⁴ Was bisher hinter dem Rücken der Produzenten geschieht, müsste alternativ durch die sozialistische Planung erfolgen. Die Wertbestimmung nur durch die Arbeitszeit ohne Reduktion der komplizierten auf einfache Arbeit wäre eine weitere Definition des Arbeitswertes²⁵, die vielleicht zur Unterscheidung von den anderen als »Arbeitszeitwert« bezeichnet werden könnte. An dieser Art der Wertbestimmung reiben sich Rezensenten und Kritiker.²⁶

Dieterich sieht allerdings die Notwendigkeit, »komplexe bzw. komplizierte Arbeit« in der Übergangsphase bis »zum ethischen Menschen der zukünftigen Demokratie« zu berücksichtigen.²⁷ Und Cockshott/Cottrell kommen bei ihrem Planungsmodell nicht umhin, die Ungleichheit der Arbeit zu beachten und drei Ausnahmen von der einfachen Arbeitszeit zu machen:

22 Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Bd. 1. In: Karl Marx / Friedrich Engels: Werke. Bd. 25. Berlin 1985. S. 55.

23 Ebenda. S. 59.

24 Dazu hat es auch in der DDR in den Jahren 1958 bis 1961 eine heftige Auseinandersetzung zwischen Ottmar Lendle, der für die Wertbestimmung über die einfache Arbeitszeit plädierte, Fritz Behrens und anderen geben (vgl. Wirtschaftswissenschaft 1961. Heft 5. S. 389ff., 410ff. u. 420ff.).

25 Karl Kühne zählte 1972 schon acht Hauptinterpretationen des Begriffes Arbeitswert auf. Vgl. Ökonomie und Marxismus. Neuwied und Berlin 1972. S. 99ff.

26 Heiko Feldmann: Buchbesprechung zu Dieterich. In: UTOPIE kreativ. Heft 188. Berlin 2006. S. 568.

27 Vgl. Heinz Dieterich: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. S. 150–153.

(1) Unterschiede in der Arbeitsbereitschaft (in der Arbeitsintensität) könnten durch ein System der Arbeitsbewertung mit Auf- bzw. Abschlägen der gutzuschreibenden Arbeitszeit für die unmittelbaren Produzenten berücksichtigt werden – ohne Verrechnung auf die Produkte.²⁸

(2) Für die Volkswirtschaftsplanung müssten die unterschiedlichen Aufwände für die Ausbildung der Arbeitskräfte und deren ökonomischer Einsatz berechnet werden. Z. B. wäre die einfache Arbeitszeit einer Ingenieurin mit dem Faktor 1,33 zu multiplizieren, ohne diese auf die Produkte zu verrechnen oder als Maß für das Einkommen zu verwenden.²⁹

(3) Hinzu kommen ggf. zwecks Regulierung des »Konsumgütermarktes« Auf- oder Abschläge auf den ermittelten gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeitaufwand für bestimmte Produkte mittels »Gleichgewichtspreisen«, »Verbrauchssteuern« o. ä.³⁰

Diese Ausnahmen zeigen die eingeschränkte Funktionstüchtigkeit des einfachen Arbeitszeitwertes. Er hat mit dem marxischen Wertbegriff offensichtlich nicht mehr viel zu tun und spiegelt die Wertverhältnisse ebenso wenig adäquat wider wie das heutige Preisbildungssystem. Es gilt wohl weiter: Der Wert als *gesellschaftliche Substanz der Ware* ist nicht direkt erfassbar. Als Hoffnung bleibt, dass ein demokratisch von den Bürgerinnen und Bürgern durchgesetzter Wechsel von der Geld- auf die Arbeitszeitrechnung transparenter und sozial gerechter als das heutige System ist.

Gesamtwirtschaftliche Planung als zentrale Administration?

Peters stellt kategorisch fest: »*Sozialistische Planwirtschaft* bewirkt die direkte Entsprechung von Produktion und Konsum. Mit seiner Fähigkeit, in einem einzigen Gerät Milliarden von Rechenoperationen pro Sekunde vorzunehmen, kann der Computer schon heute die Bedürfnisse der Menschen erfassen und ordnen sowie ihre Befriedigung

28 W. Paul Cockshott / Alin Cottrell: Alternativen aus dem Rechner. S. 58f.

29 Ebenda. S. 61.

30 Ebenda. S. 150. 153f., 160.

durch die Planung und Organisation von Produktion, Dienstleistung und Verteilung ins Werk setzen. Die bisherige Steuerung der Produktion durch die Annäherung von Angebot und Nachfrage ist damit ebenso überflüssig wie die ihr zugrunde liegende Marktwirtschaft samt unternehmerischem Risiko, Kapital, Profit, Kredit und Zins.«⁵¹ Ähnlich äußert sich Dieterich.⁵²

Cockshott/Cottrell entwickeln ein relativ ausführliches und detailliertes Planungskonzept, dessen Kern getreu ihrem Grundansatz nicht mehr von monetären Größen, sondern von einer Arbeitszeitrechnung gebildet wird. Es besteht aus Zielen erster Ordnung, der strategischen Planung, der detaillierten Planung, der Haushalts- und Steuerpolitik, dem Marketing für Konsumgüter und schließlich der Planung des Außenhandels.⁵³

Vieles in den Ausführungen von Cockshott/Cottrell erinnert an die umfangreiche Forschung für die mathematische Modellierung und Optimierung der volkswirtschaftlichen Planung in den sozialistischen Staaten. Aus der UdSSR sind nicht nur die frühen, oft erwähnten Arbeiten von Wassily W. Leontief und Stanislaw G. Strumilin, sondern auch spätere Veröffentlichungen von Autoren wie Walentin W. Nowoschilow⁵⁴ und Wassili S. Nemtschinow⁵⁵ zu nennen. – Aus Ungarn sind besonders die Untersuchungen und Vorschläge von János Kornai⁵⁶ hervorzuheben. Und in der DDR waren methodologische Ansätze für gesamtwirtschaftliche Vorausberechnungen und Planungsmodelle weit gediehen: von ersten Darstellungen – u. a. von Eva Müller⁵⁷ und

51 Arno Peters: Was ist und wie verwirklicht sich Computer-Sozialismus. S. 129.

52 Vgl. Heinz Dieterich: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. S. 157f.

53 Vgl. W. Paul Cockshott / Alin Cottrell: Alternativen aus dem Rechner. S. 87–214.

54 Walentin Nowoschilow: Die Messung von Aufwand und Ergebnis. Probleme der Messung von Aufwand und Ergebnis in der optimalen Planung. Berlin 1970. (Übers. a. d. Russ.)

55 Wassili S. Nemtschinow: Ökonomisch-mathematische Methoden und Modelle. Berlin 1965. (Übers. a. d. Russ.)

56 Janos Kornai: Mathematische Methoden bei der Planung der ökonomischen Struktur. Berlin 1969. (Übers. a. d. Ung.)

57 Eva Müller: Volkswirtschaftlicher Reproduktionsprozess und dynamische Modelle. Berlin 1975.

Manfred Wöfling³⁸ – bis zu den Arbeiten von Hans Knop und Rolf Pieplow³⁹ sowie Helmut Koziolok und seinen Mitarbeitern⁴⁰.

Ein tief gegliedertes System für die Bilanzierung von Bedarf und Aufkommen sowie wichtige für das Planinformationssystem erforderliche Instrumente (wie Erzeugnisnomenklaturen und Schlüsselsystematiken der Volkswirtschaftszweige) waren in Planwirtschaften weit entwickelt. Jedes Erzeugnis müsste zudem zukünftig neben dem Erzeugniscode anstelle des Preises mit der Angabe des gesellschaftlichen Arbeitszeitaufwandes versehen werden (optisch bzw. elektronisch).

Dieterich verweist zwar auf die wertvollen Erfahrungen aus der Sowjetunion und der DDR, dringt aber – ebenso wenig wie Peters und Cockshott/Cottrell – nicht zu deren Erfahrungen mit dem »Prinzip des demokratischen Zentralismus« vor: Die ungelöste Problematik war und ist nicht in erster Linie die Leistungsfähigkeit der Rechentechnik, sondern wie sozialistische Planung und direkte bzw. partizipative Demokratie miteinander verbunden werden können.

Die Planungskonzepte »aus dem Rechner« haben einen ausgeprägt zentralistischen und administrativen Charakter. Für Peters erscheint das selbstverständlich: »Die Lenkung der Wirtschaft reduziert sich durch den Computer auf einen technisch-organisatorischen Vorgang, der von Verwaltungen durchgeführt wird.«⁴¹ Auch Cockshott/Cottrell konstituieren verschiedene zentrale Ämter.⁴² Wenn aber sowohl die strategische als auch die detaillierte Planung zentral durchgeführt werden, sind die daraus resultierenden Produktionsaufgaben und Ressourcenzuteilungen auf administrativem Wege dezentral in den Regionen und produzierenden Einheiten durchzusetzen und von diesen verbindlich durchzuführen. Welche Eigenverantwortung, welche de-

38 Manfred Wöfling: Ein ökonomisches Modell der Volkswirtschaft der DDR. Berlin 1977.

39 Hans Knop / Rolf Pieplow: Volkswirtschaftliche Modelle I. Forschungsinformation der Hochschule für Ökonomie Berlin 1987. Heft 58.

40 So entstand unter Federführung von Koziolok ein mehrsektorales Reproduktionsmodell der Volkswirtschaft, das als Spezialfall das dynamische LEONTIEF-Modell enthielt (vgl. Helmut Koziolok / Bernd Matthes / Reiner Schwarz: Grundzüge einer Systemanalyse von Reproduktionskreisläufen. Berlin 1988.).

41 Arno Peters: Was ist und wie verwirklicht sich Computer-Sozialismus. S. 130.

42 W. Paul Cockshott / Alin Cottrell: Alternativen aus dem Rechner. S. 158f.

mokratischen Entscheidungsspielräume verbleiben unter solchen Bedingungen den Kommunen und den unmittelbaren Produzenten?⁴³

Peters erkennt klar: »Deshalb darf als historisch erwiesen gelten, dass der Staat [...] fortbesteht und seine Macht auf die Wirtschaft und andere Gebiete des öffentlichen Lebens ausweitet.«⁴⁴ Dagegen glaubt Dieterich noch: »Die demokratisch geplante Äquivalenzökonomie repräsentiert eine [...] qualitativ neue Strategie, in der soziale und ökonomische Gerechtigkeit nicht mehr primär über die Intervention des Staates geschaffen wird, sondern durch die Institutionalität des Wirtschaftssystems selbst.«⁴⁵ Aber: Eine Selbstverwaltung mit Weisungsfunktionen der zentralen Behörden ist letztlich ebenfalls »Staat«, wenn auch ohne Repressionsfunktion.

Wenn den Regionen und produzierenden Einheiten reale demokratische Entscheidungsmöglichkeiten eingeräumt werden sollen, dann dürfen die im Konzept von Cockshott/Cottrell vorgesehenen Unterscheidungen zwischen strategischer und detaillierter Planung oder der auch bereits bei Kornai vorhandene Ansatz für eine Zwei-Ebenen-Planung⁴⁶ nicht nur als Aufgabe des zentralen Planungsamtes aufgefasst werden, sondern muss eine mehrstufige Entscheidungs- und Planungspyramide geschaffen werden. Dann lässt sich die detaillierte Planung als eine demokratische Wechselbeziehung zwischen Vorschlägen der wirtschaftenden Einheiten und Kommunen einerseits und der Rahmensetzung durch das zentrale Planungsamt andererseits gestalten. Von den damit verbundenen vielfältigen Aspekten sei auf zwei verwiesen, auf die Probleme der Aggregation/Desaggregation der Daten und auf den Einfluss der ökonomischen Interessen.

Aggregation und Desaggregation von Plandaten beeinflussen die Qualität der Informationen und die Möglichkeiten der Wirtschaftsdemokratie: Soll auf der obersten Planungsebene nur mit zusammengefassten Daten operiert werden und je weiter unten, desto detaillierter die Daten, oder schon auf der obersten Ebene mit detaillierten Daten?

43 Auch dieses Problem wurde in der DDR gesehen (vgl. Wolfgang Berger / Otto Reinhold: Zu den wissenschaftlichen Grundlagen des neuen ökonomischen Systems. Berlin 1966. S. 141f.) und nicht gelöst.

44 Arno Peters: Was ist und wie verwirklicht sich Computer-Sozialismus. S. 80.

45 Heinz Dieterich: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. S. 108.

46 Vgl. Janos Kornai: Mathematische Methoden bei der Planung der ökonomischen Struktur. S. 329ff.

Je nachdem würden die Entscheidungsmöglichkeiten und damit die Wirtschaftsdemokratie auf unteren Ebenen ermöglicht oder eingeschränkt werden. EDV-technisch wäre die Detailplanung auf oberster Ebene möglich, aber damit wäre auch die Produktionsdurchführung zentral bestimmt; somit wäre es den unmittelbaren Produzenten vor Ort nicht mehr möglich, über die zweckmäßigste Ausführungsvariante zu entscheiden. Umgekehrt wäre die zentrale Planung nur hochaggregierter Daten mit dem aus der Planungspraxis bekannten Nachteil verbunden, dass bei ihrer Desaggregation die detaillierten Daten zwischen Bedarf und Aufkommen nicht mehr vollständig bilanzieren. Aber im Sinne einer Wirtschaftsdemokratie wird eine Mehr-Ebenen-Planung unerlässlich sein, um den Produzenten und Verantwortlichen der jeweiligen Ebene Entscheidungsmöglichkeiten einzuräumen.

Eine Planungspyramide, die allen Ebenen definierte Entscheidungsmöglichkeiten einräumt, kommt nicht umhin, die differenzierten Interessen der jeweiligen Produzenten und Verantwortlichen zu berücksichtigen. Aus psychologisch verständlichen Gründen wird der Bedarf an knappen Ressourcen oft überhöht angegeben, um zu erwartenden Kürzungen der Zuteilungen vorweg zu begegnen, wie umgekehrt die eigene Leistungsfähigkeit häufig zu niedrig angesetzt wird, um bei unvorgesehenen Störungen noch auf der »sicheren« Seite zu sein. Die Interessen der »Werkstätigen« und ihrer »ökonomischen Stimulierung« standen so im Staatssozialismus nicht nur während der Leistung, sondern auch im Planungsprozess immer wieder zur Debatte⁴⁷, ohne bis zu dessen Ende befriedigend gelöst zu werden.

Ist direkte Demokratie vor allem ein informationstechnologisches Problem?

Die Verwandlung der formalen in die reale Demokratie wird als ein Schlüsselprozess gesehen. So schreibt Peters sehr euphorisch: »Der

47 Siehe u. a. Ewsej G. Liberman: Ökonomische Methoden zur Effektivitätssteigerung der gesellschaftlichen Produktion. Berlin 1973. (Übers. a. d. Russ.). – Ota Sik: Ökonomie – Interessen – Politik. Berlin 1966. (Übers. a. d. Tschech.) Bes. S. 505ff. – Ders.: Sozialismus – Theorie und Praxis. In: Die sozialgerechte Marktwirtschaft – ein Weg für Osteuropa. Freiburg i. Breisgau 1990. S. 15–52.

Computer kann alle Erdenbürger zur direkten Entscheidung über Sachfragen, die den ganzen Weltstaat betreffen, zusammenführen, und er kann jede Frage, die nur einen Teil der Erdbevölkerung betrifft, auf regionaler oder betrieblicher Ebene in gleicher Weise einer unmittelbaren Entscheidung der Gesamtheit der Betroffenen zuführen. Damit verlieren Parlamente, Parteien und Berufspolitiker ihre Daseinsberechtigung.«⁴⁸ Und Dieterich formuliert: »In der partizipativen Demokratie wird dieses Teilhaberecht an der Entscheidungsnahme [...] permanent und ausgedehnt sein auf alle Sphären sozialen Lebens, von den Fabriken und den Kasernen bis zu den Universitäten und Massenkommunikationsmitteln. Es handelt sich um das Ende der repräsentativen [...] Demokratie und ihre Überwindung durch die direkte oder plebiszitäre Demokratie.«⁴⁹

An dieser Stelle ist eine begriffliche Klarstellung erforderlich. Nach Theo Schiller ist der Wesensinhalt der direkten Demokratie das Recht auf Sachentscheidungen⁵⁰; er billigt ihr aber ausdrücklich nur »einen Ergänzungsstatus im Rahmen repräsentativer Demokratie«⁵¹ zu. Andererseits fragt Feldmann berechtigt, wieso eigentlich »partizipative« Demokratie, wenn die repräsentative Demokratie abgeschafft wird?⁵² Deshalb sollte klar unterschieden werden: Bei bloßer Teilhabe an der repräsentativen Demokratie mittels Volksbegehren oder punktueller Volksentscheide handelt es sich um partizipative Demokratie, und nur bei Ersatz der repräsentativen sollte von »direkter« Demokratie gesprochen werden.

Die Vorschläge für den Übergang von der parlamentarischen zur direkten bzw. realen Demokratie werden von den Rezensenten im Unterschied zur Ablehnung der arbeitszeitbasierten Äquivalenz überwiegend positiv aufgenommen. Aber auch hier liegen die eigentlichen Hürden nicht in erster Linie in der Leistungsfähigkeit der Informationstechnik. Schließlich kennt die Schweiz auch ohne das Internet schon seit dem 19. Jahrhundert Volksrechte; im Zeitraum von 1967 bis

48 Arno Peters: Was ist und wie verwirklicht sich Computer-Sozialismus. S. 132f.

49 Heinz Dieterich: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. S. 118.

50 Theo Schiller: Direkte Demokratie. Eine Einführung. Frankfurt a. M. / New York 2002. S. 13.

51 Ebenda. S. 157.

52 Heiko Feldmann: Buchbesprechung zu Dieterich. S. 568.

2005 wurden 159 Volksinitiativen (bundesdeutsch: Volksbegehren) behandelt und 379 Volksabstimmungen durchgeführt.⁵³

Da hochentwickelte Gesellschaften ein komplexes System von Regulierungen benötigen, sind Gremien mit öffentlicher Autorität erforderlich, die die Volksentscheide mit Hilfe von Verwaltungsämtern für funktionale Bereiche vorbereiten und umsetzen. Das könnten nach Cockshott/Cottrell⁵⁴ Bürgerkomitees oder -räte sein, deren Mitglieder nach dem Zufallsprinzip bestimmt werden. Die direkte Demokratie soll der Bevölkerung auf wirtschaftlichem Gebiet die reale Entscheidungsfindung sowohl über makroökonomisch relevante Faktoren als auch auf Betriebs- und Gemeindeebene ermöglichen.

Für die *makroökonomische* Planung stellen sich Cockshott/Cottrell »ein System vor, in dem Teams von professionellen Ökonomen alternative Pläne aufzeigen, um sie einem Planungsausschuss vorzulegen, der dann daraus auswählt. Nur die grundlegenden Entscheidungen (die Höhe der Steuern; der für Investitionen, Gesundheit, Bildung usw. vorgesehenen Prozentsatz des Nationaleinkommens) würden durch direkte Volksabstimmung herbeigeführt werden.«⁵⁵ Dabei ist Vorsorge zu treffen, dass nicht sich gegenseitig ausschließende Ergebnisse zustande kommen, also z. B. Erhöhung der gesamtgesellschaftlichen Ausgaben und gleichzeitig Senkung der Steuern; Cockshott/Cottrell sehen deshalb eine automatische Kopplung beider Parameter vor.⁵⁶ Solche Regelungen sind auch nach den Erfahrungen der staatssozialistischen Ländern erforderlich, um kurzfristige Entscheidungen zu Gunsten der Konsumtion und zu Lasten der notwendigen Akkumulation zu vermeiden.

Dieterich hat die Illusion, dass der Staatshaushalt vielleicht am einfachsten in den demokratischen Diskussions- und Entscheidungsprozess einzubeziehen ist; die Prozedur sei relativ einfach: »Die verschiedenen Haushaltsinitiativen werden einige Monate lang in ihren wesentlichen Komponenten über öffentliche und private Medien (Fernsehen, Radio, usw.) debattiert und dann in einem elektronischen Ple-

53 Hans-Urs Wili: Direkte Demokratie in der Schweiz ... im Vergleich mit anderen Referendumssystemen rund um den Erdball. In: mehr demokratie. Heft 5/2006. S. 20–25.

54 W. Paul Cockshott / Alin Cottrell: Alternativen aus dem Rechner. S. 229–231.

55 Ebenda. S. 227.

56 Ebenda. S. 228.

bis hin entschieden.«⁵⁷ Ähnliches gelte für andere Parameter, deren Kontrolle durch die Bevölkerung unabdingbar für eine demokratische Produktionsweise ist. Erste praktische Erfahrungen gibt es nur auf der kommunalen Ebene. Die brasilianische Arbeiterpartei praktiziert seit etlichen Jahren einen »partizipativen Haushalt« in den Gemeinden, in denen sie die Gemeindeverwaltung stellt.⁵⁸ Auch in einigen bundesdeutschen Gemeinden wurden erste Versuche gestartet. Der Ansatz ist richtig, doch unzureichend, denn die eigentliche ökonomische Macht liegt nicht auf der Gemeinde-, sondern auf der Bundesebene. Und da sind die Schwierigkeiten ungleich größer.

Angesichts der außerordentlich hohen Komplexität des Staatshaushaltes und anderer gesamtwirtschaftlicher Parameter wird die Diskrepanz zwischen der detaillierten Sachkenntnis der Ämter und dem Wissen der durch Los zustande gekommenen Bürgerkomitees zu einer großen Hürde. Wie schon jetzt bei den Parlamenten zu beobachten ist, entstehen daraus reale Einschränkungen für die Demokratie. Um diesen Gefahren zu entgehen, ist ein höheres Maß an ökonomischer Allgemeinbildung und damit ein viel tieferes Verständnis für ökonomische Grundzusammenhänge erforderlich, als heute gemeinhin vorhanden ist.

Die Möglichkeiten für *mikroökonomische* Grundsatzentscheidungen durch die unmittelbaren Produzenten hängen vor allem von den Rahmenbedingungen ab, die durch die gesamtwirtschaftliche Planung gesetzt werden. Wie bereits ausgeführt, existiert bei detaillierter zentraler Planung und verbindlicher Steuerung von oben nach unten – also bei einem von den Autoren anscheinend favorisierten rechnergestützten administrativ-zentralistischen Planungssystem – in den Betrieben, Einrichtungen und Kommunen nur wenig Entscheidungsspielraum. Dieser kann nur vergrößert werden, wenn ein Mehrebenen-Planungs- und Entscheidungsmodell installiert wird.

Schließlich stellt sich die Zuordnung der Entscheidungskompetenz zur entsprechenden Ebene bzw. zu bestimmten Bevölkerungsgruppen als Problem heraus. So verknüpft Dieterich die reale Demokratie auf Betriebsebene mit der Entscheidung über die Mehrarbeitsrate –

57 Heinz Dieterich: Für eine neues historisches Projekt. Die Bedingungen für eine nicht-kapitalistische Ökonomie sind erstmals gegeben. In: Rosa-Luxemburg-Konferenz 2006. Beilage der Tageszeitung »junge welt« vom 01. Februar 2006. S. 157.

58 Vgl. ebenda. S. 156f.

Surplusarbeitszeit zu notwendiger Arbeitszeit.⁵⁹ Dem wurde bereits entgegen gehalten, dass mit der Entscheidung über die Mehrarbeitsrate zugleich der mögliche gesellschaftliche Gesamtumfang der Investitionen, der kulturell-sozialen Bereiche u. ä. sowie das Lebensniveau der Nichtarbeitsfähigen bestimmt wird. Dieses Beispiel belegt erneut, dass unmittelbar Betroffene nicht allein entscheiden dürfen, wenn übergeordnete gesellschaftliche Interessen zu berücksichtigen sind. So ist eine demokratisch zustande gekommene Verfassung mit klar geordneten Regularien auch für Volksbegehren und Volksentscheide – ggf. ein neuer »Gesellschaftsvertrag« – notwendig, um zur computergestützten direkten Demokratie übergehen zu können.

Ausblick und Fazit

Hinsichtlich der Zukunft des Computer-Sozialismus gibt sich Peters sehr sicher: »So scheint eine Entwicklung denkbar, die über eine Veränderung der öffentlichen Meinung die formalen (= parlamentari-schen) Demokratien allmählich in reale (= direkte) Demokratien überführt und damit den gewaltlosen Weg in die äquivalente Ökonomie wie in den Weltstaat freimacht. Und die mit dem Computer verbundene weltweite Vernetzung begünstigt diesen Weg [...]«. ⁶⁰

Dieterich stellt eine strukturelle Erschöpfung der bürgerlichen Institutionen »Nationale Marktwirtschaft«, »formal-repräsentative Demokratie«, »Klassenstaat« und »bürgerliches Subjekt« fest und kreiert deshalb⁶¹ ein »Neues Historisches Projekt« (NHP)⁶². »Der Begriff umfasst die vier grundlegenden gesellschaftlichen Dimensionen oder Beziehungen in den der Mensch sich reproduziert: die ökonomische, die politische, die kulturelle und die militärische.«⁶³ Er sieht als Weg, die Gesellschaft mittels der Veränderung jener Institutionen, die das menschliche Handeln leiten, zu transformieren und so zum »rational-

⁵⁹ Vgl. ebenda. S. 160f.

⁶⁰ Arno Peters: Was ist und wie verwirklicht sich Computer-Sozialismus. S. 141f.

⁶¹ Heinz Dieterich: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. S. 34ff.

⁶² Siehe auch: Heinz Dieterich: Für ein neues historisches Projekt.

⁶³ Heinz Dieterich: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. S. 65.

ethisch-ästhetischen Subjekt«⁶⁴ zu gelangen: »Veränderung von Gesellschaft bezieht sich unvermeidlich auf die Modifikation ihrer Institutionalität, denn Gesellschaft ist im Grunde nichts anderes als das Produkt wechselseitigen Handelns der Menschen, welches einerseits, in einer dialektischen Beziehung, über Institutionen normiert und organisiert wird und andererseits, Institutionen erzeugt und formt. [...] Antisoziales Verhalten abzuschaffen heißt also, die Institutionen abzuschaffen, die es erzeugen oder tolerieren und durch bessere zu ersetzen. Wer, beispielsweise, die ökonomische Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verhindern will, muss ökonomische Einrichtungen schaffen, die die Ausbeutung unmöglich machen und nicht, wie heute der Fall, sie prämiieren.«⁶⁵

Nach Dieterich »[...] errichtet sich das neue System in *einem* Sektor des herrschenden Systems, um dann schrittweise zu expandieren und sich von Subsystem oder neuer Ordnung (Heterodoxie) zu verwandeln in System oder Hauptordnung (normal): die neue Orthodoxie. [...] Die Ökonomie der Übergangsphase wird deswegen notwendigerweise einen Mischcharakter haben. Die Operationsbasis der fortgeschrittensten Faktoren der neuen nationalen oder regionalen Ökonomie wird von monetären Kosten-Preisen übergehen auf objektive Werte (Arbeitszeit), während die rückständigsten Sektoren und der Weltmarkt weiterhin über Preise-Kosten operieren werden.«⁶⁶

Auch wenn die Entwicklung der Datenverarbeitungs- und Informationstechnologien bessere Möglichkeiten schafft: Entscheidend bleiben die gesellschaftlichen Veränderungen. So machen sich Peters und Dieterich auf dem Weg in die Zukunft hinsichtlich der Eigentumsfrage große Illusionen: »Der Computer-Sozialismus setzt *nicht die Überführung des Eigentums an den Produktionsmitteln in Gemeinbesitz* voraus. Er entzieht nur [?? J. T.] den Eigentümern durch die Planwirtschaft die Verfügung über Art und Menge der Produktion sowie durch das Äquivalenzprinzip die Festsetzung der Preise und Löhne.«⁶⁷ Damit ist auch die Aufhebung des Schutzes der Unternehmensdaten und vor

64 Ebenda. S. 120.

65 Ebenda. S. 122.

66 Ebenda. S. 144.

67 Arno Peters: Was ist und wie verwirklicht sich Computer-Sozialismus. S. 43f., siehe auch Heinz Dieterich: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. S. 106f.

allem der Verlust jeglichen Einkommens aus Eigentum an Produktionsmitteln verbunden. Das alles ist doch aber der wesentliche Inhalt des bürgerlichen Eigentums! Deshalb stellt Kay Müller in seiner Rezension berechtigt fest: »Vom Privateigentum bleibt so wohl nur der Rechtstitel.«⁶⁸ – Cockshott/Cottrell wiederum erkennen diese Problematik und konstatieren⁶⁹, dass eine sozialistische Regierung im Prinzip über die Eigentumsrechte an den Produktionsmitteln verfügen sollte; im Weiteren⁷⁰ detaillieren sie ihre diesbezüglichen Vorstellungen.

Wer sich tiefer in die Voraussetzungen für den Übergang von einer monetären auf eine arbeitszeitbasierte Ökonomie, auf eine gesamtwirtschaftliche Planung und auf eine vollständige direkte Demokratie hinein denkt, wird erkennen, dass der Übergang nicht ohne Umwälzung der Eigentumsverhältnisse erfolgen kann. Und zugleich ist festzuhalten, dass die Hürden dafür außerordentlich hoch sind; schließlich ist dabei nicht nur an die Großkonzerne zu denken, sondern auch an die Tatsache, dass zumindest in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern erhebliche Teile der Bevölkerung direkt und indirekt über nennenswerte Vermögenswerte verfügen und die repräsentative Demokratie in diesen Ländern im Kern faktisch vor allem von Vermögensbesitzern verkörpert wird.

Angesichts der Prämissen, die den Bruch mit dem bisherigen Wirtschaftssystem bedeuten, und der hohen Hürden für den Übergang ist es notwendig, auch an andere Passagen der Marxschen *Kritik des Gothaer Programms* zu erinnern. Er unterscheidet dort bekanntlich zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaft, die erste Phase, wie sie aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht (meist als Sozialismus bezeichnet), und die höhere Phase: Erst »[...] nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums

⁶⁸ Kay Müller: Buchbesprechung zu Arno Peters. In: UTOPIE kreativ. Heft 154. Berlin 2001. S. 1159.

⁶⁹ W. Paul Cockshott / Alin Cottrell: Alternativen aus dem Rechner. S. 98.

⁷⁰ Ebenda. S. 255–259.

voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont überschritten werden [...]«⁷¹

Unter Berücksichtigung der Erfahrungen der staatssozialistischen Länder lässt sich der Übergang von einer monetären auf eine arbeitszeitbasierte Ökonomie, auf eine durchgängige gesamtwirtschaftliche Planung und auf eine vollständige direkte Demokratie nur der zweiten Phase, also dem eigentlichen Kommunismus zuordnen. So gesehen wird aus dem heutigen entwickelten Kapitalismus wohl erst eine staatlich regulierte Marktwirtschaft auf Basis von Ware-Geld-Beziehungen mit einer makroökonomischen Planung und einem wieder wachsenden Anteil öffentlichen Eigentums (irgendeine »sozialistische Marktwirtschaft«) sowie eine reale partizipative Demokratie mit umfassenden Volksentscheiden hervorgehen müssen. Wann dann der Übergang in die höhere Phase mit der Auflösung der auf dem Tauschwert gegründeten Produktionsweise und Gesellschaftsform⁷² erfolgen kann und in welchen Regionen der Erde zuerst, bleibt offen. Zumindest ist Skepsis angebracht, ob das noch in diesem Jahrhundert und ob das zuerst in Europa geschehen wird. So ist der »Computer-Sozialismus« wohl im 21. Jahrhundert noch nicht realisierbar, sondern Vision eines Kommunismus in späteren Zeiten:

71 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. S. 22.

72 Vgl. Karl Marx: Das Kapital. Bd. 1. S. 92ff.

Autorenverzeichnis

Dr. Joachim Bischoff
Schmilinskystraße 15
20099 Hamburg

Hans-Jürgen Gericke
Mansfelder Straße 4
06108 Halle

Dr. Jürgen Leibiger
Bettina-von-Arnim-Straße 37
01445 Radebeul

Prof. Dr. Christa Luft
Radener Straße 5
12437 Berlin

Karl Mai
Erhard-Hübener-Straße 34
06132 Halle

Dr. Horst Müller
Meuschelstraße 30
90408 Nürnberg

Prof. Dr. Klaus Müller
Oberlungwitzer Straße 28
09385 Ursprung

Prof. Dr. Herbert Schui
Soltauer Straße 63
21244 Buchholz

Prof. Dr. Klaus Steinitz

Straße 201, Nr. 7

13156 Berlin

Prof. Dr. Joachim Tèsch

Möckernsche Straße 3

04155 Leipzig

Prof. Dr. Karl Georg Zinn

Gertrud-Bäumer-Straße 40

65189 Wiesbaden

